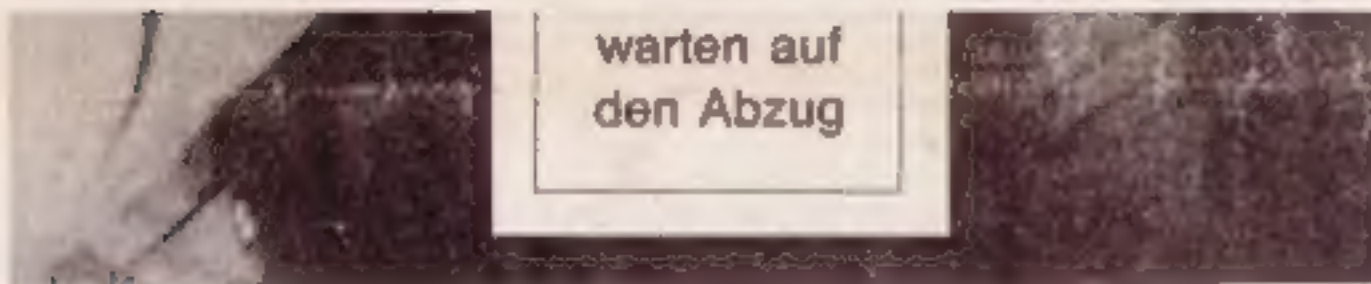




Kriegsmüde
Sowjetsoldaten
warten auf
den Abzug



warten auf
den Abzug

Wohin geht das „Neue Denken“?

Afghanistan — Wirtschaft — Perestrojka

Afghanistan

Innerhalb von neun Monaten will die Sowjetunion ihre Truppen aus Afghanistan zurückziehen, darauf einigten sich in Genf die SU und die USA. Der Vertrag sei „Ausdruck des neuen politischen Denkens“, verkündete Außenminister Schewardnadse. Die Genfer Vereinbarungen erlauben der Sowjetunion den geordneten Rückzug. Doch was kommt danach? Ein Blutbad wird befürchtet. Wir kommentieren die Genfer Vereinbarungen und werfen einen Blick zurück auf die Geschichte des Afghanistan-Konflikts. Auf den Seiten 6 und 7

orgeln auf Spatzen geschossen“, behauptet unser Autor. Über den sowjetischen Zeitungskrieg, die westlichen Spekulationen eines bevorstehenden „inneren Aufbruchs“ in der SU — alle Jahre wieder seit Oktober 1917 — und die lange Leitung der SED auf Seite 10

Filialeleiter

Volker Einhorn — ausgeschlossener DKP-Funktionär aus Erlangen,

skizziert im AK-Interview die Probleme der DKP mit der Demokratie in der Partei. „Gorbatschow hat uns wachgeküßt.“ „Moskaus Filiale“ konserviert „altes Denken“. Parteikritik gleich Kampagne der Verfassungsschutzorgane. Neues Denken auch? Wohin mit dem Neuen Denken? In den „Marxistischen Blättern“ läuft eine Diskussion um Die Organisationsfrage. Georg Fülberth greift ein DKP-Tabu an: Kader- oder Pseudo-Massenpartei? Auf den Seiten 36-38

Exklusiv im AK

Boris Kagaritzkij, Journalist und Sprecher der „Sozialistischen Klubs“, untersucht kritisch die neue Begeisterung in der Sowjetunion für den freien Markt. Wir veröffentlichen den Text erstmals auf deutsch auf den Seiten 8 und 9

Nahost

Shultz-Plan

Nahost

Shultz-Plan

Die PLO und die Entwicklung zum Aufstand

Israel: Mit aller Gewalt für den Status quo

Opposition, Patrioten, Antizionisten

Töpfers Bluff

Die Entflechtung der Atomindustrie

„Allein gegen die Mafia“ sah die Atik waren die messerscharfen An-

Töpfers Bluff

Die Entflechtung der Atomindustrie

„Allein gegen die Mafia“ sah die Atik waren die messerscharfen An- (18.12.87) den Bonner Um- kündigung. Die „rückhaltlose weltminister Töpfer kämpfen. Bis in die alternativen Reihen hinein leuchtet das unschuldige Weiß des pfälzischen Saubermanns, der im Atomskandal die Wahrheit zu suchen verspricht — selbst auf die Gefahr hin, sie zu finden, wie er un-nachahmlich bekannte. Die Lieb-lingsvokabeln „lückenlos“, „rück-haltlos“ und „tiefe Schnitte“ auf den Lippen und den kleinen hessi-schen Kollegen Weimar an der Seite, machte sich der CDU-Mann an das, was er Neuordnung und Ent-flechtung der Atomwirtschaft zu nennen beliebte. Das Resultat ver-anlaßt den „Spiegel“ (11.4.88) zu der Überschrift: Töpfer sei der „Tu-tengräber der deutschen Kernener-gie“. Der mehr als schwachsinnige Aufma-cher wurde vom Bundes-verband der Deutschen Industrie mit nur einem Satzchen in den Papier-korb verwiesen: „BDI be-grüßt Neuordnung der nuk-learen Entsorgung“ (Pressemitteilung vom 20.4.88). Beinahe über-flüssig, anzumerken, daß hinter den Verlautbarun-gen von Töpfer und Wei-mar die Atomindustrie ihre Neuordnung selbst „Handelsblatt“ am rückhaltlose-sten meldete.

Das Beste an der demo-christlichen Umweltpoli-

Fortsetzung auf Seite 3

Heidegger

Heideggers Nazi-Vergangenheit und die Propagierung Schopenhauers als Untergangsprophet — über Philosophie wird wieder debattiert. Seite 40

Mosambik

Wir dokumentieren die Rede des FRELIMO-Vertreters vom Bundestag-Hearing der Grünen „Apartheid tödlich auch in Mosambik“ Seite 19

USA

Die Lage der US-Wirtschaft ist prekär, die Hegemonie der USA ist dennoch nicht gefährdet. Seite 16

Le Pen im Aufwind

Das andere Frankreich

Fast schon ein Nebenergebnis des ersten Durchgangs der französischen Präsidentschaftswahlen ist es, daß der bisherige Amtsinhaber Mitterrand (PS) und sein bisheriger Premierminister Chirac (RPR) die Stichwahl am 8. Mai bestreiten. Ihre jeweils 34% bzw. 19%, womit Chirac seinen Konkurrenten Barre (UDF/Rechtsliberale, 16%) aus dem Rennen warf, werden von dem spektakulären Vormarsch der Rechtsradikalen überschattet. Die französische bürgerliche Öffentlich-keit gibt sich überrascht und sucht nach der Schuld — nur nicht bei sich selbst.

„Selbst Eltsaff“ soll Kohl ge-staunt haben. Mit Le Pens landes-weit 14,38% — und wer kann ver-sichern, daß dieser Rekord nicht mehr zu übertreffen ist? — kommt in Westeuropa niemand mit. Knapp 5% erhielten alle Rechtsradikalen zusammen bei der baden-württem-bergischen Landtagswahl vom März 1988; 6,8% erreichte die ita-lienische MSI im Juni 1987; die bri-tische National Front lag zuletzt un-ter 1% und die spanische Falange bei 0,2%; in Belgien konnten sich die Faschisten (Vlaamse Blok) bei den letzten allgemeinen Wahlen al-lein in Flandern behaupten; dafür weisen sie allerdings in den sog. Wohlstandsoasen Dänemark und Schweden regional bis zu 10% auf. Unsicherheit bleibt: Vor 14 Jahren erhielt der blonde Fallschirmjäger der FN (Front National) auch erst 0,76% im ersten Durchgang der Prä-sidentschaftswahl 1974.

Überflüssig, zu betonen, Mitter-rand habe sein Wunschergebnis von 37 bis 38% nicht erreicht, oder sich mit der sichtbaren Enttäu-

schung des konservativen Tandems Chirac-Barre zu trösten. Die Zahlen für Le Pen haben eine ganz ordinäre Be-deutung: jeder siebente. In den blitzblank-schmuckten Städtchen mit ihren roten Geranienbänken am Oberrhein jeder vierte. In Marseil-le jeder dritte.

Ein Erdbeben, sagt der FN-Führer, ein französisches Tschernobyl, schreibt „Le Monde“. Schock und kein Ende. Schnell haben sich die Geißler aller Länder vereint, um in den Fernschmach-richten aus Paris oder Hamburg zum 2-ten Mal die Analyse zu prä-sentieren: die FN-Wäh-ler sind mutierte KPFler. Wer die jetzt nur noch 6,76% für die KPF (1969: 21% für Ja-ques Duclos, 1981: 15% für Marchais) schlicht empirisch als Zeichen anhaltender Schwächung der Kom-munisten sieht, ist ein Idiot. Denn an ihm oder ihr ist der Fort-schritt intellektuellen Scharfsinns vorbeige-rauscht. Stalin ist gleich Hitler, Gulag gleich KZ, die französi-sche Revolution hat Pol Pot vorweggenommen. (Indem sie einen Auf-stand von Royalisten und Bauern in der Vendée niederschlug). Marx war Antisemit, Heidegger hängenog nicht. Analogie ist alles. Fortsetzung auf Seite 2



Wem gehört Rosa?

Mehr als die „Freiheit der Anders-denkenden“ ist den meisten von Rosa Luxemburg kaum bekannt. Über die Revolutionärin, ihren Text „Zur russischen Revolution“ und die Luxemburg-Diskussion Seite 32



Le Pen auf dem Vormarsch

Das andere Frankreich

Fortsetzung von Seite 1

Jeder siebente französische Wähler findet nichts dabei, daß sein Kandidat Auschwitz, Gaskammern, Konzentrationslager zum „Nebenaspekt der Geschichte des Zweiten Weltkriegs“ erklärt, den er ohnehin noch ausdrücklich anzweifelt. Aber — das rechts-links Schema ist „überholt“. Wer die 14,4% der FN schlicht empirisch als Zeichen anhaltender Stärkung des Rechtsextremismus interpretiert, hat das eben Gesagte nicht kapiert und muß zurück zum vorigen Absatz. Alles klar?

Nicht ganz? Dann bleibt man eben etwas schockiert, darf sich aber schon etwas wohler fühlen. Westlich haben Protesten früher Moskau ihre Stimme? Weil sie jeden Sonntag ein Huhn im Topf haben und sich am Feierabend nach Herzenslust und sich am Feierabend nach Herzenslust besaufen wollten. Westlich geben sie jetzt den Zettel für Le Pen ab: weil Krimsekt und Kaviar allein nicht glücklich machen. Das Ganze ist halt ein Transferproblem. Marchais' Bande konnte im Zuge einer nationalen Anstrengung klein gemacht werden, aber die Arbeiterklasse kommt eben nicht ohne Diktatur aus, wie die bourgeois Kenner derselben wissen.

Tatsächlich sollen 21% der Le Pen-Stimmen von Arbeitern kommen, darunter zu 19% Arbeitslose. Von diesen Wählern werden 21% dem Spektrum der gelben sozialdemokratischen Gewerkschaft FO zugerechnet und nur 1% der KPF-nahen CGT. Diese Stimmen geben zweifellos Anlaß zur Sorge und bewahren die alte Weisheit, daß Ausbeutung und Unterdrückung, allen ungewollt zynischen Glaubensaufstellungen zutrotz, die Menschen per se nicht besser machen. Doch vor allem und mit zunehmender

der Tendenz sind es Kleinrentner und Handwerker (31%), denen Le Pen seinen Aufstieg verdankt (Bauern und Landarbeiter: 20%; siehe „Le Monde“ vom 27.4.88).

Übrigens sollen die Le Pen-Wähler laut Umfragen zu 18% bereit sein, im zweiten Wahlgang Mitterrand zu wählen. Liest man, hört man deswegen, die PS stehe im Schatten Hitlers? Wenn schon, dann sollten die 52% des rechtsradikalen Potentials, die Chirac wählen wollen, in diese Richtung denken lassen.

Als Le Pen im vergangenen September seine Ansichten zu den „Detaillfragen“ des Nationalsozialismus bekanntmachte, tröstete man sich über das erste Entsetzen damit hinweg, daß an dieser Provokation auch etwas Gutes sei. Denjenigen, die noch darauf warteten, habe Le Pen die Augen geöffnet und ihnen gezeigt, wer er sei. An diesen frommen Wunsch erinnert sich heute niemand. Vielleicht weil es — nach den wiederholten Schocks an Wahl- abenden — das Saloppe an den Trendanalysen stören würde, wonach das rechtsradikale Lager aus reinen „Protestwählern“ bestehe, ausgestattet mit dem „typischen lateinischen Temperament“. Abgesehen davon, daß diese Erkenntnis an den elassischen Putzfiguren vorbeigeht, schreibt man noch direkter zur Selbstbezeichnung. Man spricht dann von einem „typisch französischen Temperament“: launig, kapriziös, perfide. Mal im Bistru an der Ecke auf die Pauke hauen: der berühmte gallische Humor. Ja, der durchschnittliche FN-Wähler könnte den Stammtischbrüdern in Wolinsky's Zeichnungen oder den Reiser-Figuren nicht unähnlich sein. Aber über die kann man lachen, denn sie sind aus Papier.

Es gab Poupade (1), es gab Pétain (2). Es gibt sie heute nicht mehr, die republikanischen Werte siegen. Stimmt: das ist die zweite Seite des französischen Temperaments. Doch es gab auch Dutzende und aber Dutzende Ausländer in Frankreich, die heute nicht mehr leben. Müssen die ermordeten Kinder extra hervorgehoben werden?

Gegen diese Spielart von „launigem lateinischem Protest“ genügen fortschrittliche Konzerte offensichtlich nicht. Chevenement, der den hartnäckigen Ruf

eines PS-Links genießt, lanciert ein Rezept: Falsch sei gewesen, Le Pen das Monopol auf die Trikolore zu überlassen. Zu überlassen? Pardon, aber das dürfte sich doch bis zum letzten Krein herumgesprochen haben: Von rechts bis links — inklusive KPF — rivalisieren alle, wer am blau-weiß-roteten ist. Muß daran erinnert werden, wie schwer es der etablierten Linken von Mitterrands Vorläufer bis zur KPF gefallen ist, sich von einem französischen Algerien zu lösen? Und daß sie eine wohl ähnlich motivierte Mühe mit der so häufig bezeichneten „Ausländerfrage“ haben? Wäre die Selbstbezeichnung in diese Richtung gemeint, wäre was dran.

Erwähnt sei, daß man sich am Wahlabend immerhin freuen konnte, als — die Reihenfolge ist Zufall — Arlette Laguiller (Lutte Ouvrière, 1,99%), der Ökologe Wachter (Grüne, 3,77%), Lajoinie, Marchais und Filerman (KPF, 6,76%) und Pierre Juquin (Rassemblement, 2,09%) relativ angemessene Worte gegen Le Pen fanden. Mitterrand jedoch schwieg hierzu. Makabres Spiel: Jeder weiß, daß Mitterrands Kandidatur vom Zuwachs der FN-Stimmen profitiert. Chirac, der neuerdings einer „zivilisierten Rechten“ zugeordnet wird — der Theorie vom kleinen Übel sind keine Grenzen gesetzt — stützte, im Gegensatz zu beiden sagte Barre wenigstens, während er seine Anhänger zur Unterstützung Chiracs aufforderte, er lehne Fremdenhaß ab.

Zwanzig Jahre nach dem Mai '68 (titelte die italienische „La Stampa“ „Ein schwarzer 68“ und die westdeutsche „Nationalzeitung“ frohlockte: „Das Signal aus Frankreich“), Le Pen paradiert: „Nichts läuft mehr ohne mich“. Der Umkehrschluß: Nichts läuft mehr, ohne gegen Le Pen FN zu sein.

E., Pfm.

Anmerkungen:
(1) Poupade-Bewegung: Gewinn im Zusammenhang des Algerienkrieges 52 Abgeordnete in der Nationalversammlung (1958); einer davon Jean Marie Le Pen.
(2) Marshall Pétain: Chef der Kollaborations-Regierung in Vichy.

Anzeige

INFORMATIONSSTELLE TÜRKIE HAMBURG e.V.

- seit Anfang 1986 kontinuierlich aktuelle Nachrichten, Informationen und Berichte zur politischen Situation in der Türkei
 - 14-tägig Übersetzungen aus in der Türkei erscheinenden Tageszeitungen, Wochen- und Monatszeitschriften und Magazinen
 - türk. Infodienst: in 14-tägigen Rhythmus zu den Rubriken Innen- und Außenpolitik, gesellschaftliche Opposition, gesellschaftliches Leben, Menschenrechte, ökonomische Entwicklung und Kurdistan. (52,-/80,-/100,-)
 - Die Militärjustiz in der Türkei (in dt. und türk. Sprache): November 87. (8,-/7,50 DM + Porto u. Versand).
 - Gegenbericht zur Situation der Menschenrechte und Demokratisierung in der Türkei I, II und III von 1986/87
 - III: „Politikverbot in der Türkei seit Gründung der Türkischen Republik“ November 87 (15,- + Porto u. Vers.)
 - Materialien zur aktuellen Situation in Kurdistan Dezember 87 (10,- + Porto u. Versand).
- INFORMATIONSSTELLE TÜRKIE HAMBURG e.V.
Sophienallee 20, D-2000 Hamburg 20. Telefon 040/491 34 98

„FR“ erregt Heiterkeit

Einen kapitalen Bock schloß die „Frankfurter Rundschau“ in ihrer wöchentlich erscheinenden Lokalbeilage für die westlichen Vororte der Stadt („FR-Lokalrundschau“, 25.3.88). Auf der Suche nach Heiden im grauen Alltag war eine freie Mitarbeiterin an ein „Militärent“ geraten, den 74-jährigen Erwin Schönborn, den sie in einem vier Spalten-Porträt abfeierte: ehrenamtlicher Sozialarbeiter, der nicht locker läßt, wenn's ums Helfen geht. Herz für Kinder, Ausländer, Behinderte, nein, sogar „ein großes Herz“. Sprachbegabung (Englisch, Französisch, Russisch, Latein und Italienisch), die ihm die Tür zu ausländischen Mitbürgern öffnet, für welche er den Lehrer, Fürsorger und Babysitter in einer Person münzt; Sportsmann, dem das angeschlagene Image des englischen Fußballs (Brüssel) schlaflose Nächte bereitet und der als neuestes Ziel eine Olympiade für Behinderte nach Frankfurt holen will usw., kurz: ein guter „Papa“ im Viertel, wie es in dem Artikel gleich zweimal heißt, obwohl Opa doch angemessener wäre.

Daß der Mann gerade aus dem Knast entlassen worden ist, wo er eine Freiheitsstrafe wegen fortgesetzter Volksverhetzung verbüßte, erwähnt die „Lokalrundschau“ nicht und wußte es wohl auch nicht. Selten ist die in dieser Hinsicht unverdächtige „FR“ so gelehrt worden: Schönborn war vor seinem Gefängnisauftreten einer der bekanntesten Zehnwörter neonazistischer Horden; immer waren es gerade die gewalttätigsten und brutalsten Fischisten, mit denen er gemeinsame Sache machte. Durch die Schule des Trios Roeder-Christophersen-Schönborn ging Michael Köhnen wie Roland Tabbert, Frank Schubert wie Horst Gräfe, Walter Kexel wie Odfrid Hepp, Wolfgang Koch wie Arndt-Heinz Marx. Schönborn ließ keinen Versuch zu einer NSDAP-Neugründung aus, und derer gab es nicht wenige. Insbesondere im Rhein-Main-Gebiet liefen eine Zeitung — und so weit liegt das noch gar nicht zurück — alle Fäden bei Schönborn zusammen (Bornheimer NS-Buchladen, um dessen Schließung Frankfurter Antifaschisten jahrelang kämpften, bis er während einer Demonstration gegen die Startbahn West in der Nacht vom 3./4. November '81 so nachhaltig zerstört wurde, daß seine Inhaber aufgaben).

Jede Ungereimtheit ließ sich die Autorin erzählen, um sie unbeschön zu übernehmen: Ehemaliger Offizier der Deutschen Wehrmacht und Patriot, aber auch Pazifist und Humanist? Schon während des Krieges strikter Gegner jedweder Rassenpolitik? Nachfragen überflüssig: Schönborn gehörte zu den eifrigsten Propagandisten der von den Neonazis so bezeichneten „Auschwitz-Lüge“. Er nahm an den einschlägigen Aufzügen teil, wo Neonazis mit Eselsmasken und Plakaten wie „Ich Esel glaube an sechs Millionen ermordete Juden“ durch die Fußgängerzonen zogen, bot zynisch Weiten darüber an und trieb es soweit, daß er sogar einen Kongress gegen die alliierte „Rachejustiz“, passenderweise in Nürnberg, organisieren wollte. Ja, der „Papa“...

Der Verfasserin kann, wenig tröstlich, zugute gehalten werden, daß Schönborn auch früher schon ein gewisses Talent im Verstellen, Tarnen und im scheinbar harmlosen Klamaus an den Tag legte. So gründete er allerlei Bürgerinitiativen und hingte sich an die GAZ des ehemaligen CDUlers Groll (heute ÖDP). Natürlich war er auch im Knast befaßt, den Biedererinnern zu spielen, worin er es seinem Kumpanen Roeder gleichtat, der es sogar schaffte, mit einem Leserbrief gegen Zimmermanns „Sicherheitsgesetz“ in den „Pflasterstrand“ zu kommen (s. AK 279, Feb. '87), auch in Frankfurt und damals ohne Verheimlichung der rechtsradikalen Vergangenheit. Resozialisierung von Faschisten? Keinstall! Dann hätte Schönborn mindestens den Mund halten und sich still und leise in ein Loch verkriechen müssen, anstatt unkritischen Schreib-Amateuren einen Bären aufzubinden. Oder er hätte ein paar Worte zu seiner realexistierenden Verbrechenlaufbahn gefunden.

Das Gefächter, das die „FR“ verdient, kann einem schnell im Hals steckenbleiben: Gelehrt werden kann nur, wer sich leimen läßt. Wer halt irgendwie innerlich eine gute und intakte deutsche Großfamilie (inklusive 74-jähriger Ex-Offiziere und immer noch-Patrioten herbeiseht. Vermutlich verhält es sich bei tausenden ähnlicher Artikel über „verdiente ältere Mitarbeiter“ gar nicht mal so viel anders als bei Schönborn.

D., Pfm.

„Demokratie im Notstand“

Der unter diesem Titel zunächst für Ende Mai in Frankfurt geplante Kongress wurde auf den Herbst verschoben. Seit Ende letzten Jahres diskutiert eine Vorbereitungsgruppe über das Projekt, das die Verabschiedung der Notstandsgesetze vor 20 Jahren durch die große Koalition zum Anlaß nehmen, aber nicht beim Historisieren bleiben will. Zu den beteiligten Organisationen gehören die Grünen, das Sozialistische Büro, DPU, Friedensliste, DKP, Jusos, SDAJ, Republikanischer Anwaltsverein und Humanistische Union. Grund für die Verschiebung sind organisatorische und finanzielle Probleme — von den Grünen beteiligt sich die Bundestagsfraktion nicht, und der Bundesvorstand bewilligte weniger Mittel als erhofft —, aber wohl auch solche inhaltlicher Art. So haben sich die Initiatoren auf ein enormes Pensum verständigt, das an einem Kongresswochenende erst einmal bewältigt werden will.

Fünf Foren, eingerahmt durch einführende Vorträge und eine Podiumsdiskussion, sind vorgesehen:

- Notstandsgesetze bzw. Notstandsverfassung im engeren Sinn, der Widerstand der APO gegen ihre Verabschiedung und die Verarbeitung der damaligen Niederlage;
- Repression und Kriminalisierung seitdem, „Sicherheitsgesetz“, §129a, polizeiliche Ausrüstung, Überwachungs- und Verdatungstechnologien, Anti-Terrorismus;
- struktureller Demokratieverlust durch Großtechnologien und Krise;
- Notstandspolitik und Kriegsvorbereitungen;
- Notstandskonzepte von CDU und SPD. Dazu sollen Referenten von der Hafenstraße bis zu Linksliberalen geladen werden.

Im Entwurf zu einem Aufruf heißt es: „Die BRD hat seit Ende der sechziger Jahre ihr Gesicht grundlegend gewandelt. Die BRD ist der Notstandswort auf Abruf. Und der Notstand ist ihr Normalfall.“ Die Militärpolitik sei Teil der „Sicherheitspolitik“ geworden, wie umgekehrt Polizei und Politik der „Inneren Sicherheit“ militarisiert wurden. Staatliche Notstandspolitik habe sich in den Bereich der Prävention verlagert. Die aktuellen Kriminalisierungswellen richteten sich nicht in erster Linie gegen vermeintliche „GewalttäterInnen“, sondern gegen

außerparlamentarische Bewegungen insgesamt. Die präventive Drohung mit notstandspolitischen Maßnahmen sei im Deutschen Herbst 1977 in reales Handeln umgeschlagen, von dem verantwortliche Politiker inzwischen eingestehen, man habe „überzogen“ und „unangemessen“ reagiert. „Diese Unangemessenheit und Überlegenheit ist jedoch das geheime Maß und Ziel jeder staatlichen Notstandspolitik: Abschreckung nach innen.“

Den Texten und Konzeptionen merkt man die Mühe an, die historische Entwicklung und die heute weitgefächerten Katalog an Repressionsmaßnahmen auf den politischen Punkt zu bringen — ein Problem, das jede linke Gruppe aus ihren eigenen Debatten kennt, und daher eine Schwäche, die die Notwendigkeit der Initiative mit begründet.

Kontakt über Rolf Mütze, Liebigstr. 39, 6000 Frankfurt 1.

Impressum:

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlagskooperative GmbH, Lindenallee 4, 2000 Hamburg 20; Telefon: Redaktion/Verlag 040/43 53 20, Abverwaltung 040/43 53 46; V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnentenpreis jährlich DM 60,-, halbjährlich DM 33,- (als Förderabo jährlich DM 100,-, halbjährlich DM 50,-); Bezahlung im Abwurf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 oder Dresdner Bank Hamburg, BLZ 200 800 00, Kt. 4 810 685 00; Einzelpreis DM 5,-; erscheint vierwöchentlich. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung. Auflage dieser Ausgabe: 4.800 Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Abesenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Anzeige

FRAUEN BEFREIEN FRAUEN CAMUR CHILE

Frauen in den Gefängnissen der Diktatur

zu beziehen über:
CAMUR Bochum-Dortmund
c/o Frauenbuchladen Zimpfzicke
Adlerstr. 45
4600 Dortmund 1
Preis DM 4,- + Porto, 56 Seiten
DIN A5

Töpfers Gesamtkunstwerk

Alte Zöpfe...

Fortsetzung von Seite 1

Töpfer „Kommandounternehmen“ zur Herbeiführung einer „kleinen Revolution“... — aber Schluß jetzt mit den schlappen Presse-Witzchen (das letzte: „Spiegel“ vom 11.4.88). Zur Entsorgung der schwach- bis mittelaktiven Abfälle erarbeiteten die AKW-Betreiber selbst ein Konzept. Einiges deutet darauf hin, daß es schon in den Schulblättern lag, bevor Transnuklear die Schlagzeilen beherrschte. Töpfers „Reform“ bestand darin, dieses Konzept mit den unternehmenspolitischen Vorstellungen zur Zukunft der Hanauer Nuklearbetriebe abzugleichen. Für die letztgenannte Aufgabe schaffte sich der Vorstandssprecher der Deutschen Bank, Alfred Herrhausen, mit einem Papier ein. Noch vor den marxistischen Grunderkenntnissen lehrt schon die Lebenserfahrung, wer hier wen an der Leine führt.

Am Anfang der Maßnahmen standen Kapitalaufstockungen bei der Gesellschaft für Nuklear-Service (GNS) Essen und der Hanauer NUKEM. Das Stammkapital der GNS wurde mit Beschluß einer Gesellschafterversammlung vom 1.12.87 auf 6 Mio. DM verdoppelt, also eine Woche, bevor die Verschlepppraktiken der Konkurrentin Transnuklear ins belgische Mol auflöfen. Bei NUKEM, von der Frankfurter Degussa vorübergehend in die „unternehmerische Obhut“ genommen, wurde das Eigenkapital Ende Februar sogar um 50 Mio. DM auf nun 77 Mio. DM erhöht („WZ“, 16.1.88). Dies wird kaum als Bestrafung, Schwächung oder auch nur Einschränkung der Aktivitäten der betreffenden Firmen interpretiert werden können. Nachdem zwischenzeitlich ein Rückzug der Degussa aus der Beteiligung an NUKEM gemeldet wurde, ohne daß sich diese Nachricht bisher bestätigt hat, wurde Ende März bekanntgegeben, daß die RWE ihre 45% Anteile an NUKEM aufgeben. Und immer wieder sprachen Töpfer und Weimar von bedeutsamen Verhandlungen, wichtigen Transaktionen, dramatischen Entflechtungen oder klaren Verhältnissen.

Was aber ist an dem, was bisher bekannt geworden ist, wirklich klar? Angehängt werden die Bereiche Brennelemente-



sächsischen Schacht Konrad durchsetzen will, und zwar Anfang der neunziger Jahre (siehe „FAZ“ vom 27.1.88). Ebenso versucht die Atomfamilie, aus dem Skandal Argumente für die Wiederaufarbeitung der abgebrannten Brennelemente — das eigentliche Entsorgungsproblem — zu ziehen, aber welcher Anlaß dient nicht für die WAA-Propaganda?

Auf der Ebene von Politik und Verwaltung ordnet Töpfer sein Instrumentarium mit der Einrichtung eines Bundesamts für Strahlenschutz. Zum einen handelt es sich hierbei um eine verwaltungstechnische Maßnahme zur Zentralisierung der Abteilungen, die dem Bund ohnehin schon unterstanden. Die neue Behörde erschießt Maßnahmen zur Zentralisierung der Abteilungen, die dem Bund ohnehin schon unterstanden. Die neue Behörde erhält Zuständigkeiten „für die staatliche Verwahrung von Kernbrennstoffen, die Genehmigung zur Aufbewahrung und Beförderung von Kernbrennstoffen, ferner für die Errichtung und den Betrieb von Anlagen des Bundes zur Sicherstellung und zur Endlagerung radioaktiver Abfälle, sowie für die Erfassung und Kontrolle radioaktiver Abfälle, die an Anlagen des Bundes abzugeben sind, und schließlich für die bundesweite Erfassung und Bewertung der Umweltradioaktivität nach dem Strahlenschutzvorsorgegesetz“ („Bayernkurier“, 9.4.88).

Zum anderen klingt immer wieder die Absicht durch, mit Hilfe dieser Zentralbehörde noch besser als bisher die Bundeskompetenz in der Atompolitik gegenüber den Ländern anzuwenden. Am deutlichsten formuliert es der Töpfer-Gesandte Walter Hohlfelder auf dem Deutschen Atomforum: „Um es klar zu sagen: Man kann nicht bei Transnuklear die Maßnahmen der Bundesaufsicht beschwören und sie beim Schnellen Brüder als Instrument zur Entmündigung der Länder diffamieren.“ („Handelsblatt“, 28.1.88) Hinzugefügt werden muß allerdings, daß der NRW-Regierung, gegen die sich dieser Seitenhieb richtet, nichts gelegener kommt als Bundesanweisungen, gegen die angeblich nichts zu machen ist. Denn die Politik des Protestanten Rau ist ja in dieser Hinsicht rein katholisch: NRW will zum Brüder kommen wie die Jungfrau zum Kind. Den schwarzen Peter der Verantwortung soll natürlich Bonn allein behalten.

Wie die „deutsche Kernenergie“ auf diesem Weg ins Grab geraten soll, bleibt das Geheimnis des großen Hamburger Nachrichtenmagazins. Aber vielleicht erliegt sie ja ihrem eigenen Appetit. Der dürfte durch Töpfers Zentralisierungs- und Effektivierungsprogramm beträchtlich stimuliert worden sein. Hier geht es um nichts anderes, als daß Staat und Wirtschaft ihre Anstrengungen vereinen, um das Atomprogramm einschließlich Schnellem Brüder, WAA und Endlager zu beschleunigen. Einschließlich natürlich auch der militärischen Optionen, die bei Siemens in den bewährtesten Händen liegen. Hier kommt sozusagen ein ganz alter Zopf wieder in Mode. In dieser Beziehung ist man echt rückhaltlos. Die lückenlose Aufklärung des Atomskandals ist von den vielbeschäftigten Herren Töpfer und Weimar glatt vergessen worden.

rh., de.

Kontrollbehörde oder Ideologieagentur?

IAEO Wien:

Rings um den Hanau-Skandal“ ist vieles noch unklar. Sicher ist nur: Die Politik von Bundesregierung und SPD zielt darauf ab, das Vertrauen in die staatlichen, sprich: atomstaatlichen Institutionen wiederherzustellen oder zu vertiefen. Insbesondere geht es darum, ein für allemal klarzustellen, daß der „ungeheuerliche“ Verdacht einer Verletzung des Atomwaffensperrevertrages, bei dieser unserer Regierung nicht durchgeht sondern erbarungslos und ohne Rücksicht auf Geschäftsinteressen aufgeklärt wird.

All diese absurden Bonner Pirouetten dienen letztlich nur einem einzigen Ziel: man will mit Wackersdorf, Hanau, Gronau und Kalkar die reinsten Waffenfabriken ausbauen und gleichzeitig verhindern, daß jemand etwas Böses dabei denkt. Eine der Hauptrollen bei diesem Theater spielt die Kontrollbehörde der IAEO. Immer mehr schält sich heraus, daß diese Behörde in der Frage der Waffensperre zumindest objektiv eine ganz ähnliche Rolle spielt, wie die SSK für den Strahlenschutz oder die RSK für die Reaktorsicherheit. Die Strahlenschutzkommission soll die Strahlen vor öffentlicher Kritik schützen, die Kontrollbehörde die vielfältigen Abzweigungspraktiken und Möglichkeiten vor öffentlicher Aufmerksamkeit und Kontrolle zu bewahren.

Zwar wurde durch die Hanau-Debatte im Januar 1988 ein wenig auch am Image der IAEO-Kontrollen gekratzt. Viel zu wenig! Es kommt jetzt darauf an, diese Kritik zu vertiefen und die Alibi-Funktion dieses Gremiums bloßzustellen. So gab es rund um die Ereignisse bei NUKEM und TRANSNUKLEAR eine Reihe hochinteressanter Beiträge von IAEO-Offiziellen, die selbst im Versuch der Beschönigung noch das Material liefern für die These, daß die IAEO-Kontrollen wirkungslos sind und das ganze Gerede über die Unmöglichkeit der militärisch motivierten Abzweigung nichts als Volksverdummung. Diese Stellungnahmen werden im folgenden ausgewertet und vorgestellt.

Die Papierversion

Die Papierversion

1957 wurde auf Initiative der USA und unter der Federführung der Vereinten Nationen in Wien die „Internationale Atomenergie-Organisation“, IAEO gegründet. (Die englische Abkürzung ist IAEA, International Atomic Energy Agency.) Diese sog. „Wiener Agentur“ hat zwei Aufgaben: Erstens soll sie die Atomenergie weltweit fördern, zweitens soll sie die Einhaltung des Atomwaffensperrevertrages überwachen, also dafür sorgen, daß der Kernspaltstoff bzw. Kernspaltstoff (beide Begriffe bezeichnen dasselbe Material: Plutonium und angereichertes Uran) nicht für militärische Zwecke abgezweigt wird. 250 sogenannte „safeguard“-Inspektoren der IAEO verteilen sich auf diesem Grund rund um den Globus. Nach dem Statut der IAEO ist es nicht ihr Ziel, eine Plutoniumabzweigung zu verhindern, sondern es geht darum, die Abzweigung von signifikanten Mengen an Spaltstoffen, nachdem es passiert ist, rechtzeitig zu entdecken. Die Möglichkeit der frühzeitigen Entdeckung durch die IAEO soll Nicht-Atomwaffenstaaten, etwa die BRD davor abschrecken, Plutonium sperrevertragswidrig abzuweichen. Der Begriff „signifikant“ ist definiert als die Menge an Spaltstoff, die für die Herstellung eines Atomsprengekörpers nötig ist. Sie ist folgendermaßen festgelegt:

- bei Plutonium: 8 kg
 - bei Uran 233: 8 kg
 - bei Uran über 20% U 235: 25 kg
 - bei Uran unter 20% U 235: 75 kg.
- „Rechtzeitiges“ Entdecken einer Abzweigung ist definiert als der Zeitraum, der für die Umwandlung von Spaltmaterial in eine Atomwaffe nötig ist. Nach den IAEO-Kriterien heißt das:
- 7 - 10 Tage bei Plutonium sowie Uran 235 oder Uran 233
 - 1 - 3 Wochen bei Plutoniumoxid und MOX-Brennelementen
 - 1 - 3 Monate bei abgebrannten Brennelementen.

Die Lebenswirklichkeit

Beginnen wir mit der „Rechtzeitigen“ der Entdeckung einer Abzweigung und mit dem Aufsatz, den der ehemalige Leiter des IAEO-Safeguard-Abteilungs, Professor Dr. Hans Grünn aus Österreich, am 28.1.88 in der FAZ mit dem Ziel veröffentlichte, das Image der IAEO aufzupeichern: Bestätigen mußte Grünn, daß — im März 1986 der IAEO in 70 Fällen unbekannt war, wohin die 1985 verschick-

ten „signifikanten“ Mengen an Spaltmaterial geblieben waren

— im März 1987 die IAEO in 188 Fällen nicht wußte, wo das Spaltmaterial der 1986 getätigten Transporte geblieben ist. Ob „rechtzeitig“ oder nicht — vielleicht werden die IAEO-Inspektoren schon froh sein, wenn sie überhaupt irgendetwas erfahren: „Bei der Mehrzahl der 147 Atom-Anlagen, die mit Photo- oder Videokameras überwacht werden, kann die IAEO überhaupt nicht feststellen, ob spaltbares Material abgezweigt wird oder nicht. Oft liegt es an der Beleuchtung in den Bunkern. Sie ist mangelhaft oder fällt zeitweise ganz aus“, schreibt z.B. der „Spiegel“ (18.1.88) nach Lektüre IAEO-interner Unterlagen. Das „Wall Street Journal“ (WSJ, 4.2.82) berichtete schon vor ethischen Jahren, daß 1980 einem internen IAEO-Bericht zufolge allein 12% aller Überwachungskameras ausgefallen seien. Darüberhinaus verfüge die IAEO bei den von ihr kontrollierten Anlagen oftmals noch nicht einmal über die nötigen Daten, heißt es weiter im WSJ. Dieses Problem scheint sich in jüngerer Zeit noch zu verschärfen. Ende 1986 berichtete der derzeit für die Safeguards zuständige IAEO-Generaldirektor Peter Tempus von der computerisierten Prozesskontrolle in modernen Atomanlagen. Die Überprüfungssicherheit dieser Computer ist li. Tempus gleich Null: „Ein entsprechend programmierter Computer könnte den Anlagenbetreibern die absolut richtigen Daten, den IAEO-Inspektoren jedoch völlig falsche Informationen ausspucken“ (Tempus, zit. nach Nuclear Fuel, 1.12.86).

Der IAEO-Tätigkeitsbericht von 1987 nennt darüberhinaus sechs Großanlagen, in denen die Inspektoren lt. „Spiegel“ überhaupt nicht inspizieren dürfen, weil zu den Rahmenverträgen mit der IAEO noch die Ausführungsbestimmungen fehlen. Aber selbst wenn Inspektoren in eine Atomanlage gelangen, dürfen sie nur speziell ausgesuchte Teile einer Atomanlage, die sog. „strategie points“ besuchen. Darüber hinaus ist der zusätzliche Behinderungs von Inspektoren Tor und Tür geöffnet: Jedes Land kann ohne Angabe von Gründen die in Wien benannten IAEO-Inspektoren Inspektoren Tor und Tür geöffnet: Jedes Land kann ohne Angabe von Gründen die in Wien benannten IAEO-Inspektoren ablehnen. So wollte sich der Irak zeitweilig beispielsweise ausschließlich von Kontrolleuren aus Ungarn oder der Sowjetunion inspizieren lassen (lt. WSJ). In der BRD müssen die IAEO-Inspektoren (mit einer einzigen Ausnahme: Gronau) grundsätzlich ein bis sieben Tage im voraus angekündigt werden. Sie finden, wenn es das Gastgeberland wünscht, stets in Begleitung von Regierungsvertretern statt. Über bürokratische Schikane (Visa-Vergabe etc.) kann jeder Staat den Inspektoren-Zugang zusätzlich und nahezu beliebig verzögern oder torpedieren (vgl. „Atombomben made in Germany“, Köln 1986, S. 120). Oder mit den Worten des ehemaligen IAEO-Inspektors Emanuel R. Morgan: „Die Kontrollen werden von denen kontrolliert, die kontrolliert werden sollen.“ (Wall Street Journal, 4.2.82)

Fahren wir fort mit der Frage der zu entdeckenden „signifikanten“ Mengen. Zuerst ist festzuhalten, daß die geltenden Definitionen für „signifikante“ Mengen hoffnungslos veraltet sind. Schon im Februar 1980 berichtete beispielsweise Amory Lovins in der Zeitschrift „Nature“, daß bei entsprechend modernem Waffensdesign bereits weniger als 2 kg Plutonium für eine beträchtliche Superkritikalität, also Bombenkraft, ausreichen. Selbst unser Professor Grünn wollte im Gespräch mit dem „Wall Street Journal“ nicht leugnen, daß die geltenden Werte „out of date“ seien. In seiner Funktion als oberster Safeguard-Verantwortlicher der IAEO erläuterte Dr. Grünn 1982 mit einer bemerkenswerten Offenheit, warum man bei den veralteten Definitionen bleibt: „Er sagt, daß man an diesen Werten festhält, weil die Wiener Agentur kleinere Kilogrammbeiträge, wie sie in den riesigen Verarbeitungsanlagen in der BRD, Belgien und Japan verloren gehen, überhaupt nicht entdecken kann. Deshalb wäre es nach Aussage von Dr. Grünn für den Betreiber solcher Anlagen möglich, die einmalige Abzweigung einer für die Bombenherstellung ausreichenden Menge an angereichertem Uran oder Plutonium vorzunehmen, ohne daß dies entdeckt würde.“ (Wall Street Journal, 4.2.82) Diese Aussage aus der IAEO-Führungsetage beweist, daß man in Wien in der Sache selbst längst resigniert hat. Die für die Kontrollen wichtigste Definition, die Festlegung der „signifikanten“ Menge, deren unklare Abzweigung zu verhindern ist, orientiert sich nicht an technischen Optionen und physikalischen Gesetzmäßigkeiten, son-

dern einzig und allein daran, was für die IAEO selbst als gerade noch „machbar“ gilt. Ob 2 kg oder 8 kg als eine „signifikante“ Menge gelten, ist keineswegs unerheblich. So können nach den offiziellen Kontrollvorschriften alle Atomanlagen der Kontrolle entzogen werden, deren Spaltstoffinventar unterhalb der definierten „signifikanten“ Menge bleibt. Dies alles jedoch scheint für die IAEO-Führungsspitze zweitrangig zu sein. Vorrangig ist die für die Weltöffentlichkeit fabrizierte Notlüge. Es muß wenigstens so getan werden, als seien die IAEO-Kontrollen hinfällig.

Ein weiteres nicht weniger wichtiges Selbsteingeständnis über die eigene Wirkungslosigkeit stammt von dem Repräsentanten der IAEO-Öffentlichkeitsabteilung, Hans-Friedrich Meyer. „Kleinere Mengen spaltbaren Materials sind trotz Kontrolle durchaus abzweigbar“, erläuterte er gegenüber der FR (16.1.88) und fuhr fort: „Wenn ein Anlagenbetreiber es auf die kontinuierliche, insignifikante Beisetzung spaltbaren Materials anlegt, kann und wird er auch gegenüber den Kontrollinstanzen vertretbare Gründe vorweisen. Inzwischen könnte er das so abgezweigte Material im geheimen Kämmerchen horten.“ Mit anderen Worten: Wer peu a peu das Bombenmaterial abzweigt, wird es nicht erwischt.

Doch selbst unter Berücksichtigung dessen, was die IAEO für „signifikant“ erklärt, wird in sehr vielen Fällen ihr Kontrollziel nicht erreicht: Nach Auskunft des ehemaligen IAEO-Verantwortlichen Prof. Grünn konnte 1986 nur bei 76% der für waffentaugliches Material bestimmten Kontrollen das Prädikat „Ziel erreicht“ verliehen werden. Bezogen auf das gesamte Spaltmaterial wurde nur in 63% der 306 ausgewerteten Anlagen das selbstdefinierte Kontrollziel erreicht. (FAZ, 28.1.88)

Die Frage bleibt, welchen Sinn angesichts der sich selbst und die Öffentlichkeit betrübenden Praxis die IAEO-Kontrollen noch haben. Sicher ist, daß man sich in den obersten Rängen des Atomstaats über die tatsächliche Reichweite der IAEO-Kontrollen — entgegen aller öffentlicher Bekundung — schon lange keilsteils über die tatsächliche Reichweite der IAEO-Kontrollen — entgegen aller öffentlicher Bekundung — schon lange keine Illusionen mehr macht. So betonte 1981 das US-Verteidigungsministerium in einem geheimgehaltenen Dokument des Nationalen US-Sicherheitsrates seine „Bedenken hinsichtlich der Effektivität der IAEO-Kontrollen — diejenigen, die für die nationale Sicherheit die Verantwortung tragen, werden sich davor hüten müssen, ein übertriebenes Vertrauen in die IAEO zu setzen“ (zit. nach Wall Street Journal, 4.2.82).

Die wesentliche Funktion der IAEO liegt heute offenkundig in erster Linie im Ideologischen. Diese „Kontrollbehörde“ wird von den Atomstaat-Führern in aller Welt gebrauch, um der eigenen Bevölkerung fortlaufend ein „übertriebenes Vertrauen“ in die IAEO-Kontrollen zu suggerieren und somit die Kritik an den militärischen Dimensionen der Atomenergie im Zaum zu halten. Da man sich offenkundig auch im internationalen Maßstab gerne einen in die Tasche legt, erfüllt die IAEO eine zweite Funktion. Hans-Friedrich Meyer von der IAEO-Öffentlichkeitsabteilung: „Durch die Kontrolle werden letztendlich den Ländern die internationale Bestätigung gegeben, daß sie kein spaltbares Material für den Bau eigener Atomwaffen nutzen oder es zu diesem Zweck nicht an andere weiterleiten.“ Ebenso Prof. Dr. Hans Grünn: Er charakterisiert diesen Aspekt der IAEO-Tätigkeit als „vertrauensbildende Maßnahme, die die Staaten davon überzeugt, daß jeder andere Staat des Systems zu seinen Verpflichtungen steht. Diese Vertrauensbildung bei der Mehrzahl der Staaten steht im Vordergrund der Kontrollmaßnahmen der IAEO. Die Abschreckung ist ein Nebeneffekt, der nur jene Staaten trifft, die bewußt vertragsbrüchig werden wollen — wenn es solche Staaten im Nichtverbreitungs-System überhaupt gibt.“

Staaten, die bewußt vertragsbrüchig werden wollen, werden aber die allerwenigsten Mühe haben, durch das weltweite Kontrollnetz durchzuschlüpfen. Ohnehin könnten sie den Atomwaffensperrevertrag und die damit verbundenen Kontrollen jederzeit kündigen. Ob ein Staat nun „bewußt“ oder eher ein passanter stiller Vorbereitungen für den künftigen Atommachtstatus trifft, ist zweitrangig. Wichtig ist nur, daß die Verantwortlichen die IAEO nicht zu fürchten brauchen. Im Gegenteil, leistet doch die IAEO, indem sie für das nötige internationale wie innenpolitische Vertrauen sorgt, geradezu unschätzbare Dienste...

M.K.

Lohnverzichtsdebatte

War das nun ein „halber Rückzieher von Lafontaine“, wie die TAZ (27.4.) schrieb oder hat sich nur die Dramaturgie geändert? Nach dem Spitzengespräch von SPD und DGB über Oskars neue Thesen scheint der Streit zwischen beiden Organisationen erstmal eingependelt. Die FAZ behauptete in ihrem Nachrichtenheft, daß sich der SPD-Parteivorstand „weitgehend die Positionen der Gewerkschaften zu eigen gemacht und sich von den Ansichten Lafontaines distanziert“ habe (FAZ, 27.4.). In der Äußerung der SPD-Bundesgeschäftsführerin Anke Fuchs, die Verantwortung für die Arbeitslosigkeit habe vor allem die Bundesregierung, sah die FAZ „die Kompromißformulierung“ des Gesprächs.

Schon vor dem Spitzengespräch hatte Lafontaine versucht Brücken zu bauen. Er hatte erklärt, im Mai-Auflauf des DGB könne er sich durchaus wiederfinden. Und nach dem Spitzengespräch sah Lafontaine dann Eingeklinken darin, „daß bei Arbeitszeitverkürzungen niemand weniger verdienen dürfte als vorher“ (FAZ, 27.4.88). Der SPD-Parteivorsitzende Vogel hatte schon Ende März auf das Verbindende zwischen Lafontaines Thesen auf der einen Seite sowie der gewerkschaftlichen Realpolitik und den Beschlüssen vom Nürnberger Parteitag auf der anderen Seite hingewiesen. Schon in Nürnberg sei „bei der Lohnentwicklung zwischen hohen Einkommen und den übrigen Einkommen unterschieden“ worden (FAZ, 30.3.). „Im übrigen haben die Gewerkschaften schon bisher bei einschlägigen Abschlüssen auf die Durchsetzung möglicher Lohnerhöhungen verzichtet, um stattdessen die Verkürzung der Arbeitszeit zu erreichen“ (ebenda). Tatsächlich hat die IG Metall-Führung für den Bereich der Metallverarbeitung zugunsten der Arbeitszeitverkürzung seit 1985 auf Einkommensverbesserungen von 9,4% verzichtet (Der Gewerkschafter, 4/88). Und auch in dem neuesten Positionspapier der IG Metall wird noch einmal darauf hingewiesen, daß man bereit sei, auf „mögliche Lohnerhöhungen“ zugunsten von Arbeitszeitverkürzungen zu verzichten. Wörtlich heißt es: „Gewollt ist, so das Modell, die Verwendung bloß der Preiskomponente für Lohn- und Gehaltsforderungen und die Verwendung sowohl der Produktivitäts- als auch der Umverteilungskomponente für die 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich.“

Eine solche tarifpolitische Strategie nimmt die Solidarität des sogenannten Arbeitsplatzbesitzer praktisch beim Wort. Mit der Verwendung des Produktivitätszuwachses für die teilweise Finanzierung der 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich wird ein Solidarbeitrag der Arbeitnehmer geleistet.

— nicht durch den Verzicht auf Lohn — wohl aber durch den Verzicht auf unsonst mögliche Lohnerhöhungen. Die Gewerkschaften haben also keine Behelfen darüber nötig, daß der Produktivitätszuwachs nicht zweifach verteilt werden kann.

Eine solche tarifpolitische Strategie läßt aber auch die Solidarität der Produktionsmittelbesitzer nicht außen vor. Mit der Verwendung der Umverteilungskomponente für die restliche Finanzierung der 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich wird der Solidarbeitrag der Arbeitgeber angemahnt. Der Verzicht der Arbeitnehmer auf einen Teil der Einkommensverbesserungen soll durch den Verzicht der Unternehmer auf einen Teil der Gewinnsteigerungen ergänzt werden“ (FR, 7.4.88).

Während die IG Metall auch von den Arbeitgebern einen Solidarbeitrag anmahnt, orientiert Lafontaine mit seinen Thesen auf den Verteilungskampf unter den Lohnabhängigen. Nicht dumm versucht er, aus den Zugeständnissen, die die Gewerkschaften bisher im Bereich der Reallohn gemacht haben, eine Brücke zu seinen Vorstellungen zu bauen. Es scheint, er hat damit Erfolg. Diesen Eindruck hat man zumindest, wenn mensch sich die Ergebnisse des Spitzengesprächs genau ansieht. DGB-Papa Breit formulierte danach vor der Presse die gemeinsame Position von SPD und DGB folgendermaßen: Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich wird in Zukunft „auch eine „Nullrunde“ bei Gehaltstarifverhandlungen „bedeuten“ können, „wenn der Produktivitätszuwachs voll für eine Verkürzung der Arbeitszeit verwendet“ wird. Lafontaine selbst hob nach dem Gespräch hervor, daß „keiner einer „Nullrunde“ insbesondere bei Beziehung hoher Gehälter widersprochen habe — zwar nicht auf alle Jahre, aber doch auf ein Jahr bezogen“ (TAZ, 27.4.). Von einem „halben Rückzieher“ Lafontaines (TAZ) kann also eigentlich keine Rede sein. Es sei denn, mensch mißt den Erfolg Lafontaines an der Durchsetzung seines Gesamtprogramms.

Flexibilisierung der Arbeitszeit durch den Sechs-Stunden-Tag

Daß es mit dem „halben Rückzieher“ nicht weit her ist, wird auch daran deutlich, daß, wie die FAZ berichtete, die Diskussion „über die Rolle der Erwerbsarbeit (...) nicht abgeschlossen“ wurde (FAZ, 27.4.88). Ja, Lafontaine scheint auch in dieser Frage gerade erst anzusetzen, indem er mit neuen Bündnispartnern, (den SPD-Frauen), an die Öffentlichkeit tritt. Auf einer Pressekonferenz, einen Tag vor dem Spitzengespräch von SPD und DGB, die er zusammen mit der stellvertretenden Vorsitzenden der Programmkommission Inge Wertig-Danielmeier durchführte, redeten die beiden viel über die „Selbstbestimmung von Frauen und Männern“. Diese sei nur zu erreichen, so erklärte Lafontaine, wenn die „wellige (...) Beziehungslosigkeit von Erwerbsarbeit zu Familien- oder Eigenarbeit“ aufgehoben werde (FAZ, 26.4.). Ein 6-Stunden-Arbeitstag biete, so wurde erklärt, „die Chance zur Berufstätigkeit (...) und zur Teilhabe an der Nichterwerbsarbeit“ (FAZ, 26.4.88).

Hier stützt der/die LeserIn. Hört sich doch ganz gut an. Fordern nicht gerade die Frauen und linken GewerkschaftsaktivistInnen (ganz zu schweigen von Kommunisten und Müßiggängern) den 7 Stunden-Tag, um die gleichberechtigte Teilhabe an Hausarbeit und Kindererziehung zu erleichtern?

Betrachtet mensch den Vorschlag eines 6 Stunden-Arbeitstages allerdings vor dem Hintergrund von Lafontaines Gesamtkonzept, so wird der Zusammenhang klar. 6 Stunden-Arbeitstag heißt auch Wochenendarbeit. Und das ist gerade das, was das Kapital heute in immer stärkeren Maße durchsetzt. Rechnen wir einmal nach: Um den 6 Stunden-Arbeitstag zu erreichen, gleichzeitig aber die Ausdehnung der Arbeitszeit auf das Wochenende zu verhindern, wäre eine 30 Stunden-Woche nötig. Selbst bei einer 35 Stunden-Woche ließe sich der 6 Stunden-Arbeitstag nur an 6 Arbeitstagen in der Woche realisieren. Da dem Profite-schoner und Realisten Lafontaine nicht unterstellt werden kann, er wäre für die 30 Stunden-Woche, bleibt also nur die Wochenendarbeit, um den 6 Stunden-Arbeits-

tag zu verwirklichen. Das allerdings als ein Mehr an Selbstbestimmung zu bezeichnen ist der blanke Hohn!

Die FAZ hat den ganzen Diskussionsprozeß um Lafontaines Thesen realistisch eingeschätzt. Schon Ende März, kurz vor der ersten SPD-internen Debatte, hieß es in der Zeitung für Schlauerger: „(...) In der SPD und in den Gewerkschaften — wird man Formeln finden, die den Spalt an der Oberfläche kinnen. Doch das, was Lafontaine wirklich gewollt hat, wird die Gewerkschaften nicht mehr in Ruhe lassen. Er hat sie aus der Tabu-Zone herausgeholt, in die sie sich — im Windschatten der „Tarifautonomie“ — zurecht hineingemogelt hatten. Die Gewerkschaften haben sich hinter der Grundgesetz-Garantie der Koalitionsfreiheit verschützt und damit die fatalen Ergebnisse ihrer Lohnpolitik einer grundsätzlichen Kritik entzogen.“ (FAZ, 28.3.88)

Nach dem Spitzengespräch wies die FAZ richtig auf das Dilemma hin, in welchem die Gewerkschaften als systemkonforme Organisationen, die sich am „gesamtwirtschaftlichen Wohl“ zu orientieren haben, i.Zt. stecken: „nur vordergründig“ gehe es, so die FAZ, den Gewerkschaften „um die Frage von Arbeitszeitverkürzungen ohne oder mit Lohnausgleich“ (FAZ, 27.4.). Begründung: Die Gewerkschaften hätten bisher immer verminderten Lohnerhöhungen zugunsten der Arbeitszeitverkürzung zugestimmt. „Wirklich erbittert hat sie (dagegen) etwas, was sie öffentlich nicht zugeben werden. In Lafontaines Thesen steckt die öffentliche Feststellung, daß die Arbeitnehmer-Organisationen über ihre Tarifpolitik eine Mitverantwortung für die Höhe der Beschäftigung tragen. Das ist die schlichte Wahrheit, aber sie hat es in den zurückliegenden Jahren ein Sozialdemokrat gewagt, sie auszusprechen.“ (FAZ, 27.4.88) Bei der Formulierung ihres neuen Grundsatzprogramms, werde die SPD, so vermutet die FAZ, „in der „Menschenwürdefrage“ endgültig zu Kreuz kriechen müssen.“ (FAZ, 27.4.).

Doch die von Lafontaine angezettelte Debatte ist nicht nur eine Grundstrategie innerhalb der SPD. Für Sozialisten stellt sich die Frage, in welchem Gesamtrahmen Lafontaines Thesen gesehen werden müssen und wie es zu erklären ist, daß seine Forderung nach einem Lohnverzicht, laut Meinungsumfragen, in breiten Bevölkerungskreisen positiv aufgenommen wird.

Umverteilung? Endlich abhaken!

Umverteilung? Endlich abhaken!

Keynesianische Lösungsstrategien seien nicht mehr praktikabel, hört man von einem Lafontaine-Vordenker („Der Spiegel“). Nicht daß sich die SPD irgendwann ernsthaft auf dem Gebiet der Nachfragesteuerung und der beschäftigungsorientierten Investitionslenkung versucht hätte. Professor Scharpf, Direktor am Kölner Max-Planck-Institut, plagt sich nicht mit solchen Ansprüchen. Er stellt nur ganz nüchtern fest: Die Reaktion der sozialdemokratisch geführten Länder auf die Situation der frühen achtziger Jahre habe gezeigt, daß „die pragmatisch legitimierten Strategien nicht praktikabel und die pragmatische Praxis nicht legitimationsfähig“ war. Auf nationaler Ebene, so Scharpf weiter, scheiterte die keynesianische Nachfragesteuerung an dem international hohen Realzinsniveau. Und auch eine Europäisierung oder Internationalisierung der keynesianischen Steuerung, so Scharpf, sei derzeit wegen der ökonomischen Machtstellung der USA bzw. der innereuropäischen Konkurrenz zum Scheitern verurteilt. „An den Thesen der Angebotstheoretiker“ führe deshalb „kein Weg vorbei: Zusätzliche, arbeitsplatzschaffende Investitionen werden nur aufgenommen, wenn die nachhaltig zu erwartenden Gewinne mit den international gebotenen Kapitalzinsen konkurrieren können.“ Jetzt gehe es um die „strategische Einsicht, daß vorderhand die Vollbeschäftigung weder „kostenlos“ durch eine keynesianische Wachstumspolitik, noch „auf fremde Rechnung“ durch Umverteilung zu Lasten des Kapitals gewonnen werden kann — sondern allenfalls durch die Umverteilung von Arbeitsmöglichkeiten und Arbeitseinkommen zu Lasten der großen Mehrheit der derzeit Beschäftigten selbst.“ „Sozialismus in einer Klasse“ nennt Scharpf das. Die Arbeiterbewegung müsse die „vorläufig irreversible Niederlage im Verteilungskampf“ akzeptieren. Alles andere führe „nur zum Kampf aller gegen alle im eigenen Lager“. Diesen Kampf von privilegierten Arbeitnehmern und an den Rand Gedrängten müßten Sozialdemokraten und Gewerkschafter verhindern, indem sie „allen Arbeitnehmern durch höhere Steuern und durch den Verzicht auf Einkommens-Zuwächse den notwendigen So-

lidarbeitrag für die Teilhabe aller Arbeitswilligen am Arbeitsleben abverlangen.“ Dieser Solidarbeitrag soll dem Staat die nötigen Mittel verschaffen, um die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen auszuweiten und weitere Arbeitszeitverkürzungen zu subventionieren (Gewerkschaftliche Monatshefte, 1/88).

Vor dem Hintergrund einer wahren Gewinnexplosion ist dieser von den Arbeitenden geforderte Solidarbeitrag schon ziemlich dreist. Die Bruttogewinneinnahmen haben sich im Zeitraum von 1982-87 um 34%, die Bruttoarbeitsentlohnung dagegen nur um 20% erhöht (Vgl. IGM-Positionspapier, FR, 7.4.88). Die Lohnquote, die den relativen Anteil der Bruttoarbeitsentlohnung am Volkseinkommen mißt, setzte damit ihren Rückgang fort. 1986 lag sie etwa auf dem Wert des Jahres 1960.

Auch die Nettogewinne der Unternehmen sind immens gestiegen. Zwischen 1980 und 86 um 65%! Insbesondere der Dollarverfall, sowie der Preisverfall bei Rohöl und Rohstoffen im Jahre 1986 ermöglichten diese Steigerungsraten. Der „Terms-of-trade-Effekt“ schlug im Jahre 1986 mit einem Plus von 12,9%, so Rudolf Wolzmueller vom WSI, „im historischen Vergleich gesehen, alle Rekorde. Nicht einmal während des Korea-Krieg-Booms (1952) (...) war die Entwicklung günstiger (die Terms-of-Trade stiegen damals um 10,6 vH)“ (WSI-Mitteilungen, 7/87). Der „Terms-of-trade-Effekt“ erweiterte den „verfügbaren“ Verteilungsspielraum (in der Bundesrepublik) (...) um rund 30 Mrd. DM (...) — zu Lasten der „übrigen Welt“, das heißt insbesondere der rohstoffliefernden Länder. (...) der tatsächlich verfügbare Verteilungsspielraum (hat damit) wesentlich stärker zugenommen, als es aufgrund der inländischen Produktion vorgegeben war.“

Daß die Reallohn in den letzten drei Jahren (nach sechs Jahren Rückgang) nun wieder angestiegen sind (+4,0 / +1,5 / +1,5%), 1986 allerdings erst wieder das Niveau von 1978 erreichten (Wolzmueller), ist jedoch nicht einem Umverteilungserfolg zuzuschreiben, der den neuen Spielraum ausgenutzt hätte. Vielmehr hängt der leichte Anstieg der Reallohn mit verschiedenen steuer- und sozialpolitischen Maßnahmen zusammen: Die erste Stufe der Steuerreform führte bei kleineren und Normaleinkommen zu Entlastungen. Die Einführung des Erziehungsgeldes sowie die Verlängerung der Bezugsdauer beim Arbeitslosengeld wirkte sich auf die Reallohn ebenfalls entlastend aus.

geldes sowie die Verlängerung der Bezugsdauer beim Arbeitslosengeld wirkte sich auf die Reallohn ebenfalls entlastend aus.

Insgesamt gesehen sind die entlastenden Wirkungen der staatlichen Politik jedoch Randerscheinungen. Von der zweiten und dritten Stufe der Steuerreform werden vor allem die mittleren und höheren Einkommen profitieren. Um die Steuerlasten wieder reinzuholen werden besonders die Arbeitnehmerentlohnungen geschröpft (so z.B. durch die Einschränkung der Steuerfreiheit auf Lohnzuschläge sowie durch die Erhöhung der Verbrauchsteuern). Insgesamt gesehen hat die Steuerreform eine arbeitnehmerfeindliche Gewichtung und begleitet damit die Umverteilung von der staatlichen Seite her.

Die staatliche Umverteilungspolitik bekamen besonders die Arbeitslosen zu spüren. 1986 bekam schon über ein Drittel der registrierten Arbeitslosen wegen langer Arbeitslosigkeit und der Ausgrenzung aus der Arbeitslosenversicherung keine Unterstützung vom Arbeitsamt mehr. Damit waren diese Menschen auf Sozialhilfe angewiesen. Die Zahl der Sozialhilfeempfänger stieg von 1980 bis 86 um 56%. Berücksichtigt mensch die „Stille Reserve“ von rund 1,2 Mio. nichtregistrierten Arbeitsuchenden, so erhielten 1986 rund 2 Mio. Arbeitslose keine Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung.

„Intelligente Organisation der Arbeit“

Die Supergewinne des Kapitals basieren jedoch nicht nur auf der staatlichen Umverteilung und dem Auspressen der 3. Welt. Zentral ist die Ausbeutung in der Bundesrepublik. Dies wird u.a. an der gestiegenen Produktivität, von 100 (1980) auf 120,6 im Jahre 1986, deutlich. Mit Hilfe der neuen Technologien und modernen Formen der Arbeitsorganisation versuchen die Unternehmer diese Entwicklung weiter zu beschleunigen. Um das eingesetzte Kapital maximal zu nutzen, sind die Unternehmer, besonders in den kapitalintensiven Betrieben, bestrebt, über eine stärkere Flexibilisierung von Ar-

Fortsetzung nächste Seite

Bruttolohnquote und Arbeitnehmerquote 1960 bis 1986
Bundesgebiet einschl. Berlin (West)
— in vH —

Jahr	Bruttolohnquote ¹⁾		Arbeitnehmerquote ²⁾
	tatsächlich	strukturbereinigt ³⁾	
1960	80,1	65,0	77,2
1965	85,3	67,3	80,9
1970	88,0	68,0	83,4
1975	73,1	71,5	85,3
1976	71,8	69,8	85,7
1977	72,7	69,8	86,2
1978	71,4	68,8	86,6
1979	71,5	69,5	87,0
1980	73,5	70,0	87,4
1981	74,4	70,8	87,5
1982	73,8	70,1	87,3
1983	71,6	69,7	87,1
1984 ⁴⁾	70,5	67,5	87,1
1985	69,5	66,8	87,1
1986	69,6	65,7	87,3

1) Anteil des Bruttoeinkommens aus unselbständiger Arbeit am Volkseinkommen. — 2) Bereinigt vom Einfluß, der sich aus der Änderung der Beschäftigungsstruktur ergibt. Die Arbeitnehmerquote des Jahres 1970 (83,4 vH) wird über alle Jahre hinweg konstant gehalten. — 3) Anteil der beschäftigten Arbeitnehmer an den Erwerbstätigen. — 4) Ab 1984 vorläufiges Ergebnis.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Wirtschaft und Statistik, 3/1987. — Eigene Berechnungen.

Erwerbstätige außerhalb des Normalarbeitsverhältnisses 1984 und 1986 (in 1000)

	1984	1986
1. Erwerbstätige ¹⁾	25 304	25 736
2. Abhängig Beschäftigte ¹⁾	22 038	22 465
3. Registrierte Arbeitslose ¹⁾	2 266	2 228
4. Stille Reserve ¹⁾	1 288	1 161
Σ 3+4	3 554	3 389
5. Kurzarbeiter ²⁾	384	197
6. ABM-Beschäftigte ²⁾	80	102
7. Befristete Arbeitsverhältnisse ²⁾	900	1 900 (1750) ³⁾
8. Registrierte Leiharbeitskräfte ²⁾	32	70
9. Teilzeitarbeitskräfte ²⁾	2 691	3 150
10. davon: nicht sozialversichert	1 056	ca. 1 200
Σ 5-10 (in Prozent von 2)	4 287 (19,4)	5 419 (24,1)
Σ 3-10 (in Prozent von 2-4)	7 841 (30,6)	8 808 (34,0)

1. vgl. Wirtschaftsjunktur 7/1987, S. 8 u. 11.
2. ANBA, Arbeitsstatistik 1984 und 1986 — Jahreszahlen. Die Angaben sind Jahresdurchschnittszahlen, die Zahl der während eines Jahres Beschäftigten ist etwas höher.
3. Ergebnisse einer Repräsentativumfrage von FORSA Dortmund.
4. Angaben nach einer Untersuchung des Wissenschaftszentrums Berlin im Auftrag des BMAS, Berlin/W. 1987.
5. Statistisches Bundesamt, Fachserie 1, Reihe 4.2; MIA 3/1986, S. 382; für 1986 eigene Schätzung.
(Quelle: K. Pichstaus, Das Flexibilisierungskonzept des Kapitals und die Perspektive des Kampfes um das Normalarbeitsverhältnis, in: Marxistische Studien, Jahrbuch des IRRF 13, Frankfurt 1987, S. 211)

Einkommenszuwachs von Arbeitnehmern, Unternehmern und Vermögensbesitzern 1982-86

	Breite (vor Steuern und Abgaben)	Netto (nach Steuern und Abgaben)	Netto real (in Preisen von 1986)
a) in DM			
Zuwachs der Einkommen aus unselbständiger Arbeit	101,6 Mrd.	53,7 Mrd.	13,5 Mrd.
Zuwachs der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	151,0 Mrd.	139,5 Mrd.	119,1 Mrd.
b) in Prozent			
Zuwachs der Einkommen aus unselbständiger Arbeit	13,8 %	9,9 %	2,5 %
Zuwachs der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	47,0 %	53,8 %	42,6 %

Errechnet aus Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 1987/88, Tab. 24 + und 24, Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Statistischer Anhang Tabellen VII) 7 und 8

Aus: WSI-Mitteilungen 7/87

Aus: Nachrichten 12/87

Aus: Sozialismus 4/88

Fortsetzung von vorheriger Seite

beitsorganisation und Arbeitszeiten zu einer Ausdehnung der Betriebsnutzungszeiten zu kommen. „Bei längeren Betriebszeiten sinken die Kapitalstückkosten. Investitionen können eingespart werden (...), im Gegensatz zu Investitionen ist die zusätzliche Kapazität leichter reversibel, kostspielige Anlagen amortisieren sich schneller, und das Unternehmen kann damit auf dem jeweils neuesten technologischen Stand produzieren“ (Bosch, WSI 12/87).

Solche Überlegungen liegen offensichtlich auch Lafontaine am Herzen. Mit seiner These von der Arbeitslosigkeit als Folge einer „unzureichend intelligenten Organisation der Arbeit und des Arbeitsmarktes“ und seinem kürzlich vorgebrachten Vorschlag des 6 Stunden-Arbeitstages, liegt er gut im Trend.

Das was Lafontaine als „intelligente Organisation“ umschreibt, setzt sich schon jetzt immer mehr durch. So gab nach einer vom nordrhein-westfälischen Arbeitsministerium im Dezember 1987 veröffentlichten Repräsentativbefragung des ISO und des Emnid-Instituts ein Drittel der Befragten an, daß sie regelmäßig an Wochenenden arbeiten. Die Befragung ergab außerdem: „(...) nur 27% der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Bundesrepublik erbringen ihre Arbeitsleistung ohne Wochenend- und Schichtarbeit, können weder regelmäßige Überstunden noch „normale“ verlängerte Arbeitszeiten, sind nicht von Kurzarbeit, Arbeit auf Abruf oder sonstigen Formen flexibler Arbeitszeitgestaltung betroffen, leisten auch keine Teilzeitarbeit und haben keine gleitende Arbeitszeit.

Auf rund drei Viertel der Beschäftigten hingegen trifft zumindest eines der genannten Merkmale zu, meistens kommen verschiedene dieser Merkmale zusammen.“ (NRW-Arbeitsminister Heinemann, in: Arbeitszeit '87).

Wochenendarbeit ja bitte?

Allein „die regelmäßige Wochenendarbeit (stieg) von 1984 bis 1987 von 20 auf einen Anteil von 32 %“ (Bosch, 12/87). Insgesamt müssen heute mehr als 7 Millionen Lohnabhängige regelmäßig samstags arbeiten (Vgl. Heinemann). Der Schwerpunkt dieser enormen Ausweitung der Samstagsarbeit lag im industriellen Bereich, wo „sich der Anteil der regelmäßigen Samstagsarbeiter an den Beschäftigten seit 1980 von 11% auf 29% nahezu verdreifacht“ hat (ebenda). „Die Ausdehnung der Betriebszeiten wird“, so Bosch, z.Zt. nur „durch das geringe Wachstum und nicht durch die Arbeitszeit- und die Tarifverträge behindert.“ Denn nur „die wenigsten Tarifverträge (enthalten) eine klare Festlegung der Arbeitszeit auf die Arbeitswoche Montag bis Freitag“ (Ingrid Kurz-Scherf, WSI 12/87). Die Kapitalisten konnten in puncto Samstagsarbeit in den letzten Jahren außerdem noch Ausnahmebestimmungen in den Tarifverträgen durchsetzen, die ihnen, unter der Voraussetzung, daß der Betriebsrat sein Ja-Wort gibt, die Einführung der Samstagsarbeit für einzelne Beschäftigte oder Beschäftigtengruppen, erleichtert.

Vergleichen man die Betriebsnutzungszeiten auf internationaler Ebene, liegt die BRD hier an der Spitze. „In der Bundesrepublik arbeiten 18 vH der Beschäftigten in Schicht gegenüber 8 vH in Frankreich und in den USA sowie 13 vH in Großbritannien; 12 vH arbeiten nachts gegenüber 11 vH in USA und 5 vH in Frankreich (...). Im verarbeitenden Gewerbe werden in der Bundesrepublik wöchentlich im Schnitt 60,6 Stunden (...) gearbeitet, gegenüber 46 Stunden (1982) in Frankreich und diese Unterschiede gelten auch für die meisten Einzelbranchen.“ (Bosch) Die derzeitige Deregulierung der bundesweiten Arbeitsgesetze ist für Gerhard Bosch vom WSI Teil eines internationalen Deregulierungswettlaufs der „Arbeitsbedingungen verschlechtern und (den) wirtschaftlichen Konzentrationsprozeß (...) (fördern) wird.“

Ungeschützte Arbeitsverhältnisse

Die moderne Arbeitsorganisation bringt jedoch nicht nur Wochenend- und Nachtarbeit mit sich, sondern auch die Zunahme „ungeschützter Arbeitsverhältnisse“. Das soziale Sicherungssystem der BRD ist jedoch auf das „Normalarbeitsverhältnis“ ausgerichtet, was für die Menschen in den „ungeschützten Arbeitsverhältnissen“ weitreichende Konsequenzen hat. Beispiel Teilzeitarbeit: Jeder dritte Teilzeitschäftigte ist heute weniger als 19 Wochenstunden tätig und damit nicht in die Arbeitslosenversicherung einbezogen (Vgl. Heinemann). So wundert es nicht, daß Studien der Arbeitsministerien von NRW und Baden-Württemberg zu dem Ergebnis kommen, daß ein Großteil der Teilzeitschäftigten längere Arbeitszeiten bevorzugen würde.

Nicht zuletzt das Beschäftigungsförderungsgesetz von 1985 hat den enormen Schub auf dem Sektor der „ungeschützten Arbeitsverhältnisse“ verstärkt. So hat sich die Zahl der befristeten Arbeitsverhältnisse von 900.000 (1984) auf 1,9 Mio (1986) mehr als verdoppelt. Die Gruppe der Erwerbstätigen außerhalb des Normalarbeitsverhältnisses (Kurzarbeiter, ABM-Beschäftigte, befristete Arbeitsverhältnisse, registrierte Leiharbeitskräfte und Teilzeitarbeitskräfte) machte 1986 schon ein Viertel der Lohnabhängigen in der BRD aus! Von 1984 bis 1986 vergrößerte sich diese Gruppe der Lohnabhängigen um ca. 1 Mio. auf insgesamt etwa 5,2 bis 5,4 Millionen. Zusammen mit den registrierten und nicht registrierten Arbeitslosen (3,4 Mio.) ergibt dies einen Anteil von 34 Prozent der Erwerbstätigen, die heute nicht mehr den Schutz des „Normalarbeitsverhältnisses“ in Anspruch nehmen können (Vgl. Nachrichten 12/87).

Lafontaine, dem die Aufwertung der unbezahlten Arbeit ja so sehr am Herzen liegt, kann diese Entwicklung eigentlich nur recht sein, gibt sie doch so vielen Männern und Frauen die Chance, die „völlige Beziehungslosigkeit vom Erwerbsleben zu Familien- oder Eigenarbeit“ (FAZ, 26.4.) zu überwinden. Besonders die Frauen „profitieren“ von dieser Entwicklung. 1986 waren von den 3,3 Mio Teilzeitschäftigten 90% Frauen! Etwa 40% der Teilzeitschäftigten gehörten zu der Gruppe der „geringfügig

Beschäftigten“ (Nachrichten 12/87), die weniger als 15 Wochenstunden arbeiten, unter 430 DM im Monat verdienen und deshalb aus der Renten- und Krankversicherung herausfallen.

Tarifvertraglich hat sich auf diesem Gebiet bisher wenig getan. Die Einrichtung und Ausgestaltung der Teilzeitarbeitsplätze liegt nach wie vor fast vollständig im Ermessen der Kapitalisten. Dieser Zustand hält DGB-Papa Breit nicht davon ab, auf dem letzten Spitzengespräch mit BDA-Präsident Marmann darin übereinzukommen, daß „das Potential für die Arbeitsmarktentlastung durch Teilzeitarbeit oberhalb der Sozialversicherungspflicht“ noch nicht ausgeschöpft sei (FAZ 28.4.).

Die Lafontaine'sche Neudefinition des Arbeitsbegriffs, verknüpft mit einer mageren „Grundsicherung“, wird die Benachteiligung der Frauen nicht aufbrechen. Bedingung wäre heute, die Möglichkeit eines gleichberechtigten Zugangs zu den „Normalarbeitsverhältnissen“. Die FR-Redakteurin Jutta Roitsch sieht da erst einmal ganz andere Probleme: „Am Ideal einer unbefristeten Dauerstellung, mit der ohne Angst ein „normales“ Leben zu planen ist, entfernt sich inzwischen fast eine ganze Generation, während eine andere, die laut gegen den Lohnverzicht wettet, auf wohldefinierten und ziemlich sicheren Pfaden sitzt“ (FR, 3.3.88). Wie war das? Die gutbezahlte Redakteurin kritisiert die gutbezahlten Gewerkschaftsführer, die den gutbezahlten Lafontaine dafür kritisieren, daß dieser den noch besser bezahlten Kapitalisten schonen, die Arbeitenden aber stärker schröpfen will.

uh

Die Techno-Guerilla brachte es an den Tag. Ein abgehörtes Telefongespräch ließ mal wieder einen Blick hinter die Kulissen der Macht zu. Und da sollen die Sozialdemokraten von der nordrhein-westfälischen Landesregierung den Krupp-Managern geraten haben, Rheinhausen — wenn es schon sein müsse — möglichst schnell zu schließen. Glaubwürdig ist dies schon deshalb, weil es die Mentalität der SPD-Führer so treffend charakterisiert. Jetzt wird natürlich eifrig dementiert. Aber: Ist der um die politische Kultur so eifrig besorgte Protestant Rau bereit, das schwer beständige Ansehen des deutschen Ehrenworts zu retten und sein eigenes in die Waagschale zu werfen? Bisher nicht!

Im April hat die seit Dezember 1987 um ihre Arbeitsplätze kämpfende Belegschaft von Krupp in Duisburg Rheinhausen noch mal zugelegt. Als BILD am 7. April die definitive Schließung des Stahlwerks meldete, beschlossen die Vertrauensleute den Streik. Eine Woche lang, vom 8. bis 14. April, stand bis auf den Notdienst die Produktion still. Ohne Streikunterstützung durch die IG Metall wirkte sich dieser Streik erstmals ernsthaft auf die Produktion aus. Im Bochumer Krupp-Werk wurde der Mangel an Nachschub spürbar, allerdings auch der an Solidarität der Bochumer Kollegen. Die Veröffentlichung des Telefonats von Krupp-Chef Cromme mit Thyssen-Chef Krüwel durch die „faz“ am 9. April heizte die Auseinandersetzung zusätzlich an. Am Vormittag des 11.4. wurden die Düsseldorf Rheinbrücke und der NRW-Landtag blockiert. Neue Popularität einer alten Parole: „Wer hat uns verraten?“ Am 12. April wurde der bis dahin befristete Streik verlängert, am 14. nach heftigen Auseinandersetzungen mit einer radikalen Minderheit im Betrieb beendet. Zuvor hatte Johannes Rau ultimativ den Abbruch gefordert, sonst stünde er als Vermittler oder Moderator nicht mehr zur Verfügung. Seither wird vor allem die Niederlage der Rheinhausener beschworen.

Nie war es so deutlich: Die Rheinhausener Belegschaft, die viel Solidarität erfahren hat, die seit Monaten immer wieder engagiert für ihre Arbeitsplätze auf der Straße ging und in den Streik getreten ist, wird von jenen Institutionen systematisch in die Isolation getrieben, denen die größten realpolitischen Hoffnungen galten: die Sozialdemokratie, die immer wieder „Solidarität“ beschwört, und ihre Gewerkschaft IG Metall, die sich völlig abgemeldet hat. Letztere läßt zwar überall Solidarität mit dem Ruhrstück Rheinhausen erklären, je weiter weg, desto deftiger in Worten, ist aber auffällig inaktiv und findet an der Spitze zur Zeit nicht einmal mehr die Sprache zu Rheinhausen. Offensichtlich rechnet man in der Frankfurter IGM-Zentrale immer noch durch, wie man auf 30.000 Entlassungen bei Stahl gemäß der „Frankfurter Vereinbarung“ vom Oktober kommt.

Die SPD praktiziert die Isolierung auf

verschiedenen Ebenen. Immerhin gelang es den Rheinhausenern noch stets, Partei und Landesregierung unter Druck zu setzen. Aber die Tonaufnahme wird merklich schärfer. Farthmann (SPD-Fraktionsvorsitzender) kündigte gegenüber den Blockaden die Grenzen des Langmuts an: „Irgendwann kommt der Punkt, an dem die Polizei im Interesse der betroffenen Bürger handeln muß.“ Zöpel (stellv. Landesvorsitzender) warnte angesichts der Verletzung der Bannmeile, daß Gesetzesbrüche „nicht dauerhaft hingenommen werden“ könnten und unterstellte den Rheinhausenern „übertriebene Dramatisierung“ ihrer Lage. Parallel dazu verstärkte sich das Vorgehen der staatlichen Organe. Wegen Nötigung sind mehrere Ermittlungsverfahren eingeleitet. Beim stellvertretenden Betriebsratsvorsitzenden Theo Steegmann und einem Sprecher des Bürgerkomitees, Pfarrer Kelb, wurden Hausdurchsuchungen nach dem Band mit den Telefonausschnitten. Cromme/Krüwel vorgenommen. Ein deutlicher Fingerzeig, weil das Band bekanntermaßen an mehreren Stellen vorliegt.

Rau und Cromme dementieren nicht!

Am 9. April veröffentlichte die „faz“ einen Mitschnitt aus Telefonaten Crommes mit Krüwel und mit dem Krupp-Arbeitsdirektor (IGM) Meyerwisch vom 8. Januar 1988. Cromme berichtete seinem Gesprächspartner Krüwel über eine bis dahin nicht bekanntgewordene Unterredung, die er und Liestmann (Mannesmann) am 7. Januar mit Ministerpräsident Rau, den Ministern Jochimsen und Heinemann sowie Farthmann geführt hatten. Die Sozialdemokraten, so Cromme am Autotelefon, hätten zur Schließung Rheinhausens erklärt: „Macht es möglichst schnell, denn dann ist das Thema gelöst und der Krach ist weg.“ (faz, 9.4.88) Die Annahme, Cromme würde intern die SPD-Spitze fälschlich für sich in Anspruch nehmen, macht wenig Sinn. Wenn nicht auf's Wort, so sind seine Aussagen doch dem Sinn nach absolut plausibel. Doch anders stellt es sich für die meisten Krupp-Kollegen dar, die aus der SPD kommen und auf sie bauen, wenn sie zum hundertsten Mal ihr Wort gibt, fest an der Seite der Kollegen zu stehen. In dem zentralen Punkt — das Problem schnell aus der Welt zu schaffen — hat Rau bislang auch gar nicht dementiert, ebenso wenig wie Cromme, auch wenn alle den gegenteiligen Eindruck zu erwecken versuchen.

1. In der ersten Stellungnahme nach der „faz“-Veröffentlichung hieß es am 10.4. schlapp: „Die Landesregierung hat weder zum Entscheidungsverfahren noch zum Inhalt der Entscheidung über das Stahlwerk Rheinhausen ihre Zustimmung gegeben.“ Das hatte auch niemand behauptet, und vermutlich haben Cromme & Co auch nicht danach gefragt. Oder um

Vermittler oder Verräter?

Wo bleibt Raus Ehrenwort?

mit Farthmann zu reden: „Nach der bei uns bestehenden Wirtschaftsordnung hat kein Politiker die Kompetenz zu entscheiden, ob die Hütte in Rheinhausen eine Chance hat oder nicht.“

2. Unter dem Druck demonstrierender Stahlarbeiter warf Rau am Vormittag des 11.4. Cromme „äbelsche Unterstellungen“ vor. Es sei „absolut falsch“ zu behaupten, die Sozialdemokraten seien für ein schnelles Ende in Rheinhausen gewesen. Statt dessen habe er, Rau, dem Krupp-Chef gesagt: „Wenn Sie glauben, daß der Bundeskanzler oder ich am 24. Februar (Ann. Montankonferenz) ein Okay geben dazu, zu Ihren Unternehmensentscheidungen, dann irren Sie sich.“ Auch das geht am Kern vorbei, da es um dieses Okay gar nicht gehen kann, sondern darum, ob die führenden Sozialdemokraten dem Krupp-Vorgehen Widerstand entgegenzusetzen oder nicht.

3. Am 13. April wird ein Brief von Cromme an Rau bekannt: „Ich habe in diesem Gespräch keineswegs erklären wollen, Vertreter der Landespolitik hätten ihre Zustimmung zum Kooperations-

modell der Unternehmen zum Ausdruck gebracht. Die Vertreter der Landesregierung haben in diesem Gespräch (...) keine Zweifel darüber gelassen, daß die Entscheidung ausschließlich bei den Organen der Unternehmen liegt, und daß eine positive Unterstützung einer Stilllegung nicht zu erwarten wäre.“ Dieses „Dementi“ ist eine Bestätigung, daß die Landesregierung das Unternehmen nicht in seinen Entscheidungen beeinflussen will. Der Hinweis auf die fehlende „positive Unterstützung“ durch die SPD ist nur noch lächerlich, weil man der Partei durchaus unterstellen kann, ihre Demontage bei den Arbeitern nicht auch noch selbst zu betreiben. Ansonsten gibt Cromme zu verstehen, daß eine Tolerierung seines Vorgehens erkennbar war. Während lächerlich wird das „Dementi“, wenn Cromme schreibt: „Ich stelle fest, daß ich in dem Gespräch mit Herrn Dr. Krüwel, den ich ja als betriebliehen Kooperationspartner selbstverständlich vom Verlauf des Gesprächs unterrichten mußte, lediglich die aus meiner Sicht relevanten positiven Gesprächseindrücke mit-

teilte.“ Cromme bestätigt also, daß er am Telefon den Inhalt des Spitzengesprächs — nur mit seinen eigenen Worten — treffend wiedergegeben hat.

Cromme-Telefonat seit 3 Monaten bekannt

„Ich gehe davon aus, daß man gewählten Politikern eher glauben sollte als Vorstandsmitgliedern der Krupp Stahl AG“, sagte Rheinhausen-Betriebsrat Verholen in einem Interview. Dabei fiel ihm noch der Nachsatz ein: „... wenn es auch in letzter Zeit schwer fällt, das zu tun.“ So ist es. Deshalb muß von Johannes Rau das Ehrenwort eines Politikers eingeholt werden, wenn es die SPD ernst damit meint, anders sein zu wollen als Burschel. Solange es nicht vorliegt, muß davon ausgegangen werden, daß Rau und Kollegen gelogen haben, was die zentrale Aussage betrifft, das Problem Rheinhausen aus der Welt zu schaffen. Rau hat offenkundig in Absprache mit dem Krupp-Vorstand gehandelt, als er zwei Ultimaten für seine „Vermittlungs“-tätigkeit stellte. Das eine an Cromme, zu dementieren. Der hat reagiert und Rau hat den Brief als ausreichend akzeptiert. Der Preis war umgekehrt das Ultimatum an die Krupp-Belegschaft, den Streik abzubrechen, wofür sich der Betriebsrat (Mehrheit) kräftig ins Zeug gelegt hat. Was da vermittelt werden soll, kann nur eine zeitliche Streckung der Stilllegung und ein guter Sozialplan sein.

Vielleicht ist nicht mehr drin. Man muß befürchten, daß die Belegschaft sich nur noch vor diese Alternative gestellt sieht. Erzählt worden ist ihr von den Organisationen ihres Vertrauens allerdings anderes. Problematisch ist vor allem das falsche Spiel, das da getrieben wird. Es stellt sich heraus, daß die Telefonaufzeichnung schon lange in eingeweihten Kreisen kursierte. Bereits im Januar war sie zunächst der WAZ (Westdeutsche Allgemeine) und danach verschiedenen Zeitungen zur Veröffentlichung angeboten worden. Die bürgerliche Presse wollte ebensowenig ran wie das Fernsehen, für das „Monitor“ einen Beitrag vorgesehen hatte (der vermutlich intern gestoppt wurde). Bereits Anfang Februar, behauptet der „Spiegel“ (18.4.), hätten Theo Steegmann und Pfarrer Kelb das Band führenden Sozialdemokraten (den Bundestagsabgeordneten Westphal und Schmude) vorspielen wollen, die angeblich ablehnten, da es sich um ein illegal mitgeschriebenes Gespräch handele. Danach sei das Band bei einem Anwalt hinterlegt worden. Anfang März hatte der Grüne Abgeordnete Stramm im Bundestag auf seine Existenz hingewiesen. Am 4. April veröffentlichte der „Spiegel“ in einem Artikel über die Sicherheit von Autotelefonen einen Hinweis. Doch über den Inhalt wurden die Betroffenen fast drei Monate lang nicht aufgeklärt, bis die „faz“ — auch erst nach Wochen — dienstvolleweise die falsche „Ruhe“ um Rheinhausen, die nach der Montankonferenz Ende Februar drohte, aufstörte. Doch darf es jetzt keine Ruhe um die NRW-Landesregierung und die SPD geben, die als „Vermittler“ am Schacher um das Stahlwerk beteiligt ist.

hr.

Offener Brief

An die Kolleginnen und Kollegen in Rheinhausen

Seit Wochen beobachten wir, wie alle möglichen Gruppierungen versuchen, mit der Not der Betroffenen in Rheinhausen ihr eigenes politisches Suppenchen zu kochen.

Mit bestenfallschen Unterstellungen und Tatsachenumdeutungen wurde immer wieder versucht, einen Keil zwischen die SPD und die ihr nahestehenden Arbeitnehmer zu treiben.

Alle bisher gegen uns gerichteten Lügenkampagnen sind in sich zusammengefallen. Trotzdem wird weiterhin versucht, neues Mißtrauen zu säen.

Läßt Euch durch solche Vorwürfe und Heuchel nicht in die Irre führen!

Nach der bei uns bestehenden Wirtschaftsordnung hat kein Politiker die Kompetenz zu entscheiden, ob die Hütte in Rheinhausen eine Chance hat oder nicht. Aber wir Sozialdemokraten stehen zu dem, was wir von Anfang an gesagt haben.

Ein Abbau von Arbeitsplätzen in der Hütte darf nur erfolgen, wenn gleichzeitig Schritt für Schritt neue Arbeitsplätze in entsprechendem Umfang geschaffen werden!

Dies wäre die beste Lösung für die Arbeitnehmer in Rheinhausen! Wer das nicht anerkennen will, treibt ein falsches Spiel.

Für uns Sozialdemokraten ist klar: Wir stehen an Eurer Seite! Immer wieder hat Johannes Rau, dem Krupp-Stahlchef Cromme gesagt: „Sollten Sie sich entscheiden, daß Sie jemals politische Unterstützung bekommen für Ihre Schließungspläne, dann irren Sie sich gewaltig.“

Johannes Rau vermittelt zwischen Euch und der Unternehmensführung. Er drängt darauf, daß alle Konflikte einseitig geprüft werden. Wir fordern auf: schalte Euch ein! Die Arbeitnehmer von Rheinhausen nicht alle Türen zuschlagen. Die Bemühungen von Johannes Rau, in Rheinhausen zu helfen, können nur Erfolg haben, wenn wir uns gegenseitig vertrauen.

Mit den besten Grüßen
Euer



Frankfurt, 1. April 1988: Vorsitzender der SPD-Fraktion im Bundestag, Johannes Rau.

Afghanistan: Historischer Vertrag oder: „Rückzug von verbrannter Erde“?

Zehn Jahre nach der April-Revolution in Kabul, die die heute herrschende demokratische Volkspartei in Afghanistan an die Macht brachte und acht Jahre nach dem Beginn der sowjetischen Invasion in Afghanistan, wurde am 14.4.1988 in Genf ein Abkommen geschlossen, das den Weg der sowjetischen Truppen zurück in die Sowjetunion freimacht. Innerhalb von neun Monaten wird die Sowjetunion ihr Invasionsheer von rund 100.000 Mann abziehen. Der Vertrag sei „Ausdruck des neuen politischen Denkens“ und von „ähnlich historischer Bedeutung wie der Mittelstreckenvertrag zwischen Moskau und Washington“ verkündete der sowjetische Außenminister Schewardnadse in Genf. (1) Die USA und die Sowjetunion hätten für „einen zur Verbesserung der internationalen Lage dringend benötigten Präzedenzfall konstruktiver Wechselwirkung“ gesorgt, fügte Gorbatschow in Moskau bei einem Empfang für fünfhundert Geschäftsleute aus den USA hinzu. (2)

der Intervention zum Trotz wird Pakistan zentraler Stützpunkt bleiben, sowohl nicht die Stützpunkte nach Afghanistan selbst verlagert werden, denn schon jetzt beginnen die afghanischen und sowjetischen Truppen, sich aus dem besonders umkämpften Grenzgebiet zurückzuziehen. (5) Immerhin hat Pakistan den sieben Führern der Siebener-Koalition „den Rat gegeben, die Russen beim Rückzug nicht zu stören.“ (2)

Eine vorübergehende Reduzierung der Waffenlieferungen ist allerdings denkbar; vorsorglich wurden die Munitionslager im letzten Jahr bis an den Rand gefüllt, die USA verdoppelten ihre Hilfe auf eine Milliarde Dollar. (6)

Über 10.000 Flüchtlinge sind Angaben der Regierung in Kabul zufolge schon zurückgekehrt. 24 Flüchtlingszentren seien für sie eingerichtet worden. Auch das UNO-Hochkommissariat rechnet mit „Massen von spontanen Rückkehrern.“ (7) aber das dürfte unrealistisch sein: Der pakistanische Präsident Zia-ul-Haq erwartet den Beginn der Rückkehr von Flüchtlingen erst nach sechs Monaten, also wenn der Großteil der sowjetischen Truppen nicht mehr im Land ist. (2) Die Allianz der sieben Widerstandsparteien hingegen will vorerst jede Rückkehr der

wenig lassen sich voraussagen, ob sie dem afghanischen Volk in absehbarer Zeit den Frieden bringen werde.“ (2) Feinsinnig bemerkte die „Frankfurter Allgemeine“, daß die 1. Mai-Parolen in der Sowjetunion der neuen Situation angepaßt worden sind. (11) Den Kämpfern gegen imperialistische Ausbeutung werde zwar wieder ein „flammender Gruß“ entboten, aber die Hochrufe auf den „proletarischen Internationalismus“ und auf den „Ruhm der kühnen Streitkräfte der UdSSR“ sind gestrichen, ebenso wie die Versicherung sowjetischer Solidarität mit den Völkern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas. Jetzt solle zum „Kampf für Freiheit der sozialen und politischen Wahl eines jeden Volkes und Landes“ aufgerufen werden und „Hoch lebe die Neuerungsaußenpolitik der Sowjetunion.“ Dem Militär wird zugerufen, seine Disziplin zu stärken.

Die Invasion war ein „Fehler“

Heute wird in der Sowjetunion zugegeben, daß die am 27.12.1979 in Afghanistan begonnene Invasion ein „Fehler“ gewesen sei. (2) Inzwischen konnte sich ein prominenter Wirtschaftswissenschaftler in der sowjetischen Presse zu Wort mel-

den mehr als 110 Staaten in der UNO. (2) (16) Für China, das die Mudschahedin in Pakistan mit Waffen beliefert, gehört Afghanistan zu einem der sogenannten drei Hindernisse für eine Wiedervereinigung. (China hat das jetzt geschlossene Abkommen begrüßt.) Die USA stellten aus der Sowjetunion für die Verschärfung der internationalen Lage an den Pranger. Die USA hatten damals gerade mit der NATO den „Nachrüstungs“-Beschluß verkündet. Sie waren es, die mit einem Interventionsabenteuer 1979 versucht hatten, Khomeini zu stürzen. Im Windschatten der zweiten Ölkrise (1979), noch vor dem Amtsantritt Reagans, wurde bereits unter Carter eine wilde Interventionspropaganda betrieben. Afghanistan war ein höchst willkommener Anlaß für die US-Propaganda. Selbst Khomeini soll die Sowjetunion vor einer Intervention gewarnt haben, weil ihm an guten Beziehungen der islamischen Staaten zur Sowjetunion gelegen war. (17)

Aufgrund ihrer Waffenlieferung an die Mudschahedin hatten es die USA in der Hand, den Afghanistan-Konflikt je nach Wunsch hochzukochen. Ab 1986 etwa lieferten die USA modernste Luftabwehrsysteme, die einen erheblichen Einfluß auf das Kriegsgeschehen hatten.

Hälfte der Landbevölkerung wurde von den „Revolutionären“ entweder ins Ausland oder in den Schutz der Südde getrieben, es wurde mehr Ackerland zerstört als bei der Bodenreform verteilt wurde. (20)

Ein geordneter Rückzug ...

Das in Genf geschlossene Abkommen wird den sowjetischen Truppen einen geordneten Rückzug erlauben; Bilder wie in Vietnam von hektischer Flucht mit den letzten amerikanischen Hubschraubern wird es nicht geben. Und Kabul ist auch nicht Saigon. Kabul, so heißt es in einem Pressebericht, „das ist nicht Phnom Penh kurz vor dem Roten-Khmer-Sturm, als man das Flugzeug unter schwerem Artilleriebeschuß im Laufschrift verließ und sich bis zur Empfangshalle zweimal flach auf den Boden werfen mußte. Das ist auch nicht Beirut im Inferno des libanesischen Bürgerkrieges, wo die Flughafenstraße zum lebensgefährlichen Spießhahnenlauf zwischen Granatfeuer, Heckenschützen und Entführungskommandos wurde. Kabul ist anderes. Kabul — Stadt des Friedens — steht auf einem Empfangsplatz. Das stimmt auf den ersten Blick und stimmt doch nicht.“ (21)

Teilen der bürgerliche Presse paßt es nicht, daß die Sowjetunion zu „ungeschoren“ aus Afghanistan davonkommt. „Aus einer Niederlage einen Sieg zu machen — das gelingt nur wenigen.“ Gorbatschow ist dabei, dieses Kunststück zu vollbringen. Der sowjetische Parteichef hat gute Aussicht, daß im Beifall über den gestern in Genf bestätigten Rückzugsbeschluß aus Afghanistan untergehen wird, wie schwachwoll es für die östliche Weltmacht ist, von einem kleinen Nachbarland in die Schranken verwiesen zu werden. Er braucht kaum zu fürchten, daß nun noch lange von den Untaten die Rede sein wird, die das sowjetische Invasionsheer in Afghanistan begangen hat. Wer will davon jetzt noch etwas wissen? Gorbatschow steht da als der große Friedensfürst, der mit dieser Geste der Entspannung der Welt hoffnungsvolle Zukunftsperspektiven eröffnet.“ (2)

Wir haben keinen Grund, der Sowjetunion die Beseitigung von Altlasten nicht zu gönnen. Die Frage ist jedoch vielmehr, welche Perspektive verbindet die Sowjetunion mit ihrer neuen Politik?

„Mildes oder wildes Blutbad?“

Der oben zitierte Prochanow schreibt, die afghanische PDPA habe zwar ihr Ziel ver-

„Mildes oder wildes Blutbad?“

Der oben zitierte Prochanow schreibt, die afghanische PDPA habe zwar ihr Ziel verfehlt, Afghanistan zu einem sozialistischen Land umzuformen, weil sie versuchte, „einen Sozialismus afghanischen, unislamischen Zuschnitts einzuführen, mit dem gegen Traditionen verstoßen, Gewalt und Unterdrückung heraufbeschworen wurde.“ Gleichzeitig aber habe die Intervention erreicht, daß in Afghanistan ein „Fundamentalismus iranischen Typs nun unmöglich“ geworden sei. (15) Anläßlich der 42. UN-Vollversammlung erklärte Gorbatschow die neue Politik so: „Unbedingte Voraussetzung für allgemeine Sicherheit ist die bedingungslose Respektierung der UN-Charta und des Rechts der Völker, die Wege und Formen ihrer Entwicklung — ob revolutionär oder evolutionär — souverän zu wählen. Das gilt auch für das Recht auf einen sozialen Status quo. Er ist ebenfalls eine ausschließlich innere Angelegenheit. Jegliche Versuche, seien sie direkt oder indirekt, auf die Entwicklung fremder Länder einzuwirken oder sich in diese einzumischen, müssen ausgeschlossen werden. Ebenso unzulässig sind auch die Versuche, bestehende Regierungen von außen zu destabilisieren.“ (22)

Konkret für Afghanistan priesen Gorbatschow und Najibullah in einer gemeinsamen Erklärung die „Politik der nationalen Aussöhnung“, sie „gestaltet es, die Situation in Afghanistan zu regeln, Krieg und Brudermord zu beenden.“ Die Sowjetunion unterstütze die Absicht, in Afghanistan ein Mehrparteiensystem und das Nebeneinander verschiedener Wirtschaftsformen zu dulden. (23) Und die Versuche auf diesem Weg können keine Grenzen. Selbst der gestürzte und verjagte König wurde als Kandidat bei den jüngst in Afghanistan abgehaltenen Wahlen aufgeführt und ein indischer Einmarsch in sein römisches Exil geschickt — vergeblich allerdings. (24) Die Najibullah-Regierung bot in einer zukünftigen Regierung selbst den Mudschahedin, die sie ansonsten als „Banditen“ zu Tode ver-

Fortsetzung nächste Seite

Vier Abkommen wurden am 14.4. in Genf unterzeichnet:

— Ein Abkommen zwischen Afghanistan und Pakistan soll die freiwillige Rückkehr der Flüchtlinge unter UNO-Aufsicht innerhalb von 18 Monaten ermöglichen. (Nach pakistanischen Angaben befinden sich rund 3,5 Mio. afghanische Flüchtlinge auf ihrem Gebiet.)

— Im zweiten Abkommen bekennen sich die beiden Länder zu den im Völkerrecht festgeschriebenen Grundsätzen der Nichteinmischung und des Gewaltverzichts. Das wird sogar detailliert ausgeführt: „Weder direkt oder indirekt sollen die Aktivitäten von Aufständischen und Separatisten, von Soldaten, Terroristen oder subversiven Gruppierungen gegen das Land des Vertragspartners gefördert, ermutigt oder unterstützt werden. Auf ihrem Staatsgebiet sollen ebenfalls der Aufenthalt, die Errichtung von Basen, die Ausbildung und Ausrüstung, Waffentransporte und die Finanzierung von ethnischen Gruppen unterbunden werden, die Subversion, Unruhe und Unordnung im Nachbarland tragen wollen.“ (3) Verstöße gegen das Abkommen sollen durch eine fünfzig Mann starke UNO-Truppe Subversion, Unruhe und Unordnung im Nachbarland tragen wollen.“ (3) Verstöße gegen das Abkommen sollen durch eine fünfzig Mann starke UNO-Truppe überprüft werden.

— In einem weiteren Abkommen mit Afghanistan erklärt die Sowjetunion den Rückzug ihrer Truppen.

— In einer „Erklärung über internationale Garantien“ verpflichten sich USA und Sowjetunion zur Respektierung der geschlossenen Abkommen und dazu, sich auch ihrerseits jeder Einmischung und Intervention in die beiden Länder zu enthalten. (4)

Die sowjetischen Truppen sollen zurück

Nur selten dürfte es in der Geschichte ein Abkommen gegeben haben, bei dessen Abschluß so offen über dessen Nichteinhaltung geredet wurde. Am Tag der Unterzeichnung des Abkommens prophezeite der pakistanische Präsident Zia-ul-Haq in Islamabad: „Der Krieg in Afghanistan werde innerhalb eines Jahres enden, der kommunistische Präsident Afghanistans, Najibullah, bis zum Schluß kämpfen. Aber schließlich wird sein Kopf rollen, und dann werden die Mudschahedin die Regierung bilden.“ (...) Die Russen hätten schon früher, in Genf und andernorts, klargemacht, daß sie bereit seien, Najibullah fallenzulassen. (...) Er schloß nicht aus, daß bei einer Fortsetzung des afghanischen Widerstandskampfes und seiner weiteren Unterstützung durch Pakistan ein Rezitat sein könne, daß Pakistan „den Arm verdreht wird“. (...) Vielleicht müssen wir dann einen etwas höheren Preis bezahlen, aber dazu sind wir bereit.“ (2)

Pakistan ist das zentrale Hinterland für die islamischen Widerstandsgruppen. Der pakistanische Geheimdienst verteilt die von den USA gelieferten Waffen und „hat diese Gaben allzeit als politisches Instrument benutzt.“ Die in Peshawar (Pakistan) residierende Siebener-Koalition der afghanischen Mudschahedin, die das Abkommen strikt ablehnt, wird von Pakistan politisch betreut. Dem Verbot je-

Flüchtlinge verhindern, sie „hat kategorisch erklärt, in die Heimat sollte das geflüchtete Volk erst zurückkehren, wenn das verhaftete Regime Najibullah verjagt sei.“ (8) Pakistanische Vertreter bezweifeln, daß die Mudschahedin den Rückstrom blockieren können, „sei es durch Drohungen, sei es durch Gewalt oder mittels Bestechung der pakistanischen Grenztruppen.“ Man weiß, Pakistan will nach Abzug der Sowjets die Flüchtlinge loswerden. (8)

Die Sowjetunion hatte gleich zu Beginn ihres Einmarsches internationale Abkommen vorgeschlagen. Sie werde ihre Truppen wieder zurückziehen, wenn die USA, Pakistan, China und andere arabische Länder ihre Intervention beenden würden. Das Abkommen konnte nach sechs-jährigen Verhandlungen aber nur deshalb abgeschlossen werden, weil die Sowjetunion diese Position aufgegeben hatte. Anfang dieses Jahres hat sie den USA die „Symmetrie“ der militärischen Versorgung der jeweiligen Klientel zugesagt. Das, so heißt es, sei in Geheimabmachungen festgehalten worden. (2)

Erst nach Rückkehr der Flüchtlinge und Errichtung einer „unabhängigen Regierung“ in Kabul „könne eine Fortsetzung der Militärhilfe entfallen“, erklärte US-Außenminister Shultz.

Als einzige eindeutige Substanz der Abkommen bleibt der Rückzug der sowjetischen Truppen. Anfang April, als es noch ein zähes Feilschen um das Abkommen gab, erklärte Shewardnadse in Kabul, man „bevorzuge nach wie vor ein von USA und UdSSR garantiertes Abkommen“, falls aber Pakistan dazu nicht bereit wäre, würden „die Modalitäten des sowjetischen Truppenabzuges bilateral zwischen Moskau und Kabul festgelegt.“ (10) Die Entscheidung, die Truppen auf jeden Fall zurückzuziehen, war also längst gefallen. Gorbatschow wollte den bei Regierungsantritt ererbten Krieg auf jeden Fall loswerden. Die Vertragsunterzeichnung wurde in der „Prawda“ kritisch kommentiert: „So sehr die Vereinbarung ein Sieg der Realismus und der Vernunft“ sei, so

den und erklären, er habe bereits am 20.1.1980 die „zuständige Instanz“ vor den negativen Folgen der Invasion gewarnt. (12) Basis der Intervention war ein Freundschaftsvertrag, den die Sowjetunion nach der April-Revolution 1978 in Kabul mit Afghanistan abgeschlossen hatte. Angeblich war die Sowjetunion im Dezember 1979 zu einer „begrenzten Aktion“ zu Hilfe gerufen worden, um die „Banditen“ zu vernichten und weil man der „Umwandlung Afghanistans in einen imperialistischen Brückenkopf zuvorkommen mußte.“ (Pjotr Abrassimow) (13) Auch Breschnevs Nachfolger Andropow verteidigte die Intervention: „Wir verteidigen unsere nationalen Interessen, wenn wir Afghanistan helfen“, da „dies in unserer Ecke geschieht, an unserer Grenze und uns nicht gleichgültig ist, was für ein Afghanistan das sein wird.“ (13) Ganz offenkundig wollte die Sowjetunion — ähnlich wie elf Jahre zuvor in der CSSR — mit einer auf Monate befristeten Machtdemonstration die ins Wanken geratene Herrschaft ihrer Klientel, der Volksdemokratischen Partei Afghanistans, absichern. (14) „Es gab eine falsche Prognose“, aber man solle nicht von einem Fehler sprechen, schrieb Alexander Prochanow kürzlich in der „Literaturnaja Gazeta“. (15) Die sowjetische Politik unter Breschnew hielt solche Schritte für grundsätzlich gerechtfertigt. So sprach die sowjetische „Neue Zeit“ vom Recht der Sowjetunion, „unter außergewöhnlichen Umständen zwecks Unterstützung einer Revolution in jedem beliebigen Land zu intervenieren.“ (13) Die Erfolgsaussichten in Afghanistan waren ganz offenkundig falsch eingeschätzt worden — hatte man schon interveniert, könne man auch bleiben: „Der Status quo in Afghanistan wird durch keinerlei Verhandlungen zu ändern sein.“ (13)

Der internationale Schaden war gewaltig. Hanoi Kubo noch 1979 auf der Blockfreien-Konferenz beantragt, die Sowjetunion zum natürlichen Verbündeten zu erklären, so erfolgte jetzt die regelmäßige Verurteilung der sowjetischen Invasion



Fortsetzung von Seite 7

... Afghanistan

Die Angaben über die Kräfteverhältnisse im Land ergeben ein konfuse Bild. Die Sowjetunion soll jährlich rund fünf Milliarden Dollar nach Afghanistan pumpen. (12) Die USA wenden 500 Millionen Dollar auf. Hinzu kommen die Gelder aus Saudi-Arabien, China, etc. und die Erlöse des Heroinhandels, insgesamt rund zwei Milliarden Dollar. (6) Die Mudschahedin sprechen von 200.000 Bewaffneten in ihren Reihen. Die Zahl der ausgebildeten und ständigen Kämpfer wird mit 20-30.000 angegeben, der CIA schätzt sie auf 65.000. (19) Die afghanische Regierung spricht von 50.000 Mann (11) und davon, daß sich „40.000 bewaffnete Contras (...) inzwischen der Politik Kabuls“ angeschlossen hätten. (20) Westliche Quellen beklagen die Kampfweise der Mudschahedin, die die mobile Guerillataktik und die Möglichkeit von Offensiven ignoriere. Zwar hätten die seit 1986 gelieferten Stinger- und ähnliche britische Raketen die Luftangriffe weitgehend unmöglich gemacht, an deren Stelle sei jetzt die Artillerie getreten. Die Mudschahedin hätten Schwierigkeiten, von der Armee kontrollierte Gebiete anzugreifen. „Eine Widerstandsgruppe wird von Angehörigen eines Klangs, eines Stammes, einer Volksgruppe oder Bewohnern eines Tales gebildet. (...) Wenn ihre Region einmal befreit ist, wird sie befestigt; man richtet eine Verwaltung ein, oder man bekämpft sich untereinander. Man kommt jedoch nicht auf die Idee, den Feind in dessen Stützpunkten aufzusuchen, wenn sich diese auf dem Operationsgebiet einer anderen Widerstandsgruppe befinden.“ Teilweise werde „ein mörderischer Stellungskrieg geführt“. (20) Nur im Nordosten des Landes werde unter Mossoud mit hundert mobilen Einheiten und Kämpfern sogar aus verschiedenen Regionen und Volksgruppen erfolgreich gekämpft. (20)

Die Mudschahedin geben die Stärke und Volksgruppen erfolgreich gekämpft. (20)

Die Mudschahedin geben die Stärke der Regierungstruppen mit 500.000 Mann an, wobei „Zwangsrekrutierungen anscheinend durch Desertionen stets wieder ausgeglichen“ worden seien. (19) Die Regierung beziffert die Stärke ihrer Armee, Milizen und Sicherheitskräfte auf 500.000 Mann. Aber schon 1985 kam Karmal zu dem „bitteren Schluß, daß unsere Streitkräfte trotz ihrer Vergleich mit dem Gegner überlegenen Zahl, Bewaffnung und Ausrüstung noch keine grundlegende Veränderung im Kampf gegen die bewaffnete Konterrevolution erreicht haben.“ (19)

Auf beiden Seiten könnten jederzeit auch untereinander heftige Kämpfe ausbrechen: „Eine Rechnung der sowjetischen und der afghanischen Führung scheint zu sein, daß sich die politisch zersplitterte und zerstrittene Widerstandsbeziehung in den ihr zugefallenen Gebieten um zukünftigen Einfluß und Macht zerfleischen wird und sich dadurch den regime-treuen Kräften die Chance eröffnet, zumindest Teile des Landes weiter unter ihrer Kontrolle zu behalten. Die Rechnung könnte aufgehen.“ (15)

Nicht besser sieht es auf der anderen Seite aus: Ein hochrangiger Parteivertreter erklärte im Oktober 87 im Radio: „Wenn es uns jetzt nicht gelingt, die Kämpfe innerhalb der Partei zu beenden, so könnte es bald zu spät sein. (...) Wir werden alle Errungenschaften der Revolution verlieren; uns erwartet der politische und möglicherweise auch der physische Tod.“ (21) Die „Frankfurter Allgemeine“ schrieb dazu: „Nicht nur die beiden Hauptfraktionen „Chalq“ und „Parcham“ haben noch manche Rechnung untereinander zu begleichen; auch zahlreiche neue kommunistische Gruppen und Grüppchen warten darauf, endlich aufeinander losgehen zu können.“ (15)

III

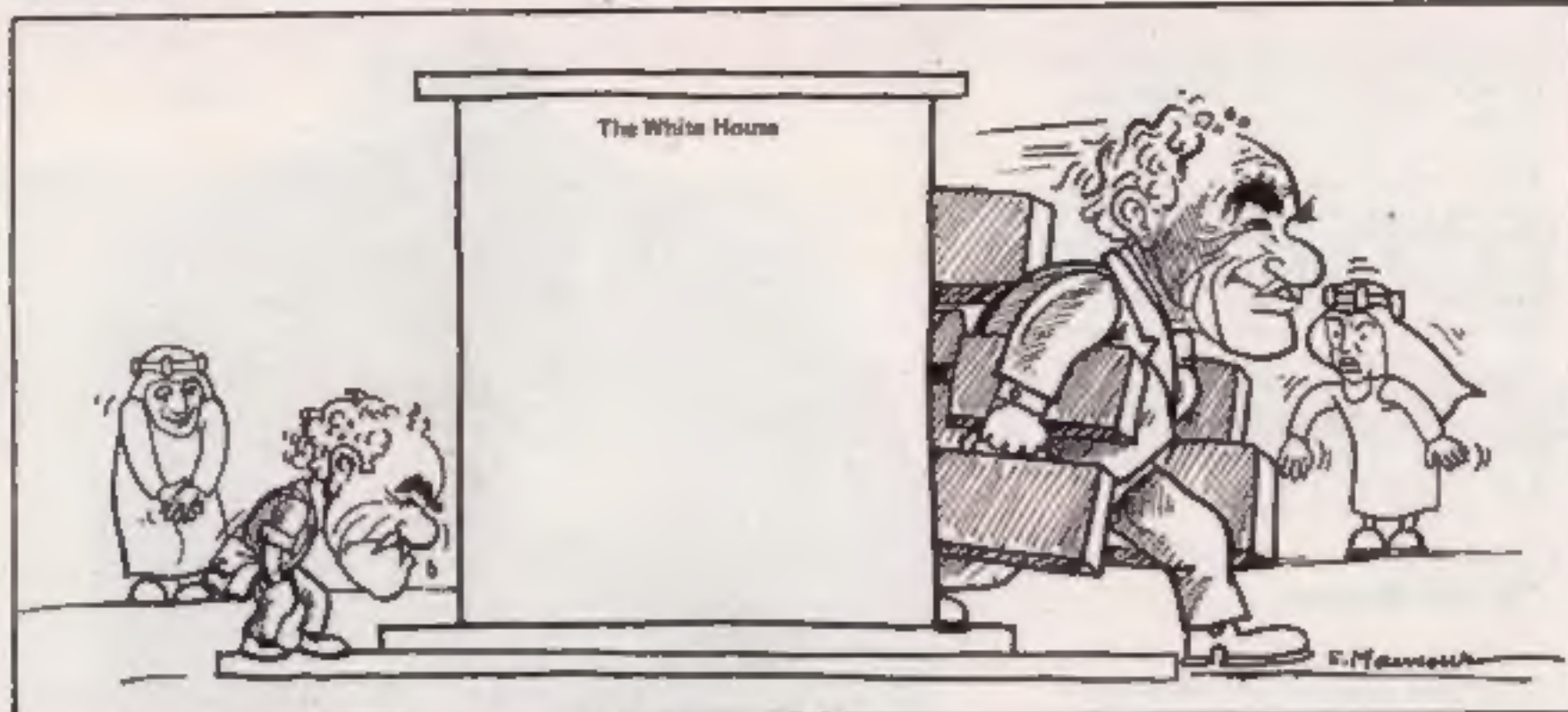
ANMERKUNGEN

- (1) Im AK sind eine ganze Reihe von lesererwarteten Afghanistan-Artikeln im Zeitraum von 1979 bis 84 erschienen, soweit nicht weiter angegeben, beziehen sich die Angaben auf diese Quellen; eine Übersicht liefert das Antimil-Register.
- (2) Spiegel, 28.3.88
- (3) Konkret, 3/88
- (4) FAZ, 30.12.85
- (5) Zeit, 17.8.79
- (6) NZZ, 13.4.88
- (7) NZZ, 13.4.88
- (8) zitiert nach AK 172, 25.2.88, S. 44
- (9) taz, 8.4.88, laut Ayatollah Asef Mohammadi, der in Hamburg seinen Sitz hat
- (10) Spiegel, 18.4.88
- (11) UZ, 23.4.88, nach Angaben des afghanischen Botschafters Sali in der UdSSR
- (12) Spiegel, 4.11.85
- (13) „Weitgehend in der heimischen Bevölkerung integriert sollen die in den Iran geflüchteten Afghanen sein. (...) Kennen der Lage meinen, die Zahl der „echten“ Flüchtlinge auf iranischen Boden übersteige kaum eine halbe Million.“ TAGES-ANZEIGER, 15.4.88
- (14) FR, 9.4.88
- (15) FAZ, 13.4.88
- (16) FR, 15.4.88
- (17) FAZ, 26.1.88
- (18) FAZ, 11.4.88
- (19) TAGES-ANZEIGER, 15.4.88
- (20) UZ, 22.4.88
- (21) NZZ, 15.1.88
- (22) NZZ, 10.4.88

Shultz-Plan:

Alter Kack im neuen Frack

AL-FAJR, 27.3.1988



Da schien sich jemand in den Schuhen Kissingers einen Friedensnobelpreis verdienen zu wollen: Von Ende Februar bis Anfang April rotierte US-Außenminister Shultz zwischen den Staaten des Nahen Ostens, um einen nach ihm benannten „neuen Friedensplan“ anzubieten. An manchen guten Tagen schaffte der rasende Werber drei Hauptstädte hintereinander.

In den besetzten Gebieten löste sich An-

In den besetzten Gebieten löste sich Anwesenheit von Shultz in Israel Streiks und heftige Proteste gegen den absolut unerwünschten „Friedensplan“ aus. In Tel Aviv demonstrierte der größte Teil der israelischen Friedensbewegung unter der Parole „Say Ja zu Shultz“ für die Annahme des amerikanischen Vorschlags. Im Bundestag verkündete der grüne Abgeordnete Schily, die Shultz-Initiative könne „bei gutem Willen Bewegung in die verhärteten Fronten bringen“ und „hilfreich“ sein. Eine Autonomie-Regelung, wie von Shultz vorgeschlagen, bedeute „eine bessere Ausgangsposition für die Gründung eines palästinensischen Staates als der gegenwärtige Zustand.“

Das sehen die Palästinenser, und zwar wirklich quer durch sämtliche sozialen Schichten und politischen Fraktionen, offensichtlich völlig anders. Die Frage ist also: Wer hat recht, Schily oder die Palästinenser?

Die USA hatten Ende Januar damit begonnen, zunächst inoffiziell und bruchstückhaft ihren „neuen Friedensplan“ ins Gespräch zu bringen. Der „bewährte Nahostunterhändler“ Habib und der stellvertretende US-Außenminister Murphy bereiteten durch Gespräche in Amman, Damaskus, Riad (Saudi-Arabien), Kairo und Jerusalem die große Shultz-Tournee vor. In der zweiten März-Woche, nachdem Shultz bereits heftig rotiert hatte, wurde die Substanz des bis dahin nur gerüchelt behandelten „neuen Friedensplans“ durch eine sogenannte gezielte Indiskretion an die Presse gegeben, und Shultz brauchte nur noch offiziell die Richtigkeit der Meldung zu bestätigen.

Ein „Friedensplan“

Der „Friedensplan“, wie er von Shultz in einem Brief an Schamir formuliert wurde, besteht aus folgenden Punkten:

1. „Sobald wie möglich“ sollten zweiseitige Verhandlungen zwischen Israel und jedem seiner Nachbarstaaten beginnen. Verhandlungsbeginn könnte schon der 1. Mai sein. Grundlage aller Verhandlungen sollten die UNO-Resolutionen 242 und 338 sein. Dabei geht es einerseits um die Anerkennung Israels durch die arabischen Staaten, andererseits um den Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten. Dies wird von Israel mit Unterstützung der USA allerdings so „interpretiert“, daß keineswegs der Rückzug aus allen besetzten Gebieten gemeint sei.

2. Die Verhandlungen zwischen Israel und einer gemeinsamen jordanisch-palästinensischen Delegation sollten mit Vereinbarungen über eine „Übergangsperiode“ beginnen und in diesem Sinn möglichst innerhalb von sechs Monaten erfolgreich abgeschlossen werden. Sieben Monate nach Beginn der Verhandlungen über die „Übergangsperiode“ sollen Verhandlungen über den „endgültigen Status“ der besetzten Gebiete beginnen, „mit dem Ziel, innerhalb eines Jahres zu einem endgültigen Ergebnis zu gelangen“. Die „Übergangsperiode“ soll aber in jedem Fall drei Jahre dauern. Die USA wollen an beiden Phasen dieser Verhand-

lungen teilnehmen und zu Beginn der Verhandlungen einen Vereinbarungsentwurf vorlegen.

3. Zwei Wochen vor Beginn der Verhandlungen soll eine internationale Konferenz stattfinden, zu der außer den regionalen Konfliktparteien auch die fünf ständigen Mitglieder des UNO-Sicherheitsrats eingeladen werden: USA, UdSSR, China, Großbritannien und Frankreich. „Alle Teilnehmer an der Konferenz müssen die Resolutionen 242 und 338 des Sicherheitsrats anerkennen, Verzicht auf Gewalt erklären und dem Terrorismus abschwören.“ — Irgendeine Funktion und irgendwelche Rechte werden den Teilnehmern nicht zugesprochen.

„Gewalt erklären und dem Terrorismus abschwören.“ — Irgendeine Funktion und Kompetenz soll die Konferenz nicht haben; an den eigentlichen Verhandlungen sollen außer den Konfliktparteien selbst nur noch die USA teilnehmen.

Der „neue Friedensplan“, den Schily offensichtlich schon für hilfreich hielt, bevor er überhaupt seinen genauen Inhalt kennen konnte, ist von absoluter inhaltlicher Leere. Er macht weder für die „Übergangsperiode“ noch für den „endgültigen Status“ irgendeinen konkreten Vorschlag, sondern gibt lediglich einen Zeitplan für die Verhandlungen an; dies allerdings betont erakt. Alles weitere scheint sich ausschließlich im Reich der „gezielten Indiskretionen“ zu bewegen. Selbst dies gilt aber nur für die „Übergangsperiode“, die etwa mit Kommunalwahlen und begrenzter „Autonomie“ für die besetzten Gebiete zu tun haben soll. Über den „endgültigen Status“ schweigen sich die USA total aus. Insofern sind der Phantasie von Träumern, Amateurstrategen und Verwirrten selbstverständlich keine Grenzen gesetzt, in den Leerräumen des Shultz-Plans ganz neue politische Akzente und Chancen zu erkennen.

Außer beim sozialdemokratischen Außenminister Israels, Peres, fand der Shultz-Plan nirgendwo Zustimmung. In den arabischen Hauptstädten wurde vor allem darauf verwiesen, daß über die besetzten Gebiete nicht an der PLO vorbei verhandelt werden könne. Israels Ministerpräsident Schamir andererseits mag sich erstens immer noch nicht mit einer internationalen Konferenz, selbst in rein symbolischer Form, abfinden, und ihm ist zweitens der vorgeschlagene Zeitplan für die Verhandlungen „zu eng“. Seiner Ansicht nach muß erst einmal der Zustand in den besetzten Gebieten brutal und gründlich niedergeschlagen werden, und die in diesem Jahr anstehenden Parlamentswahlen in Israel sollten abgewartet werden.

Es hat aber auch niemand, außer der PLO, deren Meinung jedoch offiziell gar nicht gefragt war, den Shultz-Plan eindeutig abgelehnt. Einheitlich verfolgten die Konfliktparteien stattdessen die Taktik, der anderen Seite den Vortritt zu lassen, sich durch ein klares Nein als friedensunwillig darzustellen. Aus unterschiedlichen Gründen wollte keine der angesprochenen Regierungen, auch die allzeit gern verbalradikal agierende in Damaskus nicht, die Tür zu Gesprächen mit den USA einfach zuschlagen.

Es blieb somit Shultz selbst überlassen, sich schließlich bei seinem vorerst letzten Auftritt in Israel der von Anfang an unglaublichen Rolle des „ehelichen Maklers“ zwischen den Konfliktparteien zu entledigen. Er stimmte mit den von Peres verkündeten „Drei Nein“ der israelischen Außenpolitik völlig überein, sagte Shultz, nämlich: kein palästinensischer Staat, keine Rückkehr zu den Grenzen von 1967, keine Verhandlungen mit der PLO.

„Autonomie“-Status

„Autonomie“-Status

Allgemein unbeachtet blieb seltsamerweise die Tatsache, daß es ein Abkommen über einen „Autonomie“-Status der besetzten Gebiete seit 1978 bereits gibt und daß dieses Abkommen niemals außer Kraft gesetzt, sondern lediglich von Israel nicht angewendet wurde. Dieses Abkommen ist Teil der Camp-David-Vereinbarungen zwischen Israel und Ägypten vom September 1978 sowie indirekt auch des Friedensvertrags zwischen den beiden Staaten vom März 1979. Dieses Abkommen, dem damals die rein rechte Regierung Begin zustimmte, enthält einige erstaunliche, selbstverständlich längst vergessene Punkte:

1. Es geht davon aus, daß an künftigen Verhandlungen neben Ägypten, Israel und Jordanien auch „die Vertreter des palästinensischen Volkes“ teilnehmen sollen, erkennt dieses also eine selbständige und gleichberechtigte Rolle zu.

2. Es wird explizit erwähnt, daß das Verhandlungsergebnis „auch die legitimen Rechte des palästinensischen Volkes und seine gerechtfertigten Bedürfnisse anerkennen“ müsse.

3. Es wird für die Westbank und den Gazastreifen eine Übergangsphase von maximal fünf Jahren vorgeschlagen. Im Verlauf dieser Phase sollen die Bewohner der besetzten Gebiete „volle Autonomie“ erhalten. Die Bewohner sollen sich eine eigene „Selbstverwaltungsbehörde“ frei wählen können, die die bestehende israelische Militär- und Zivilverwaltung ablöst.

4. Die israelischen Streitkräfte ziehen sich aus den Bevölkerungszentren in sogenannte Sicherheitszonen zurück, bleiben aber als Drohpotential und Reserve immer noch präsent.

5. Die Aufgaben der Repression gehen im Wesentlichen an eine aufzustellende örtliche (also palästinensische) Polizeitruppe über, die von Jordanien unterstützt werden soll. Zusätzlich soll es gemeinsame israelisch-jordanische Patrouillen und Kontrollposten geben.

6. Sobald wie möglich, spätestens im dritten Jahr nach Beginn der „Übergangsperiode“, sollen Verhandlungen über den „endgültigen Status“ der besetzten Gebiete beginnen. (Ein Element, das sich sehr ähnlich im Shultz-Plan wiederfindet).

Über die Konkretisierung dieser Vereinbarungen fanden seit Mai 1979 in intensiver Folge israelisch-ägyptische Verhandlungen statt, die letztlich zu absolut

nichts führen und sich, da Einigung in den Grundfragen offensichtlich nicht zu erreichen war, mehr und mehr mit abseitigen Details befähten. So konnte man sich zwar nicht im geringsten über die Kompetenzen der palästinensischen Autonomie-Behörden einigen, legte aber dafür in allen Einzelheiten die zu bildenden Ausschüsse und Unterausschüsse samt Zahl ihrer Mitglieder fest. Diese mehr und mehr zum Nonsense-Gekasper verkommenden Verhandlungen wurden bis ins Jahr 1982 fortgesetzt. Der israelische Einmarsch in den Libanon setzte ihnen schließlich ein Ende.

Schon der im Abkommen enthaltene zentrale Begriff des „vollen Autonomie“ für die Palästinenser der besetzten Gebiete wurde von Israel und Ägypten völlig unterschiedlich interpretiert. Für Israel ging es im Grunde nur darum, den Besatzungsstatus in bequemerer Form zu stabilisieren; mit Hilfe einer kollaborierenden palästinensischen Polizei und der jordanischen Armee, und mit kollaborierenden Kommunalpolitikern, die nun nach Guidücken einsetzen und absetzen könnten.

Für die Palästinenser waren die Begleiterscheinungen der ägyptisch-israelischen „Autonomie“-Verhandlungen ausschließlich negativ. Erstens forcierte die Regierung Begin genau in diesem Zeitraum die Anlage und Ausweitung jüdischer Siedlungen sowie die Beschlagnahme arabischen Landes in den besetzten Gebieten enorm. Zweitens waren viele der aus den 1976 abgehaltenen Kommunalwahlen in den besetzten Gebieten hervorgegangenen palästinensischen Bürgermeister heftigen Repressalien ausgesetzt.

So wurde der Bürgermeister von Nablus, Hussam Schaka, im November 1979 verhaftet und mit Ausweisung bedroht, dann wieder eingesetzt — nachdem aus Protest alle 21 Bürgermeister in den besetzten Gebieten ihren Rücktritt erklärt hatten — und schließlich im Juni 1980 durch einen Bombenanschlag jüdischer Putschisten schwer verletzt. (Ihm mußten beide Beine amputiert werden.) Das gleiche geschah dem Bürgermeister von Ramallah, während als dritter der Bürgermeister von Al Bireh mit Glück einem Anschlag entging. Schon im Mai 1980 waren die Bürgermeister von Hebron und Chalkhal abgesetzt und in den Libanon abgeschoben worden. Im März 1982 verbot Israel das Komitee für Nationale Führung, zu dem sich mehrere Bürgermeister der besetzten Gebiete zusammengeschlossen hatten. Ebenfalls im März 1982 wurde der Bürgermeister von El Bireh abgesetzt und der Stadtrat aufgelöst. Die Bürgermeister von Nablus und Ramallah wurden erneut abgesetzt, der Bürgermeister von Anabta sogar vor Gericht gestellt.

Für die Palästinenser der besetzten Gebiete wurde also die Situation durch die „Autonomie“-Verhandlungen nicht nur nicht besser, sondern verschärfte sich erheblich, weil die israelischen Behörden nun erst recht motiviert und bestrebt waren, auf der Westbank und im Gazastreifen die vollendeten Tatsachen auszuweiten. Diese Phase hat selbst den ganz „gemäßigten“ Sektoren der palästinensischen Bevölkerung demonstriert, daß „Autonomie“ bei Aufrechterhaltung der Besatzung nur die Alternative zwischen Kollaboration und brutaler Repression bedeutet. Die „Autonomie“-Projekte sind kein kleiner Schritt in die richtige Richtung, den die Palästinenser aus Maximalismus zurückweisen, sondern sie sind hundertprozentig genau das Verkehrte.

Der Unterschied zwischen Peres und Schamir besteht darin, daß der eine ungefähr zwei Drittel der besetzten Gebiete an Jordanien geben möchte, während der andere „keinen Quadratkilometer“ räumen will. Selbst die gemäßigte der beiden Varianten wäre für die Palästinenser absolut kein Fortschritt, denn Untertan Hussein zu sein ist mindestens ebenso unerfreulich wie das Leben unter israelischem Besatzungsregime. Und selbst den abgehabensten Träumern müßte klar sein, daß die Palästinenser in ihrer Gesamtheit die Rückkehr unter Husseins Regime nicht wollen. Wer solche Projekte auch nur als Übergangslösung für „hilfreich“ hält, sollte ehrlicherweise auf die Lippenbekanntnisse zum palästinensischen Selbstbestimmungsrecht verzichten. Selbst die „gemäßigte“ israelische Option von Peres — von der zur Zeit ganz unklar ist, ob sie in Israel mehrheitsfähig und durchsetzbar wäre — ist weit von dem entfernt, was die moderatesten Sektoren der Palästinenser akzeptieren könnten. Es muß sich erst einmal in Israel sehr viel bewegen, bevor sich realistischere Über eine Kompromißlösung nachdenken und sprechen läßt.

Kt.



Mit aller Gewalt für den Status quo

— Israel im 40. Jahr —

In Israel könne man derzeit erleben, „wie eine Nation Schritt für Schritt einer Art Kollektivwahn“ ver falle, berichtet Henryk M. Broder aus Jerusalem: „Hört man sich in Israel um, könnte man meinen, palästinensische Truppen stünden am Strand von Aschkelon, palästinensische Soldaten würden in israelische Dörfer einfallen, Wohnun gen demolieren, Jugendliche krankenhausreif prügeln.“

Mehr als einen Monat war Kabatja, jenes Dorf, in dem ein mutmaßlicher Kollabo rateur, nachdem er in die Menge der ihn Belagernden gefeuert hatte, gelyncht wurden war, durch die Besatzungstruppen von der Außenwelt abgeschnitten. Außer dem schon üblichen Völlzug von Strafak tionen — in diesem Falle: Verhaftung von 400 Männern und Sprengung von vier Häusern „verdächtig“ — wurde das Dorf von der Stromzufuhr, von fließendem Wasser und vom Bezug frischer Lebensmittel abgeschnitten. Der Export der im Ort produzierten Baumaterialien nach Jordanien, wovon die Einwohner Kabatja leben, wurde verboten. Nach Aufhebung der Einsperrung zeigte sich jedoch, daß die Bewohner Kabatjas nicht nur nicht gebrochen waren, in den Wochen der Einsperrung war ihr innerer Zusammenhalt gewachsen, und sie hatten erkannt, daß sie auch dieser militärischen Gewalt standhalten können.

Wie Kabatja so der Volksaufstand insgesamt, obwohl die israelische Besatzungs macht ihre Bemühungen, den Auf stand zu zerschlagen seit Ende März noch erheblich verstärkt hat, erläuterten die Aufständischen nicht in ihrem Wider stand und dem Bemühen um den Ausbau ihrer eigenen Strukturen.

Mehrmals für einige Tage bis zu einer Woche wurden Israel und die besetzten Gebiete für einige Tage bis zu einer Woche wurden Israel und die besetzten Gebiete gegen einander abgeriegelt, die Ein- und Ausreise von und nach Jordanien erheblich erschwert, die Fahrt vom Gasastreifen in die Westbank wurde Palästinensern völlig verboten. Die besetzten Gebiete waren zeitweise für die Medien weitgehend bis völlig gesperrt, so daß — zusätzlich zu dem Umstand, daß der Auf stand allmählich für die Medien „keine Meldung“ mehr ist — „viele weder berichtet noch ausgestrahlt“ wird (so der Israel-Korrespondent der „FR“). Die Zahl der palästinensischen Toten ist auf etwa 200 gestiegen, erschossen, toteschlagen oder auch nach einem „Tränengas“ ein satz gestorben. (Ein Arzt des palästinensischen Hilfswerks der UNO äußerte den Verdacht, daß es sich um ein Nervengas handeln müsse, da die an den Folgen eines Gaseinsatzes Erkrankten bzw. Gestorbenen Symptome aufwiesen, die für Tränengaswirkungen völlig atypisch seien. Das Militär dementierte es sei nur „international zugelassene Gase“ eingesetzt worden.) Massenverhaftungen, bei denen das Militär nach dem Schlepp netz-Prinzip versuchte, der örtlichen Führer des Aufstands habhaft zu werden, komplettierten den Versuch, den Auf stand zu brechen. Rabin begründete den deutlich massiveren Einsatz der Unter drückungsmaschinerie damit, daß das Mi litär nunmehr „die Konfrontation suchen würde, man werde sehen, wer siegt“.

Nach Angaben des Militärs sind zwischen dem Beginn des Aufstands (9.12.) und Mitte April 4.800 Palästinenser festgenommen worden (palästinensische Quellen sprechen von bis zu 15.000 Festnahmen). 900 seien zu Administrativhaft verurteilt worden (sechsmonatige Haftstrafe, die bisher von Militärgerichten und ohne Berufungsmöglichkeit ausgesprochen wurde, seit Neuerem aber von jedem Gebietskommandeur verhängt werden kann). Mit 10.000 bis 15.000 Soldaten in den besetzten Gebieten ist die Mannschaftsstärke gegenüber normalen Zeiten etwa vervielfacht worden. Um die dadurch allenthalben in der Militärstruktur entstandenen Lücken zu stopfen, wurde die Reservendienstzeit mit einer Ver längerung auf 62 Tage etwa verdoppelt; die Vereinigte Kibbuz-Bewegung schickte Freiwillige zum jeweils zehntägigen Son dereinsatz in die besetzten Gebiete. Durch den daraus resultierenden Mangel an Arbeitskräften in Israel wird jedoch der wirtschaftliche Schaden (der „Auf bau“ nennt Produktionseinbußen in Höhe von 500 Millionen Dollar), der durch das Ausbleiben palästinensischer Arbeitskräfte und den verringerten Absatz israelischer Produkte in den besetzten Gebieten verursacht worden ist, noch vergrößert. Die Aufrechterhaltung des Status quo wird für Israel auf allen Ge bieten teurer und teurer. Nicht begriffen hat dies jedoch bisher die Mehrheit der jüdischen Israelis: die ganz überwiegende Zustimmung zur „Politik der Eisernen Faust“ scheint ungebrochen. Rabins Popu larität ist seit Beginn des Aufstands von 50 auf 58% gestiegen; die Popularität von Peres, dem offensichtlich sein Gerede von Frieden übel genommen wird, im gleichen Zeitraum von 44 auf 38% gesun ken. Internationaler Kritik wird — wie jüngst im UN-Sicherheitsrat vom Vertreter Israels — entgegengehalten, Israel sei in Hinblick auf den Holocaust mehr als je zuvor entschlossen, seine Sicherheit und sein Überleben zu sichern.

Tag des Bodens

Erstmals seit der Eroberung von Gasastreifen und Westbank 1967 wurden diese Gebiete und Israel gegeneinander abgeriegelt. Dem vorausgegangen war die Verhaftung von (nach offiziellen Angaben) rund eintausend Palästinensern sowie das Verbot der einzigen arabisch-sprachigen Tageszeitung in Israel und des besonders von den ausländischen Medien geschätzten palästinensischen Pressedienstes in der Westbank. Den Medien war während der Abriegelung vom 28.3.-1.4. der Zugang zu Westbank und Gasastreifen unter sagt, die Telefonverbindungen nach Israel waren unterbrochen worden, eine Be richterstattung konnte nur noch aufgrund (militär-kamuffierter Darstellungen) erfol gen.

Der Grund dieser „präventiven“ Maßnahmen (Jerusalem Post) war vorgeblich, daß ein Übergreifen des Aufstands in den besetzten Gebieten auf Israel am „Tag des Bodens“ (30.3.) verhindert werden sollte. (An diesem Tag gedenken die palästinensischen Bürger Israels des 30.3.76, als bei Landbeschlagnahmen palästinensischen Bodens sechs palästinensische Israeli getötet wurden.) In Ga-biäa und im sog. Triangle, dem Hauptwohngelände der palästinensischen Israelis im Norden Israels, wurden zusätzlich 4.000 Polizisten stationiert. Die Aktionen und Demonstrationen in rund sechzig palästinensischen Orten im Norden Israels verliefen, wie vom Rat der Bürgermeister palästinensischer Ortschaften in Israel und der Kommunistischen Partei (Rakach), der bestimmenden politischen Kraft in diesem Gebiet, vorgeplant, weitgehend ohne „Zwischenfälle“. Die Demonstration in Taiba wurde von den Organisatoren aufgelöst, als es zu einem Zusammenstoß von kommunistischen und islamischen Teilnehmern kam. Polizeiminister Chaim Bar-Lev lobte sowohl die Organisatoren wie die Polizei für die „Aufrechterhaltung der Ordnung“. Wo die „Araber“ in Israel nun eine effektive Führung herausgebildet hätten, die auch in der Lage sei, die Ordnung zu wahren, sei es geraten, konstatierte ein Kommentator der „Jerusalem Post“, daß das israelische Establishment mit dieser Führung die Herrschaft teile.

Geleitet von Rabins Devise, die Konfrontation zu suchen und unbehelligt von ausländischen Medienvertretern sorgte das Militär in Gasastreifen und Westbank für die bisher blutigsten Tage seit Beginn des Aufstands. Sechs PalästinenserInnen wurden allein am 2. April getötet, etwa zwanzig waren es insgesamt während der Absperrung der besetzten Gebiete und der folgenden Ostertage.

Im Verlauf der Massenverhaftungen, hatte das Militär angegeben, seien zahlreiche Führer des Aufstands festgenommen worden, darunter auch die Verfasser der im Abstand von ein bis zwei Wochen erscheinenden Kommuniqués der Vereinigten Aufstandsführung. Am 2.4. erschien prompt das zwölfte der Kommuniqués. Die noch im Dienst der Besatzungsbehörden verbliebenen Palästinenser, heißt es darin, seien für die Folgen ihrer Haltung selbst verantwortlich: „Ihnen sei gesagt, daß das Volk sie hinwegfegen wird.“ In den besetzten Gebieten sollten weitere Aktionskomitees gebildet werden. Die palästinensischen Ingenieure und Agrarexperten werden aufgerufen, die Bauern in Fragen der Selbstversorgung zu beraten, um den wirtschaftlichen Sanktionen wider stehen zu können. An jedem Tag sollen wiederum besondere Aktionen geführt werden, am 5. April z.B. sollen alle palästinensischen Firmen und Institutionen „mit voller Kraft arbeiten“, der Erlös solle denen zugute kommen, die durch den Aufstand Verluste erlitten haben.

Pogrom

Das Dorf Beita auf der Westbank gilt als ein Zentrum palästinensischen Wider-



stands. Von hier aus wurde zum ersten Mal ein Bus angegriffen, der palästinensische Arbeiter nach Israel bringen wollte, von hier aus wird auch regelmäßig die Hauptstraße Nablus-Jerusalem blockiert. Palästinensische Flaggen wehen über den Häusern, Beita hat sich mehrmals zum „befreiten Dorf“ proklamiert.

Ausgerechnet dieses Beita war das Ziel des „Ausflugs“ einer Gruppe von Siedlerjugendlichen mit zwei bewaffneten Begleitern. Nach Darstellung der Gruppe hätten sie sich zum Picknick am Rand von Beita niedergelassen, dabei seien sie von palästinensischen Jugendlichen mit Steinen beworfen worden. Einer der Begleiter habe einen der Jugendlichen erschossen. Daraufhin sei die Gruppe in das Dorf Beita gegangen (um den Hinterbliebenen ihr Beileid auszusprechen?), wo die Ermordung des Jugendlichen bereits bekannt war. Die Gruppe sei von Dorfbewohnern mit Rufen wie „Tötet die Juden“ eingekreist worden, mit Kalaschnikows sei von den Siedlern auf sie gezielt worden und sie seien mit Steinen beworfen worden. Dabei sei eines der Gruppenmitglieder, die 15-jährige Tirza Porat, mit einem Steinwurf getötet worden.

Diese Version der Siedlerjugendlichen wurde, obwohl intern bekannt war, daß Tirza Porat von einem Schuß getroffen worden war, von israelischen Informationsstellen landes- und weltweit verbreitet. Israel wende, so will es jedenfalls „Bild“ von Außenminister Peres gehört haben, dem Mörder „die Hand abhacken“. Für den Tod des ersten zivilen Israeli drohte die israelische Regierung den Palästinensern harte Konsequenzen an (was sind auch schließlich die zuvor imgelegten rund 200 zivilen PalästinenserInnen dagegen?).

Das Begräbnis von Tirza Porat wurde zur Rachefeier. Dreitausend zum Teil schwer bewaffnete Siedler hatten sich versammelt und forderten Vergeltungsmaßnahmen sowie den Bau von zwei Dutzend neuer Siedlungen auf der Westbank. Rabbiner Druckmann verlangte, das Dorf Beita solle vom Erdboden ausgelöscht werden. Premier Schamir, der an dem Begräbnis teilnahm, schäumte: „Das Blut der ganzen Nation kocht, Gott wird ihr Blut rächen. Jedes Töten stärkt und einigt das israelische Volk, bindet es stärker an dieses Land (...). Dieses Land wird fühlen, daß es uns gehört und niemand anders.“

Nach dem Begräbnis veröffentlichte das Militär seinen Untersuchungser richt, Tirza Porat sei nicht durch einen Steinwurf getötet worden, sondern durch einen Schuß aus der Waffe des Begleiters Ronam Aldubi. Aldubi, der im Dorf um sich geschossen habe, habe möglicherweise versehentlich Tirza Porat getroffen.

besitzern eine Einspruchsmöglichkeit zu geben.) Sechs Einwohner Beitas sollen ausgewiesen werden. Die Rechnung der Provokateure scheint also aufgegangen zu sein, und der Vater des von einem Siedlerkollegen erschossenen Mädchens ist der Überzeugung: „Meine Tochter wurde für die Zukunft des Volkes ermordet.“

40 Jahre Israel

Zur Feier des 40. Jahrestages der Staatsgründung hatte sich Israel eine der berühmten Mossad-Aktionen gegönnt. In einem gemeinsamen Unternehmen von Mossad und Militär wurde (in getreuer Kopie der 1973 im Beirut PLO-Hauptquartier veranstalteten Schlächtereien) nach seinem Leibwächter Abu Dschihad ermordet. Die „Enthüllung“, daß das sog. innere Kabinett der israelischen Regierung Abu Dschihad Ermordung beschlossen habe, ist allerdings so enthüllend auch wieder nicht: schließlich ist Israel eine Demokratie, und in einem demokratischen Staat entscheidet eben die gewählte Regierung über Steuerhö hungen wie über die Liquidation unliebsamer Personen.

Die Hoffnung einer israelischen Zeitung, daß „der psychologische Effekt auf die Palästinenser nicht ausbleiben“ und die PLO begreifen werde, daß „der strafende lange Arm Israels“ sie überall er reiche, ging allerdings nicht in Erfüllung. In den besetzten Gebieten brach massenhafter Protest und Widerstand hervor, das Militär antwortete mit ganzer Gewalt: allein am 16.4. (am Morgen dieses Tages war Abu Dschihad ermordet worden) wurden fünfzehn PalästinenserInnen erschossen, vier weitere erlitten später den an diesem Tag erlittenen Schußverletzungen. Allenthalben wurden schwarze Fahnen aufgezogen, auf den Demonstrationen wurde gerufen: „Wir alle sind Abu Dschihad.“

Die Besatzungsmacht verhängte am 17.4. über rund 400.000 PalästinenserInnen in 21 Lagern und zwei Städten die Ausgangssperre. Als Israel am 21.4. seinen 40. Jahrestag feierte, wurden, wie schon um den „Tag des Bodens“ herum, die besetzten Gebiete komplett dichtge macht, Telefonverbindungen nach Israel und ins Ausland unterbrochen, die Medienvertreter ausgesperrt. Die Totalsperre wurde erst am 24.4. wieder aufgehoben. Bestehen bleibt das Verbot für Palästinenser vom Gasastreifen in die Westbank und umgekehrt zu reisen. Überdies sind mehrere hundert Bewohnern des Gasastreifens die Ausweise abgenommen worden, um sie an der Einreise nach Israel und der Aufnahme von Arbeit zu hindern. Palästinensische Bewohner Jerusalems (im Alter von 16 bis 35 Jahren benötigen künftig für eine Reise nach Jordanien (dessen Staatsbürger sie größtenteils sind) eine Sondergenehmigung, die nur erteilt wird, wenn sie mindestens neun Monate in Jordanien bleiben. Nicht minder gleichzeitig schikanös und hysterisch ist die Aktion, die von der Polizei in den letzten April-Tagen in Ostjerusalem durchgeführt wird: Palästinensische Geschäftsinhaber erhielten den schriftlichen Befehl, sich an die allgemeinen Öffnungszeiten zu halten. Die Geschäftsinhaber, die diesen Befehl igno rierten und sich im Rahmen der Aktionen zivilen Ungehorsams weiter an die von der Vereinigten Aufstandsführung angegebenen Zeiten hielten, wurden verhaftet. Bis zu zwei Jahren Gefängnis wurden ihnen angedroht.

Mit der Verabschiedung ihres Programms für die anstehenden Wahlen hat die Arbeitspartei nun auch in diesem Rahmen klargestellt, daß, würde sie die Regierung stellen, von ihr keinerlei ernsthaftes Bemühen um eine Lösung des israelisch-palästinensischen Konfliktes zu erwarten ist. Eine Rückkehr zu den Grenzen von 1967 wird ebenso abgelehnt wie die Räumung Ost-Jerusalems. Der Jordan (d.h. die jetzige Grenze zwischen Westbank und Jordanien!) solle Israels Sicherheitsgrenze sein. Die Gründung eines palästinensischen Staates in der Westbank und im Gasastreifen werde Israel nicht zulassen.

K., Hamburg

Quellen

Dav. Ausg. der Monate März und April von: Al-Fay (Ost-Jerusalem), Allgemeine Jüdische Wochenzeitung, Aufbau (USA), Basler AZ (Schweiz), Basler Zeitung (Schweiz), Bild-Zei tung, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurter Rundschau, Jerusalem Post — International Edition (Israel), Neud Zürcher Zeitung (Schweiz), Palästina Bulletin, Sonntagszeitung (Schweiz), Spiegel, Süddeutsche Zeitung, Tages-Anzeiger (Schweiz), taz, Unsere Zeit, Wochenzeitung (Schweiz), Die Zeit

NEIN zur Besatzung

Die Entwicklung des Volksaufstandes in Palästina

Als Anfang Dezember die zwei Monate dauernden Proteste vom Gaza-Streifen auch auf die Westbank übergriffen, schien alle Welt von der spontanen Erhebung des palästinensischen Volkes überrascht: niemand hatte den Aufstand erwartet, angeordnet oder geplant, auch nicht die Palästinenser in den besetzten Gebieten oder deren Führung. Noch erstaunlicher war die Fortdauer der Proteste — und auch heute ist kein Ende des Volksaufstandes abzusehen. Neue Widerstandsformen und Organisationen, die in Dörfern, Flüchtlingslagern und Städten verwurzelt sind und große Teile der Bevölkerung erreichen, bilden die Basis dieses friedvollen, disziplinierten Aufstandes um Menschenwürde und nationale Selbstbestimmung — gegen eine Besatzungspolitik, deren Repressionen und Erniedrigungen in den letzten Jahren angewachsen sind. Schnelle Erfolge — oder gar ein palästinensischer Staat an der Seite Israels — sind allerdings in absehbarer Zeit nicht zu erwarten. Das deutliche „Nein“ der Palästinenser zur Okkupation aber wird sich langfristig auswirken — international und in der israelischen Gesellschaft.

Noch vor knapp einem Jahr — im Sommer 1987 — schien die Lage in den besetzten Gebieten nahezu hoffnungslos. Die Repressionen der israelischen Militärverwaltung — „Sicherheitsmaßnahmen“ im Sprachgebrauch der Okkupanten — gegen die palästinensische Bevölkerung nahmen zu: Verhaftungen — oft ohne Anklage —, Ausweisungen, Kollektivstrafen, tagtägliche Schikanen, Schließen von Universitäten, Institutionen und Selbsthilfeeinrichtungen häuften sich. Meron Benvenisti, der die israelische Politik in den besetzten Gebieten gründlich untersucht hat und vor Jahren die Öffentlichkeit mit der Feststellung schockierte, die nach dem Krieg 1967 geprägte Formel „Land gegen Frieden“ sei von den geschaffenen Tatsachen überholt und nicht länger lebensfähig, kommentierte: Die neue Repressionswelle sei schlimmer als die vorhergehende und die wiederum schlimmer als frühere. Der Rhythmus dieser Eskalation aber liege in der Besatzung selbst, in der nächsten Zeit müsse noch Schlimmeres erwartet werden. Die Palästinenser und Israelis seien zu einer „feindlichen Umarmung“ verurteilt, die erst in ferner Zukunft auflösbar sei.

Auch die Palästinenser seien überzeugt, beschrieb ein anderer Beobachter die Situation, daß die Repressionen in den kommenden Monaten anwachsen werden. An einem gewissen Punkt allerdings werde die Lage nicht unerträglich werden können, davon seien die Palästinenser überzeugt. Und dieser Punkt, der erwartet werde, sei die Grundlage eines scheinbar paradoxen Optimismus in der palästinensischen Bevölkerung, doch irgendwann einmal Gerechtigkeit zu erfahren.

Tatsächlich scheint die israelische Besatzungspolitik in den besetzten Gebieten unumkehrbar: die geschaffenen Fakten — Landraub und Siedlungspolitik —, der politische Wille, das Land endgültig zu annektieren; die militärische Macht, diese Pläne möglicherweise durchzusetzen, die vielfältige Unterstützung der israelischen Politik durch die USA. In dieser nahezu ausgewogenen Situation, nach den vielen Niederlagen der palästinensischen Nationalbewegung hat aber dieser Optimismus der Palästinenser — allen düsteren Prognosen zum Trotz — dazu beigetragen, die Voraussetzungen für den Volksaufstand in Palästina zu schaffen. Im Land selbst Formen des Widerstandes zu entwickeln, denen die militärische überlegene Besatzungsmacht auf Dauer nicht gewachsen sein wird.

Dunkle Jahre

Der Abzug der PLO-Kämpfer aus Beirut im Sommer 1982, die Zerstörung in mehreren arabischen Ländern schien das Schicksal des palästinensischen Widerstandes besiegelt zu haben. Die Befreiungsorganisation hatte in dem letzten arabischen



Wenige Tage nach der als „Ausflug“ von Siedlerjugendlichen getarnten Provokation gegen das palästinensische Dorf Beita, wobei von den bewaffneten Begleitern der Gruppe zwei Palästinenser erschossen wurden sowie (versehentlich) eine der Siedlerjugendlichen, unternahmen Siedler einen „symbolischen Marsch“ in der von Palästinensern dicht besiedelten Region zwischen Bethlechem und Hebron.



Land ihre Stützpunkte verloren und ihre soziale und militärische Infrastruktur eingebüßt. Gewiß, während der Belagerung Beiturs durch die israelische Armee war die Weltöffentlichkeit auf die unerträgliche Lage der Palästinenser aufmerksam geworden; die israelische Expansionspolitik wurde deutlich kritisiert. In unmittelbarer politischer Nähe aber konnte die PLO diese Niederlage nicht umwandeln.

Im Gegenteil: nach der israelischen Invasion setzten die arabischen Staaten alles daran, den politischen Führungsanspruch der PLO im nationalen Befreiungskampf zu unterminieren. Syrien nutzte Differenzen innerhalb der PLO aus und suchte die Befreiungsorganisation zu spalten; bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen den pro-syrischen Organisationen und Arafat-treuen Strömungen im Libanon besiegelten den Bruch in der PLO 1983; der syrische Präsident Assad verwarf PLO-Chef Arafat und seinen Stellvertreter Abu Jihad (vor wenigen Wochen vom israelischen Geheimdienst ermordet) des Landes. König Hussein hingegen suchte im jordanisch-palästinensischen Abkommen von Amman (Februar 1985) der PLO den Alleinvertretungsanspruch des palästinensischen Volkes wieder abzuziehen und Arafat zu immer neuen Kompromissen zu drängen. Ein Jahr später fühlte sich der jordanische König so stark, das Abkommen aufzukündigen — „auszusetzen“, wie Hussein sagte — und ohne die PLO seine Kooperation mit Israel fortzusetzen.

Die Palästinenser in den besetzten Gebieten hatten von außen nichts mehr zu erwarten: Die bisherige Politik der PLO war in eine Sackgasse geraten; die arabischen Staaten hatten sich zwar noch 1982 in Fes für einen palästinensischen Staat (in den besetzten Gebieten mit Jerusalem als Hauptstadt) ausgesprochen, verwirklichen aber wollten sie diesen Staat nicht;

Israel schließlich verschärfte in den besetzten Gebieten die Repression.

Diese Entwicklung war spätestens seit dem Camp David-Abkommen zwischen Israel und Ägypten 1978 absehbar gewesen: Der israelische Ministerpräsident Begin hatte damals zwar einer Autonomieangelegenheit für die Palästinenser in den besetzten Gebieten zugestimmt — nach einer Übergangsperiode von fünf Jahren gar neuen Verhandlungen über deren Zukunft, gleichzeitig aber seine Vorstellungen von dieser Autonomie veröffentlicht:

Fortdauer der militärischen Besatzung und Fortführung der Siedlungspolitik id.h. letztendlich fortgesetzte Zerstörung der palästinensischen Gesellschaft und Vertreibung. Bei Wohlverhalten aber sagte er den Palästinensern gewisse Rechte in kommunalen Belangen zu — für eine Übergangsperiode vorzusehen —, die sie seit Beginn der Besatzung ohnehin besäßen, die aber bis heute immer weiter durch Militärverordnungen und Willkürmaßnahmen eingeschränkt worden sind.

Die geplante Politik indes konnte nur sehr langsam umgesetzt werden: Es fanden sich weder genügend israelische Siedler noch palästinensische Kollaborateure. Gleichwohl wuchsen die Terroraktionen der extremistischen Siedler gegen die palästinensische Bevölkerung — am bekanntesten ist der Anschlag auf drei ihrer Bürgermeister 1980. Versuche, die Militärverwaltung in eine zivile Administration umzuwandeln und so die Besatzung zu legitimieren und zu beschönigen, scheiterten. 1982 — im Jahr der israelischen Invasion in den Libanon — wurden die 1976 gewählten palästinensischen Bürgermeister abgesetzt.

Neue Wege

Für Illusionen war nun kein Raum mehr; Befreiung von außen nicht länger zu er-

warten. In dieser verzweifelten Situation wuchsen die fundamentalistischen islamischen Bewegungen an (vgl. AK 291, S. 15/16) und gewannen an Einfluß. Um aber unter der Besatzung überhaupt leben zu können und der israelischen Politik langfristig zu widerstehen, besannen sich die nationalen palästinensischen Kräfte auf Widerstandsformen, die die Besatzungsmacht dort trafen, wo sie am schwächsten war: die Palästinenser begannen, ihre Rechte auch unter der israelischen Besatzung einzuklagen, freilich ohne aus den Augen zu verlieren, daß eine Verwirklichung der Menschenrechte erst nach einem Ende der Besatzung möglich sein würde.

Mit Beginn der 80er Jahre begann diese Arbeit: Institutionen wie „al-Haq“ („Law in the Service of Man“, 1979), die „Arab Studies Society“ (1980), deren Unterabteilung „Palestine Human Rights Information Center“ (1985) wurden gegründet; kleine Aktivistengruppen und Unterstützungskomitees entstanden zu speziellen Fragen („Family Reunion Committee“, „Committee to Confront the Iron Fist“, Gefangenunterstützungskomitees; Universitäten, Gewerkschaften und die palästinensische Presse nahmen Informationsarbeit auf: Frauengruppen und Basisorganisationen in verschiedenen Lebensbereichen entwickelten sich. Der politische Stillstand in der Palästina-Frage nach 1982 gab diesem „Kampf um Rechte“ Auftrieb — ob es sich um das Recht auf Erziehung, Organisationsfreiheit, Rede- und Pressefreiheit oder das Selbstbestimmungsrecht handelte. Diese vielen Initiativen gehen zwar davon aus, daß unter Besatzung demokratische Rechte und Menschenwürde letztlich nicht einklagbar sind; sie fordern also gleichzeitig implizit nationale Rechte. Eine Anerkennung nationaler Rechte oder gar die Gründung eines eigenen Staates werden indes in naher Zukunft nicht erwartet. Diese Politik sieht so in einem gewissen Spannungsverhältnis zur bisherigen Strategie der PLO, die nationale Rechte oder die Befreiung ganz Palästinas mit Hilfe der internationalen Diplomatie oder des bewaffneten Kampfes durchsetzen wollte.

Der „Kampf um Rechte“ birgt andererseits eine ungeheure Sprengkraft in sich: Er richtet sich gegen die Dynamik der langdauernden Besatzung und trifft die Okkupationspolitik im Kern. Er ermöglicht die Beteiligung und Organisation aller Menschen auf verschiedenen Ebenen. Die Antwort der Besatzungsmacht auf diese Widerstandsformen ließ nicht lange auf sich warten.

Politik der „Eisernen Faust“

Politik der „Eisernen Faust“

Ein knappes Jahr war die Regierung der Nationalen Einheit unter dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Pères im Amt, da verschärfte ausgerechnet ein Minister der Arbeiterpartei die Besatzungspolitik in den besetzten Gebieten. Während Parteigenosse Shimon Pères auf diplomatischer Ebene für die jordanische Option und eine internationale Konferenz zu werben begann, führte Verteidigungsminister Rabin am 4.8.85 die Politik der „Eisernen Faust“ in der Westbank und im Gaza-Streifen ein. Die wichtigsten Maßnahmen der verschärfte Politik waren: die Wiedereinführung der Administration (Gefangennahme ohne Anklage und Gerichtsverfahren, meist für einen Zeitraum von sechs Monaten, beliebig oft verlängerbar, innerhalb von zehn Monaten wurden 241 Menschen auf diese Weise in das Gefängnis gebracht); Ausweisungen politisch inoffizieller Aktivisten (in den folgenden anderthalb Jahren wurden etwa 40 Menschen des Landes verwiesen); Verhängen von Stadt- oder Hausarresten; Sprengung oder Zuzumauern von Häusern (102 in den Jahren 85/86); Schließen von Institutionen, Gewerkschaftsbüros und Universitäten für Wochen oder Monate (im akademischen Jahr 86/87 wurden gegen fünf Universitäten insgesamt 15 Schließungen verhängt). Wie üblich wurde die härtere Gangart mit „Sicherheitsbelangen“ begründet, die Maßnahmen richteten sich indes vor allem gegen politische Aktivisten.

Anlaß für die Politik der „Eisernen Faust“ war die Ermordung zweier israelischer Lehrer bei Atula — ein krimineller Akt ohne politischen Hintergrund. In der langen Geschichte der israelischen Aggressionspolitik hat es an solchen Be-



Wenn ich daran denke, daß wir eine demographische Gefahr sind!

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

gründungen nie gemangelt, die wahren Ziele des harten Vorgehens wurden bald offensichtlich: Die Okkupationsmacht suchte so auf die neuen Formen des Widerstandes zu reagieren und eine nationale palästinensische Politik im Kern zu ersticken oder zumindest zu entmutigen. Sicher versprach sich die israelische Regierung auch eine Stärkung der pro-häuschernischen Kräfte und eine Belebung der wenig erfolgreichen jordanischen Option. Sicher wollte die Arbeiterpartei sich nicht bei den traditionellen Likud-Wählern und der Siedlerbewegung profilieren, Aber selbst die Konkurrenz zum Koalitionspartner ist in dieser Frage bestenfalls zweitrangig, denn auch die Arbeiterpartei denkt nicht daran, territoriale Kompromisse zu machen, auch wenn sie manchmal davon spricht. Nationale Rechte der Palästinenser existieren für die Labour-Partei nicht, und deshalb ist die PLO für sie kein Verhandlungspartner.

Abu Jihad ermordet

Am 16. April wurde Abu Jihad (Khalil al-Wazir) in seinem Haus in Tunis von einem israelischen Kommando ermordet. Abu Jihad war der Stellvertreter Arafats in der großen palästinensischen Einzelorganisation al-Fatah, er leitete das Fatah-Büro für die besetzten Gebiete und war im Exekutiv-Komitee der PLO verantwortlich für Militäreinheiten. Abu Jihad soll der beliebteste PLO-Führer gewesen sein. Die Aufgabenbereiche Abu Jihads haben den Israelis ein einfaches Argument für ihre Mordtat geliefert: Der PLO-Führer soll die Aufstände in den besetzten Gebieten angeleitet haben und direkt verantwortlich für die Entführung eines israelischen Busses in der Negev-Wüste Anfang März gewesen sein, bei dem drei Israelis und drei Angehörige des palästinensischen Kommandos getötet worden sind. Diese Argumentation scheint sehr konstruiert zu sein. Bekanntlich wird der Aufstand in den besetzten Gebieten unter klaren Zielen (s. nebenstehenden Artikel) dezentral organisiert; angeleitet seit Anfang des Jahres von Flugblättern der „Vereinigten Untergrund-Führung des Aufstandes“, die im Abstand von 10 bis 14 Tagen erscheinen. Zu Beginn des Aufstandes hatte Israel sogar vehement betont, die PLO habe überhaupt nichts mit dem Aufstand zu tun — nur um den Führungsanspruch der PLO zu unterminieren. Auch der Vorwurf, Abu Jihad habe die Busentführung geplant, ist nicht bewiesen.

Wahrscheinlicher ist, daß israelischer Geheimdienst sowie Armee- und Regierungsstellen mit diesem Mord die Palästinenser innerhalb und außerhalb der besetzten Gebiete zu überlegten bewaffneten Aktionen aufreizen wollen, die der israelischen Armee neue Anlässe für ein hartes Vorgehen liefern würden und die Palästinenser um die Früchte ihres friedvollen Aufstandes bringen könnten. Vielleicht sollte durch die Ermordung eines der fähigsten und dienstwilligsten PLO-Führers auch nur Resignation erzeugt werden oder aber den Palästinensern und der Welt wieder einmal die Überlegenheit des israelischen Geheimdienstes vor Augen geführt werden, vor dem scheinbar niemand sicher ist.

Abu Jihad wurde am 19.4. in Damaskus hingerichtet; Hunderttausende folgten seinem Sarg.

Die Dynamik der Besatzung

Die Politik der „Eisernen Faust“ beschleunigte innerhalb von zwei Jahren die Entwicklung, die sie eigentlich zu verhindern suchte: einen politischen Bewußtseinsprozeß, Widerstand gegen die Besatzung und militante Aktionsformen. Die Proteste, Unruhen und Solidaritätsaktionen im Winter '86 und Frühjahr '87 zeigten die neue Qualität des Widerstandes — die von einer Radikalisierung der Jugend profitierten und, besonders im Gaza-Streifen, von der radikalen Haltung fundamentalistischer Gruppen.

Am 4.12.86 errichteten israelische Soldaten einen Kontrollpunkt am Tor der Bir Zeit-Universität, die für ihre Aktivitäten gegen die Besatzungsmacht berühmt ist. Ein durchaus „gewöhnliches“ Ereignis. Schon Tage vorher hatte die Universität in einer Presseerklärung von einem „faktischen Schließen der Universität“ durch Kontrollpunkte gesprochen. Diesmal aber begannen die Studenten und einige Mitglieder des Lehrkörpers einen Sitzstreik am Kontrollpunkt. Dem diensttu-

henden Offizier wurde erklärt es handle sich um keine Demonstration, sondern die Studenten wollten ihr Recht auf Ausbildung und ihr Recht, frei und ohne militärische Einmischung das Universitätsgelände zu betreten, durchsetzen. Der Sitzstreik indes war eine ungewöhnliche Antwort auf einen gewöhnlichen Fall militärischer Schikane. Die Soldaten setzten Tränengas ein, ein Mitglied des Lehrkörpers wurde verhaftet. Eine Stunde später protestierten die Studenten auf dem Universitätsgelände, die Soldaten schossen, zwei Studenten wurden getötet, zehn andere verletzt.

Aber auch das war neu: die Proteste dehnten sich aus, palästinensische Geschäftsleute streikten drei Tage lang, internationale Medien wurden aufmerksam. Israelische Friedensgruppen reagierten. Eine Welle von Demonstrationen und Protesten folgte im Frühjahr 1987. Anlässe waren Angriffe auf Palästinenser in der Altstadt von Jerusalem (Dezember-Januar), die Belagerung der Palästinenserlager im Libanon durch die Schützenmiliz Amal (Februar-März) und der Hungerstreik der palästinensischen Gefangenen (25. März bis Mitte April). Dieser Streik wurde von Gefangenen aller politischen Richtungen gemeinsam durchgeführt. Er spiegelte die neue Einheit der PLO wider, die auf dem Palästinensischen Nationalrat in Algier im gleichen Monat beschlossen wurde. Auch diese Entwicklung ermutigte die Palästinenser in den besetzten Gebieten.

Die israelischen Streitkräfte kämpften in den Gebieten, kommentierte der israelische Militärberichterstatter Hirsch Goodman in der „Jerusalem Post“ vom 20.2.87 die Entwicklung, nicht mehr hauptsächlich gegen den Terrorismus, sondern gegen einheimische Ideologien und Ideen. Diese jedoch würden gedeihen und nicht sterben, wenn man sie mit Gewalt bekämpfe. Der Feind habe sich gewandelt. Aus guttrainierten Eindringlingen und Saboteuren, die israelische Soldaten gut bekämpfen könnten, seien Studenten und Schüler geworden, aus Bomben und Granaten Steine, Plakate und Patroten. Goodman sollte mit seiner Analyse Recht behalten: Die nationalen Ideen wuchsen.

Die Verankerung der Widerstandsformen bestätigte auch Meron Benvenisti im Jahresbericht des Westbank Data Base Project vom April '87: Er sehe einen Wechsel von geplanten Gewaltakten organisierter Zellen zu spontanen Steinewerfen und gewalttätigen Demonstrationen, von Gewehren zu Messern. Örtliche Initiativen würden nun über von außen kontrollierte Gewalt dominieren. In dem Bericht heißt es weiter: Die Unruhen in den besetzten Gebieten nähmen das Ausmaß eines Bürgerkrieges an, die Spaltung der öffentlichen Dienste in zwei separate Verwaltungen für jüdische Siedler und arabische Einwohner vertiefe sich, die verstärkte israelisch-jordanische Zusammenarbeit leiste einer Annexion Vor-

eines Bürgerkrieges an, die Spaltung der öffentlichen Dienste in zwei separate Verwaltungen für jüdische Siedler und arabische Einwohner vertiefe sich, die verstärkte israelisch-jordanische Zusammenarbeit leiste einer Annexion Vor-

auf die Aufstandswelle Anfang '87 reagierte die israelische Besatzung mit harten Repressionen (s. oben). Einem stürmischen Frühling folgte ein ruhiger Sommer; der 20. Jahrestag der Besatzung verstrich ohne nennenswerte Protestaktionen. Im Oktober '87 aber war die Aufstandswelle da und nicht mehr aufzuhalten.

Diese Kontinuität hat ihre Ursache in den neuen Widerstandsformen, aber auch in der klaren Zielsetzung. Die Palästinenser kämpfen nicht mehr um begrenzte Ziele: gegen neue Steuern oder für bessere Haftbedingungen in den israelischen Gefängnissen, gegen die Einführung einer „zivilen“ Administration oder für die Unterstützung eines Hungerstreikes; gegen den Lagerkrieg im Libanon oder für die Abkehrung der Autonomieregelung; gegen Landraub oder Siedlungspolitik. Die Ziele dieses Aufstandes sind umfassend und klar: Ende der Besatzung, internationale Nahostkonferenz, nationale Selbstbestimmung und ein palästinensischer Staat in den besetzten Gebieten unter Führung der PLO.

Die israelische Gesellschaft wird sich mit den nationalen Forderungen des palästinensischen Volkes auseinandersetzen müssen — andernfalls wird die Politik der Gewalt kein Ende haben.

msl

Quellen: Gespräche mit Palästinenserinnen und Palästinensern auf einer Reise nach Israel und Palästina im März/April 88; Dan Tschirgi, A bleak year on the West Bank, The Middle East, August 1987, S. 11-16; Penny Johnson, The Routine of Repression, MERIP Reports 150, Jan.-Febr. 88, S. 3-11; Rashid Khalidi, The Palestinians — twenty years after, MERIP Reports 146, May-June 87, S. 6-11; Charles Landsmann, Westbank, „Neue Seite in Richtung Bürgerkrieg“, Baster Zeitung, 18.9.87



Israelische Opposition und der Aufstand

Der folgende Beitrag ist ein Auszug aus einer umfangreichen Darstellung und vorläufigen Bilanz der Entwicklung des Aufstandes in den besetzten Gebieten sowie der Reaktion der Besatzungsmacht. Yaron Matras verfaßte diese Darstellung nach einem mehrwöchigen Aufenthalt in Israel im März.

Im wesentlichen sieht sich die israelische Opposition bestätigt in ihrer bisherigen Linie, die eine wenn auch allmähliche Abtrennung und eine Beendigung der Besatzung forderte. Die Aktionsformen sind — fast für alle Bewegungen und Gruppierungen — in der Regel Protestaktionen gegen die Besatzung und intensivere Diskussionen über Zukunftsperspektiven. Deutlicher als zuvor kann man heute, angesichts der Ereignisse und der intensivierten Diskussionen, zwei Spektren innerhalb der israelischen Friedens- bzw. Oppositionskräfte definieren, die sich voneinander auch immer stärker abgrenzen.

Moderate Patrioten

Das erste ist das moderat-patriotische Spektrum unter Führung von „Peace Now“. Diese Kreise versuchen mit einer

Moderate Patrioten

Das erste ist das moderat-patriotische Spektrum unter Führung von „Peace Now“. Diese Kreise versuchen mit einer apologetischen, oft nationalistischen Argumentationsweise breitere Kreise des israelischen Publikums zu erreichen, indem sie es zu überzeugen versuchen, daß die Besatzung im Widerspruch zu den nationalen Interessen des israelischen Volkes und des zionistischen Staates steht. Gleichzeitig muß man jedoch feststellen, daß die Aktivitäten dieser Bewegung, dabei vor allem ihre Bereitschaft, sich für einen Dialog mit Palästinensern und für ein wirkliches Selbstbestimmungsrecht für das palästinensische Volk einzusetzen, verschiedener geworden sind. Dabei spielt nicht zuletzt ihre tiefe Enttäuschung über die Arbeitspartei als Koalitionspartner eine Rolle, nachdem viele Versprechungen, die in Richtung „Peace Now“ gemacht wurden, als diese Partei noch in der Opposition war (z. B. die Oppositionsbündnisse zu Zeiten des Libanon-Krieges) sich als reine Wahlaktiven entlarvt hatten. Auch jetzt spielt die Arbeitspartei gegenüber der patriotischen Friedensbewegung ein doppeltes Spiel. Während Rabin als Verteidigungsminister für die Zerschlagung des Aufstandes zuständig ist, akzeptiert seine Partei augenscheinlich das „Peace-Now“-Prinzip „Land gegen Frieden“ und stellt sich mit den Massen hinter den Shultz-Plan.

Auch die enttäuschten Koalitionspartner innerhalb des Maarachs (li) Mapam und Personen wie Yossi Sarid, die früher Teil des Maarachs waren, sowie Personen aus „Ratz“ stellen sich zur Zeit endgültig gegen die Regierung samt ihren sozialdemokratischen Komponenten und stärken auf diese Weise die genannte Front.

Die Hauptforderung dieses Spektrums ist zur Zeit ein positives Eingehen auf die Shultz-Initiative. Auch hier versucht „Peace Now“, Kräfte innerhalb der herrschenden Arbeitspartei einzubeziehen, die das Gleiche befürworten. Sie geht jedoch weiter, indem sie zum Beispiel einen Dialog mit palästinensischen Prominenten sucht, darunter vor allem mit solchen, die als inoffizielle Vertreter von al-Fatah gelten; so wurde Hanna Simora, der Herausgeber von Al-Fajr, einer pro-Fatah-Zeitung in Jerusalem, eingela-

den, um auf einer Kundgebung zu sprechen. Auf der gleichen Kundgebung wurden auch israelische Soldaten dazu aufgefordert, die Durchführung illegaler Befehle zu verweigern.

Die Problematik der „patriotischen“ Führungskräfte liegt vielmehr in der Rhetorik, die zwar den Status Quo kritisiert und den israelischen Nationalkonsens durchbricht, gleichzeitig aber chauvinistischen Gefühlen schmeichelt. So rufen diese Gruppierungen — allen voran „Peace Now“ — zu einem Abzug aus den von arabischer Bevölkerung dicht besiedelten Gebieten auf, „um den jüdisch-zionistischen Charakter des Staates Israel zu bewahren“; sie wenden sich gegen die repressiven Maßnahmen der Armee, da diese der „moralischen Stärke unserer Armee“ schaden; sie rufen Soldaten auf, den Militärdienst in den besetzten Gebieten nicht zu verweigern, „damit die Armee nicht den rechten Kräften überlassen wird“, und sie fordern die Regierung auf, auf den Shultz-Plan einzugehen, „um die guten Beziehungen zu unseren besten Freunden, den U.S.A., aufrechtzuerhalten“.

Links- und Antizionisten

Freunden, den U.S.A., aufrechtzuerhalten“.

Links- und Antizionisten

Auf der anderen Seite entwickelt sich rasch und entschieden ein radikaleres Spektrum, das den patriotischen Parolen nicht folgt und sich statt dessen als Solidaritätsbewegung mit dem Aufstand in den besetzten Gebieten versteht. Dieses Spektrum ist erstens dadurch charakterisiert, daß es einen binationalen Charakter hat (auch, wenn es im allgemeinen eine Teilung Palästinas und die Errichtung eines palästinensischen Staates neben dem Staat Israel propagiert). Es definiert sich daher nicht als eine zionistische Bewegung, sondern als Dialog-Kreis, zu dem Links-Zionisten, Nicht-Zionisten und Antizionisten, jüdische Israelis und Palästinenser gehören. Viele Aktivitäten dieses Spektrums haben daher einen binationalen Charakter, was den Erfahrungsaustausch und die Qualität der Betroffenheit auch entscheidend mitprägt.

Zweitens ist für dieses Spektrum die große Zahl von relativ neuen, kleinen, oft örtlichen Initiativen charakteristisch, die im letzten Zeit im Zusammenhang mit dem Aufstand gegründet worden sind. Es handelt sich um Initiativen auf lokaler und beruflicher Basis (Studenten, Intellektuelle, Kriegsdienstverweigerer, Frauen, Ärzte, Juden orientalischer Herkunft etc.), die sich dann an Bündnissen zwecks größerer Aktionen beteiligen. Diese werden oft von Alt-Aktivistinnen geführt und gegründet, ihre Basis besteht jedoch meistens aus Leuten, die in den letzten Jahren — in manchen Fällen sogar durch die jüngsten Ereignisse — aktiv geworden sind.

Drittens werden in diesem Spektrum viele Tabu-Fragen offen diskutiert. Beispielsweise das angebliche „nationale Interesse“, die Frage des Militärdienstes und die Frage der Verknüpfung zwischen der Besatzung und der systematischen Diskriminierung der Palästinenser innerhalb des Staates Israel. Es entsteht daher eine allgemeine Debatte über Rassismus und Staatsrassismus, die Motivation zur Mobilisierung gegen die Besatzung ist hier daher alles andere als Patriotismus.

Am besten organisiert innerhalb dieses Spektrums ist die Kommunistische Partei, die daher viele der Initiativen ideolo-

gisch prägt, zumindest, was die Position angeht, die innerhalb dieser Initiativen als Konsens gilt. Es gilt im allgemeinen die Formel „Anerkennung der PLO, Friedenskonferenz, zwei Staaten“. Die KP und somit das Spektrum insgesamt steht jedoch, zumindest punktuell, unter dem Druck von radikaleren Kräften, nämlich Abnaa al-Balad (2) und antizionistischen Kreisen, die im wesentlichen eine stärkere Verknüpfung zum Aufstand, seine Ausdehnung auf die Palästinenser in Israel und stärkere Widerstandsformen suchen. Im arabischen Spektrum ist der Druck stärker und führt die KP oft dazu, ihre Aktionsformen zu radikalisieren (so der Aufruf zu einem Generalstreik am Tag des Bodens). Die KP gerät jedoch in einen Konflikt, da sie einerseits nicht von links überholt werden möchte, versteht sie sich doch als Hauptsprecherin der palästinensischen Bevölkerung in Israel; andererseits versucht sie ständig, ihre Basis unter der jüdischen Bevölkerung zu erweitern und muß dafür das Selbstbestimmungsrecht des jüdischen Volkes in Palästina und ihre Treue zum jüdischen Staat stets betonen. Schließlich arbeitet diese Partei auch in einem internationalen Kontext und in engem ideologischen Austausch mit Schwesterparteien im Ausland, kann also ihre Politik nicht beliebig und eigenmächtig ändern oder modifizieren.

Was das Engagement der antizionistischen Kräfte innerhalb des jüdischen Spektrums angeht, so sind diese nicht so offen und offensiv wie ihre „Genossen“. Sie liefern dennoch in manchen wichtigen lokalen Initiativen einen wesentlichen Beitrag, da sie über Kontakte zu palästinensischen Aktivisten in den besetzten Gebieten verfügen, radikalere Tendenzen stärken und den Diskussionsprozeß mitprägen. Die Antizionisten sind zwar nicht in der Lage, nicht-aktive Anhänger zu mobilisieren, beim ständigen Diskussionsprozeß und bei der Entwicklung der politischen Strategien hat ihre Mitarbeit jedoch ein Gewicht.

Die radikaleren linken Kreise innerhalb der palästinensischen Bevölkerung Israels, nämlich Abnaa al-Balad oder die Nationale Fortschrittliche Bewegung, stehen mitten in einem Diskussionsprozeß, sind also in ihrem organisatorischen Rahmen auch noch nicht ganz arbeitsfähig. Im wesentlichen existierte diese Gruppe seit einigen Jahren nicht als Organisation, es waren vielmehr einige lose Diskussionskreise, die sich seit dem Aufstand wieder organisieren. Seit einem halben Jahr wird die Zeitung al-Raia herausgegeben, die als offizielles Organ der Bewegung gilt. Ideologisch haben diese Kreise noch keine eindeutige Position zu den palästinensischen Organisationen und auch nicht zu der jüdischen Bevölkerung, der Frage eines binationalen Staates und der Zusammenarbeit mit antizionistischen Israelis. Auch in der Bündnisfrage ist die Bewegung gespalten. Während einige einen engeren Draht zur KP suchen, arbeiten andere in der Progressiven Friedensliste mit.

Yaron Matras

Anmerkungen:

1) Zusammenschluß von Arbeitspartei und Mapam.
2) marxistisch orientierte palästinensische Bewegung in Israel, die Israel nicht anerkennt und einen säkularen Staat fordert

Der „heimliche“ Völkermord im Schatten des Golfkrieges

von Ellen Olms

Ende März 1988 erreichten grauenhafte Bilder die internationale Öffentlichkeit. In der überwiegend von irakischen Kurden bewohnten Stadt Halabja konnten ausländische Journalisten auf Einladung Irans Hunderte von Leichen auf ihren Kameras festhalten — Frauen, Kinder, alte Männer, die alle an den folgenschweren Giftgasangriffen seitens der irakischen Luftwaffe starben. Über 5.000 Tote und ebenso viele Verletzte wurden nach dem Abwurf von Senfgas und Tabun aus den Bomben am 16. März 1988 gezählt. Doch der Einsatz der international seit 1925 geachteten chemischen Waffen auf die Stadt Halabja ist weder ein Einzelfall noch auf den „großen“ Golfkrieg zwischen dem Irak und dem Iran zurückzuführen. Vielmehr führt das faschistische irakische Regime Saddam Husseins einen systematischen Vernichtungskrieg gegen die im Norden des Iraks lebenden und an Autonomie kämpfenden Kurden, aber auch gegen die christlich-assyrischen Minderheiten in dieser Region. Über 3.000 Ortschaften im irakischen Kurdistan wurden systematisch zerstört, wahlweise durch „normale“ Bomben, Phosphorgranaten oder chemische Waffen (Senfgas, Tabun). Mehrere 2,5 Millionen irakische Kurden flüchteten schätzungsweise 350.000 bis zu einer halben Million in den Iran, während die türkische Grenze verschlossen bleibt. Weitere 400.000 irakische Kurden wurden zwangsweise entweder in den Süden verschleppt oder aber in Internierungslager nahe der Städte Kirkuk und Arbil deportiert. Folter, Massenerschießungen auch von Frauen und Kindern sind ebenso Bestandteil eines planmäßigen Völkermordes, einer „Endlösung“ der Kurdenfrage seitens des irakischen Regimes, der sich als unheimlich im Schatten des Golfkrieges vollzieht. Die Zahl der durch Folter, Hinrichtungen, Inhaftierungen und Giftgasangriffe getöteten irakischen Kurden, der Kurden von Assyrern, Chaldäern, der christlichen Assyrer und Assyro-Chaldäer geht in die Tausende, wobei

ter vernichtet“ wurden („Tagesspiegel“ 3.4.1988). Und in der Zeit zwischen dem 25.1. und 1.4.1988 berichtete die „Gesellschaft für bedrohte Völker“ (GBV) von weiteren Giftgasangriffen der irakischen Armee gegen sechs Dörfer in der Umgebung von Karbala, bei denen 64 kurdische Partisanen (Peshmerga) ums Leben kamen und über 400 Zivilisten verletzt wurden. Am 26. März stießen die irakischen Truppen in das von Giftgas verseuchte Gebiet vor und deportierten etwa 400 Verletzte (darunter etwa 150 Kinder) in das Lager Tanjaro bei der Stadt Sulaimaniya, um sie dort alle umzubringen, nach Frankfurter Rundschau 5.4.88.

Zuletzt am 24. März flogen irakische Piloten Giftgasangriffe gegen die Stadt Mawatjan auf iranischem Gebiet nahe der irakischen Grenze, um nachträglich laut der irakischen Nachrichtenagentur INA in Kairo — dem Iran mit weiteren Giftgasangriffen zu drohen, die längst zum „normalen“ Geschehen im Golfkrieg gehören („Süddeutsche Zeitung“ 29.3.88).

Die jüngsten Angriffe des Iraks gegen die kurdische Bevölkerung im eigenen Land sind inzwischen eng mit dem „großen“ Golfkrieg verknüpft, was sich der Irak allerdings selbst zuschreiben hat. Die Eröffnung einer Nordfront im seit knapp acht Jahren währenden iranisch-irakischen Krieg wurde überhaupt erst dadurch ermöglicht, daß das irakische Regime den Kurden im Norden des Landes eine weitgehende Autonomie nicht zugestand, worauf die beiden wichtigsten kurdischen Organisationen, die PUK und die „Demokratische Partei Kurdistans“ (DPK), die (bewaffneten) Kämpfe gegen den Irak nach 1980 wieder aufnahmen. Das ungeheure Ausmaß der irakischen Repression schmeckte nicht nur die bis dahin zerstörten kurdischen Parteien zu einem Bündnis auf der Basis einer Miniplattform zusammen, sondern erst vor diesem Hintergrund kam es zu einem Arrangement unterschiedlicher Intensität zwischen den irakisch-kurdischen Parteien

der Stausee Darbandikhan und ein Wasserkraftwerk, das einen Teil der Energieversorgung Bagdads sicherstellt.

Vor allem diese beiden strategischen Punkte sind Kriegsziele des Iraks, während der Irak mit seiner Politik der „verbrannten Erde“ Ende der 80er Jahre die Basis und Infrastruktur der überwiegend von Kurden bewohnten und beherrschten Gebiete, die der Irak für seine Zwecke auszunutzen zerstört. Die Opfer dieser kriegerischen Auseinandersetzungen sind allemal die Kurden, zumal ihre physische Vernichtung und Vertreibung vor dem Hintergrund des Golfkrieges als bloßes Folgeproblem erscheint und so auch von einem großen Teil der Weltöffentlichkeit wahrgenommen wird. Denn das Finden irakischer Kampfverbände in den Nordosten des Iraks wird von dem Hussein-Regime als willkommenes Vorwand betrachtet, um Völkermord an ihren Kurden-Abolanten. Außerdem droht durch die Neuöffnung der Nordfront eine weitere Eskalation des Krieges, das angrenzende Nato-Land Türkei ist schon seit langem Komplize des Hussein-Regimes bei der Bekämpfung und Verfolgung der Kurden. So verachtet die Türkei der kurdischen Bevölkerung die Fluchtmöglichkeit, und kann auch, gemäß einem Vertrag mit dem Irak, seit 1984 die Kurden bis 30 Kilometer hinter die irakische Grenze verfolgen. Mindestens drei Bombenangriffe startete die Türkei bereits auf dem Gebiet der irakischen Kurden („Stuttgarter Zeitung“ 26.3.1988). Die Türkei und die hinter ihr stehenden Interessen der Nato sind an einem ungeführten militärischen Gleichgewicht der kriegsführenden Länder interessiert, so daß die Türkei kein Interesse an einer Schwächung des Iraks und seiner im Norden liegenden strategischen Ressourcen hat.

Planmäßiger Völkermord

Die jüngsten abscheulichen Giftgasangriffe seitens des Iraks gegen die im Norden des Iraks lebende kurdische Bevölkerung seitens des Iraks gegen die im Norden lebenden Kurden laufen die Gefahr, unter dem Stichwort „Endlösung“ abgehandelt zu werden und in der allgemeinen Kriegsbildung unterzugehen.

Die Geschichte der Verfolgung und Repression der irakischen Kurden ist jedoch älter als der Golfkrieg, und der Völkermord wurde bereits begangen, als der Irak sich noch nicht an der Eröffnung der Nordfront interessiert zeigte. Nach Untersuchungen der GBV sind seit 1975 genau 1.599 Ortschaften im kurdischen Irak zerstört oder dem Boden gleichgemacht worden (Erklärung der GBV vom 1.2.1988). Die ersten Giftgasangriffe des Iraks werden auf Oktober 1983 datiert. Bis Ende März habe der Irak zudem über 20 Giftgasangriffe gegen die dort lebenden Kurden gefolgt („Frankfurter Allgemeine“ 10.4.1988).

Die irakische Armee trennt den kurdischen Teil Iraks durch einen 20 Kilometer breiten Sicherheitskordon ab. Das Gebiet wurde zwecks Geheimhaltung hermetisch abgeriegelt, die kurdischen Bewohner zwangsweise umgesiedelt.

Nachdem eine bereits unterschriebene Autonomieregierung zwischen der PUK und der irakischen Regierung scheiterte, kam es im Herbst 1985 zu verstärkten Übergriffen gegen die Peshmerga und einer Wiederannäherung der PUK an den Iran („Tagesspiegel“ 25.1.1988). Im Frühjahr 1986 soll Saddam Hussein den irakischen Kurden mit der Vernichtung gedroht haben („Frankfurter Allgemeine“ 22.12.87). Ausmaß und Intensität des Völkermordes an den Kurden haben seit ca. zwei Jahren erheblich zugenommen, denn seit dieser Zeit wurden allein 685 Ortschaften zerstört bzw. dem Erdboden gleichgemacht (GBV, 1.2.1988). Im Jahre 1987 steigerte das irakische Regime die Vertreibung und Liquidierung der kurdischen Bevölkerung durch systematische Giftgasangriffe auf Städte und kleinere Ortschaften. Zwischen dem 16. und 29.4.1987 warf die irakische Luftwaffe Kanister mit Senfgas und Tabun in weit über 100 Dörfern um Arbil, Kirkuk und Sulaimaniya, auf Komshin, Hiran, Balisan und Shewasan. Das Dorf Sheikh Wazzan wurde dabei am 20.4.1987 völlig vernichtet. Im Mai 1987 wurde erneut Badinan angegriffen, am 24.5.1987 die Ortschaften Gorkan, Tumar, Tamari im Gebiet Shiwan. Die Giftgasangriffe ebneten danach etwas ab, im Juli 1987 sollen erneut die Provinz Badinan und Koshnawet mit Senfgas bombardiert worden sein. Am 30.7.1987 sind ca. 8.000 Kurden, die der DPK angehören sollen, von irakischen Armeeeinheiten aus einem Internierungslager mit unbekanntem Ziel abtransportiert worden. Die GBV geht davon aus, daß alle 8.000 Kurden getötet wurden (GBV, 1.2.88).

Zwischen dem 3. und 17. September

vergangenen Jahres startete die irakische Luftwaffe weitere massive Giftgasangriffe in den Provinzen von Sulaimaniya, Arbil und Balisan („Neue Zürcher Zeitung“, 12.9.87 und GBV, 1.2.88). Allein am 3.9.87 wurden 30 Dörfer nahe der Stadt Sulaimaniya mit Senfgas und Tabun angegriffen (GBV, 1.2.1988).

Die Bilanz der Giftgasoffensive vom April bis September 1987 lautet: rund 200 Ortschaften wurden zerstört und mindestens 500 der GBV namentlich bekannte Kurden starben qualvoll an den Kampfgasen (GBV, 1.2.88). Die intervallartigen Giftgasangriffe (April 1987 — September 1987, März 1988) entsprechen der berühmten faschistischen Kriegsführung der „verbrannten Erde“ — im Fall des

Iraks und sie lie zweifelsfrei fest, daß das irakische Regime die Kampfgase aus den ersten Weltkrieg, Senfgas und Tabun eingesetzt hatte. Ein längerer Untersuchungsbericht erschien von einem Mitglied der UN-Kommission, dem schweizerischen Oberst Imhofersteg in der „Neuen Zürcher Zeitung“ am 19.6.1987.

Darüber hinaus existieren mindestens drei irakische Originaldokumente, die die Giftgasangriffe bezeugen. Zum einen dokumentierte der britische „Observer“ ein Telegramm des irakischen Offiziers Mahmud Hussein an seinen Distriktskommandanten in Zakho, wonach die DPK 4.000 Gasmasken gekauft habe, um sich „gegen unsere chemischen Waffen zu wehren, wenn wir ihre Stützpunkte an-



Iraks mehr noch der „vergifteten Erde“. Das Ziel des irakischen Regimes ist offenkundig, mit der systematischen Vergasung des irakischen Regimes ist offenkundig, mit der systematischen Vergasung der kurdischen Siedlungsgebiete im Nordirak die „Auslöschung“ der Kurden zu betreiben. Ein Teil der dort lebenden Kurden stirbt an den Giftgasen, da vor allem die Zivilbevölkerung weder über Gasmasken verfügt noch eine ausreichende medizinische Betreuung vorhanden ist. Die Lebenden werden dann in verschiedene Internierungslager verschleppt und bei Widerstand gegen die Verschleppung getötet. So etwa geschahen am 20.11.1987 in Chumun, einem Dorf bei Kirkuk, wo irakische Soldaten ein Massaker an 205 Frauen, Kindern und alten Menschen verübten.

Die „Deutsche Volkszeitung“ berichtete, daß die Kurden bis in Internierungslager im Süden, an der jordanischen Grenze, vertrieben wurden (22.5.1987). Bis heute sind nach Einschätzung der GBV zwischen 60 und 80% aller Ortschaften und Städte zerstört und deren Einwohner vertrieben worden. Eine halbe Million Kurden, darunter eine Minderheit von christlichen Assyrern, wurden zwangsweise umgesiedelt, während nach wie vor keine präzisen Angaben über die Zahl der Toten existieren. Die GBV spricht daher von einem „derzeit wohl einmaligen Kriegsverbrechen“ durch die „systematische Vergasung kurdischer und christlich-assyrischer Siedlungsgebiete“ („Badische Zeitung“, 24.3.1988).

Unglaubliche Dementie

Die Kriegsverbrechen, die das irakische Regime am kurdischen Volk begangen hat und noch begibt, wurden seitens der Machthaber nicht schlecht als recht gelehrt. Erst einige Tage später, nach den grauenhaften Fotos über die jüngsten Giftgasangriffe in Halabja, beschuldigte der Irak den Iran, die Verbrechen selber begangen zu haben („Tagesspiegel“, 6.4.1988). Überlebende Augenzeugen aus Halabja widerlegten diese irakischen Behauptungen ebenso wie der Umstand, daß der Irak erst einige Tage später diese Version präsentierte. Als die UNO den Irak bereits vor vier Jahren verurteilt hatte, daß der Irak die Verbrechen selber begangen zu haben („Tagesspiegel“, 6.4.1988).

Doch der Einsatz chemischer Waffen, von Phosphor-Brandbomben, Napalm zur Vernichtung des Getreides und auch der biologischen Waffen (das Pilzgift Mykotoxin) sind erwiesen. Eine UN-Kommission erhielt im April 1987 Zugang zu den mit Giftgas angegriffenen Ortschaften

und sie lie zweifelsfrei fest, daß das irakische Regime die Kampfgase aus den ersten Weltkrieg, Senfgas und Tabun eingesetzt hatte. Ein längerer Untersuchungsbericht erschien von einem Mitglied der UN-Kommission, dem schweizerischen Oberst Imhofersteg in der „Neuen Zürcher Zeitung“ am 19.6.1987.

Das wohl eindrucksvollste Dokument über den irakischen Völkermord an den Kurden veröffentlichte die PUK am 10.8.1987. Es handelt sich um eine Anordnung des Iraks, die die Angehörigen des Nordirak im Irakischen Armee-Korps vom 2.6.1987, Exzellenz von Ab Hussein Madid, einen General des Präsidenten geleitet war. Darin heißt es zunächst, daß alle Dörfer, die sich Saboteure, Anhänger des Iran, die Verräter des Irak und dergleichen noch befinden, als sicherheitsgefährdete Dörfer betrachtet werden. Weiter heißt es in nicht mehr zu überbietender Deutlichkeit: „Die menschliche Existenz und der Viehbestand in den oben erwähnten Dörfern werden endgültig vernichtet. Diese Dörfer werden als Todeszone betrachtet und es darf ganz frei und ohne Rücksicht auf Regelungen geschossen werden.“ Nichts anderes als eine Anordnung zum Massenmord ist es, wenn die Armeeinheiten „spezielle Angriffe“ gegen eine „möglichst große Anzahl derer führen sollen, die sich in den „Todeszonen“ befinden. Die in den „Todeszonen“, wie der Nordirak bezeichnet wird, Festgenommenen sollen durch Sicherheitskräfte verhaftet und, nachdem sie Informationen von ihnen herausbekommen hat, anschließend hingerichtet werden, was für alle Personen zwischen 15 und 70 Jahren gilt (Zitate nach: Informationsabteilung der PUK, 10.8.87).

Die Echtheit dieser Anordnung zum systematischen Völkermord wurde nach den bislang vorliegenden Informationen nicht dementiert, auch die GBV geht von der Glaubwürdigkeit dieses Dokumentes aus, das im übrigen durch die bisherige Praxis des irakischen Regimes voll bestätigt wurde.

Wor liert die chemischen Waffen?

Bekannt ist, wo sich die Produktionsstätten für die chemischen Waffen im Irak befinden. Es gibt derzeit zwei in Samarra bei Bagdad und in Falluja sowie ein Forschungszentrum in Salman Pak, wo unter anderem auch ein Tierversuchslabor für die Giftgase bzw. Giftgasmischungen existiert. Vermutet wird, daß die Produktionsanlagen und Chemikalien aus Großbritannien, Belgien, Österreich, Italien, Indien und der BRD stammen. Konkret



Giftgasopfer

bis heute noch keine genaueren Angaben über das Ausmaß des Völkermordes gemacht werden können.

Der Einsatz chemischer Waffen

In der hauptsächlichen von irakischen Kurden bewohnten Stadt Halabja nahe der irakischen Grenze lebten vor gut über einem Jahr noch 70.000 Menschen. Die Hälfte der Einwohner mußte fliehen, nachdem die irakische Armee sich die Stadt im Mai 1987 blutig unterworfen hatte. Am 13. März dieses Jahres gelang es der „Patriotischen Union Kurdistans“ (PUK) mit Unterstützung iranischer Streitkräfte, Halabja wieder unter kurdische Kontrolle zu bringen. Postwendend, am 16. März, griffen irakische Bomber die Stadt mit Phosphorbomben („Stuttgarter Zeitung“ 26.3.88). Senfgas und Cyanid an. Auch die umliegenden Städte und Ortschaften Khormal, Tawala und Dujayla wurden mit einem Giftgas-Reppich überzogen („Süddeutsche Zeitung“, 30.3.1988). Die Stadt Halabja, von Leichenbergen übersät, ähnelt einer Geisterstadt, denn die Überlebenden und Verletzten flühen vor den gelb-weißen Giftgaswolken. Die Bilanz: 5.000 Tote und über 5.000 Verletzte.

Nach der Liquidierung der Stadt Halabja und der umliegenden kleineren Ortschaften sprach das irakische Militärkommando von „Säuberungsaktionen“ gegen Kurden in 21 Dörfern der Provinz Sulaimaniya, bei denen „sämtliche Ver-

en und dem Iran. Die irakische Partisanen unterstützte, seitdem die Kurden im Widerstand gegen die irakischen Macht haben und gestand ihnen auch eine relative Autonomie auf dem irakischen Territorium zu.

Das Chomeini-Regime unterstützt die irakischen Kurden ausdrücklich nur als „islamische Kämpfer des Irak“ und eben nicht als kurdischen Widerstand. Der Vorsitzende des iranischen Kriegs- und Informationsbundes, Kameh Harazi, stellte erst kürzlich klar, daß sein Land die irakischen Kurden zwar im Kampf gegen das irakische Regime unterstütze, aber „das heißt nicht, daß wir einen eigenständigen kurdischen Staat dulden werden“ („Tagesspiegel“, 5.4.1988).

Das gilt selbstverständlich auch für die im Norden Irans lebenden Kurden, die vom iranischen Regime bekämpft werden. Allein 1981 fielen 10.000 iranische Kurden den iranischen Revolutionärschergen zum Opfer. Während die irakischen Kurden durch die Präsenz und das Eindringen iranischer Einheiten einen gewissen Schutz in den von ihnen kontrollierten Gebieten genießen, verfolgt das Chomeini-Regime wichtige Kriegsziele, zum einen bindet die Eröffnung der Nordfront irakische Armeeeinheiten, zum anderen liegen im Nordirak strategisch wichtige Ressourcen. Um die Stadt Kirkuk befinden sich die irakischen Ölfelder (ca. 50% der Ölvorkommen), und eine Ölpipeline führt von dort aus über die Türkei bis ans Mittelmeer.

In der Nähe der inzwischen durch Giftgasangriffe zerstörten Stadt Halabja liegt

Fortsetzung auf Seite 16

Despotie oder Kooperation?

Zur sogenannten „Hegemoniekrise“ des US-Imperialismus

Sind die USA nur noch ein Koloss auf tönernen Füßen? Ist das „Land der unbegrenzten Möglichkeiten“ an seine (ökonomischen) Grenzen gestoßen? Müssen die USA ihre nach dem zweiten Weltkrieg errungene unbestrittene ökonomische, politische und militärische Hegemonie mit ihren Konkurrenten aus Japan und Westeuropa teilen? Befinden sich die USA in einer „Hegemoniekrise“, wie von Seiten einiger linker Autoren behauptet wird, oder in einer „posthegemonialen Phase“, wie eher rechte Autoren einer amerikanischen Theorieschule analysiert haben?

Es klingt paradox. Hat ausgerechnet unter der Ägide eines Ronald Reagan, der die USA wieder zur alten Größe und Stärke zurückführen wollte, der count-down gegen die USA eingesetzt?

Den Anlaß für diese Debatten liefert die prekäre Lage der US-Ökonomie selbst: die anhaltende Produktivitätsschwäche großer Teile der Industrie, die Ausdehnung nicht-produktiver Bereiche wie der Rüstungsindustrie, die Aufblähung des finanzwirtschaftlichen Sektors und der Spekulation der „Yuppies“ mit dem „Crash“ vom 19. Oktober 1987, horrende Handels- und Haushaltsdefizite und die neue Rolle der USA als größter Schuldner der Welt. Doch hinter der Aufzählung solcher Krisenerscheinungen werden all zu oft die nach wie vor bestehenden und bei weitem noch nicht ausgeschöpften ökonomischen und politischen Handlungsspielräume des US-Imperialismus vergessen — von ihrer unbestrittenen militärischen Hegemonie ganz zu schweigen.

Dieser Beitrag möchte die Dinge ein wenig relativieren, sowohl vor einer Überschätzung der ökonomischen Krisenprozesse in den USA selbst (und deren Auswirkungen auf die gesamte Weltwirtschaft) als auch vor einer Unterschätzung der USA hinsichtlich ihrer Hegemonierolle in der kapitalistischen Welt.

Das „doppelte Defizit“ der USA

Die prekäre Lage der US-Ökonomie, die materielle Basis ihrer Dominanz, drückt sich nahezu handgreiflich im „doppelten Defizit“ aus.

Zum einen hat sich das Handelsbilanzdefizit zwischen 1982 und 1987 gut vervierfacht und nahezu 150 Mrd. US-Dollar erreicht (siehe Tabelle). Entscheidend

sind dabei die erreichten Größenordnungen, denn bereits seit 1971 — mit Ausnahme von 1973 und 1975 — wiesen die USA Importüberschüsse auf.

Die Stagnation der US-Warenexporte in den achtziger Jahren verweist auf eine nachlassende Konkurrenzfähigkeit großer Teile der US-Industrien, die nur noch in ausgewählten Bereichen der „high-tech“-Abteilungen, der Agrarindustrie und der Rüstungsindustrie Modernisierungserlöse erwirtschafteten. Der „Economic Report of the President“ stellte fest, daß sich die Warenhandelsströme von neun zu zehn wichtigen Warengruppen zugunsten der USA verändert haben. Selbst auf dem von den USA dominierten Mikrochip-Markt mußten die Yankees den Japanern den Vortritt lassen.

Die geringe Konkurrenzfähigkeit der US-Ökonomie zeigt sich auch darin, daß sich ihre Handelsbilanzposition trotz 30%iger Dollarabwertung seit 1985/86 gegenüber dem Yen und der DM kaum verbessert hat.

Umgekehrt wurden die US-Märkte mit einer wahren Importflut aus Konsum- und Investitionsgütern überschwemmt. Japan, westeuropäische Länder und auch einige wenige „Schwellenländer“ eroberten in bisher nicht gekanntem Ausmaß den US-Binnenmarkt und verwiesen die US-Industrien an die Ränder.

Parallel dazu mußten die USA seit 1981 eine rapide Verschlechterung ihrer Leistungsbilanz hinnehmen. Die positiven Erträge aus den ausländischen Direktinvestitionen reichten nicht mehr — wie noch Anfang der siebziger Jahre — aus, die Negativsalen der Handelsbilanzen zu kompensieren. Wies die Leistungsbilanz 1982 ein Minus von nur 9,1 Mrd. Dollar aus, so stieg sie auf 40,1 Mrd. Dollar (1986). Demgegenüber sanken die Einnahmen aus „Dienstleistungen und Übertragungen“, in denen auch die Direktinvestitionen enthalten sind, von ca. 30 Mrd. Dollar 1982 auf 6,6 Mrd. Dollar im Jahre 1986.

Zweitens waren die „Reagonomics“ erneut angetreten, drei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen. Gleichzeitig wollten sie die Rüstung enorm ausweiten, die Unternehmensbesteuerungen senken und das Haushaltsdefizit beseitigen. Die beiden ersten Ziele sind bekanntlich erreicht worden. Die Rüstungsausgaben liegen, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, bei 6,7% noch unterhalb der Raten während des Vietnamkrieges, und die jährlichen Steuergeschenke an das US-Kapital be-

fern sich auf ca. 60 bis 80 Mrd. US-Dollar (!).

Die Kehrseite der Medaille sind die hohen Haushaltsdefizite von durchschnittlich 200 Mrd. Dollar jährlich seit 1983 (siehe Tabelle). Dabei wird ersichtlich, daß die gestiegenen Rüstungsausgaben der USA nur einen Faktor des Defizitproblems darstellen — und keineswegs die Ursache allein sind, wie das von unersetzter Seite immer wieder behauptet wird.

Das Problem des „Zwillingsdefizits“ aus Haushalt und Handelsbilanz beginnt bei deren externer Finanzierung. Im Jahre 1986 beanspruchten die USA ausländische Finanzressourcen in Höhe von rund 200 Mrd. Dollar, davon entfielen jeweils ein Drittel auf Japan und die westeuropäischen Länder, während das restliche Drittel in den Statistiken nicht ausgewiesen wird. Nach Aussagen des scheidenden Präsidenten der Schweizerischen Nationalbank, Pierre Lœnguetin, haben die ausländischen Zentralbanken mit Käufen in Höhe von 140 Mrd. Dollar schon allein das US-Leistungsbilanzdefizit des letzten Jahres finanziert („Stuttgarter Zeitung“, 7.3.88).

Die Inanspruchnahme ausländischer Ressourcen wirkt nicht nur zins- und wechsellkursstrebend, um vermehrte Kapitalimporte zur Finanzierung des „doppelten Defizits“ zu induzieren, die Folgen betreffen die gesamte kapitalistische Weltwirtschaft.

Es ist kein Zufall, daß der vermehrte Kapitalbedarf der verschuldeten USA zeitlich mit dem Ausbruch der internationalen Schuldenkrise zusammenfiel, denn mittels der Hochzinsspolitik lenkten die USA das internationale Leihkapital in ihr Land und drehten damit die Kreditflut in Richtung „Dritte Welt“ zu.

Durch die vereinbarten variablen Zinssätze bei Privatkrediten zwischen den imperialistischen Glaubigerbanken und den Schuldnerländern erhöhte sich für die Länder der „Dritten Welt“ der ohnehin schon mörderische Schuldendienst, der damit verbundene Zwang zur drastischen Warenimportreduktion zur Steigerung der Devisenerlöse für den Schuldendienst engte den Spielraum im Weltmarkt zwischen Imperialismus und „Dritter Welt“ ein und schlug so auch auf die Metropolen zurück.

Um Warenimporte und Haushalt auch weiterhin finanzieren zu können, müssen die USA für das ausländische Kapital günstige Verwertungsbedingungen bereitstellen, was durch hohe Zinsen, genauer jedoch durch ein Zinsgefälle zwischen dem Kapitalimporteur und den Gläubigern bewerkstelligt wird. Um den Zinsabstand bzw. die Zinsrelationen kam es zu heftigen Kontroversen zwischen den drei imperialistischen Zentren, sowohl Japan als auch die BRD mußten sich letzten Endes dem Druck aus den USA beugen, ihre Zinsen dem erforderlichen US-Niveau anzupassen. Andernfalls wären die US-Zinsen auf ein noch viel höheres Niveau gestiegen und hätten die Investitionen völlig abgewürgt — mit der Folge einer tiefen Rezession.

Die Bereitstellung lukrativer Zinsmargen und insgesamt günstiger Kapitalverwertungsbedingungen locken nicht nur Waren und Kapital ins Land, sondern vor allem auch japanische und westeuropäische Konzerne, die ihre Auslandsproduktion und Investitionen in den USA enorm ausweiten.

Das „doppelte Defizit“ verweist jedoch darüber hinaus auf die ambivalente Rolle der USA. Einerseits geraten die selbstgesteckten Weltherrschaftsambitionen zunehmend in Widerspruch zu den eigenen ökonomischen Möglichkeiten und dem eigenen ökonomischen Potential. Denn erstmals nach dem Zweiten Weltkrieg haben sich die USA in einem höheren Maße von der übrigen Weltwirtschaft abhängig gemacht, während zuvor nur eine einseitige Abhängigkeit der übrigen kapitalistischen Welt von den USA existierte.

Und erstmals nach 1945 wurde die zyklische Aufschwungperiode 1983-1987 in den USA ausschließlich durch die Heranziehung internationaler Ressourcen ermöglicht. Der erreichte Grad gegenseitiger Abhängigkeit als Folge der Notwendigkeit, externe Ressourcen zur Finanzierung des „Zwillingsdefizits“ in Anspruch zu nehmen, darf jedoch nicht allein als Schwäche der USA interpretiert werden, denn diese eingetretenen Interdependenzen bieten den USA andererseits auch neue Möglichkeiten, ihre Hegemonie durchzusetzen.



Der US-Binnenmarkt als Zentrum der kapitalistischen Weltwirtschaft

Zum Nachweis der „Hegemoniekrise“ wird gern der Umstand angeführt, daß die USA inzwischen zum größten Schuldner der Welt aufgestiegen seien. Aber dinge sich diese Netto-Schuldnerposition in Höhe von ca. 400 Mrd. Dollar (1987) aus der Saldierung der Vermögensbestände der USA im Ausland und des Auslands in den USA. Wie aus nebenstehender Tabelle zu ersehen ist, handelt es sich bei der Netto-Schuldnerposition der USA um eine rein formale Größe, die sehr wenig Aussagekraft über die „echten“ Schulden besitzt, die sich aus der externen Verschuldung durch Kreditaufnahme ergibt. Im übrigen befinden sich die USA nach diesen Vermögensstatistiken bereits seit den sechziger Jahren in einer Netto-Schuldnerposition gegenüber den westeuropäischen Ländern. Aus der Netto-Schuldnerposition der USA ist also nicht etwa eine Schwächung der US-Positionen ersichtlich, sondern etwas eher Gegenteiliges — nämlich die Fähigkeit der USA, ihre dominierende Stellung in der kapitalistischen Weltwirtschaft rücksichtslos zur weltweiten Ressourcenverteilung zu nutzen — allerdings um den Preis hoher finanzieller Verpflichtungen für die Zukunft. Die Vermögensposition der USA weist vielmehr die Tatsache aus, daß sich die Internationalisierung des Warenhandels, des produktiven und des Leihkapitals in den achtziger Jahren sehr stark auf den amerikanischen Binnenmarkt konzentriert hat, der US-Markt also im Zentrum der Internationalisierungsprozesse steht.

Diese gravierenden Veränderungen der Waren- und Kapitalströme in Richtung USA sollen näher erläutert werden. Wie aus nebenstehender Kapitalverkehrs-bilanz der USA hervorgeht, weisen die USA seit 1984 hohe Kapitalimporte aus, die die eigenen Kapitalexporte um ca. 80 bis 100 Mrd. Dollar übersteigen. Zusammengekommen haben sich die Kapitalströme seit 1983 umgekehrt und Ausländer (vor allem Japan, die BRD, Großbritannien und Kanada) mehr Kapital in die USA exportiert als die USA ins Ausland. Die gesamten US-Kapitalexporte gingen sogar bis 1985 dramatisch zurück — eine Folge der Hochzinsspolitik und des hohen Dollarkurses, der Kapitalanlagen in den

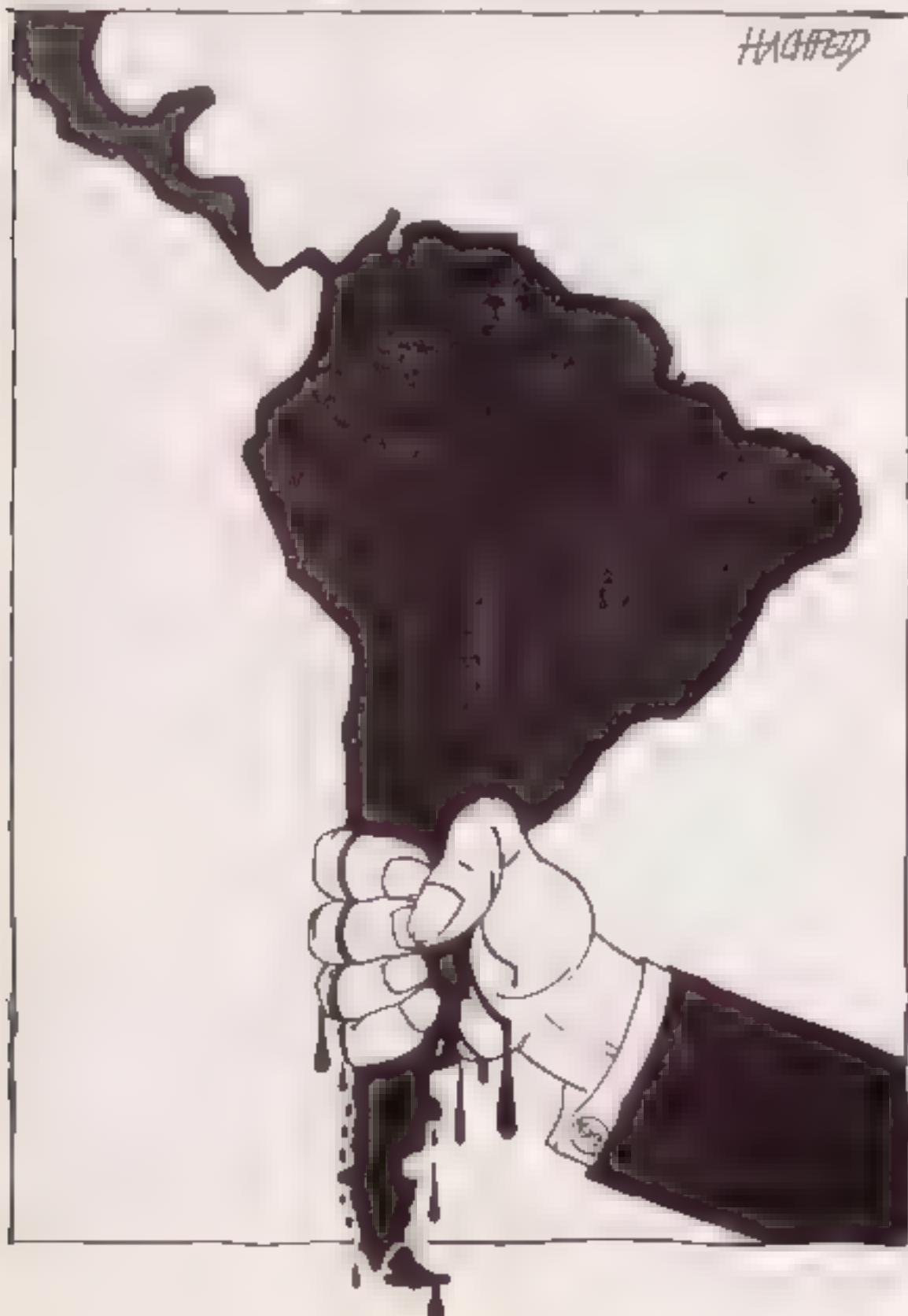
USA attraktiver machte. Zwischen 1980 und 1987 stieg das Auslandsvermögen der USA um rund 500 Mrd. Dollar — das ausländische Vermögen in den USA, dagegen auf das doppelte, rund 800 Mrd. US-Dollar (siehe Tabelle). Das ist übrigens auch die materielle Basis der US-„Ausverkäufe“-Demagogie im jetzigen amerikanischen Wahlkampf.

Die Umlenkung der Kapitalströme in Richtung USA kann auch im Hinblick auf den Umfang oder Bestand der Direktinvestitionen belegt werden. Zwischen 1983 und 1986 nahmen die ausländischen Direktinvestitionen der USA von 215,6 auf 260 Mrd. Dollar zu, während sich die ausländischen Direktinvestitionen in die USA mehr als verdreifachten: von 68,4 Mrd. Dollar auf 210 Mrd. Dollar.

Konjunkturrell betrachtet, übten die USA in den achtziger Jahren die „Lokomotivfunktion“ in der kapitalistischen Weltwirtschaft aus und ließen den Weltmarkt in Gang. Profitiert haben davon in erster Linie Japan und die BRD mit ihren mächtigen Handelsbilanzüberschüssen, japanische und westeuropäische Konzerne, die in den USA günstige Verwertungsbedingungen und den riesigen Binnenmarkt vorfinden, sowie einige internationale und südasiatische „Schwellenländer“. Die USA erwiesen sich insofern als das „Land der unbegrenzten Möglichkeiten“, was ihre Aufnahmefähigkeit von Waren, produktivem und Leihkapital anbelangte. Es ist nebenbei bemerkt, pure Heuchelei, wenn Bundesbankpräsident Pöhl oder Finanzminister Stolzberg den USA vorwerfen, „über ihre Verhältnisse zu leben“ oder „endlich ihre Hausaufgaben zu erledigen“, denn von der gigantischen Ressourcenumlenkung in die USA um jeden Preis der inneren und äußeren Verschuldung der USA hat u.a. die BRD als Weltexportnation Nummer 1 in erheblichem Maße profitiert.

Der Preis für diese Ressourcenumlenkung ist allerdings hoch. Zum einen müssen die USA ihre Fähigkeit erhalten, die Warenimporte mit Kapitalimporten zu finanzieren, was günstige monetäre Verwertungsbedingungen voraussetzt. Umgekehrt wird von den Warenexportländern auch ein entsprechender Kapitalexport gefordert, d.h. die Warenexporteure müssen durch die Bereitstellung von Krediten an die USA finanziert werden. Die internationale Umverteilung

Fortsetzung nächste Seite



Kapitalverkehrsbalanz der USA (in Mrd. Dollar)						
(Kapitalesport, --)	1981	1982	1983	1984	1985	1986
US-Anlagen im Ausland						
Direktinvestitionen	- 9,6	+ 2,4	- 0,4	- 3,9	- 18,8	- 31,9
Portfolioinvestitionen	5,8	- 8,1	- 7,0	- 5,1	- 8,4	- 4,8
Unternehmensforderungen	1,2	+ 6,6	6,5	+ 9,1	+ 9,7	+ 4,7
Bankkreditierungen	- 84,2	- 111,5	- 29,9	- 11,1	0,7	- 57,3
Regierungsforderungen	- 5,1	- 6,3	- 5,0	- 5,5	- 2,8	- 2,0
Insgesamt	- 105,9	- 116,3	- 48,8	- 20,5	- 28,6	- 100,1
Ausländische Anlagen in den USA						
Direktinvestitionen	+ 25,2	+ 13,8	+ 31,9	+ 25,4	+ 17,9	+ 25,6
Portfolioinvestitionen	+ 10,1	+ 13,4	+ 17,4	+ 35,8	+ 71,4	+ 80,0
Unternehmensverbindlichkeiten	+ 0,9	2,4	- 0,1	+ 4,7	- 1,2	- 3,1
Bankverbindlichkeiten	+ 42,1	+ 65,6	50,5	+ 1,8	40,4	77,4
Regierungsverbindlichkeiten	0,3	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,5	+ 1
Insgesamt	+ 78,6	+ 91,1	+ 100,3	+ 100,2	+ 126,9	+ 181,0
Saldo des Kapitalverkehrs						
Unkreditinvestitionen	+ 15,6	+ 16,2	+ 11,6	+ 21,5	- 0,9	- 6,1
Portfolioinvestitionen	+ 4,3	+ 5,3	+ 10,4	+ 30,7	+ 69,4	+ 75,2
Unternehmensschulden	- 0,3	+ 4,2	- 6,6	+ 9,8	+ 0,5	- 7,3
Banken	- 42,0	- 45,4	+ 20,4	+ 22,7	+ 39,7	+ 20,1
Geldmarkt Hand	- 5,4	- 5,5	4,3	- 5,1	- 2,5	- 0,9
Insgesamt	- 27,8	- 25,2	+ 31,4	+ 79,7	+ 100,3	+ 100,0

Die US-Staatsverschuldung					
Jahr	US-Bundeshaushalt Einnahmen Ausgaben in Mrd. Dollar	Anteil der Rückstellungen in %	Netto- Zinsaufwand	US-Bund- defizit	Entwer- schung am Ausland
1982	67,8 745,7	24,8	85,0	- 127,9	181,6
1983	68,6 808,7	26,0	89,8	- 202,8	160,1
1984	66,5 851,8	26,7	111,1	- 183,3	175,5
1985	734,1 946,3	26,7	129,4	- 212,3	198,8
1986	769,1 989,8	27,6	136,0	- 220,7	155,3
1987	842,4 1015,6	27,8	137,5	- 171,2	1,5

Handels- und Leistungsbilanz der USA (in Mrd. Dollar)				
Jahr	Ausfuhr	Einfuhr	Saldo	Saldo der Leistungsbilanz*
1981	237,1	265,1	- 28,0	+ 6,3
1982	211,2	247,6	- 36,4	- 9,1
1983	201,8	268,9	- 67,1	- 46,6
1984	219,9	332,4	- 112,5	- 106,5
1985	214,4	338,9	- 124,4	- 117,7
1986	221,8	369,5	- 147,7	- 140,6

* Saldo Handelsbilanz minus Saldo Dienstleistungen und Erwerbsleistungen

Netto-Vermögensposition der USA (in Mrd. Dollar)								
	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987
Auslandsvermögen der USA	607	720	825	874	998	949	1065	1100
Ausländisches Vermögen in den USA	301	579	889	786	894	1000	1331	1500
Netto-Position	306	141	- 64	88	104	- 51	- 266	- 400

Vermögensposition der USA aufgeschlüsselt (in Mrd. Dollar) 1986		
Auslandsvermögen	Ausländisches Vermögen in den USA	
Währungsreserven	49	240
Staatl. Vermögen	89	96
Privates Vermögen		
- Direktinvestitionen	260	210
- Festverzinsliche Wertpapiere	80	142
- Aktien	51	167
- Forderungen	32	27
- Bankkreditierungen	506	449
Zusammen	1068	1331

3.000 Milliarden Dollar für 200 private Firmen (Umsätze 1984)				
Land	Anzahl	%	Umsatz in Mrd. Dollar	%
USA	103	51,5	1.549,8	52,6
Japan	17	18,5	667,5	22,7
BRD	18	9,0	190,0	6,5
Großbritannien	11	5,5	150,2	5,1
NL/GB	7	1,0	105,7	3,6
Kanada	7	3,5	59,7	2,0
Israel	4	2,0	45,1	1,5
Rep. Korea	5	2,5	44,0	1,5
Südafrika	3	1,5	31,3	1,1
Niederlande	2	1,0	22,8	0,8
Italien	2	1,0	20,6	0,7
Schweiz	2	1,0	20,6	0,7
Schweden	1	0,5	10,5	0,4
Frankreich	1	0,5	10,4	0,3
Belgien	1	0,5	8,7	0,3
Brasilien	1	0,5	6,4	0,2
Insgesamt	200	100	2.946,2	100

Berechnet nach Angaben aus Forbes und Fortune

Fortsetzung von vorheriger Seite

von Waren und Kapital hat allerdings die Grenzen der amerikanischen Kapazitäten überschritten: das Ausmaß des „doppelten Defizits“ und deren Bewältigung ist zu einem internationalen Störfaktor der ökonomischen Beziehungen der imperialistischen Metropolen herangewachsen, wobei die USA versuchen, die Kosten der Überstrapazierung ihres Marktes wiederum *extern* zu lösen, d.h. den Konkurrenzern aufzubunden.

Zweitens tragen die imperialistischen Konkurrenz der USA einen Teil der Kosten zur Neugründung der US-Hegemonie, indem sie durch hohe Nettokapitalabflüsse der heimischen Wirtschaft finanzielle Ressourcen entziehen und damit ihre eigenen geld- und fiskalpolitischen Spielräume einengen. Die ökonomische Entwicklung in den Konkurrenzländern (Japan, EG) ist in hohem Maße abhängig von den finanz- und wirtschaftspolitischen Manövern der USA, vor allem der Zins- und Wechselkurse und auch potentiell bedroht von protektionistischen Maßnahmen der USA.

Den härtesten Preis jedoch haben dritten die Länder der „Dritten Welt“ zu zahlen. Nicht nur durch die Folgen der Hochzinspolitik, auf die bereits hingewiesen wurde, sondern generell durch das Kappen des Kreditflusses. Die Inanspruchnahme der internationalen Kredit- und Kapitalmärkte seitens der USA lassen keine Expansion der Kreditlinien für die

ner Spezialisierung und Diversifizierung ihrer Warenpaletten und zu einem Modernisierungswettlauf um die kostengünstigste Produktion. Hinsichtlich des Warenhandels dominieren drei Länder — die BRD, Japan und die USA — den Weltmarkt mit zusammen etwa 70%, wobei die BRD und Japan die USA überholt haben.

Zweitens schloß sich parallel zur Internationalisierung des Warenkapitals auch die Internationalisierung des produktiven Kapitals (Direktinvestitionen), wobei auch hier die imperialistischen Konkurrenz der USA mächtig aufgeholt haben und heute bereits rund 50% aller Investitionen tätigen. Rund 80% der in den USA getätigten Investitionen wurden von ausländischen Konzernen und Banken vorgenommen.

In diesem Zusammenhang spielt die enorme Ausdehnung der transnationalen Konzerne eine große Rolle. Sie kalkulieren nicht nur ihren Output im Weltmaßstab („economics of scale“), sondern haben in den letzten Jahren ihre Auslandstätigkeiten durch Firmenaufkäufe, ausländische Filialen, Aktienbeteiligungen und Investitionen usw. beträchtlich erweitert. Die ausländischen Konzerne dominieren in den imperialistischen Ländern einen erheblichen Teil der Industrieproduktion — in den Ländern der EG beträgt er bereits zwischen 20 und 30% der inländischen Produktion. Die wirtschaftlichen Existenzbedingungen dieser Konzerne sind nur noch zu einem Teil vom

Die jährlichen Zuwachsraten der „monetären“ Akkumulation von Kapital übersteigen die Zuwächse aus der Akkumulation von produktivem Kapital vor dem Hintergrund eines tendenziellen Rückgangs der Zuwachsraten für Investitionen und wirtschaftliches Wachstum.

In Bezug auf die Hegemonienrolle der USA kommt diesen sogenannten „Eurogeldmärkten“ oder „Keno-Märkten“ insofern eine hervorragende Bedeutung zu als beim „Recycling“ dieses anlageverzehrenden Leihkapitals die US-Banken, die über das weit größte Filialnetz verfügen, einen erheblichen Einfluß auf die Lenkung der Mittel und die Zinsen ausüben. Dazu gesellt sich die Weltgeldrolle des US-Dollar und die hohen US-Zinsen, die beide dafür sorgen, daß die finanziellen Transaktionen in Dollars abgewickelt werden. Die Eurobanken schreiben ihre Einlagen also auf Konten der US-Banken gut, um somit die Zinsgewinne einzuzureißen, andererseits versorgen sich so die US-Banken mit der nötigen Liquidität. Diese Einlagen reklamieren die USA seit Beginn der achtziger Jahre aufgrund ihres gewachsenen Kapitalimportbedarfs zur Finanzierung ihres „doppelten Defizits“ für sich und kappen die Kreditlinie gegenüber den Ländern der „Dritten Welt“.

Bezogen auf das Kräfteverhältnis zwischen den drei der Weltwirtschaft dominierenden imperialistischen Zentren heißt dies, daß die USA an internationaler Konkurrenzfähigkeit gegenüber Japan und der BRD verloren haben, insofern sich das produktive Kapital noch immer eine dominierende Stellung besitzet, aber sich der Aufholjagd Japans und der BRD (sowie weiterer EG-Länder) stellen müssen, die in diesem Bereich erheblichen Boden gutmachen konnten. Als entscheidende „Waffe“ im internationalen Konkurrenzkampf verbleibt den USA ihre „monetäre“ Stärke, ausgedrückt in der nach wie vor unangefasteten Rolle des Dollar als Weltgeld, den Zinsen und der Dominanz über die privaten Kapitalmärkte.

Die gegenseitige Verflechtung und Durchdringung des Weltmarktes, die sich im Kontext des internationalen Konkurrenzkampfes vollzieht, hat Konsequenzen für die jeweils nationalstaatlich verfaßten Ökonomien. Jede national betriebene kapitalistische Reproduktion und Wirtschaftspolitik inzwischen auch die der USA, steht sich mit den sogenannten „Sachzwängen des Weltmarktes“ konfrontiert, die sich im „Diktat der Leistungsbilanz“ manifestieren. Die nationale Autonomie — nicht Autarkie! — von Wirtschaftspolitik ist begrenzt und muß immer die Rückwirkungen einer solchen Politik auf die Weltmarktbeziehungen mit einkalkulieren.

Infolge der Tatsache, daß sich der kapitalistische Weltmarkt als der Summe nationalstaatlicher Märkte konstituiert und eine „Stalener“ (Marx hervorbringt), derzufolge die Nationen eine dominante Stellung einnehmen deren Produktivitäts- und Produktionsniveau am höchsten entwickelt sind, gelten diese Interdependenzen nicht für alle Länder in gleicher Weise. Für die Länder der „Dritten Welt“ besteht die Weltmarktabhängigkeit und Unterordnung handgreiflich — während die USA, Japan und die BRD selbst diese „Sachzwänge“ ausweichen, gleichfalls aber mit deren Rückwirkungen konfrontiert sind. Oder anders ausgedrückt: Die Spielräume für eine nationalstaatliche Wirtschaftspolitik und deren Autonomie unterliegen — je nach der Stellung in der internationalen Stufenleiter des Weltmarktes — möglichen Einschränkungen seitens der „internationalen Arbeitsteilung“.

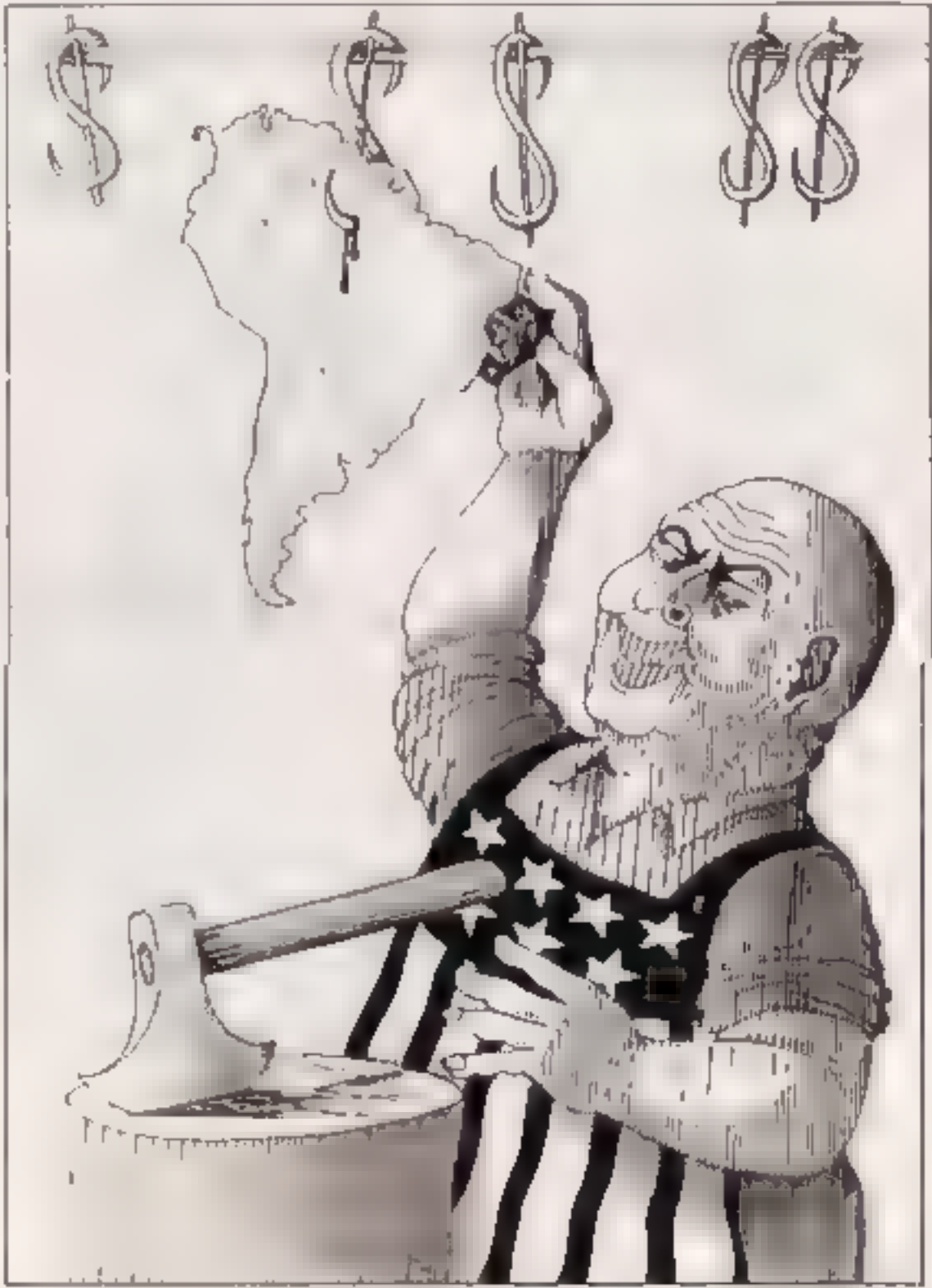
Vor diesem Hintergrund und der vorangeschrittenen Weltmarktintegration müssen die Weltherrschaftsansambitionen der USA unter den veränderten Bedingungen beleuchtet werden.

Die Diskussion in den USA

Die gewachsenen Interdependenzen sowie die Veränderung der innerimperialistischen Kräfteverhältnisse zuungunsten der USA (und zugunsten von Japan und der BRD) haben zu zwei unterschiedlichen Theorieschulen in den USA selbst geführt. Gemeinsamer Ausgangspunkt bildet die Einsicht, daß „die Zeit in der die Vereinigten Staaten noch die Ressourcen für einen Alleingang oder einen starken Hebel zur Durchsetzung ihres Willens gegenüber ihren Handelspartnern hatten, schon längst vorüber“ sei (Yochelson 1986, S. 460). Oder: „Die Vereinigten Staaten sind nicht stark genug, um in der Lage zu sein sich anzumaßen, daß andere Länder ihre unilaterale Versuche, die Welt zu reorganisieren, einfach hinzunehmen“ (Keohane/Nye 1985, S. 166).

In seinem Buch „After Hegemony“ stellt der US-Politologe Keohane treffend fest: „In diesem Jahrhundert ist es unwahrscheinlich, daß eine hegemoniale

Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von vorheriger Seite

Führung für die Vereinigten Staaten oder für ein anderes Land wiederbelebt werden kann. Hegemoniale Macht könnte sich historisch nur nach Weltkriegen durchsetzen, in Friedenszeiten haben schwächere Länder gegenüber dem Hegemon weit eher Vorteile erlangt als umgekehrt (Koch 1984 S. 9).

Der Hinweis auf die „Weltkriege“ ist bemerkenswert, denn er weist darauf hin, daß die Atommacht Sowjetunion einen wesentlichen Handlungsgrund für das offene Austragen der innerimperialistischen Widersprüche zur Wiederherstellung uneingeschränkter US-Hegemonie mittels eines weiteren „Weltkrieges“ darstellt.

Über die Konsequenzen des Bismarck-Vertrages der USA gehen die Meinungen in der USA auseinander. Die offizielle Politik der Reagan-Administration setzt auf die „Wiedergewinnung von Stärke“, wie sie u.a. von Reagan, Finanzminister Baker oder dem einflussreichen US-Ökonomen Kinkelberger vertreten werden. Politische und wirtschaftliche Stabilität stellen sich nur unter der eindeutigen Hegemonie der USA gewährleisten.

Auf der anderen Seite gibt es eine Denkrichtung, die den veränderten Kräfteverhältnissen durch mehr Kooperation, Kompromisse und Interessensausgleich Rechnung tragen will. Sie knüpft direkt an die Erfahrungen der „Trilateralen Kommission“ der siebziger Jahre an, wo schon einmal der Versuch unternommen wurde, der „Tripartit“, der Existenz dreier imperialistischer Machtzentren durch Kooperation Rechnung zu tragen.

In der wirtschaftspolitischen Praxis je doch liegt die US-Politik genau im Spannungsfeld zwischen Weltwirtschaftsambitionen und Hegemonie einerseits und dem Zwang zu Kooperation andererseits. Beide Varianten werden in den Bereichen der Ökonomie, der Militärpolitik und der politischen Beziehungen angewendet, wobei allerdings die Wahrung der amerikanischen Hegemonieinteressen eindeutig im Vordergrund stehen.

Das amerikanische Dilemma

Vor dem Hintergrund der großen Zahlungsbilanzungleichgewichte, den Weltbewerbsverlusten der US-Wirtschaft und dem „doppelten Defizit“ in der Lage für die weltwirtschaftlichen Instabilitäten auf dem Weltmarkt und die vorhan denen wie künftigen Konfliktpotential zwischen den drei imperialistischen Zentren ist zu konstatieren, daß die USA ihre Fähigkeiten, ihre wirtschaftspolitischen Handlungsoptionen rückzuführen zu nutzen und die Folgekosten ihrer Maßnahmen zu externalisieren. Die komfortable Position des US-Imperialismus zeigte sich bereits in der Vergangenheit darin, daß unter Inanspruchnahme externer Ressourcen ihren Konsum- und Yuppier boom zu finanzieren — übrigens auch unter Rückgriff auf Netto-Devisenzahlungen aus den verschiedenen Ländern der „dritten Welt“. Sie trichen die Zinsen und den Wechselkurs des Dollar nach oben, um sich mit Waren- und Kapitalimporten, um sich mit Waren- und Kapitalimporten aus der Konkurrenz abzuheben.

Allerdings ist die Grenze bereits überschritten, in der die USA dieses Spielchen einfach so weiterreiben konnten, denn ihr „Konsum auf Pump“ hat zu exorbitanten Defiziten geführt, die die USA nicht mehr ertragen könnten und die die Wirtschaft der USA selbst in Frage stellen (5).

Bereits 1985/86 unternahm die USA mittels einer koordinierten Abwertung des Dollar gegenüber Yen und D-Mark den Versuch, ihr Leistungsbilanzdefizit abzubauen („Plaza-Abkommen“). Aber selbst eine bis heute 50%ige Abwertung hat die Warenströme nicht umkehren können. Jeder mehrten sich die Summen in der USA, den Dollarkurs noch weiter zu senken, um die Warenimporte zu verteuern und die eigenen Exporte zu verbilligen. Das derzeitige „Konsum auf Pump“ ist bisher nur durch massive Dollarinjectionen seitens der japanischen und westeuropäischen Zentralbanken (1987 90 Mrd. Dollar) gehalten worden, denn die Exportindustrien dieser Länder haben kein Interesse an einer weiteren Abwertung. Die permanenten Wechselkurs-Inflation haben sind den Exportindustrien ohnehin ein Ärgernis, sofern sie Waren austauschen nicht jedoch, wenn es um Devisenspekulationsgeschäfte geht.

Die Politik der reinen Abwertung wird die negative Zahlungsbilanz der USA nicht entscheidend umdrehen können, denn eine erhebliche Steigerung der Warenexporte stößt an die (teilweise protektionistisch flankierten) Aufnahmekapazitäten der imperialistischen Konkurrenz, die verschuldeten Länder der „dritten Welt“ kommen ohnehin nicht in Betracht. Was den USA bleibt, ist die bittere Medizin, die ansonsten nur der IWF den Schuldnerländern zu verabreichen pflegt. Die USA müßten den „Gürtel enger schnallen“, ihren Konsum drastisch

einengen und damit die Importe drosseln, gegebenenfalls auch mit protektionistischen Maßnahmen, verbunden mit einer Restrukturierung ihrer nicht konkurrenzfähigen Industrien in der nächsten Rezession.

Aber auch hier wäre der Preis eine rezessive Entwicklung nicht nur in den USA, sondern bei den besonders von den US-Märkten abhängigen ausländischen Exporteuren: Japan und die lateinamerikanischen bzw. südostasiatischen „Schwellenländer“.

Bei einer weiteren Dollarabwertung plus niedrigeren Zinsen würde der Dollar noch weiter in den Keller fallen, das Vertrauen in das Weltgeld unterminieren und die Gefahr einer Kapitalflucht, dem kollektiven Ausstieg aus den US-Anlagen heraufbeschwören.

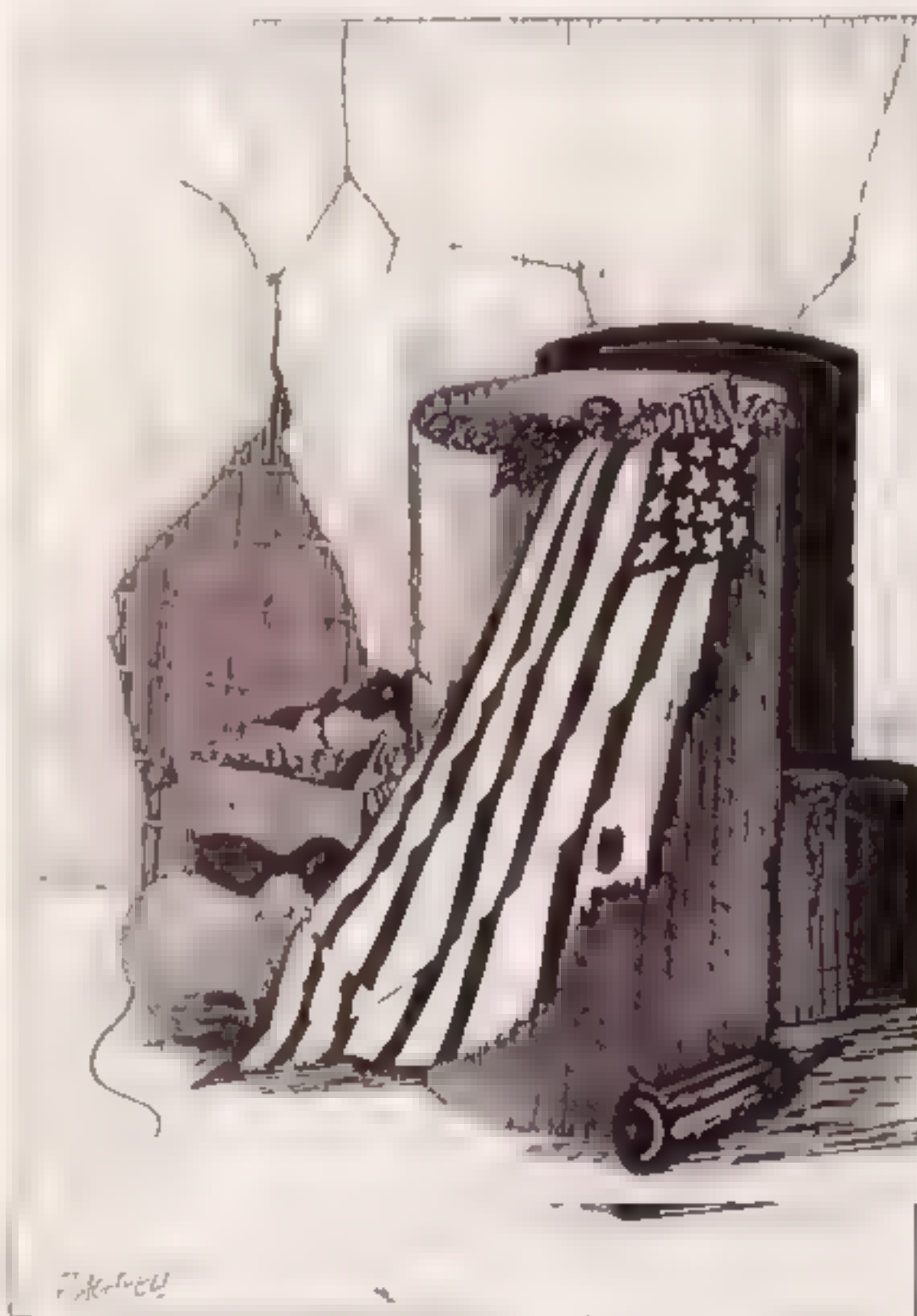
Bei Abwertung plus relativ hohen Zinsen wären zwar die Kapitalimporte gesichert, allerdings um den Preis einer Rezession, da die hohen Zinsen die Investitionen lähmen würden. Man kann es also drehen und wenden, wie man will. Die Manipulierbarkeit der USA zum Abbau ihres Leistungsbilanzdefizits hat sich reduziert, dies ist nur zum Preis einer rezessiven Entwicklung zu haben, deren Kosten in einem Extremfall die USA im anderen die übrigen kapitalistischen Länder zu zahlen hätten. Die derzeitigen Auseinandersetzungen

Opport der USA in einer Kapitalverwertung bzw. Vernichtung ihrer Schulden. Dazu gehört zum einen die Dollar-Abwertung. Allein durch die bisher erzielte 50%ige Abwertung gegenüber Yen und D-Mark erfolgte eine ebenso hohe Schuldenerleichterung. So mußten beispielsweise japanische Kapitalanleger die 1986 ca. 90 Mrd. Dollar in den USA angelegten einen Verlust von 45 Mrd. Dollar in Yen gerechnet — hinnehmen.

Kapitalverrichtungen sind schon erfolgt. Allein beim Borsencrash vom 19.10.1987 verloren die Anleger in aller Welt rund 1 Billion Dollar. Firmen- und Bankpleiten in den USA lassen die ausländischen Anleger leer ausgehen.

Eine weitere Möglichkeit wäre eine hausgemachte Inflationierung des Dollar, die die US-Schulden direkt und durch die Folge einer weiteren Kursabwertung indirekt entwertet.

Eine amerikanische Entschuldung bedeutet umgekehrt eine Entwertung japanischen und westeuropäischen Kapitals, was sich wiederum in einer Rezession niederschlagen würde. Und weder die EG-Staaten noch Japan besitzen die ökonomischen Kapazitäten, die Wachstums- und Lokomotivfunktionen der USA für das weltwirtschaftliche Getriebe zu übernehmen, um so die USA aus dem Sumpf zu ziehen.



Die weiteren Aussichten

Zweifellos ist das vom US-Imperialismus nach 1945 rekonstruierte und diktierte weltwirtschaftliche Nachkriegssystem im Zerfall und im Umbau begriffen, deren Knotenpunkte im Zusammenbruch des Weltwährungssystems von Bretton Woods (1971/73), in den Weltwirtschaftskrisen 1974/75 und 1980/82, in der internationalen Schuldenkrise seit 1982 und der enormen Ressourcenverwertung auf dem US-Binnenmarkt seit 1983 liegen. Dieser Zerfall der von den USA geprägten Nachkriegsordnung hängt unmittelbar mit dem relativen ökonomischen Niedergang der USA im produktiven Sektor zusammen und sorgt so in erheblichem Maße für Unsicherheiten und Instabilitäten des Weltmarktes.

Die USA fungieren nicht mehr uneingeschränkt als „Demurg“ des bürgerlich-kapitalistischen Ausbaus und Weltwirtschaftlichen Zusammenhalts (6). Wird diese Demurgrolle als eine Art Leitbahnfunktion im internationalen Konkurrenzkampf unterminiert, so eskalieren die innerimperialistischen Widersprüche im Kampf um Einflußsphären in der Welt. Im Falle der Ablösung des einstigen Demurgs Großbritanniens durch die beiden Weltkriege gegenwärtig ausgetragen in einem Modernisierungswettbewerb und im Kampf um eine neue Rangordnung zwischen den drei imperialistischen Zentren.

Dabei besitzen die USA nach wie vor eine unbestrittene politische und militärische Führungsrolle. Vor allem im militärischen Bereich agieren die USA zunehmend unilateralistisch und den eigenen Interessen in Bezug auf die Weltherrschaft unter Hinterrückstellung ihrer „Bündnisverpflichtungen“ im Rahmen der NATO folgend (7). Und die USA sind nach wie vor in der Lage, über den Dollar als Weltgeld und über die Dominanz der internationalen Kredit- und Kapitalmärkte ihre hegemonialen Funktionen wahrzunehmen.

Im Unterschied zu den fünfziger und sechziger Jahren, wo sich die ökonomischen Hegemonialinteressen der USA noch einmal in Übereinstimmung mit den Interessen der übrigen imperialistischen Länder befanden und an der „pax americana“ partizipierten, haben die politischen Konflikte im Zuge der Aufholjagd Japans und der BRD erheblich zugenommen. Aus der Veränderung der Kräfteverhältnisse und den gewachsenen ökonomischen Problemen (Schuldenkrise, anhaltende Investitions- und Wachstumschwäche) machen die USA aus ihrer Hegemonialrolle zunehmend rücksichtsloseren Gebrauch.

Dabei ist weder eine andere Macht (Japan oder die EG-Länder) in Sicht, in die neue Rolle des „Demurgs“ zu schlüpfen, noch bestehen die Chancen für eine kooperative, konsensuale Lösung der weltwirtschaftlichen Probleme, denn die USA werden historisch immer nur dann zu solchen Verhandlungen bereit, wenn sie deren Ergebnisse auch diktieren könnten. Angesichts dieser Widersprüchlichkeiten und Entwicklungen hinsichtlich einer „Neuordnung“ des Weltmarktes wahrscheinlich, die auf die Entstehung von regionalen Wirtschafts- und Währungsunionen hinauslaufen und „merkantilistisch“ voneinander abgeschottet sind. Solche abgesteckten Einflußsphären sind schon heute sichtbar, manche von ihnen nach wie vor hart umkämpft.

Die USA besitzen ihren traditionellen größten Einfluß in ihrem „Hinterhof“ Mittel- und Lateinamerika, darüber hinaus haben sie erst kürzlich ein hier weniger beachtetes Freihandelsabkommen mit Kanada abgeschlossen, um sich so dem gesamten nordamerikanischen Markt zu sichern. In Südostasien ringen sie mit Japan um die Aufteilung von Einflußsphären.

Japans Außenhandel ist zu 35% auf den US-Markt konzentriert, woraus sich eine größere Abhängigkeit des japanischen Imperialismus von den USA ergibt. Die potentiellen Einflußsphären Japans liegen in Südostasien und der VR China.

Die BRD dominiert schon heute den westeuropäischen Markt, spielt eine führende Rolle im Osthandel und sichert sich über die EG den afrikanischen Kontinent. Im „Europäischen Währungssystem“ (EWS) ist bereits die Keimform eines eigenen regionalen Währungssystems vorhanden und bezüglich der fortschreitenden „keinenfalls widerspruchsfrei“ vor zu finden. Realisierung des EG-Binnenmarktes, der im übrigen auch die anderen westeuropäischen Staaten mit in den Sog zieht, verfügt das BRD-Kapital über hervorragende Wachstums- und Expansionschancen (8).

D. Westberlin

D./Westberlin

Anmerkungen:

- 1) Gemessen als Anteil der Rüstungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt lagen die USA klar vor allen anderen imperialistischen Ländern. 1986 betrug der Anteil bei den USA 6,7%, Japan 1,0%, BRD 1,1%, Frankreich 0,4%, Großbritannien 0,2% (SIPRI-Jahrbuch 1988).
- 2) Hinsichtlich der entsprechenden Importquoten und ausgerechnet nach Industriebranchen ergibt sich ein noch eindrucksvolleres Bild über den Grad weltwirtschaftlicher Verflechtung. Im Schnitt liegen die Importquoten in den EG-Ländern zwischen 20 und 30%.
- 3) Dabei ist zu berücksichtigen, daß nach JUNCTAD-Schätzungen ca. 30% des Welt Handels bereits konzentriert abgewickelt werden. Die Exportquoten von BRD-Konzernen (Warenexporte plus Auslandsproduktion), gemessen an den Umsätzen, betragen bei Siemens 49,3% und bei Bayer sogar 79,5%.
- 4) Die Firma Siemens hält beispielsweise ca. 23 Mrd. DM an den Finanz- und Devisenmärkten im Umlauf.
- 5) Gemessen am Bruttoinlandsprodukt ist die US-Staatsverschuldung nicht höher als in anderen imperialistischen Ländern. Entscheidend ist jedoch, daß ihnen die geringe Sparquote in den USA, so daß sie nur sehr beschränkt auf die eigenen Ressourcen zurückgreifen können und die absolute Höhe dieser Verschuldung.
- 6) „Demurg“ heißt etwa Baumeister, Schöpfer (vgl. MEW 7 S. 400).
- 7) siehe AK 292 S. 24 „US-Strategie — Jenseits von Europa“.
- 8) Die vorgenommene Abdeckung von Einflußsphären der drei führenden imperialistischen Zentren erfolgte schematisch, denn infolge der hohen Weltmarktintegration besitzen alle drei Metropolen entsprechenden Einfluß und Marktanteile quer zu dieser „Arbeitsteilung“. Es soll nur veranschaulicht werden, welche imperialistische Macht über den jeweils dominierenden Einfluß in den jeweiligen Regionen verfügt.

Quellen:

- Frank André Gunder, „Der Weg in die Krise“ im „link“ Januar 1988.
- IWF-Berichte 1, 4, 5 und 6/1987.
- „Survey of Current Business“ und „Main Economic Indicators“ (Statistik).
- „Bilder des 20. Jh.“ Nr. 141 Mai 1987 S. 43 (zu den Müttern).
- „Foreign Policy“ Nr. 60/1985, S. 148f.
- „Europe-Archiv“ 18/1985, S. 480f.

Fortsetzung von Seite 16

Giftgas gegen Kurden

werden schon seit langem diesbezügliche Beschuldigungen gegen den irakischen Chemiekonzern Moniedison erhoben. Nach dem Bekanntwerden des Einsatzes von Chemiewaffen seitens des Irak vor etwa vier Jahren unterlagen die britische und amerikanische Regierung den Export von Laboranlagen und Chemikalien, die zur Produktion von Senfgas und Tabun dienen können („Frankfurter Allgemeine“, 29.3.88).

Es waren ebenfalls die USA, die die Bundesregierung davon in Kenntnis setzten, daß auch westdeutsche Firmen Anlagen und Chemikalien an den Irak geliefert haben sollten. Tatsächlich laufen Ermittlungen wegen Verstößen gegen das Außenwirtschaftsgesetz gegen mehrere Firmen. Nach einem Bericht des „stern“ spielt bei diesem Deal die in Hamburg ansässige „Water Engineering Trading“ (WET) eine zentrale Rolle, an der auch ein Iraker beteiligt ist. Die WET bot dem Irak zwei Chemie-Anlagen zur Pestizid-Produktion sowie die Chemikalien Phosphortrichlorid und Phosphorochlorid an. Ansprechpartner im Irak ist das „State Establishment for Pesticide Production“ (SEPP) der Abteilung des irakischen Industrieministeriums für die Giftgasproduktion. Die WET soll ihrerseits Verbindungen zum Bauunternehmer Heberger, zur Preussag und zur Firma Kolb und dessen Tochter „Pilot Plant“ unterhalten („stern“ Nr. 51 (12.12.1987)). Der Firma Kolb wird unter anderem vor geworfen, eine „Inhalationskammer“ eine Art Gaskammer für Tierversuche an den Irak geliefert zu haben. Die Problematik dabei, sowohl das Senfgas (ein Chloräthyl Sulfid) als auch Tabun (ein Phosphorsäure-Ester) sind mit leicht zugänglichen Chemikalien, die in der chemischen und pharmazeutischen Industrie für diverse zivile Zwecke verwendet werden können herstellbar. Bei Vorhandensein der entsprechenden Produktionsanlagen dürfte die Chemikalienbeschaffung auf dem Weltmarkt keine größeren Schwierigkeiten bereiten. Die Laboranlagen und Chemikalienexporte an den Irak können so ohne weiteres als Anlagen für die Pestizid-Produktion ausgewiesen werden.

Wo bleibt der Aufschrei?

Nach dem Giftgasematz gegen Halab verurteilt die USA, die EG, UN Generalsekretär Pöhl und das Internationale Komitee des Roten Kreuzes (IKRK) die Verwendung chemischer Waffen gegen die irakischen Kurden — nicht jedoch den grausamen und verbrecherischen Sinn und Zweck des Einsatzes dieser C-Waffen nämlich die „systematische Vergasung kurdischer und christlich-assyrischer Siedlungsgebiete“ (Erklärung des GfW, nach „Bonner Zeitung“, 24.3.1988), die derzeit wohl „etymologischen Kriegsverbrechen“, die der Irak an den Kurden verübt.

Die einseitige und einseitige Verurteilung des vom irakischen Regime begangenen Völkermordes erfolgt nicht nur deshalb nicht, weil dem handfeste wirtschaftliche Interessen seitens der Industriestaaten entgegenstehen. Rückversuche in den Irak) Ein weiterer Grund ist darin zu suchen, daß die Nato-Staaten an einem ungeführten militärischen Gleichgewicht der kriegsführenden Staaten Irak und Iran interessiert sind, weil ein militärischer Sieg des einen oder anderen Landes die politischen Kräfteverhältnisse im Nahen Osten „destabilisieren“ könnte. Eine internationale Verurteilung des Iraks wegen des Völkermordes gegen die Kurden, das Erwärmen von Sanktionen oder gar der Abbruch der diplomatischen Beziehungen gegen ein Land, das immanente chemische (und biologische) Waffen einsetzt, steht wegen der „übergeordneten“ Interessenlagen bezüglich des „großen“ Golfkrieges daher nicht zur Disposition.

Genau das aber wäre dringend geboten, um dem Völkermord an den Kurden im Schatten des Golfkrieges endlich einhalt zu gebieten. Der Schlüssel zur Beendigung des Völkermordes liegt bei den Nato-Staaten, die allein schon mit der Drohung der Einstellung von Rüstungsexporten und Chemikalienausfuhr Druck auf das Hussein-Regime ausüben könnten.

Eine politische Lösung erscheint zum möglich, wenn der Irak international wegen seiner an den Kurden begangenen Verbrechen verurteilt wird und eine Autonomie für die irakischen Kurden zustande kommt. Das schließt die Forderung mit ein, daß der Iran sich unverzüglich wieder aus dem Nordost-Irak zurückzieht und alle Kampfhandlungen an der „Nordfront“ zwischen dem Irak und dem Iran eingestellt werden. Dadurch wird dem Irak eine Begründung seiner militärischen Angriffe gegen die Kurden entzogen, die Kurden würden dem Iran überhaupt erst das Einfallstor in den Nordirak bieten.

„Die Völker Südafrikas wollen Frieden“

Jose Luis Cabazo, FRELIMO, auf dem Hearing „Apartheid tötet auch in Mosambik“

Die folgende Rede hielt Jose Luis Cabazo anlässlich des Hearings „Apartheid tötet auch in Mosambik“ der GRÜNEN im Bundestag Mitte März. Genosse Cabazo war der Delegationsleiter der FRELIMO und er gibt einen Überblick zur gegenwärtigen Lage in Mosambik. Der grausame Krieg gegen die Volksrepublik Mosambik wird von bewaffneten Banden getragen, die von der südafrikanischen Republik unterhalten werden.

Verehrte Parlamentsmitglieder
sehr geehrte Gäste
meine Damen und Herren

Ich möchte zunächst dieser Versammlung der Dank des Volkes von Mosambik der Grünen Partei der Volksversammlung und der Regierung meines Landes überbringen für die Interesse an der komplizierten Situation im südlichen Afrika und in Mosambik.

Die Untersuchung der Wahrheit über unsere Region bedeutet gleichzeitig einen Akt der Solidarität mit den Völkern des südlichen Afrika und eine Entmutigung für uns angesichts der Opfer, die wir zu erbringen haben.

Die Wurzeln für Instabilität und Krieg im südlichen Teil unseres Kontinents liegen in der Existenz des Apartheidsystems. In der internationalen Gemeinschaft wächst uns Verständnis dafür, daß Apartheid nicht nur eine Frage von Rassen ist, sondern ein Apartheid-System ist, dessen charakteristische Züge sind: eine Politik der Spaltung der südafrikanischen Nation nach Rasse und Sprache, was zu einer Konzentration der Macht und Gewalt in den Händen einer rassistischen Clique, Pressezensur, kolonialistische Beherrschung, Nahrungsmittelknappheit, Kriegsverbrechen, politische Destabilisierung und brutaler politischer Repression im Inneren.

Der Aggressionskrieg mit Hilfe bewaffneter Banden, den wir in Mosambik erleben, ist ein integraler Bestandteil des gleichen Programms und der gleichen Logik, die Grundlage für die Invasion und Besetzung Angolas, die Isolierung Namibias, die Benennung Bophuthatswanas und die Repression in Swasile sind.

Es gibt keinen Unterschied zwischen dem Kind, das in Crossroads von den Vandalen getötet wird, und dem Kind, das in der Lete Prison den als MNR bekannten bzw. jüngst als RENAMO wiedergeborenen Terroristenbanden zum Opfer fällt.

Der Konflikt im südlichen Afrika wurde von Südafrika einige Jahre lang unter dem Mantel des Disarmierungskrieges geführt. Die Zeit hat erwiesen, wie selbstgerecht und vorgeschoben dieses Argument war. Die neuen Länder der Region haben eine Antwort auf die 1980 von Südafrika geplante Staatenkonstellation gefunden. Sie schlossen sich eigenständig in der Southern African Development Coordination Conference (SADCC) zusammen zu einer Entwicklungsregion. Traditionelle Monarchien, Länder mit sozialistischer Orientierung, konservative Verfassungen, autoritäre Demokratien, die sich die Teilungsideologie zurück in die in der südafrikanischen Verfassung enthalten war, stießen sich schließlich auf ihre Einheit zu stärken für ein gemeinsames Ziel der Befreiung von der südafrikanischen Regionalhegemonie. Die in Wirklichkeit koloniale Beherrschung durch Südafrika beendet.

Als Gegensatz zu dieser strategischen Initiative der freien Länder der Region und den Erfolgen, die wir beim Aufbau von Gewerkschaften in Rassenharmonie, Wohlstand und Freiheit erzielt haben, entschied sich Pretoria, einen Schritt weiterzugehen und ihre Politik der regionalen Destabilisierung auszudehnen.

SADCC bedeutet ein enormes Wachstumspotential für die regionale Entwicklung, sie hat jedoch ihre Achillesferse den Zugang zur See. Sechs der neun Mitgliedsländer sind davon abgeschnitten.

Daher wurde die Volksrepublik Mosambik zu einem bevorzugten Ziel der südafrikanischen Aggression. Die Gründe dafür sind klar: Mosambiks Transportwege entlang der Nacal, Beira und Limpopo Korridore sind für die vom Meer abgeschnittenen Nachbarn von entscheidender Bedeutung. Überdies sieht das von Mosambik unter der Führung der Frelimo entwickelte soziale Modell in völligem Gegensatz zu den Graueln der Apartheid.

Als wir im Juni 1975 in Mosambik unsere Unabhängigkeit gewonnen hatten, war das erste Ziel unseres Freiheitskampfes erreicht. Diese Freiheit ermöglichte uns den Aufbau einer neuen Gesellschaft in Frieden, Gleichheit und Fortschritt — der Traum und die Hoffnung, von der unser Befreiungskampf gegen den portugiesischen Kolonialismus getragen war. Dank der Opfer und Mühen aller Mosambikaner, gleich welcher Klasse oder Rasse, konnten wir in den ersten fünf Jahren unserer Unabhängigkeit bedeutende wirtschaftliche Fortschritte erzielen. Die Entwicklung geht weiter, aber dies werden die südafrikanischen Propagandisten nie vergessen.

Unsere schweren wirtschaftlichen Probleme begannen Anfang der 80er Jahre. Ein Faktor war die Dürre, unter welcher Mosambik ebenso wie andere afrikanische Länder zu leiden hatte. Aber unter

wurden unter den illegalen mosambikanischen Immigranten durchgeführt, die illegal auf südafrikanischen Farmen in der Nähe der Grenze zu Mosambik arbeiteten.

Die Verwüstung, die durch Südafrikas Politik der Destabilisierung und ihr Banditentum begangen wird, ist maßlos. In Blick auf die Mitgliedsstaaten der SADCC zeigt, daß die ökonomischen Schäden über alle Jahre betrachtet nunmehr eine Gesamtsumme von 14 Mrd. US-Dollar erreicht haben. Wir schätzen heute die jährliche Rate dieser Schäden für alle SADCC Staaten auf 2 Mrd. US-Dollar. Mosambiks Teil an dieser regionalen Last wird auf insgesamt 5 Mrd. US-Dollar geschätzt, diese Summe entspricht dem Andenhaltischen der Außenverschuldung unseres Staates.

Wir haben jetzt den materiellen Schaden geschützt. Natürlich ist es unmöglich

den Bedrohung durch die bewaffneten Banditen befreit wurden. Diese Vertriebenen zahlen nun rund 18 Millionen. Sogar unter diesen Kriegsbedingungen arbeitet die Zivilbevölkerung hart an der Rückkehr zu einem normalen Leben. Ihr könnt euch vorstellen, daß dieser Teil unserer Bevölkerung wirklich sehr harten Bedingungen ausgesetzt ist. Sie haben kein Dach über dem Kopf, da ihre Häuser von den Banditen zerstört wurden. Sie haben keine Kleidung, da ihre Kleider von den Banditen gestohlen wurden. Sie haben nichts zu essen, da ihre Ernten und ihre Vorratslager von den Banditen angezündet wurden. Wir haben über 200.000 Kinder, die nicht wissen, wo ihre Eltern leben, oder ob diese überhaupt noch leben. Diese Kinder haben einen seelischen Schock erlitten, weil sie gesehen haben, wie ihre Mütter, Väter oder Verwandte grausam ermordet wurden.

Die Zusammenarbeit mit dem Westen erstreckt sich auch auf den militärischen Bereich, da wir den Kampf gegen die bewaffneten Banditen intensivieren. Wir haben Vereinbarungen für eine militärische Zusammenarbeit mit Großbritannien, Spanien und Portugal, und wir sind für ähnliche Vereinbarungen mit anderen Ländern in der Diskussion. Wir reorganisieren unsere bewaffneten Kräfte. Die Volksversammlung, unser Parlament, beschloß kürzlich eine Reduzierung der reinen Truppenstärke zugunsten einer besseren technischen Ausrüstung, um so eine straffere und zugreifendere Kampfkraft zu schaffen. Wir arbeiten zur Zeit an einem Programm für die Ausbildung zur Zivilverteidigung in den ländlichen Regionen.

Aber alle Maßnahmen, die wir in Mosambik einleiten, haben einen gemeinsamen roten Faden. Unsere Überzeugung ist eine Gesellschaft, die offen ist für jeden Bürger bei der Errichtung unserer Nation eine aktive Rolle zu spielen. Dies spiegelt sich in unserer Sozialpolitik wie der unserer Wirtschaftspolitik, unserem Vertrauen in die arbeitenden Menschen in Stadt und Land, unser Vertrauen in Gesundheit und Erziehung, unser Vertrauen in die Soldaten und Schüler.

Wir wollen aber ebenso diejenigen Mosambikaner wieder einbeziehen, die von den südafrikanischen Tricks und Lügen auf falsche Wege geführt wurden. Sogar die bewaffneten Banditen sollen wieder eingeeignet werden, sofern sie sich bereitwillig ergeben und sich für eine friedliche Rolle innerhalb der Familie Mosambiks entscheiden. Dies Jahr ist das Jahr der Amnestie. Gemäß der Frelimo-Tradition dem Feind zu vergeben sobald er seine Feindseligkeiten einstellt, hat unsere Volksversammlung erst kürzlich Gesetze erlassen, das Gesetz zur Amnestie und Mitleid, die Bankrott und Verbrechen gegen die Staatssicherheit. Diese Gesetze vergehen die sich von ihren Verurteilten lösen lassen. Das Angebot zur Amnestie wird von neuen Banditen angenommen.

In Mosambik antwortet das Volk auf die Möglichkeiten und Herausforderungen, auf die es trifft. Es macht uns froh zu sehen, wie von Jahr zu Jahr die internationale Gemeinschaft mehr und mehr unserer Situation gewahr wird und zunehmend auf unsere Not eingeht. Was wir noch erwarten ist, daß ihr herausfindet, was ihr tun könnt, um den nächsten Krieg gegen uns zu beenden — und auf welchen Mitteln ihr dazu kommen werdet. Wir wollen uns nicht in den Krieg gegen uns zu beenden, und auf welchen Mitteln ihr dazu beizutragen könnt, die Apartheid abzuschießen. Wir wollen eine freie und demokratische Gesellschaft in Südafrika errichtet sehen. Die nächste Frage ist, wie können wir helfen, daß sie errichtet wird. Anti-Apartheid Maßnahmen sind unverzichtbar. Sie können vom Land zu Land unterschiedlich sein, aber sie müssen alle auf die Vernichtung der Apartheid gerichtet sein.

Es gibt keinen unmittelbaren Weg dorthin. Wie wir gezeigt haben, versucht das Apartheidregime Mosambik kleinzuhalten, und damit die ganze Region zu destabilisieren. Ihr könnt uns helfen, die südafrikanische Sache voranzutreiben, indem Mosambik durch wirtschaftliche Zusammenarbeit unterstützt wird. Denn Mosambiks Erfolg wird ein Erfolg für das ganze Südafrika sein. In gleicher Weise muß die internationale Gemeinschaft die freien Völker der Region und die unterdrückten Völker von Südafrika und Namibia unterstützen. Diese Unterstützung für das südliche Afrika wird humanitär, politisch und wirtschaftlich sein. Sie schließt militärische Hilfe mit ein, um die Verteidigungsfähigkeit der freien Völker der Region zu erhöhen. Unsere größte Fähigkeit zur Selbstverteidigung wird eine Warnung und Entmutigung für die südafrikanische Kriegerstreife sein. Es ist nun an Euch in dieser Auseinandersetzung eure Rolle anzunehmen.

Die Völker der Region wollen nichts als Frieden für ihre Entwicklung und ihren Fortschritt. Ihr habt eine Verantwortung auf diesen Wunsch so effektiv zu antworten wie es euch möglich ist. Das südliche Afrika hat alles, was es braucht, um eine Region der Hoffnung und der wirtschaftlichen Blüte zu werden. Es ist die Pflicht eines jeden Landes, seinen Beitrag für eine demokratische Lösung in Südafrika einzusetzen, und der Apartheid ein Ende zu machen.

Wir hoffen auf euer Verständnis und eine entsprechende Antwort auf unsere Bedürfnisse. Heute wie auch in der Vergangenheit bemühen wir uns um eine Rückkehr zum Frieden, und deshalb lautet unsere Parole nach wie vor:

A luta continua!



Das Werk der Zerstörung durch Banditen — von Südafrika unterstützt und aufgebaut!

friedlichen Bedingungen und mit Hilfe der internationalen Solidarität, die wir immer erfahren haben, wir diese Krise bewältigen können. Ein weiterer Faktor in der Verschärfung unserer Konflikte und der Verschärfung unserer Lage war die Aggression von allen Seiten. Seit 1980 haben das Apartheidregime seine regionale Destabilisierungsstrategie mit aller Macht. Dieser erklärte Krieg seitens des rassistischen Regimes in Pretoria eskalierte in den folgenden Jahren kontinuierlich, ohne Unterbrechung. Erst im März 1984 wurde ein Nkomati-Abkommen unterbrochen, erst im März 1984 zur friedlichen Nachbarschaft geschlossen.

Kurz gesagt: Pretorias Destabilisierungsstrategie ist eine Sackgasse. Für die Rassistin ist jede Veränderung innerhalb der politischen Administration von untergeordneter Bedeutung. Ihr Ziel ist es, die gesamte Region unter Druck zu halten, um die unabhängigen Länder in der Lage von Abhängigen zu halten und ein Überleben der Apartheid-Ideologie zu gewährleisten. Sie würden das gleiche gegen jede andere Regierung in Mosambik treiben, wenn diese Regierung das bedroht, was das Minderheitsregime in Südafrika als seine nationalen Interessen behauptet. Sein nationales Interesse ist die Bewahrung der Herrschaft der weißen Minderheit.

Aber auch das Volk von Mosambik hat seine nationalen Interessen — vor allem das Interesse an Freiheit und Gerechtigkeit. In Mosambik verläuft der Konflikt zwischen nationalen und internationalen Interessen zwischen der repressiven Apartheidgesellschaft in Südafrika auf der einen Seite und der freien Gesellschaft in Mosambik auf der anderen Seite.

Das Apartheidregime hat eine besonders böswärtige Kriegsführung gewählt. Um das zu schaffen, was die Spezialisten Krieg auf niedriger Stufe nennen, hat die militärische Führung der südafrikanischen Streitkräfte die Kontrolle über die bewaffneten Banden übernommen, die ursprünglich von dem illegalen rhodesischen Regime gebildet worden waren. Dies geschah 1980 und die erste Kernmannschaft wurde durch entführte Bauern und gewaltsam Rekrutierte ausgebildet. Diese gewaltsamen Rekrutierungen

eine Mengengabe für das menschliche Leben und die sozialen Kosten zu geben. Wir wollen nur daran erinnern, daß mehr als eine halbe Million Menschen direkt oder indirekt in diesem Krieg gestorben sind. Wir können nur an die Tausende erinnern, die ihr Leben in den Massakern an der unbewaffneten Bevölkerung verloren haben. Millionen die ihr Zuhause verlassen mußten und ihr Land von dem vertrieben und das sie bebauten.

Aber wir müssen uns auch an die absehbare Konsequenz für das Leben unserer Kinder erinnern, die verstümmelten, die sie erlitten, die geistigen und körperlichen Narben, die sie tragen und die sie vielleicht für immer tragen werden. Sie werden die sie erlitten oder deren Zeugen sie waren. Wir empfinden es als besonders schrecklich, daß die Banditen — eben weil sie unfähig sind, erwachsene Menschen für sich zu gewinnen, sie brutalisieren und zum Morden und Plündern erziehen.

Das unabhängige Mosambik machte enorme Anstrengungen, um eine gerechte Gesellschaft zu schaffen. Frauen und Männer in Würde leben zu sehen, Schulen und Spielplätze zu bauen und auch im abgelegensten Dorf gesundheitliche Versorgung möglich zu machen. Die Antwort der reaktionären Clique in Pretoria war eine Politik des organisierten Völkermordes, der Hungerepidemien und Krankheiten, eines unbeschreiblichen Elends. Trotz der Verbrechen des Terror und der Aggression, die vom südafrikanischen Regime und seinen bewaffneten Banditen begangen werden, ist unser Volk fest entschlossen, seinen Kampf für Frieden, Gleichheit, Entwicklung und Fortschritt fortzusetzen. Unser Volk hat verstanden, daß ein andauernder Frieden nur dann erreicht werden kann, wenn der Krieg gegen die bewaffneten Banditen gewonnen ist. Aber dieser Krieg kann wiederum nur gewonnen werden, wenn das Apartheidregime gefällt wird, das die Quelle und der Ursprung des Banditentums in dieser Region ist.

In Mosambik wird die Zahl derjenigen immer größer, die von einer unmittelbaren

Diese Grausamkeiten konnten das Gefühl der Solidarität und gegenseitige Unterstützung in unserem Volk nicht zerstören. Frauen und Männer, gleich welchen Alters, vereinen ihre Kräfte und helfen ein neues Zuhause für die nunmehr Befreiten zu schaffen. Sie teilen sich in die Aufgabe verwandter oder vertriebener Kinder in familiäre Zusammenhänge einzubringen. Sie teilen sich die Aufgabe, neue Gesundheitszentren und Schulen zu bauen.

Ich stoche mich nun einem weiteren Aspekt zuwenden der Wirtschaft. Unser Land erfährt durch das „Wirtschaftliche Erholungsprogramm“ einen großen Wandel. Die Errichtung einer eigenen Produktion bei Dürre und Destabilisierung ließ unsere Außenschuld schnell anwachsen. Der 4. Parteikongress der Frelimo beschloß Richtlinien für die Dezentralisierung der wirtschaftlichen Führung, gab der Landwirtschaft den Vorrang, besonders auf familiärer Ebene, und stellte den wahren Wert der Löhne und Einkommen wieder her. Wir haben Gesetze erlassen, ausländische Kapitalanlagen und heimische Ersparnisse zu fördern, und erhöhten den Ansporn für Produzenten von Nahrungsmitteln und gewerblichen Gütern. Unsere Währung wurde auf den realen Austauschkurs abgewertet. Der Kurs des Metical war im Dezember 1986 bei 40 für einen US-Dollar, heute liegt dieser Kurs bei 440 für einen US-Dollar.

Diese Maßnahmen zur Stabilisierung der Versorgungslage hatten gute Auswirkungen. Innerhalb von einem halben Jahr gab es keinen Einbruch im Bruttoinlandsprodukt, sondern im Gegenteil eine Zunahme bei den Bestellungen um 6 Prozent. Auf den staatlichen Märkten können Nahrungsmittel gekauft werden, und wir haben den Eindruck, daß wir uns nach vorne bewegen. Die industrielle Produktion nimmt um 18 Prozent zu und die Vermarktung von privaten landwirtschaftlichen Gütern steigt sogar um 27 Prozent. Wir sind durch das Interesse von außen und durch Unterstützung aus dem Ausland ermutigt worden. Die westlichen Länder haben ihren Handel und die wirtschaftliche Zusammenarbeit erhöht und wir bauen mit einer gewissen Hoffnung auf weiteres Interesse.

Honduras:

Arias-Friedensplan, US-Manöver und Massenproteste

Nach jahrzehntelanger Abhängigkeit von US-Bananenmultis verwandelte die Reagan-Administration Honduras seit 1982 zum antikommunistischen Bollwerk in Mittelamerika. Honduras heute: Rückzugsgebiet der Contra, US-Kasernenhof und Manöverlande.

Auch nach Unterzeichnung des Arias-Friedensplans ist die Contra im Land, Manöver und Menschenrechtsverletzungen gehen weiter. Aber der Widerstand gegen den Ausverkauf der nationalen Souveränität, Hauptachse der Politik fortschrittlicher Organisationen, gewinnt an Dynamik.



Die Präsidenten Ortega, Duarte, Cerezo, Azcona, Arias

Die honduranische Regierung unter Präsident Azcona gilt neben dem christdemokratischen Regime Duarte in El Salvador als engster US-Verbündeter in Mittelamerika. Beide Regierungen sind auf Gedeih und Verderb von US-Wirtschafts- und Militärlieferungen abhängig.

1987 bewilligte der US-Kongress 720 Mio. Dollar Wirtschafts- und Militärhilfe für den Krieg gegen die revolutionäre Bewegung der Contras.

Honduras bekam 41 Mio. Dollar Wirtschaftshilfe und 888 Mio. Dollar Militärhilfe (1987). (1) Damit konnte die Regierung Azconas die Militarisierung des Landes weiter vorantreiben (Honduras hat bereits die weltweit stärkste Luftwaffe der Region) und die am Boden liegende Wirtschaft am Tropf halten (2).

Honduras wurde seit 1982 zum Hauptstützpunkt der US-Marines in Mittelamerika aufgebaut. Mittlerweile sind in ganzem Land neun Fluggesellschaften militärisch ausgerüstet (Freistofflager, Kommunikations- und Überwachungseinrichtungen unter direkter Beteiligung der US-Marines errichtet worden. In Palmarola, der militärischen Hauptbasis, sind ständig 1200 Marines stationiert. Diese Infrastruktur dient als Sprungbrett zur Kontrolle der Option C (Konfliktlösung durch militärische Intervention in Nicaragua). Außerdem werden von Palmarola aus die Contra und die salvadorianische Armee unterstützt (3).

Neben der regionalen Sprungbrettfunktion für die US-Armee dient Honduras seit 1980 als Hinterland für die nicaraguanische Contra. Ohne die zunächst verdeckte und schließlich offene Komplizenschaft der US-Armee, dient Honduras seit 1980 als Hinterland für die nicaraguanische Contra. Ohne die zunächst verdeckte und schließlich offene Komplizenschaft der US-Armee, dient Honduras seit 1980 als Hinterland für die nicaraguanische Contra.

Die Nicaraguaner zustimmen, den schwarzen Peter als „Friedenskraft“ in der Hand zu behalten.

Es kommt noch hinzu, daß im Vertrag von Esquipulas II wesentliche Inhalte des noch in Contadora-Friedensverhandlungen waren, den Honduras und El Salvador auf Geheiß der USA erfolgreich hinausgezogen und schließlich verweigert, nicht enthalten sind. Das sind vor allem die Punkte, die sich mit dem Verbot von Militärmärschen, Abzug aller Militärbewehrung, Abzug aller ausländischen Militärs, zentralisierten Sicherheitswesen, welche die regionale US-Konfliktstrategie bei entsprechender Durchführung, erheblich beeinträchtigen würden. Dies hatte besonders für Honduras und El Salvador weitreichende Konsequenzen gehabt.

Weshalb ist diese sicherheitspolitisch insofern unkonventionell, sind im Esquipulas II-Abkommen wesentliche Sicherheitsaspekte verdrängt als beim Contadora-Abkommen, auf die innenpolitische Entwicklung Nicaraguas Einfluß zu nehmen.

In der Berichterstattung der bürgerlichen Presse werden diese Fakten selektiv und zerpöckelt dargestellt. Die gemeinsamen Absichten der Menschenrechte im Falle des benachbarten Nicaragua, die BRD, Christ und Sozialdemokraten schweigen mit. So ist dann, wenn Personen aus ihrem Bundesumfeld in Honduras (Hilflos, Azcona, HNS) Abgeordneten für verurteilt werden.

In der Berichterstattung der bürgerlichen Presse werden diese Fakten selektiv und zerpöckelt dargestellt. Die gemeinsamen Absichten der Menschenrechte im Falle des benachbarten Nicaragua, die BRD, Christ und Sozialdemokraten schweigen mit. So ist dann, wenn Personen aus ihrem Bundesumfeld in Honduras (Hilflos, Azcona, HNS) Abgeordneten für verurteilt werden.

daten interessiert waren, daß er in Costa Rica verurteilt“ (8).

In der Berichterstattung der bürgerlichen Presse werden diese Fakten selektiv und zerpöckelt dargestellt. Die gemeinsamen Absichten der Menschenrechte im Falle des benachbarten Nicaragua, die BRD, Christ und Sozialdemokraten schweigen mit. So ist dann, wenn Personen aus ihrem Bundesumfeld in Honduras (Hilflos, Azcona, HNS) Abgeordneten für verurteilt werden.

Contra-Präsenz und Contra-Unterstützung in Honduras

In Honduras befinden sich in den vergangenen Jahren bis zu 12000 Contras in Ausbildungs-, Rückzugs- und Versorgungslagern. Sie kontrollieren ganze Landesteile in den Departamentos Olancha, Copán, Choluteca und Gracias a Dios und verwalten dort über 10000 honduranische Kleinbauern. Die honduranische Regierung hatte sich mit der Unterzeichnung von „Esquipulas II“ verpflichtet, „solche Gruppen, die in anderen Staaten der Region Unruhe stiften oder welche Regierung hatte sich mit der Unterzeichnung von „Esquipulas II“ verpflichtet, „solche Gruppen, die in anderen Staaten der Region Unruhe stiften oder versuchen, deren Regierungen zu stürzen, nicht im Lande zu dulden“, und ihnen keine militärische oder logistische Unterstützung zu gewährleisten.“ (9).

Um zu verhindern, daß die Verifizierungskommission eindeutige Verstöße gegen Esquipulas II findet, entschlossen sich US-Regierung und Azcona zu konstanten Korrekturen. Einige Contra-Stützpunkte im Süden von Honduras wurden aufgelöst, die dort befindliche Infrastruktur unbrauchbar gemacht. Gleichzeitig verpackte Azcona die vor der Karibik-Küste gelegenen Schwanen-Inseln (Islas del Cisne) an die USA. Dort sollen ein strategisch wichtiger Militärsitzpunkt und gleichzeitig neue Versorgungsbasis der Contra, zu dem die Verifizierungskommission keinen Zugang hatte,

aufgebaut werden. (10).

Die Azcona-Regierung verweigert der Kontrollkommission bis einen Tag vor deren Abflug den Zugang zum Grenzgebiet. Ein honduranischer Abgeordneter Manuel Zetany Rosales, wurde beim Versuch, in Begleitung von nationalen und internationalen Journalisten über den Verbleib der Lager nachzudenken, von honduranischen Militärs beschossen. (11).

Die Tatsache, daß die Contras teils in ihren Lagern blieben und teils lediglich in militärischen Lager wechselten, rief innerhalb Honduras heftige Kritik hervor. Bei fortschrittlichen Organisationen ist die Forderung seit Jahren eindeutig, Contra und Yankee, raus aus Honduras. Aber auch darüberhinaus werden die Stimmen gegen die US-törige Politik laut.

Die Christdemokratische Partei (PDC) Honduras hat die Verträge nicht erfüllt. Die Anwesenheit der nicaraguanischen Contra dauert an, ebenso die US-Präsenz. Die sozialdemokratische PUSC: „Honduras ist eine Plattform der Subversion gegen ein friedvolles Gewerbe.“ Die Direktoren der großen bürgerlichen Zeitungen und Radio: „Die Presse hatte in den Momenten der größten Spannung keinen Zugang zu den Grenzgebieten und zu den Contagarnern.“ Die Regierung Azcona und die Militärführung haben den moralischen Schaden konfiguriert. „Bruch“ der Verträge und weiterer Contra-Gelder zuzustimmen. Diese Briefe waren ebenfalls Ausgangspunkt heftiger Polemiken gegen die Regierung (12).

Präsident Azcona erregt nach wie vor die Contra überhaupt im Land. „Wir wollen Sie, daß wir die Auslieferung der Contra, d.h. den Völkern zum zulassen? Hier gibt es keine Contra-Basen. Das einzige was es in Honduras gibt sind einige verurteilte Contra.“ Die Contra-Führer selbst gehen offen zu was ohne alle Welt weiß und nur die honduranische Regierung wie in einer grotesken Farsen leugnet. „Der Contra-Führer Alfredo Cesar sagte: „Reparieren die Rebellen in Nicaragua mangelt es an Nahrung, weil seit Ende Februar keine Hilfe aus der USA mehr eingetrifft ist.“ Rund tausend Contras hätten sich deshalb in den vergangenen Wochen nach Honduras zurückgezogen. Derzeit hätten sich in diesem Land annähernd 4000 Rebellen auf.“ (13).

Nach einer Großoffensive im Norden Nicaraguas in der Region um San José Boy sich in diesem Land annähernd 4000 Rebellen auf.“ (13).

Nach einer Großoffensive im Norden Nicaraguas in der Region um San José Boy wurde das größte Contra-Lager auf nicaraguanischem Boden zerstört, die Contras flüchteten nach Honduras. Die San José-Benken sprechen von hohen Verlusten der Soldaten (Zahlen von mehreren Hundert bis über 1000 Tote und Verwundete wurden genannt). In dieser Situation trat Reagan auf den Plan, um die „Option C (Konfliktlösung durch militärische Intervention)“ nicht während abschreiben zu müssen.

US-Marines und ein „erfindener Krieg“

Am Abend des 17. März begann die Gegenoffensive der US-Regierung. Reagan verkündete der Weltöffentlichkeit eine „Invasion“ nicaraguanischer Truppen in Honduras, im guatemaltekischen Fernsehen wurde stundenlang nur über die Entsendung von US-Truppen nach Honduras und eine möglicherweise bevorstehende Invasion der US-Marines in Nicaragua berichtet. In der BRD war die nicaraguanische Invasion auf der ersten Seite aller großen Zeitungen. Interventionsstimmung.

Nur in Honduras wollte niemand etwas von der sandinistischen Gefahr wissen zu dem Zeitpunkt, als die 82. Luftlanddivision in Fort Bragg bereits die Transportflugzeuge bestiegen hatte, widersprach selbst die honduranische Regierung der US-Version und wollte nichts von einem Eindringen sandinistischer Truppen nach Honduras. Erst Stunden nach der Landung der Marines in Honduras sandte Azcona den erforderlichen „Hilferuf“ nach Washington.

Das Manöver war nicht neu. Bereits 1986 und 1987 hatte Reagan sandinistische „Invasionen“ in Honduras erfunden, (14) kurzfristig Truppen entsandt und damit sein eigentliches Ziel – das Durchboxen von Contra-Hilfsgeldern im US-Kongress – erreicht. Diesmal ging die Rechnung jedoch nicht ganz auf. Neben dem Protest der fortschrittlichen honduranischen Massenorganisationen gab es auch Kritik von Seiten der honduranischen oppositionellen Christdemokraten (15) der allermeisten lateinamerika-

Honduras und Esquipulas II

Honduras und Esquipulas II

Azcona hat den Friedensplan unterschrieben. Aber wird er auch umgesetzt? Die internationale Presse berichtet darüber nicht. Genauso wenig wie sie über die (Nicht)Erfüllung des Abkommens in El Salvador und Guatemala berichtet. Im folgenden konzentrieren wir uns auf die Unterzeichnung dreier, im Falle Honduras entscheidender Punkte des Abkommens: a) Einstellung der Hilfe an irreguläre Streitkräfte oder Aufstandsbewegungen (Contra-Unterstützung); b) Verbot, das nationale Territorium Organisationen und Gruppen zur Verfügung zu stellen, die andere Regierungen zu destabilisieren versuchen (Contra); c) Respektierung der Menschenrechte.

Weitere Einzelheiten des Artikels (3) „Demokratisierung“ des Abkommens werden hier nicht genauer beleuchtet, obwohl im Land Pluralismus, Demokratie, individuelle/ kollektive Freiheitsrechte von sozialen Rechten ganz zu schweigen nicht verwirklicht sind. Aber für den Nachweis, daß Honduras seine Verpflichtungen nicht einhält, genügen die erwähnten Punkte, die wichtigsten aus regionaler Sicht und vor allem im Hinblick auf die Diskussion um Nicaragua.

Zur Menschenrechtssituation: Die Morde gehen weiter

Der honduranische Präsident Azcona prahlte nach der Unterzeichnung von „Esquipulas II“, sein Land sei dasjenige, welches „die wenigsten Schwierigkeiten haben werde, den Friedensplan zu erfüllen.“ Sein Militärführer ergänzte: „Die honduranische Familie – lebt in Frieden.“ (5) Wie sieht dieser „Frieden“ aus?

Das unabhängige „Komitee zur Verteidigung der Menschenrechte“ (CODH) im Bericht an die Verifizierungskommission (CIVS): „In Honduras werden die Personen nicht juristisch sanktioniert. Es wird gemordet. 1987 gab es 267 Ermordete, 22 Verschwundene, die Todesschwadronen agieren täglich. Es werden Hausdurchsuchungen, Attentate, nicht rechtmäßige Festnahmen und Folter praktiziert.“ (6).

Ein Beispiel: Am 14. Januar, dem Tag, als Präsident José Azcona nach San José/Costa Rica zur Esquipulas II-Nach-

folgekonzferenz reiste, wurden um 18.30 Uhr in der zweitgrößten Stadt des Landes, San Pedro Sula, Moses Land, wurde Vorsitzender der nation. „Schwischen“ der Verurteilung. Miguel Pavón, CODEH-Vizepräsident und regionaler PINU-Abgeordneter (sozialdemokratisch orientiert) von „schwer bewaffneten Unbekannten in Zivil“ erschossen. Die Eltern beider waren seit Wochen überwacht worden. Miguel Ángel Pavón wurde am 1. Juli 1987 im ganzen Land verurteilt. „abgedankt“, „gemeinsam mit vier anderen Personen als Terrorist, schuldig. Delinquent“ in der der Subversion und „Kommunismus“ zum Abschluß freigegeben worden. Erst zwei Stunden nach der Tat kam die zweite Hocke entnommen, welche die friedliche Pavón an sich nahm. In der die Augenmer des Autos, das sie verfolgt hatte, notiert war. Die Geldbörse wurde der Familie später ohne die sie Notiz zurückgegeben.

Im Januar/Februar 1988 sind weitere acht Personen ermordet worden, drei verschwunden. (7) Noch wichtiger zu erwähnen: „Jose Luis Vitorio, ehemaliger Angehöriger des 1. Bataillons der Spezialstreitkräfte“ (Ebenfalls des las Fuerzas Especiales), tot auf. Beide sollten zwei Wochen später vor der internationalen Menschenrechtskommission in Costa Rica über die Praktiken der honduranischen Todesschwadronen aussagen. Einer der beiden war mit einer Fahne der MPL (Movimiento de Liberación Política-Militar) bedeckt, einer politisch-militärischen Organisation, welche die Regierung behauptete, die Cuernavaca sei für den Tod verantwortlich. CODEH hat den Fall „Am wahrscheinlichsten ist es, daß es die Militärs waren, die Vitorio ermordet haben, weil sie nicht



Fortsetzung von vorheriger Seite

nischen Regierungen und breit angelegte Privataktionen der US-amerikanischen Solidaritätsbewegung. Die noch im Februar abgelehnten Contra-Gelder wurden jedoch prompt genehmigt: 48 Mio Dollar „humanitäre Hilfe“. Das Ding mit der „humanitären Hilfe“ war ja auch schon einmal da (27 Mio Dollar im Jahre 1985).

Die Sandinisten brachen ihre erfolgreiche Offensive ab, die Contras war noch einmal davongekommen. Aber die internationale Kritik über dieses offenkundig inszenierte Theater war hart, besonders als sich Honduras weigerte, eine UN-Untersuchungskommission ins Land zu lassen, was die Sandinisten selbstverständlich akzeptierten. Eine mexikanische Zeitung sprach zusammenfassend von einem „erfolglosen Krieg“ der USA.

Der Vorfall macht aber deutlich, daß Honduras weiter als US-Sprungbrett gegen Nicaragua fungiert. Esquipulas II hin oder her.

Ein Verfassungsbruch und die Folgen, oder: Warum die US-Botschaft in Tegucigalpa brannte

Am Donnerstag, den 7. April 1988, kam es zu den bisher folgenschwersten Protesten gegen die honduranische Präsidentschaft in Tegucigalpa und San Pedro Sula, Verbot im Lande zu reisen, Verhaftungen mit möglicher Kontaktperson von mehr als 24 Stunden und Pressenzensur wurden verhängt. Alle privaten Radios wurden vorübergehend an den staatlichen Radiosender angeschlossen, gleichgeschaltet und durften nur noch Folklore und offizielle Kommunikation verbreiten. (10) Hunderte schwerbewaffneter Soldaten besetzten die großen Städte, Hubschrauber überflogen die Hauptstadt, die mit Trümmern eingestürzt war. Alle Demonstrationsansätze gegen den Ausnahmezustand wurden auseinandergepöbeln. Journalisten festgenommen, zwei Radioreporter wurden von „Unbekannten“ entführt.

In Tegucigalpa und San Pedro Sula attackierten Caracaras an Protesten und die Entführung der vier Studenten. Die Regierung behauptet, das Kind habe sich in einem der verbrannten Autos befunden und, zweite Version, sie sei von einem explodierenden Auto getötet worden. (15) Vier Stunden nach Demonstrationsbeginn lösten Sonder Einsatzkommandos der Polizei die erst nach zwei Stunden zum Ort des Geschehens kamen, die Demonstranten auf. Nach in derselben Nacht wurde ein Hochspannungsmast gesprengt, eine weitere Bombe explodierte in der Nähe des US-Konsulats. In der zweitgrößten Stadt San Pedro Sula wurde am selben Nachmittag ebenfalls das US-Konsulat von Demonstranten mit Molotow-Cocktails angegriffen.

Drogenconnection und Verfassungsbruch

Drogenconnection und Verfassungsbruch

Anlaß der Proteste war die geplante und erfolgte Auslieferung eines honduranischen Staatsbürgers, Juan Ramón Motta Ballesteros, an die Gerichte der USA, wo er des Drogenhandels beschuldigt wird. Die honduranische Verfassung verbietet die Auslieferung von Staatsbürgern ins Ausland. Ein Auslieferungsabkommen mit den USA gibt es nicht. Die Auslieferung Mottas war demnach, unabhängig davon, ob er nun Drogendealer ist oder nicht, ein flagranter Bruch der Verfassung auf Druck der USA.

Und dagegen protestierten die Studenten gegen den offenen, glasklaren Bruch der Verfassung auf Druck der US-Regierung. Und damit gegen ein weiteres Beispiel, wie die honduranische Souveränität von einer schematischen Regierung an die USA ausverkauft wird. Die Purzosen und Stellungnahmen aller Sektoren brachten diese Haltung eindeutig zum Ausdruck: „Alle Organisationen der Demokratisierenden haben erklärt, daß sie nicht Motta wegen seiner möglichen Taten in Honduras oder im Ausland verteidigen, sondern ihn als honduranischen Staatsbürger verteidigen, der nicht hätte an die USA ausgeliefert werden dürfen.“ (16)

Die wichtige honduranische Tageszeitung „El Tiempo“, Sprachrohr des Industriekapitals, schrieb unter der Überschrift: „Zwei nicht akzeptable Taten gegen die honduranische Souveränität“. „In weniger als einem Monat entrißte sich die honduranische Nation einheitlich aufgrund zweier unakzeptabler Tatsachen, welche das Wesen der Nation Honduras, ihre Würde, Integrität und Souveränität berühren. In beiden Fällen kamen die Verletzungen von staatlichen Autoritäten, um die Bedürfnisse eines ausländischen Staates zu befriedigen, was in letzter Konsequenz als Staatsterrorismus beurteilt werden muß. Wir beziehen uns auf die Invasion nordamerikanischer Luftlandstruppen, die unter dem

Wortwandel der nationalen Souveränität von Honduras zu verteidigen, um auf die Entführung und den Hinmord von Juan Ramón Motta Ballesteros aus dem Land. Im ersten Fall — bei der Invasion — regierte die Bevölkerung mit Ablehnung und Geringschätzung der Regierung. Im zweiten Fall mit Abscheu und Angst vor den juristischen und militärischen Autoritäten, welche die fundamentalen Prinzipien, die der honduranischen Nation und dem Staat zugrundeliegen, total respektlos behandeln.“ (17)

Den USA ist es sicher nicht um Drogenbekämpfung gegangen. Denn sowohl die CIA, die in Honduras mit Drogen, als auch die wichtigsten honduranischen Offiziere. Es gab keine Übereinkunft mit der CIA, die Contras mit Waffen und Munition zu versorgen und mit Kokain zu rückzuführen“, berichtete jüngst ein Contra-Versorgungsführer vor dem US-Kongress. (18) Die Zeitungen „El Tiempo“ und „Radio América“ haben eine ausführliche Liste aller hohen Militärs, die im Drogengeschäft sind, veröffentlicht. Die USA hatten die Auslieferung von Motta gefordert und im Gegenzug bei den übrigen Fällen Diskretion zugesichert. (19)

Ausnahmezustand ausgerufen

Nach den Unruhen wurde für zwei Wochen der Ausnahmezustand ausgerufen. Ausgangssperren, Versammlungs- und Demonstrationsverbot für die Städte Tegucigalpa und San Pedro Sula, Verbot im Lande zu reisen, Verhaftungen mit möglicher Kontaktperson von mehr als 24 Stunden und Pressenzensur wurden verhängt. Alle privaten Radios wurden vorübergehend an den staatlichen Radiosender angeschlossen, gleichgeschaltet und durften nur noch Folklore und offizielle Kommunikation verbreiten. (20) Hunderte schwerbewaffneter Soldaten besetzten die großen Städte, Hubschrauber überflogen die Hauptstadt, die mit Trümmern eingestürzt war. Alle Demonstrationsansätze gegen den Ausnahmezustand wurden auseinandergepöbeln. Journalisten festgenommen, zwei Radioreporter wurden von „Unbekannten“ entführt.

In Tegucigalpa und San Pedro Sula attackierten Caracaras an Protesten und die Entführung der vier Studenten. Die Regierung behauptet, das Kind habe sich in einem der verbrannten Autos befunden und, zweite Version, sie sei von einem explodierenden Auto getötet worden. (25) Vier Stunden nach Demonstrationsbeginn lösten Sonder Einsatzkommandos der Polizei die erst nach zwei Stunden zum Ort des Geschehens kamen, die Demonstranten auf. Nach in derselben Nacht wurde ein Hochspannungsmast gesprengt, eine weitere Bombe explodierte in der Nähe des US-Konsulats. In der zweitgrößten Stadt San Pedro Sula wurde am selben Nachmittag ebenfalls das US-Konsulat von Demonstranten mit Molotow-Cocktails angegriffen.

Al., KB-Nürnberg (April 1988). Vielen Dank für die Mitarbeit am Fg

Anmerkungen:

- 1) Zahlen nach INSEH (Instituto de Investigaciones Socioeconómicas de Honduras) Honduras. El primer año de gobierno de Arcezo Hoyos México D.F. 1987 S. 26/36.
- 2) Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage und zur Militarisierung des Landes siehe AK 208 Honduras. Von der Bananenrepublik zur US-Diktatur.
- 3) Zur US-Militärstrategie in Honduras siehe Gauger/Helwerth, Honduras. Diktatur und US-Intervention, in: Lateinamerika — Analyse und Berichte II, Hamburg 1985, S. 129/130. Siehe auch: Der DDP nicht gefährlich. CUDOH.
- 4) Zur US-Militärstrategie in Honduras siehe Gauger/Helwerth, Honduras. Diktatur und US-Intervention, in: Lateinamerika — Analyse und Berichte II, Hamburg 1985, S. 129/130. Siehe auch: Der DDP nicht gefährlich. CUDOH.
- 5) Corredos de Centroamérica, Zürich, Okt. 1987 S. 8. Corredos Postfach 1203 8030 Zürich. Ich übergebe die besten deutschsprachige Zeitschrift aus der Solidaritätsbewegung zu Lateinamerika.
- 6) INSEH-Informe No 31 México D.F. Jan. 1988 S. 2.
- 7) Zur detaillierten Darstellung des Falles Pavón/Landoverde siehe INSEH. Boletín Especial 1 México D.F. Januar 1988. Die Zahlen bis Februar nach INSEH-Informe No 32 Feb. 1988 S. 21.
- 8) Alle Angaben nach INSEH-Informe No 31 a.a.O. S. 7.
- 9) Friedensplan „Esquipulas II“ zit. nach El Gráfico, Guatemala 28. 1987.
- 10) Genauere Angaben über die Contra-Verlegungen in verschiedenen Nummern des Corredos und in INSEH-Informe No 31/32 a.a.O.
- 11) INSEH-Informe No 31 a.a.O. S. 3.
- 12) Alle Zitate nach INSEH-Informe No 32 a.a.O. S. 2.
- 13) Zitat von Arcezo nach El País 15. 4. 1988, S. 8. Zitat von Contras aus Süddeutsche Zeitung 25. 4. 1988, S. 8.
- 14) Damit soll nicht bestritten werden, daß sandinistische Truppen mehrmals bei der Vertreibung von Contras nach Honduras eingedrungen sind. Da aber bei diesen Aktionen nie honduranische Soldaten verletzt oder in Kämpfe verwickelt wurden, kann man davon ausgehen, daß die Sandinisten das honduranische Militär jeweils kurz vor derartigen Operationen unterrichten.
- 15) Alle Angaben nach Barricada/Managua vom 9. 4. 1988, S. 4. In dieser Nummer ist auf Basis von Agentenmeldungen eine sehr ausführliche und glaubwürdige Zusammenfassung der Ereignisse zu finden. Die Zusammenfassung stimmt mit den kürzeren Meldungen der konservativen Zeitungen El Gráfico (Guatemala), La Nación (Costa Rica) und Prensa Gráfica (El Salvador) überein.
- 16) El País, 10. 4. 1988.
- 17) El Tiempo, San Pedro Sula/Honduras, 7. 4. 1988.
- 18) Siehe El País, 9. 4. 1988, S. 2.
- 19) Dies wird in der Barricada, siehe Anm. 15) behauptet. Zur Drogenconnection der honduranischen Offiziere, siehe laufende Nummern des INSEH-Informe.
- 20) Siehe La Nación/Costa Rica vom 9. 4. 1988.

„Die Gefahr geht von der CIA aus“

Interview mit dem Ex-Contra-Führer Chamorro

Edgar Chamorro, Ex-Propagandachef der Contra, bereiste kürzlich die BRD sowie Westberlin und stellte sein Buch vor, das er als Mitglied des „International Center of Development Studies“ herausgibt und das jetzt in deutscher Sprache erschienen ist. Er verarbeitet in diesem Buch seine Erfahrungen mit den Methoden der CIA. Chamorro ist seit 1984 nach der Verminnung der nicaraguanischen Hafen durch die CIA aus der Contraführung ausgetreten. Er ist allerdings, das sei ausdrücklich betont, kein Sandinist geworden. Er möchte eines Tages nach Nicaragua zurückkehren, um mit von der CIA unabhängigen zivilen Oppositionsgruppen zu kooperieren. Am Rande einer Veranstaltung einiger westberliner Holzgruppen gab Edgar Chamorro dem AK ein Interview.

AK: Der US-amerikanische Kongress hat jüngst zweimal mit Mehrheit abgelehnt, die Contras weiter zu unterstützen. Nach meinen Informationen benutzt die US-Verwaltung aber nicht den Kongress, um Geld zu bekommen, da sie seit 1986 von der CIA angewiesen ist, eine Finanzierung unabhängig von der amerikanischen Regierung und dem Kongress sicher zu stellen. Stimmt das?

Chamorro: Seit dem Iran-Contra-Skandal wissen wir, daß private Geldgeber den Krieg in Nicaragua mitfinanzieren. Ich glaube aber, daß diese Privatisierung nicht allzu wichtig sind, da sie für eine Verlängerung des Krieges nicht genügend große Summen zur Verfügung stellen können. Die Gefahr geht von der CIA aus! Und hier steht die Kritik an, daß die CIA das „Ansehen“ der Vereinigten Staaten benutzt, um von Regierungen, die den USA freundlich gesonnen sind, Geld zu bekommen.

Können Sie Beispiele nennen?

Ja, die klassischen Beispiele sind Israel, Südafrika, Saudi Arabien, Staaten, die im Austausch Sachen bekommen, die sie offiziell von den Vereinigten Staaten nicht bekommen könnten. Solche Quellen sind sehr wichtig. Oder Südkorea oder Irland, wo die Diktaturen die USA als „Freunde“ betrachten. Die USA haben eine gegenseitige „Gefühlens- und Interessenbindung“ zwischen den Staaten. Das ist ein sehr wichtiger Punkt, z. B. Israel. Die USA haben Israel als „Freund“ betrachtet, um dessen „Hub

stellen“ angegangen werden können. Das können dann Ausbilder sein, z. B. israelische Ausbilder für die Contras, oder Luftabwehrwaffen, um sandinistische Hubschrauber zu zerstören. Israel bestreitet, Waffen an die Contras zu liefern. Aber durch die Kontakte zwischen dem israelischen Geheimdienst und der CIA ist das eben möglich.

Eine Frage zu Esquipulas II: dem Friedensabkommen von Guatemala Stadt. Die nicaraguanische Regierung nennt das Abkommen der fünf zentralamerikanischen Länder einen gewaltigen Fortschritt und spricht von einem Wunder. Ich meine, daß die Übereinkunft insofern auf schwachen Füßen steht, als die USA nach wie vor der entscheidende Faktor bleibt. Die USA waren an dem Abkommen nicht beteiligt, und sie versuchen jetzt, das Ab-

kommen als Waffe gegen Nicaragua zu wenden. Wie beurteilen Sie den Prozeß?

Ich glaube, daß es richtig ist, die Sache unter dem Aspekt zu betrachten, was das Hauptanliegen der USA ist. Die internen demokratischen Verhältnisse brachten sie erst in den letzten Jahren ins Spiel. 1982/83 war das zweitrangig. Da ging es um die angeblich bedrohte Sicherheit der USA. Also hatte die Contadora gesagt, da kümmern wir uns drum. Die Sandinisten sagten: Gut, wir sind bereit, darüber zu sprechen, und in dem Moment sagten die USA: Stopp! Die USA wollten den Krieg unbedingt fortsetzen, also entschieden sie sich von nun an mehr von der inneren Demokratie in Nicaragua zu reden. Nun kam Arias mit einem für alle Contras völlig unakzeptablen Plan. Aber dieser Plan hatte ebenso das grundlegende Problem, daß er ein passendes Instrument der Vereinigten Staaten ist. Die USA wollten im Grunde Nicaragua isolieren, indem sie behaupten, dort gäbe es keine Demokratie.

Der Arias Plan benutzt, wenn er von Demokratie spricht, dieselbe Rhetorik wie die USA und meint auch dieselbe Art von Demokratie mit freier Propaganda und all diesem Brimborium, pluralistische Parteien usw. Ich würde sagen, daß der Arias Plan für die USA sehr befriedigend war, auch wenn Arias herausgestrichen hat, daß man ihn nicht in Seiten setzen muß. Um Nicaragua zu isolieren waren wir mit dem Plan 1981 einiger Kritikpunkte sehr zufrieden. Denn von Ländern wie El Salvador oder Guatemala, dort wo die Demokratie das heißt vor allem die Menschenrechte, sehr gefährdet ist, spricht niemand. Ganz zu schweigen von der Tatsache, daß die Regierungen dieser Länder fest in der Hand der Militärs sind. Statt dessen redet die USA von dem „Militarismus“ in Nicaragua. Ich glaube, daß der Arias Plan diese Strategie umrahmt, daß den Vereinigten Staaten Vorwände für ihren Angriff auf Nicaragua geliefert werden. Ich selbst habe von CIA und auch von Contra Führern gehört, daß man vorhat, die Sandinisten mit Somoza zu vergleichen. Das ist eine sehr gefährliche Sache.

Die Sandinisten sind die einzigen in der ganzen Region, die das Abkommen erfüllen. Sie sind sogar noch darüber hinausgegangen, indem sie Gespräche mit den Contras aufgenommen haben, was nicht Teil des Abkommens war. Der Punkt ist, daß der nächste Schritt eigentlich von den Vereinigten Staaten erfolgen müßte. Aber je mehr Zugeständnisse, desto mehr Erwartungen werden gegenüber den Sandinisten gestellt. Stimmen Sie damit überein?

Ja, natürlich. Ich weiß, daß die Contras zufrieden werden gegenüber den Sandinisten gestellt. Stimmen Sie damit überein?

Ja, natürlich. Ich weiß, daß die Contras seit 1983 sagt, wir müssen kämpfen, da die Sandinisten unsere Angebote ablehnen. Die Contras wird von CIA angewiesen, mehr und mehr zu verlangen, unmögliche Bedingungen zu stellen, um sicher zu sein, daß die Sandinisten ablehnen. Der Zweck ist nicht, eine Lösung auf der Verhandlungsebene zu erreichen, sondern die andere Seite für das Andauern des Krieges verantwortlich zu machen. Und deshalb halte ich das Esquipulas-Abkommen für ein Instrument, um Nicaragua als Verantwortung hinzustellen, um es international zu isolieren.

Was sind die Gründe für Nicaragua, sich darauf einzulassen?

Seit 1985 sagen die Sandinisten, gut, wir reden mit ihnen, aber erst muß es einen Waffenstillstand geben. Sie wollen zeigen, daß die Contras gegen die Contadora sind, sie sagen, die Contras müssen aufhören. Aber die USA wollen das Opfer an den Schuldigen hängen, als Auslöser der Aggression. Die Vereinigten Staaten versuchen stets, ihre Politik als „defensiv“ hinzustellen. Die Sandinisten verstanden es, darauf einzusteigen und Überzeugungsarbeit zu leisten. Die Sandinisten verstanden, daß wenn sie den Arias-Plan ablehnen würden, die USA sie in genau der Ecke gefaßt hätten, wo die USA sie hinhaben wollten.

Es war eine ziemlich Überraschung für die Vereinigten Staaten, daß die Sandinisten unterzeichnet haben. In der Falle sitzen die Sandinisten trotzdem. Nur können sie es sich auf keinen Fall leisten, beschuldigt zu werden, die Türen geschlossen zu halten. Naturlich wissen die Sandinisten, daß sie so oder so den Schwarzen Peter spielen sollen. Aber sie haben sie gewisse Chancen, Reagan Buff aufzudecken. Und obwohl sie die Medien nicht kontrollieren, haben sich die Sandinisten bisher ausgezeichnet behauptet.

Nach meiner Information werden die Lebensbedingungen in Nicaragua schlechter und schlechter.

Ich persönlich glaube, daß die ökonomische Belastung des Landes die sandinistische Regierung nicht gefährden wird. Vielleicht werden viele Menschen der Mittelklassen das Land verlassen, um ihren Lebensstil beibehalten zu können. Aber ich glaube, und das ist eben der Irrtum der Vereinigten Staaten, daß sie damit die ökonomische Situation der Sandinisten nur noch stärker machen wird.

Die Verwicklung nimmt dramatische Ausmaße an.

Ja, aber es handelt sich hier um eine Substanzökonomie. Man kann Geld unterlegen, Ausgaben kürzen, das Militär abbauen. Der größte Fehler der USA ist es, die Sandinisten in die Ecke zu drängen, in der sie kaputt sind. Die Sandinisten wissen, wie man kaputt ist.

Ihrer Meinung nach gibt es also keine Chance für eine interne Front, die wie ich meine, eine Absicht des Esquipulas-Abkommens ist?

Eine „interne Front“ entwickelt sich gerade, zum Beispiel die konservativen Parteien, die Liberale Partei.

Und die Contras, die freigelassen werden

nein, zum Beispiel die konservative Parteien, die Liberale Partei.

Und die Contras, die freigelassen werden

Ja, auch die! Oder Contras, die sich noch im Exil befinden und nach Nicaragua zurückkehren möchten. Denn die Idee ist, eine interne Front zu entwickeln, die Streiks, Demonstrationen etc. organisiert.

Denken Sie, die Sache könnte eines Tages gefährlich werden für die Sandinisten?

Nein, denn Nicaragua ist nicht zu vergleichen mit Fülten wie z. B. die Philippinen oder damals Somoza. Die Vereinigten Staaten glauben, die sandinistische Regierung sei korrupt und geizig, so wie Marcos, Somoza, Duvalier, Leute die unter dieser Art von Druck leicht aufgeben. Das einzige, auf das die Sandinisten reagieren würden, wäre, wenn es ein wirkliches und breites Anliegen im Volk gäbe, daß die Sandinisten werden, daß die Leute sie unterstützen, obwohl sie unter Einbuhrungen leiden. Die Menschen ziehen die Volksregierung immer noch einer Rückkehr der Contras vor. Gefährlich könnte allerhöchstens eine Invasion werden.

Sie glauben an eine solche Intervention?

Nein, ich glaube nicht daran. Ich spreche mit vielen Leuten. Eine Invasion wäre sehr unpopulär. Die Vereinigten Staaten können Nicaragua zerstören, aber der Preis wäre sehr hoch. Die Sandinisten haben immer klar gemacht, daß sie bereit sind, ihr Leben zu verteidigen. Ich glaube, das hält die USA von einer Invasion ab. Es würde sie mindestens 10.000 Tote oder mehr kosten, und das ist schwerwiegend, auch für einen nordamerikanischen Präsidenten.

Vielen Dank für das Interview.

(Das Interview wurde geführt von E., Westberlin)



Tegucigalpa, Juli 87: Oppositionelle werden zu Freiwild erklärt. Pa-

von, rechts unten, wurde inzwischen ermordet

„Tour de Terror“

Veranstaltungsverbote in Bayern

„Tour de Terror — eine Veranstaltung des Anti-Atom-Plenums zu Versammlungsfreiheit und Widerstandsspektiven“, so etwas ist den bayerischen Behörden schon zuviel. Am 9. März sollte sie in München stattfinden, zwei Tage vorher wurde sie verboten und das Verbot mit Entschlossenheit durchgesetzt. Dieser vorläufige letzte Tiefschlag gegen linke Kommunikationsmöglichkeiten in Bayern ist besonders deshalb schwer zu verkraften, weil sich das Anti-Atom-Plenum mit seiner Veranstaltung zum Ziel gesetzt hatte, dem grassierenden Verbotswahn bayerischer Behörden Kontra zu bieten. Sie hatten deshalb Erich Fried, Rainer Trampert und die Frankfurter Lupus-Gruppe aufs Podium geladen. Die Ratlosigkeit, wie in Zukunft mit einer solchen Verbotstrategie umgegangen werden kann, ist nach dem 9. März erheblich gewachsen. Insbesondere als sich bereits ein Gewöhnungseffekt einzustellen beginnt, denn zum einen gibt es bereits eine lange Kette von Veranstaltungsverböten und Verbotversuchen, zum anderen reicht bisher die schlichte Anwendung des alten Versammlungsrechts, um die jeweiligen Veranstalter in die Defensive zu zwingen. Im folgenden ein (sicherlich unvollständiger) Überblick über die Veranstaltungsverbote in Bayern seit rund eineinhalb Jahren.

November '86: München

Am 4.11.86 kurrten mehrere Hundert schafften unter Leitung von BKA und LKA eine Veranstaltung mit dem Titel „Zur Lage der politischen Gefangenen in der BRD“. Der Veranstaltungsum wurde wenigstens abgelehnt, so daß wirklich keine Entkommen konnte. Als rund 120 VersammlungsteilnehmerInnen wurden eingekerkert, gefoltert und einzeln durchsucht. Insgesamt acht Festnahmen und ein Ermittlungsverfahren wg. §129a waren das Ergebnis.

Im Beschluß des Bundesgerichtshofs vom 1.11.86 (3.11.86) heißt es: „... die (im Auftruf der Veranstaltung vorkommende) Aufzählung der Krisen- und Kriegsprojekte, wie Gen- und Hochtechnologie, Zivile und militärische Atomprogramme, Württemberg und Asylrecht beinhalten, daß sich die Veranstalter mit der RAF identifizieren.“ (zitiert nach Kriminalisierungsgrundriss Nr. 3). Obwohl der BGH das Verbot schon einen Tag vorher ausspricht, wurde den Veranstaltern keine Möglichkeit gegeben, gegen das Verbot juristisch vorzugehen, sie erfuhren von der Entscheidung erst bei Auflösung der Versammlung.

November '86: Regensburg

Vom 28.10.86 verhängte die bayerische Staatsregierung faktisch ein Diskursverbot für die Anti-AKW Bewegung. Anlaß war die geplante Bundeskonferenz in Regensburg, mit der die Kämpfe gegen die WAA in den bundesweiten Zusammenhang gestellt werden sollten. Die Begründung der Stadt Regensburg für das Verbot lautete im Kern: „Die Stadt hält es durchaus für möglich, daß Äußerungen strafbaren Inhalts durch einzelne Versammlungsteilnehmer zu widersprechenden Erörterungen anderer Versammlungsteilnehmer führen würden. Dies genügt aber nicht. Vielmehr geht es darum, daß solche Äußerungen gar nicht erst abgegeben werden dürfen.“ Textzettel aus dem BuKi-Reuder waren der Anlaß, um die §111 (intentionale Aufforderung zu Straftaten, §90a (Verunglimpfung des Staates) und §129a (Verharmlichung) der Bundesverfassung) zu verurteilen. Die Bundeskonferenz verlor zur nächtlichen Jagd über Strafen und Brücken und bedeutete eine herbe Niederlage.

Januar '87: Nürnberg

Die durchgesetzte Bundeskonferenz in Nürnberg vom 16.11.87 war zwar eine erfolgreiche Reaktion auf die Regensburger Ereignisse. Sie konnte aber auch ungeheuren Einsatz wate in dieser Form nicht ständig zu wiederholen und hung im abigen auch am werden haben.

Mit dem breitestmöglichen Bündnis von autonomen Gruppen bis zu Gewerkschaften geriet die Konferenz zur Machtprobe mit der bayerischen Staatsregierung. Zwar versuchte das Innenministerium die BuKi ein zweites Mal zu verbieten, doch scheiterte sie diesmal sowohl juristisch als auch politisch. Allerdings mußten die Veranstalter weitgehende Auflagen hinnehmen.

Die Leiter der einzelnen Arbeitsgruppen müssen in Anwesenheit eines Rechtsanwalts über das Versammlungsrecht informiert und der Stadt Nürnberg bzw. der Polizei namentlich bekannt gemacht werden.

Die Veranstalter sind verpflichtet, alle Aufrufe zu Straftaten und gewalttätigem Widerstand zu unterbinden.

Die Veranstalter verpflichten sich, die BRD nicht zu beschuldigen die Ermordung Gefangener aus der RAF beschlossenen zu haben und Personen aus politischen Gründen gefangen zu haben. (Siehe dazu AK 279.)

Daß diese Auflagen nicht eingehalten

wurden, sollte nicht darüber hinwegtäuschen, daß allein ihre Existenz eine permanente Bedrohung bedeutete und ein Kommando unter dem freien Meinungsäußerung kaum möglich war.

Zwar wurde durch das breite Bündnis und die Aufmerksamkeit der demokratischen Öffentlichkeit ein Stück Versammlungsfreiheit zurückgeholt, doch als Modell eignet sich diese BuKi nur sehr eingeschränkt. Sie war wahlweise kein Spaziergang und erforderte einen Aufwand, der nicht für jede Versammlung beizubringen werden kann.

März '87: München

Am 13.3.87 war die nächste Veranstaltung dran: BGH- und SFK-Einheiten stürmten in München das Café „Normal“ und erklärten eine Informations- und Diskussionsveranstaltung zur Lage der palästinensischen Revolution für aufgelöst. Anlaß war ein vom Generalbundesanwalt eingeleitetes Ermittlungsverfahren wegen § 129a. Wie immer in solchen Fällen wurde Gefahr im Verzuge angeführt, um den Veranstaltern jegliche juristischen Mittel aus der Hand zu nehmen.

Oktobre '87: Oberpfalz

Während der „Herbstaktionen gegen die WAA“ (18.10.87) erreichten die Angehörigen auf das Versammlungsrecht den nächsten Höhepunkt. In sogenannten Aktionsplänen sollten die stattgefundenen Aktionen diskutiert, das weitere Vorgehen koordiniert und eine starke Zusammenarbeit zwischen „auswärtigen“ und „ortsfremden“ WAA-GegnerInnen ermöglicht werden.

Das erste der beiden Plena dauerte nur wenige Minuten. Dann versuchten starke

Polizeikräfte, das „Schwarz abdecken“ zu erzwingen. Die ca. 50 dort versammelten WAA-GegnerInnen konnten zwar fast alle entkommen, doch waren die Herbstaktionen damit eines wichtigen Diskussionsgremiums beraubt.

Zum zweiten Plenum am Tag darauf waren dann fast 250 AKW-GegnerInnen in die Gaststätte gekommen. Doch die Freude, sich nun endlich über die stattgefundenen Aktionen austauschen zu können, wurde durch die Polizei, die schon nach 30 Minuten wieder betreten, auf ein Minimum gesenkt. Die Teilnehmerinnen wurden in Gruppen getrennt und in separate Räume gebracht. Die Gaststätte wurde weitgehend übergeben. In der Nacht stürmten alle durch Fenster und Türen in die Gaststätte.

Die Teilnehmerinnen wurden in Gruppen getrennt und in separate Räume gebracht. Die Gaststätte wurde weitgehend übergeben. In der Nacht stürmten alle durch Fenster und Türen in die Gaststätte.

Die Teilnehmerinnen wurden in Gruppen getrennt und in separate Räume gebracht. Die Gaststätte wurde weitgehend übergeben. In der Nacht stürmten alle durch Fenster und Türen in die Gaststätte.

Nach kurzer Zeit erfuhren die Anwesenden per Megaphondurchsage: „Mögen des Verdachts, daß sich in dem Raum politische Gewalttäter aufhalten oder Straftaten besprochen werden, wurden die Teilnehmerinnen aufgefordert, einzeln den Saal zu verlassen. Ihre Personnahmen überprüfen zu lassen und sich einer Identitätskontrolle zu unterziehen.“ (Beide Zitate aus „Bayern im Herbst“ Dokumentation Herbstaktionen gegen die atomare WAA vom 18.10.87). Begleitet wurde dieser Vorfall von einem Polizeisprecher gegenüber der „Mittelbayerischen Zeitung“ („MZ“) am 19.11.87: „Man habe beobachtet, wie unterhalb kürzester Zeit Fahrzeuge aus dem gesamten Bundesgebiet vorgefahren werden. Eine Begründung für die praktische jedes bundesweite Treffen zur Räumung freigeht.“

Nach kurzer Zeit erfuhren die Anwesenden per Megaphondurchsage: „Mögen des Verdachts, daß sich in dem Raum politische Gewalttäter aufhalten oder Straftaten besprochen werden, wurden die Teilnehmerinnen aufgefordert, einzeln den Saal zu verlassen. Ihre Personnahmen überprüfen zu lassen und sich einer Identitätskontrolle zu unterziehen.“ (Beide Zitate aus „Bayern im Herbst“ Dokumentation Herbstaktionen gegen die atomare WAA vom 18.10.87). Begleitet wurde dieser Vorfall von einem Polizeisprecher gegenüber der „Mittelbayerischen Zeitung“ („MZ“) am 19.11.87: „Man habe beobachtet, wie unterhalb kürzester Zeit Fahrzeuge aus dem gesamten Bundesgebiet vorgefahren werden. Eine Begründung für die praktische jedes bundesweite Treffen zur Räumung freigeht.“

November '87: Nürnberg

Am 25.11.87 war wieder einmal Nürnberg dran: Eine Diskussionsveranstaltung von KB, taz und einigen Autonomen konnte im „KOMM“ nur unter Schwerekeiten durchgeführt werden. Pöbelnaden waren dabei zum Werk (O) der Polizei und Vertreter der Frankfurter „opus Gruppe“.

Weder Tadel (10 Jahre Deutscher Herbst) noch Flugblatt lieferten offenbar die verheerende Grundlage für ein Verbot. Also versuchten es die Herren von der Polizei auf andere Weise. Am Tag der Veranstaltung wurden die Teilnehmerinnen in Gruppen getrennt und in separate Räume gebracht. Die Gaststätte wurde weitgehend übergeben. In der Nacht stürmten alle durch Fenster und Türen in die Gaststätte.

Die Teilnehmerinnen wurden in Gruppen getrennt und in separate Räume gebracht. Die Gaststätte wurde weitgehend übergeben. In der Nacht stürmten alle durch Fenster und Türen in die Gaststätte.

Die Teilnehmerinnen wurden in Gruppen getrennt und in separate Räume gebracht. Die Gaststätte wurde weitgehend übergeben. In der Nacht stürmten alle durch Fenster und Türen in die Gaststätte.

Die Teilnehmerinnen wurden in Gruppen getrennt und in separate Räume gebracht. Die Gaststätte wurde weitgehend übergeben. In der Nacht stürmten alle durch Fenster und Türen in die Gaststätte.

Die Teilnehmerinnen wurden in Gruppen getrennt und in separate Räume gebracht. Die Gaststätte wurde weitgehend übergeben. In der Nacht stürmten alle durch Fenster und Türen in die Gaststätte.

Die Teilnehmerinnen wurden in Gruppen getrennt und in separate Räume gebracht. Die Gaststätte wurde weitgehend übergeben. In der Nacht stürmten alle durch Fenster und Türen in die Gaststätte.

Die Teilnehmerinnen wurden in Gruppen getrennt und in separate Räume gebracht. Die Gaststätte wurde weitgehend übergeben. In der Nacht stürmten alle durch Fenster und Türen in die Gaststätte.

Die Teilnehmerinnen wurden in Gruppen getrennt und in separate Räume gebracht. Die Gaststätte wurde weitgehend übergeben. In der Nacht stürmten alle durch Fenster und Türen in die Gaststätte.

Der Erkennerrbrief

Hallo Arne,

Nachrichten aus der Liberalia Bavariae.

S. hat mir Deinen Brief gezeigt, und ich hab spontan, was bei mir auch nicht so oft vorkommt, gesagt: laß mich ihm mal antworten.

Ich nutze also die Chance, Dir zu schreiben, weil ich es genieße, mal mit jemandem einer Meinung zu sein. Deine Verblüffung über das, was Du hier erlebt hast, gibt mir einen Grund, den angestauten Groll von der Seele zu schreiben. Vielleicht kann ich Deine Eindrücke auch vertiefen und so erreichen, daß Du Dein erprobtes und hochbewährtes Widerstandspotential ein wenig auch auf diese Region konzentrierst.

Ich sag Dir, der Biergarten ist eine gute Erfindung. Und München liegt 800 km näher an Italien als Hamburg. Also ist das Wetter besser. Damit ist die Aufzählung der Vorteile Münchens beendet.

Ansonsten ist diese Stadt ein aufgeplustertes Provinznest. Die regierende SPD bildet den Südkrallall der Partei. Wenn Du auf ein Rock-Konzert gehst, wählst Du Dich auf einer Vorfahrtssammlung der Schüler-Union. Das Schlimmste für die Jugend dieser Stadt wäre, wenn der Vorrat an goldenen Halsketten ausginge und die Firma Bannetton pleite machte. Selbst die Münchener „Punks“ sind nichts anderes als hochgestylte Schrottfiguren. Kunstvoll zerrissene Kiemotten aus Edelboutiquen, der Haarschnitt kostet mindestens 140 DM, und ein Gürtel unter 750 DM gilt als unstattdesgemäß.

Die Grünen sitzen im Stadtrat, wo sie mit der CSU koalieren, wodurch (so erklärt sich ihr relativ hoher Stimmenanteil) vorwiegend alternativ bewohnte Stadtteile, geschweige denn „befreite Gebiete“, wie beispielsweise HH-Paulsenplatz o.ä., findet Du hier nicht. Es gibt ja auch keine Kneipen, geschweige denn eine Kneipenkultur. Um 9 Uhr 30 werden die Stühle auf die Tische gestellt und es wird unheimlich abkassiert. Eine „linke Szene“ ist nicht vorhanden, schon gar nicht miteinander streiten. Die verschiedenen linken Gruppierungen. Das einzige, was mir über den Weg gelaufen ist in den letzten 3 Jahren ist die „Marxistische Gruppe“, ich glaube, die halten sich für Trotzkisten, und die produzieren hin und wieder auch mal ein Flugblatt.

Die Uni ist eine Kaderschmiede zur Aufzucht von kleinen Stoßern. Die „Schwabinger Krawalle“ existieren nur noch als romantische Erinnerung zwischen den Ikea-Regalen resignanter Grauköpfe.

Dieses München, lieber Arne, ist politisch ein Friedhof. So, und da kommt nun Du her. Kommst in ein Dorf, in dem nicht Geuweiler, nein, die SPD-Regierung jederzeit wesentlich mehr Prügelknaben auf die Straße schicken kann als Deine Freunde Köpfe zählen.

Und ich bin auch da. Stehe vorm Schwabinger Bräu, wollte Trampert und Fried einen schönen Abend wünschen und mal wieder ein bißchen Mut und Kraft unter unersäglichem Schöpfen.

Hör, sehe, erlebe die unsäglich Dialoge mit der Staatsmacht. Denke, wie so oft: Der Pazifismus kann den Militärismus eben nur mit Gewalt ausrotten. Und schleich mich dann nach Hause.

Tja, und nun Du mit Deinen Fragen und Deiner Ratlosigkeit.

Warum Protest und Widerstand hier so schwach entwickelt sind, darüber kann man nur Mutmaßungen anstellen.

Nach unseren Erfahrungen — Umschulung unserer 11-jährigen Tochter — ist das Schulsystem gnadenlos wilhelminisch. Die Region ist außerordentlich reich. Die Industrie ist vorwiegend high-tech-orientiert. Profiteure

in der HH oder Ruhrgebiet gibts nicht. Der christsoziale Filz sorgt dafür, daß alles funktioniert. Vielleicht über der meiste weiß-blaue Bayernhimmel auch eine hypnotische Wirkung aus. Der Bierpreis ist das Wichtigste im Leben, und gleich danach kommen Sicherheit und Ordnung.

Also, politisch betrachtet könnte sich München, selbst wenn es sich einen ganz energischen Ruck gäbe, zur Zeit nichtmal auf die Höhe von Neumünster hochschwingen.

Die AKWs ringsum nehmen die Menschen hier kaum zur Kenntnis. Widerstand gegen Wackersdorf wird überall, nur nicht in München getragen. Arbeitslose interessieren hier kaum. Nukern, Altkern? Da sind die Münchner ganz andere Durchstecherinnen gewöhnt. Und sie respektieren sowas, solange kräftig abgeseht wird. „Dös is scho a Hund“ lautet die anerkennende Redensart.

Die Menschen, die von all diesem angewidert sind und eigentlich prädestiniert, sich dagegen zu wehren, flüchten vorzugsweise in die Esoterik und andere inneren. Nirgends trifft Du so viele Leute wie hier, die die Verhältnisse durch eine neue Atemtechnik verändern wollen. Und die füllen dann eben auch die Volkszählungsbogen aus.

Wenn mich nicht alles täuscht, hast Du vor dem Schwabinger Bräu die gesamte Münchner „Linke“ gesehen. Du meinst, es waren etwa 1000 Leute. Ich denke, da täuschtest Dich das lebende Auge des Revolutionärs. Unserer Schätzung nach waren es nichtmal halb so viele. Egal: Beschämend für München ist es allemal.

Und da sind wir beim Punkt.

Mir scheint, hier gibt es keine erfahrenen Gruppen oder Organisationen, die so eine Veranstaltung professionell durchziehen können. Da kommt Sehnsucht auf nach dem guten alten Hamburger KB, aber selbst den gibt es hier nicht! Wo Erfahrung fehlt, gibts keine Durchsetzungskraft. Und der gute Wille allein produziert lediglich Dilettantismus.

Nach meinen Informationen wurden die Verhandlungen mit der Genehmigungsbehörde äußerst dilettantisch geführt. Und das Prakat war auch dilettantisch. Hier in München eine Veranstaltung unter dem Titel „Tour de Terror“ anzukündigen — das ist der Gipfel des Dilettantismus.

Dieser Veranstalter muß sich eigentlich fühlen wie ein Dilettant.

Und wenn eine solche Veranstaltung verboten wird, kann man die Menschen auch nicht so im Niesewetter stehenlassen, angewiesen auf Durchsagen der Polizei. Da muß einem etwas entfallen. „Dilettantisch“ ist eigentlich ein viel zu nettes Wort. „Blöde“ muß es heißen. Diese Münchener Organisatoren waren offenbar zu blöde, um auch nur aus den Nürnberger Komm-Ereignissen zu lernen.

Dort wurde das ja erlunden mit dem Verbot einer Veranstaltung, bei der nicht auszuschließen sei, daß Aufrufe zu Straftaten zu hören seien. Das ist auch Bayern, und trotzdem hat man die Veranstaltung gerichtlich durchgesetzt. Man muß es nur rechtzeitig angehen, und mit Power, und man muß in der Lage sein, mit einer Demonstration zu drohen. Also, wenn Du Kontakt hast mit den Veranstaltern, sag ihnen, sie sollen erstmal in Hamburg oder Frankfurt oder Lüchow-Dannenberg einen Kurs belegen. Oder gib ihnen selbst ein paar Tips. Du kannst es ja auch. Aber ich kenn mir schon denken, was sie Dir antworten. Hier ist es so schwierig, weil

Wir jedenfalls sitzen hier mit dem nackten Arsch im Ameisenhaufen, und es passiert gar nichts. Der Schmierfilm ist fast unangreifbar.

Einer, der es wissen muß.



Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

herhalten, der über die Veranstaltungsinhalte berichtete. „Schubert wird auf die konkrete Hufsituation von politischen Ge-
lungenen eingehen und darüberhinaus auf eigene Versuche, welche Rolle die Is-
tatsituation im Rahmen der Aufstände bekämpft einnimmt.“ Durch diese Aus-
führungen, so die Verfügung, werde deut-
lich, „daß der Veranstalter und sein An-
hang bei Störungen der Versammlung An-
sichten vertreten oder Äußerungen äußern
werden, die den Fortbestand des GAN
erfüllen.“ Dabei kann offen bleiben
ob sich der Veranstalter die Zitate aus den
Ankündigung in der „nagel“ vor-
 allem beachtet — deren Echtheit nicht
überprüft werden konnte —, zu eigen-
mächtig aus der Verbotsbegründung der
Stadt (Hamburg) Mit einer solchen Be-
gründung konnte im Prinzip jede linke
Versammlung verboten werden.



Februar 88 München

In München fand das nächste Versam-
mungsrecht. Betroffen war dies nur eine
Veranstaltung mit dem Titel „Die Verfol-
gung der Juden in der BRD ist ein Akt
auf den revolutionären Befreiungs-
kampf in Kurdistan.“ Veranstalter waren
Günther PKK (Hamburg) und die
sehr Gruppen (Hamburg) und die
Antifaschistische Aktion (Hamburg).
Für die BRD Grund genug
Tatsachen und Marsch der
Antifaschistischen Studenten (Hamburg) zu
verweigern und die
Antifaschistischen Studenten (Hamburg) zu
verweigern. Es gab sich für die Stadt Mün-
chen, was sich der Veranstalter oder sein
Anhang in der geplanten Veranstaltung
nicht mehr zu tun. Aber die
Antifaschistische Aktion (Hamburg) wurde

März '88 München

Das Verbot von „Tour de Terror“ stellt
den höchsten Punkt in der Kette
der Versammlungsrechte dar. Entstan-
den ist die Idee für diese Veranstaltung
aus den Erfahrungen mit den „Jünger-
ten“ Plena (s.o.) während der Herbstak-
tionen in Wackersdorf. Das An-
ti-Atom-Plenum analysierte, daß den
ständigen Verboten und Räumungen ent-
schlossen Einhalt geboten werden müsse.
Was hat sich da mehr an, als an der Höhe
des Löwen der CSU-Regierung die
Stärke zu zeigen. Mit Tour de Terror
Versammlungsfreiheit und Widerstands-
perspektiven“ sollte ein Stück Versammlungs-
freiheit zurückgekauft werden. In-
formell genau diese permanente Ver-
botspolitik zum Thema machte. Als
Referenten waren Erich Fried, Rainer
Tromper, Lupo Gruppe, Frankfurter
Freie (München) und das Anti-Atom-
Plenum selber vorgesehen.
Die Begründungen, die für das Verbot
angeführt wurden, gehen über das bisher
Dargestellte hinaus. Im Bescheid des
Kreisverwaltungsamtes (KVA) werden
zwei Diskussionspunkte herangezogen.
Das eine — Interne Mitarbeiterin
wird dem Münchner Anti-Atom-
Plenum zugesprochen — ohne dies konkret
belegen. Es wird nicht darauf eingegan-
gen, wie man zur Annahme kommt,
daß dieses Papier der Münchner Gruppe
zuzuordnen sei. Wahrscheinlich war es
diese Lüge, die den Verwaltungs-
gerichtshof (VGH) dazu bewog, als Begrün-
dung für das aufrechterhaltene Verbot
nicht nur das zweite Papier (Frankfurter
Lupo Gruppe) anzuführen. Der Beitrag
„Ständ autonomer Bewegung, Langlauf
oder Abfahrt in Sturz“ war bereits mehr-
mals unbearbeitet veröffentlicht wor-
den.
Beide Beiträge standen in keinem direk-
ten Zusammenhang mit der verbotenen
Versammlung in der Bescheid des KVA

heißt es: „Diese Äußerungen enthalten
insbesondere in ihrem Gesamtzusammen-
hang die Aufforderung zu bzw. die Beför-
derung von strafbaren Handlungen durch
Befürwortung von Gewalt gegen Sachen
und Personen.“ Bemerkenswert sind dar-
an vor allem zwei Aspekte. Zum einen
wird von einem „Gesamtzusammen-
hang“ des Papiers gesprochen, der dann
nicht konkret mit einer Textstelle belegt
werden braucht. So wird bspw. aus dem
Frankfurter Papier eine Passage zitiert,
die sich sehr kritisch mit militanten
Widerstandstendenzen beschäftigt. „Denn
geradezu zwangsläufig werden unsere mi-
litanten Angriffe in dem Maße Symbole
von Widerstand, wie sie Ersatz und nicht
Mittel militanter Strategie werden. Und
so sehr wir uns über 150 gefüllte Stim-
masten freuen, so gefährlich halten wir
es Subotage als militante Politik zu be-
greifen.“ Politisch entscheidend wird es
sein, in wie vielen Köpfen die Muster fol-
len.



Aus dieser wackligen Herleitung einer
angeblichen Aufforderung zu Straftaten
(§111) ergibt sich auch der zweite Aspekt
in dem Verbotsschreiben des KVA. Durch
die Wortwahl „Beförderung“ und „Beför-
derung“ von Gewalt sollen die vorhergehen-
den Aussagen untermauert werden. So
handelt es sich bei dem Veranstalters-
vertrag um eine schlechtere
Vorstellung von Begründungen, die
erst die „Tour de Terror“ nicht verbot
(§110b (1)) „Beförderung von Gewalt“ zu
lassig waren. Letzter Grund: die Veran-
staltung zu verhindern war dann der Fall.
Das Name „Tour de Terror“ sei „ein
Ankündigung für den Durchbruch der
abschließenden Meinungsäußerungen.“
Nachdem der Verbot in diesen Tagen
wurde, Begründungen „juristisch
durchgepackt“ war zeigte die CSU-
Regierung, daß sie es auch praktisch
durchsetzen will und kann. Gegen 18 Uhr
wird der Veranstaltungsort das „Schwa-
binger Bräu“ langsam von uniformierten
und zivilen Einsatzkräften umstellt. Die
Veranstalter kommen zusammen mit den Re-
ferenten eine Pressekonferenz. Sogar auf
der Pressekonferenz ist die Staatsgewalt
mit fünf Zivilbeamten präsent. Sie muß-
ten aufpassen, daß die Pressekonferenz
nicht zu einer Ersatzveranstaltung um-
funktioniert werde, so ihre lapidare Aus-
kunft. Erst eine voll auf sie gerichtete Me-
dienöffentlichkeit konnte sie bewegen,
den Saal zu verlassen.
Nach der Pressekonferenz ist das
„Schwabinger Bräu“ dicht umstellt, die
potentiellen Besucher werden auf die an-
dere Straßenseite gedrängt. 100 bis 150
Leute stehen dicht gedrängt zusammen.
Ein in diesem Umfang noch nie beobach-
tetes Aufgebot an Zivilisten in Drei-
er- und Fünfergruppen umher. Es genügt
der Polizei offenbar nicht, die Veranstal-
tung verhindern zu haben, sie will mehr.
Zuerst werden alle Herumstehenden mit
Scheinwerfern ausgeleuchtet und auf Vi-
deo gefilmt. Nach drei kurz aufeinander-
folgenden Aufforderungen werden gleich
darauf die ersten aus der Ansammlung
herausgegriffen. Grund: Sie sind immer
noch da.
Es kommt innerhalb weniger Minuten
zu mindestens 25 Festnahmen. Alle Fest-
genommenen werden ED-behandelt
(Foto, Fingerabdruck), alle müssen mit
einem Bußgeld, einige mit Anklagen
rechnen.
Nicht zuletzt dieses harte Vorgehen
macht das Ausmaß der Niederlage vom
9.3. deutlich. Mit „Tour de Terror“ war
die gerade eine Veranstaltung verboten,
die ihr diese Verbotspolitik thematisieren
und einen entscheidenden Widerstand ent-
gegensetzen sollte. Der 9.3. zeigt auch,
wie weit die CSU in Bayern herin ist zu
gehen und wie sicher sie sich bei ihrem
eingeschlagenen Kurs ist.

C., KVG/Gruppe Nürnberg

Neuaufgabe: M.O. Bruker

Ernährungspapst am rechten Rand

Ein langes Gedächtnis ist nicht immer
voraussetzen. Als im Juni 87 im
„Rieshof“ dem alternativen Veranstal-
tungszentrum in Hamburg-Harburg
erstmalig ein „Öko-Markt“ veranstaltet
wurde, war alles Gesundes und Alternati-
ves aus dem Grün-Biologischen Spek-
trum sich austauschte und dem Publikum
präsentieren sollte (unter beifälliger
Anleitung der SPD-Gesundheitsverant-
wortung), da sollte auch ein in dieser Klientel
wohlbekannter sprechen: Dr. M.O. Bruker,
Arzt, Ernährungsbildner, Ernährungs-
berater. Die Hamburger GdL mel-
dete umgehend Protest an Bruker war ihr
aus rassistischen, ausländerfeindlichen
neonazistischen Zusammenhängen be-
kannt.
Inhaltlich unbedenklich, aber auf Sie-
gungsfreudigkeit bedacht, setzten die un-
wissenden Veranstalter (Lohn-Wirte
und dem Rieshof erst wenige Tage vor
der Veranstaltung „unterbreitet wur-
den“) den Auftritt ab. „Da der Protest der
GdL jedoch mit massivem Druck verhan-
delt ist, kann ein abendlicher Verlauf
der Veranstaltung nicht mehr gewährt
werden.“ So schief diese Tonlage klingen
mochte, so wurde sie doch von der
„Jaz“ noch um einiges übertrieben. Lokal-
reporter Hahnel — bar aller genauer
Nachkenntnis — sah Bruker als „konser-
vativen Querkopf“, fühlte sich ansonsten
aber an „stalinistische Tribunale“ und
„Verfassungsschutz“-Methoden. „er-
innert.“ Die „Jaz“-LeserInnen spalten der
folgenden Tage brachten diverse Repli-
ken. Peinlicherweise mußte sich Hahnel

zel daran erinnern lassen, daß mehrfach
zuletzt 1985, die „Jaz“ sei bei (in über-
genauen Teil) ausführlich über jenen Dr.
Bruker berichtet habe. damals war K.P.
Klingenschmidt Schlüßfolgerung gewe-
sen, Bruker habe, aufgrund seiner politi-
schen Aktivitäten, in der Naturwissenschaft
nichts verloren. Aber, siehe oben,
ein langes Gedächtnis ist nicht immer vor-
zusetzen.
Über auch An gewisse Fakten muß
immer wieder erinnert werden. In der Al-
ternativ-Szene hat schubweise eine Aus-
einandersetzung mit Personen, Gruppe-
rungen, Richtungen stattgefunden, die
ihre Umwelt-Liebe mit dem Rückgriff
auf reaktionäre bis nazistische Traditio-
nen zu verbinden wollten. Aus den aus-
gehenden Ären Jahren gibt es verschiede-
ne detaillierte Veröffentlichungen zum
Thema — Dr. Bruker findet dort ange-
messene Erwähnung. Mittlerweile ist in
Naturwissenschaften offenbar ein biologischer
Friede ausgebrochen, der Akteuren wie
Bruker ein Weitermachen auch mittels
vampirischer Lügen leicht macht. Brukers
„Gesellschaft für Gesundheitsberatung“
beispielsweise fand es angebracht, zu be-
haupten: „Pflanzenschutz war er nie er-
regt.“ Bruker selbst bestreitet planer-
dings, etwas mit der NPD-Aktion „Aus-
landersopp“ zu tun zu haben, auch wollte
er glauben machen, seine Verbindung
zum Rassistischen Verein „Gesellschaft für
biologische Anthropologie, Eugenik und
Verhaltensforschung“ sei quasi eine Er-
findung seiner Gegner gewesen. Seine
Versuche, solche Geschichten gerichtlich

auch noch durchzusetzen, sind, wie zu hö-
ren ist, zwangsläufig schiefgeschlagen.
Der „Antifaschistische Arbeitskreis
Stade“ bzw. ihm nahestehende Antifaschi-
sten aus Stade-Buxtehude wissen davon
ein Lied zu singen. Eine — inzwischen
vergriffene — Broschüre zu Bruker und
seinem politischen Umfeld brachte Thier-
hold Brukers Linien den ein. Als Reaktion
darauf und aktualisiert durch die Harbur-
ger Erfahrungen liegt jetzt eine veränderte
Neuaufgabe vor.
„Einführungen über den Ernährungspapst“,
herausgegeben von J. Bollmer,
Catalonia Verlag, Buxtehude 1988.
Auf 96 Seiten wird dokumentiert, mit
welchen Rechtsaußen-Organisationen
Initiativen des Bruker im Laufe der Zeit
zu tun hatte. Den LeserInnen bietet zu
berichten, wo und wie Bruker die Verbin-
dung zwischen Eugenik und Ausländer-
sopp einerseits und Volkswirtschaft und
Zuckerverweigerung andererseits zusam-
mendeckelte. Anders gesagt: wo der poli-
tische Kern seiner Ernährungsphilosophie
liegt. Diese Auseinandersetzung ist
in dem Heft ausgeklammert. Gegen Ge-
dächtnisschwäche und Informationsmangel
in Sachen Brukerischer Pflanz-Allian-
zen ist die Broschüre aber ein nützliches
aktuelles Mittel. Schließlich geht es
ja auch noch um einen Dr. Bruker. Ein
an Marx, Lenin, W. Wegmannen hat
es ihm nie gefehlt, wie die Dokumenta-
tion zeigt, und mangelt es ihm auch heute
nicht.
R., Antifa Kommission, Hamburg

Köln: Schüsse in der Uni

Köln: Schüsse in der Uni

30.11.87 — der neonazistische
Studentenverband „Ring Freiheit-
licher Studenten“ (rfs) führt eine
Veranstaltung im Hörsaalgebäude
der Universität durch. Zuvor
kommt es zum Tumult mit Gegen-
demonstranten. Zwei Mitglieder
des rfs, die einen politischen Gegen-
sammengeschlagen haben,
entziehen sich dem Zugriff der Po-
lizei. Der eine bedroht einen Beam-
ten mit einer Pistole und kann erst
nach Abgabe eines Warnschusses
festgenommen werden.

Bei dem festgenommenen Pflanzheld
handelt es sich um den rfs-NRW-Landes-
vorsitzenden Helge Korell, der in Bonn
wohnt und dort Politik/Geographie
studiert. Der andere Neonazi, Markus
Beisicht aus Leverkusen, wird an seinem
Wagen gestellt. Beisicht ist rfs-Bundes-
vorsitzender und Besitzer im Bundesvor-
stand der „Republikaner“. Im Fahrzeug
findet die Polizei „pyrotechnisches Ma-
terial“, sprich Sprengstoff, das nach deren
Auffassung dazu geeignet ist, „erhebliche
Körperverletzungen herbeizuführen.“
Dies ist der vorläufige Höhepunkt einer
Reihe von Vorfällen und Protokollan-
ken in Köln mit und um den rfs (1). Bis
Ende 1986 ist der rfs ausschließlich nur in
Köln aktiv gewesen. Seit dem Frühjahr
1986 war die Bonner rfs-Gruppe von Köln
aus vom Krefelder Neonazi Manfred
Rouhs (NPD-Bundestagskandidat 1987
und rfs-Generalsekretär) aufgebaut wor-
den. Seitdem mehrten sich auch in Bonn
die Vorfälle und Provokationen.
So z.B. kommt es an einem nicht ge-
nau datierten rfs-Büchertisch am 4.11.87 am
1. Hauptgebäude zu einem provokativen
Handgemeine. An den Handgemeine-
keiten, bei dem ein Mitglied der Fach-
schaft Germanistik verletzt wird, sind
Helge Korell und Manfred Rouhs be-
teiligt.
Bei der öffentlichen Wahlauszählung
zu den Studierendenparlamentswahlen in
der Mensa Nassestraße am 22.11.88 provo-
zierten rfs-Mitglieder eine Schlägerei, bei
der es zwei Verletzte gibt. Trotz eines vor-
fristig erteilten Hausverbots, versucht der
rfs erneut, in den Auszahlungsraum zu ge-
langen.
Neben Helge Korell ist ein alter Bekann-
ter mit dabei: René Decrouppée, früher
Hauptführer der Wiking Jugend in Beuel,
im November 1984 zu 10 Stunden Sozial-
dienst verurteilt wegen „Herbeiführung
von Sprengstoffexplosionen“ (Sprengver-
suche der WJ, 1983 Königswinter) und be-
teiligt an bekannten Neonazistaktionen in
Bonn im Zeitraum 1983-85. Wie der rfs-
Köln scheint sich auch der rfs Bonn Ver-



Peter Boßdorf, Vorsitzender des „Gesamtdutschen Studentenverbandes“

stärkung aus dem militanten Spektrum
der „Bewegung“, zu denen WJ, FAP,
HNG und NF zählen, für seine Veranstal-
tungen zu holen. Am 10.11.87 z.B. lud der
rfs zu einem Vortrag im Hotel Bergischer
Hof in Bonn ein. Gegendemonstranten
wurden vom rfs-Saalschutz hinausge-
drängt. Neben Helge Korell tätig. Mar-
kus Spruck, bis 1985 im Hohl-Mecklen-
heim der Wiking Jugend aktiv, nach sei-
nem Umzug nach Siegburg in der FAP-
Gruppe um Frank Kammann und Stefan
Niemann. Im Juli 1984 wird Spruck bei
einer militanten Aktion aus dem Kul-
ten-Bereich in Hannover festgenommen
und im Dezember 84 zu 20 Stunden So-
zialhilfe wegen Körperverletzung verur-
teilt.
Andere interessante Bezeugungen gibt
es zum nationalrevolutionär ausgerichteten
„Gesamtdutschen Studentenver-
band“ (GDS/über ODS). Im Präfiz mit
den Neonazi-Überfall auf Bonner Park
vom 19.84 fand der Vorsitzende Richter
am Bonner Landgericht es bemerkens-
wert, daß von den 15 festgenommenen
Neonazis allein vier von einem gleichzei-
tig in Godesberg stattfindenden GDS-Seminar
und der GDS-Hauptversammlung kamen.
(2) Laut den Protokollen des
GDS waren neben bekannten Neonazisten
aus dem norddeutschen Raum (3) Ul-
rich Wlecke (Münster) und Norbert Ge-

sell (Köln) anwesend. Beide sind Mitglie-
der des rfs.
Zum Tag der „Deutschen Heimat“ lud
am 11.9.87 Oberbürgermeister Daniels zu
einer Veranstaltung ins Beuler Rathaus
mit Heinrich Lummer als Gastredner ein.
Anwesend und in Gesprächen vertieft
Helge Korell mit Peter Boßdorf, dem Vor-
sitzenden des GDS, der ebenfalls in Bonn
studiert.
In Köln wurde der rfs nach den Vorfäl-
len vom 30.11.87 vom Rektor aus der Ma-
trikel gestrichen. Dagegen klagt der rfs.
Auf die Ergebnisse dieses Verfahrens und
den Strafprozeß gegen Helge Korell darf
man gespannt sein.
Andreas Garcia
Antifa-Ak Bonn

Anmerkungen:
1 Gut dokumentiert in der Dokumentation des
ASTA-Köln „rfs — Inhaftiert oder besch-
sticht?“ Dez. 87
2 Arbeiterkampf Nr. 273, S. 21 August 86
3 Laut Protokoll anwesend: Harald Wenzig, Man-
fred Rouhs, Peter Boßdorf, Volker Becken,
Ang Hassel, Ulrich Wlecke, Hartmut Gahrnitz,
Thomas Glien, Yvonne Olivier, Peter Haering,
Hans-Michael Fiedler, Andreas Raiher, Michael
Zulch, Hermann Mitz, Christian Heck, Norbert
Geisel, Frank Buchold, Helmut Volmer, Jo-
achim Appel, Harald Schuss, Norbert Schmale und
Volker Schmidt

Ein Wahlkampf, der „Wettbewerb“ heißt eine CDU, die diesen Wettbewerb nur deshalb mit dem Slogan „Neu denken“ bestreitet, weil „Mehr Demokratie wagen“ urheberrechtlich geschützt ist: einen sozialdemokratischen Oppositionsführer oder von Freund und Feind so behandelt wird, als hätte er Richard von Engholm Fundi-Grüne, die für eine rotgrüne Kommission kämpfen, Rechtsradikale, die vor einem halben Jahr noch nicht einmal zu Kandidaturen wagen und nun ihre große Stunde wittern. Wo gibt's das schon? Natürlich nur „an der Nordseeküste, am plattdeutschen Strand“.

Die CDU

Die CDU stand Anfang des Jahres vor der Alternative, ihrem Landeschef Stilleberg zu folgen und dessen Favoriten, den derzeitigen geschäftstreibenden Ministerpräsidenten Schwarz, zum Spitzenkandidaten zu künden oder wie von der Führung der Bundespartei gewünscht auf das „neue Gesicht“ (Wahllogan) Heiko Hoffmann zu setzen. Mehr als eine reine Personalentscheidung mußte die Nord-Lösung treffen.

Schwarz, der nicht nur so beifall hatte, zwar die notwendige Mobilisierung des Parteiapparats und der Konventionen, sondern auch die sturzkonservative CDU-Stimmwählerpotential bei der Stimme halten können — getreu dem Stilleberg-Motto, daß vor der Moral allemal noch das Fressen kommt. Allerdings waren die Risiken einer derartigen Wahlstrategie auch wenn sie sich gegen alle Erwartungen erweisen sollte, den Christdemokraten Vordenkern um Heiner Geißler zu groß. Regierungsfähige Parteien leben nicht zuletzt von der gesamtgesellschaftlichen Konsensstiftung. Die Verweigerung eines zumindest symbolischen „Neuanfangs“ hätte sich nachhaltig negativ auf diese Fähigkeit der Gesamt-CDU auswirken können. Deshalb intervenierte die Bonner Zentrale so massiv gegen den Stilleberg-Kurs und nötigte ihrer SH-Abteilung einen Kandidaten auf, der vor allem durch seine Verlierer-Qualitäten besticht.

Wie wenig man im Konrad Adenauer Haus von Stillebergs Landesverband hält, wird an kuriosen Wahlkampfprüchen, wie „Hoffmann — kein Mann des Parteiparats“ (CDU-Wahlzettel) deutlich. Das Dilemma dieser Strategie liegt auf der Hand: Wähler der „Mitte“ werden aufgrund der Halbierung des „Neuanfangs“ kaum zu gewinnen sein, während der „rechten Rand“ Hoffmanns Sichtweise höchst verdaulich erscheint.

Die SPD

Die SPD plagten solche Sorgen nicht. Einerseits hat sie bis weit ins linke Spektrum ihren Ruf als „linke“ SPD, besonders in Sachen Demokratie und AKW bewahren können.

Andererseits hat es Engholm in den vergangenen fünf Jahren geschafft, die Partei auf „Mitte-Kurs“ zu bringen. Daß dieser Kurs zu keinem Einbruch bei linken oder rotgrünen Wählersektoren führt, hat die Septemberwahl gezeigt. Bis auf die drei bis vier Prozent grüne Stammwähler hat die Engholm-SPD die rotgrünen Stimmen abzocken können. Diesmal scheinen sich die Sozialdemokraten dieses Potentials sicher zu sein. Bemühte man sich im letzten Jahr noch mit allerlei „Alternativ“-Veranstaltungen um den rotgrünen Wechselwähler, wird für den 8. Mai fast ausschließlich in Richtung „Mitte“ mehr gemacht.

Die Engholm-Linie ist in der SH-SPD mittlerweile so unumstritten, daß sich der Kandidat sogar an den ehemaligen Landesvorsitzenden Günter Jansen herantrauen konnte. Jansen, im Kabinett Engholm als Sozial-(AKW)-Minister vorgesehen und eine Art Glaubwürdigkeits-Denkmal wurde von Engholm öffentlichkeitswirksam zurechtgewiesen, als er einen AKW-Austritt bis 1990 in Aussicht stellte. Eine sozialdemokratische Landesregierung werde ab 1990 die Möglichkeiten eines Ausstiegs, bei strikter Einhaltung rechtsstaatlicher Wege, prüfen. Ziel sei der Ausstieg innerhalb von zwei Legislaturperioden, stellte Engholm klar. Gerade die „harte“ Linie in der Ausstiegsfrage, die auch die Konfliktbereitschaft mit der Schmidt-Regierung beinhaltet, begründete Ende der achtziger Jahre das spezielle Profil der Nord-SPD. Daß Engholm ohne sichtbare Gegenwehr der Parteiführer locker ausdieser, quasi identitätsstiftenden Punkt von der sozialdemokratischen Tagesordnung streichen konnte, illustriert den Weg, den diese erste Enkel-SPD mittlerweile zurückgelegt hat. Was sich derzeit kein Linker zu sagen traute, nannte der Unionskandidat beim Namen: „Engholm paßt sich CDU-Positionen an“.

Wahl in Schleswig-Holstein

Anstand siegt



Man Ehrenwort

Das alles stört die linken Engholm-Sympathisanten aus Kunst und Kultur wenig. Von Günter Grass über Jürgen Fühmann bis zur Münchener Lach- und Schellgesellschaft tingeln mehr oder weniger prominente Linksmittelklasse für die SPD durchs Land.

Doch die rechte Willy-(Björn-)Aulbruchstimmung will im Norden nicht aufkommen. Das ist zumindest ein Unterschied zwischen Opa und Enkel. Brandt begann erst nach dem Wahltag mit der Enttäuschung hoher Hoffnungen, bei Engholm gehört dies zum Wahlkampfalkaloid.

Die Grünen

Die Grünen hatten diesmal die einmalige Chance, durch Stillebergs gegen die CDU-Anstand und die SPD Wohlstandigten sich wieder (unangenehm) in Erinnerung zu bringen. Doch hinter den Schleswig-Holstein-Grünen liegt nicht nur eine inzwischen zehnjährige Geschichte, sondern auch die Grünen es nicht geschafft haben, zu einem politischfähigen Faktor im Land zu werden, sondern auch der Frust dreier Wahlniederlagen.

Diesmal gehen die Grünen mit einer klaren Koalitionsaussage in die Wahl. Was andererseits zu erheblichen innerparteilichen Konflikten führt, ist in SH völlig unumstritten, zumal die in die Minderheit geratenen Linksgünen, um weitere Rechtsverschiebungen zu verhindern, and um nicht zu sehr in die Isolation zu geraten, das Koalitionsangebot eigenständig der Partei vorschlugen.

So führen nun Fundis und Ökosozialisten einen Koalition-Wahlkampf, der schon deshalb ziemlich unscheinbar wirken muß, weil das „rotgrüne Chaos“ selbst für die Rechtspresse kein Thema ist. Die Möglichkeit, daß der sozialdemokratische Wahlsieg bereits vor dem Wahlermin ausgemachte Sache ist und deshalb der rotgrüne Wechselwähler beruhigt die Grünen wählen kann, bleibt für viele Aktivisten der Öko-Partei eine letzte vage Hoffnung auf den Parlamentsseitzug. Die absolute Mehrheit Engholms und die daraus resultierende Gefährdung der grünen Stimmabgabe wird daher von den Grünen in der letzten Wahlkampfphase besonders eindringlich betont. Der grüne Koalitionswahlschlager wird selbstverständlich dadurch nicht attraktiver, aber Rettungsringe kann man sich sowieso nicht aussuchen.

Ein wesentliches Ziel haben die Linksgrünen schon jetzt verfehlt. Ihr Nachgeben in der Koalitionsfrage sollte die Reaktionen veranlassen und innerparteilich einbinden, auch, um möglichen Schuldzuweisungen nach einer erneuten Wahlniederlage entgegenzuwirken. Ein öko-sozialistischer Parteizweig nannte diese Herangehensweise vollmundig „rechts bloßen und links abbiegen“. Doch nicht nur die „Jaz“ winkte genervt ab („diese Grünen sind nicht wählbar“), auch die realpolitische Bundespronunz macht derzeit um Holstein und Schleswig einen Riesenhöhen. Beim Kampf um's Überleben setzten die Grünen auf eine Linie „zwischen Hamburg und Hessen“ (Tamara Tschikowawa, Spitzenkandidatin) in der Hoffnung, daß unter diesen Voraussetzungen auch Otto und Joschka ihnen Bei-

stand leisten werden. Diese Rechnung ist nicht aufgegangen. Unterstützung gibt es nur von den Übermännern und der Parteizentrale, die mit viel Geld und hauptsächlich Mitarbeitern der personell und finanziell völlig ausgeklügelten Landesverband wieder wahlkampffähig gemacht haben. Zu einem politisch positionierten Wahlkampf reicht das natürlich nicht. Die auf der Straße liegenden Themen: HIV-/Sudafrika-Kampagne, AKW-Ausstiegspolitik, Werftensterben, „Innere Sicherheit“ — werden, wenn überhaupt eher betrieblich-pflichtgemäß aufgegriffen von der „Kieker-Affäre“ zu der den Grünen überhaupt nichts einfallt, ganz zu schweigen.

Nein, eine Störung der großen Anstands-konvention ist von diesen Grünen auch parlamentarisch nicht zu erwarten.

Barschel-Ermittlungen steckengeblieben

Nach wie vor geht es einen „Stuß von Ratseln“ um den Tod des ehemaligen schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten. Die Nummern der angerufenen Anschlüsse wurden vom Hotelcomputer aufgezeichnet, ebenso die Länge der Gespräche. Demnach hat Barschel dreimal bei seinem in der Schweiz lebenden Bruder angerufen. Der aber beharrt darauf, an diesem Abend lediglich zweimal mit ihm gesprochen zu haben.

Umgekehrt hat es in Genf Versuche bislang unbekannter Personen gegeben, und Uwe Barschel Kontakt aufzunehmen. So wurde an jenem Samstag Abend in der von ihm bewohnten Suite 317 mit Sicherheit ein Anruf entgegengenommen. Schon einen Tag vor Barschels Ankunft in Genf hatte sich eine Frau telefonisch nach ihm erkundigt — im Hotel Hilma, welches dem Beau Rivage benachbart ist (im übrigen wußte ja auch der „Stern“ von seiner bevorstehenden Ankunft).

Drei Umstände nennt die „NRZ“, die daraufhin deuten, daß eine andere Person in der Todesnacht bei Barschel gewesen ist. Erstens muß jemand am Sonntagmorgen, als Barschel im Sterben lag, oder schon vor war das Schild an seiner Zimmertür umgedreht haben, das zunächst nach Aussagen von Hotelangestellten die Aufschrift „Bitte nicht stören“ gezeigt hatte. Zweitens ist eine Rotweinflasche, die Barschel am Abend bestellt und auf der Rechnung dem Zimmerkellner quittiert hatte, nach wie vor spurlos verschwunden. Drittens war der rechte Arm des toten Barschel wie auf dem „Stern“-Foto zu sehen war an den Rand der Badewanne gelehnt und ragte aus dem Wasser her-

Die Rechtsradikalen

Die Rechtsradikalen waren seit den frühen Siebziger in Schleswig-Holstein wahlmäßig völlig abgemeldet. Während bei der Doppelwahl in Bremen und SH am 13.9.87 die „Liste D“ in das Parlament der Hansestadt einzog, wagte im Barschel-Land keine rechtsradikale Gruppe die Kandidatur. Neu bei der Landtagswahl '89 die CDU mit nur 700 Stimmen Vorsprung ins Ziel ging, verbot sich ohnehin jede alternative Rechtskandidatur von selbst.

Ganz anders die Szenerie '88. Mit der NPD und den Republikanern treten zwei originalfaschistische Parteien an. Zusätzlich wollen noch die DDP und die DWSH (letztes Jahr 1,3%) sowie SHP und FSU im Unions-Revier wildern. Allen gemein ist die Einschätzung, daß die CDU ihre In-

tegrationskraft nach rechts eingebüßt hat. Getreu dem Erfolgsrezept von Bremen und Baden-Württemberg meiden NPD und Republikaner die direkte Öffentlichkeit. Man setzt auf landesweite Postwurfsendungen (für die NPD übernimmt das Dr. Frey aus München), Wahlzeitungen, Plakate und, vor allem, auf den Unionsverfall im rechten Lager.

Für die Neofaschisten bedeutet die SH-Wahl auch eine wichtige (Vor)Entscheidung über die politische Vorherrschaft in ihrem Spektrum. Sollten die Republikaner wieder einmal als zweite auf die Zielgerade kommen, sind ihre Zukunftschancen denkbar schlecht. Mit Prof. Schlee, ehemaliger Vertriebenenbeauftragter der Landesregierung, setzt die Republikanische Partei auf Reputation und Biederkeit. Auf die natürliche Anzahl diverser BGS- und Polizeibeamter unter den Kandidaten der Republikaner dürfte die NPD, die da nicht mithalten kann, neidisch sein. Genossen an ihrer Aufrückstellung sind beide Parteien kaum zu unterscheiden. „Unentrücklichen“ Szenen mit antifašistischen Widersachern versuchen ebenfalls beide aus dem Weg zu gehen — wohlwissend, daß der erwartete Wahlerfolg nicht der eigenen Stärke, sondern der Schwäche des großen CDU-Ruders geschuldet ist. Mehr nicht, aber auch nicht weniger.

Eine Leiche verschwindet

Wenn es eine Steigerung für „tot“ gäbe, sagen wir „toter“, ist der Mann der Anlaß und Grund dieser Wahl war, am „totesten“ Land doch so existent, daß jede Wahlpartei den Namen Barschel so scheut, wie der Teufel das Weihwasser. Die SH-Wahl muß ohne die Genfer Leiche auskommen. Das Barschel-Thema, egal von wem eingebracht, hätte unweigerlich polarisierend gewirkt. Selbst die Grünen hatten daran kein Interesse. Wo der Anstand zur ersten Postkernprüfung würde niemand als unanständig abgestrichen.

Der Ministerpräsidenten-Zombie macht's möglich. Von Festsburg bis Pinneberg werben lauter saubere Menschen, die sich dies auch noch gegenseitig attestieren, um das Bürgervertrauen. Vom schmutzigen Geschäft ist keine Rede mehr.

ra/kiel

Barschels gewesen, ist jedoch keineswegs zwingend. Denn „Ratloff“ hat als Pseudonym des Hanseatischen Journalisten Bernd Plogmann eine reale Bedeutung dieser aber ist bekannt, daß, dem Verlässlichkeitsschutz zu Diensten zu sein und kanakommt — wie übrigens auch Pfeiffer — dem Milieu des Mauss zugerechnet werden. Immerhin gab es am 16.9.87 deswegen eine Hausdurchsuchung bei Plogmann. Und siehe da: Plogmann war schon drei Tage vorher gewarnt worden (siehe AK 291).

Barschels „als Mord getarnter Selbstmord“ — fast genau zehn Jahre nach Stammheim — ist in der Öffentlichkeit so weit festgeklopft, daß auch die „NRZ“ nur die Vermutung wagt, es könnte eine unbekannte Person bei ihm gewesen sein, die ihm „Sierbehilfe“ leistete. Die Zeitung weist auf „Quereken“ in der Genfer Justizbehörde sowie zwischen Genf und der Lööcker Staatsanwaltschaft hin. Die Ermittlungen kämen selbst in scheinbar leicht aufzuklärenden Detailfragen nicht voran. „Bild“ hatte schon in der Woche nach Barschels Tod gemeidet, den Schweizern sei „von gerechter deutscher Seite und über mehrere Kanäle“ der Wunsch übermittelt worden, diesen Fall als Selbstmord einzustufen („Bild“, 16.9.87). Die SPD, die als Opfer von Barschel/Pfeiffer die schleswig-holsteinische Landtagswahl gewinnen will, zeigt sich erstaunlich desinteressiert an dieser Frage.

Pünktlich zum Wahlkampf wird die Affäre in Böchern und Fernsehsendungen noch einmal zusammenfassend präsentiert. Überzeugend und schlüssig verfolgen diese Aufarbeitungen Barschels Lebensweg und politische Karriere, so daß sich ein Selbstmord als seine letzte Intrige nahtlos in das Porträt einfügt. Und so bleibt auch nur noch ein allerletzter Zweifel bestehen: Sind Selbstmorde logisch ableitbar?

Militarismus

Jetzt rüsten wir die Sowjetunion ab

„Die konventionelle Überlegenheit des Warschauer Pakts“ ist für Kohl „das Kernproblem der Sicherheit“ (1). Der letzte NATO-Gipfel forderte zu Verhandlungen über konventionelle Abrüstung mit „Darauf sind sich alle Verteidigungsminister einig. Weitere Abrüstungsmaßnahmen haben sich den konventionellen Waffen zuzuwenden.“ (2) Man will weg von Gorbatschows Strengkammer einer atomwaffenfreien Welt. Laut Generalinspekteur Weidner verfolgt die Sowjetunion „das Ziel der Denuklearisierung Europas, um Westeuropa vom amerikanischen nuklearen Schutzschirm zu entblößen und die eigene konventionelle Überlegenheit und den geostrategischen Vorteil politisch zur Einschüchterung und zur Pressure, im schlimmsten Fall aber auch militärisch nutzen zu können.“ (3) Da will die NATO lieber „das öffentliche Interesse auf ein anderes Thema verlagern, die konventionelle Abrüstung. Auf diesem Gebiet kann sich die NATO viel leichter auf eine gemeinsame Haltung einigen.“ (2) Und diese Gemeinsinnigkeit ist sehr schlicht und einfach: die Sowjetunion soll abgerüstet, die NATO (fast) gar nicht. Denn die NATO ist friedlich und Moskau aggressiv. Oder wie es SPD-Mitglied Karl Kaiser ausdrückte: „Die NATO hat zwar eine begrenzte taktische Fähigkeit ihre Streitkräfte um einige Kilometer vorwärts zu bewegen oder mit selektiven Aktionen tief in das Gebiet eines Angreifers vorzudringen, aber sie hat nicht die Fähigkeit, ihre Streitkräfte in das Gebiet des Angreifers einzudringen, um ihn und dieses zu besetzen.“ Die Sowjetunion hingegen habe „in einem langen Prozeß von Rüstungsbeschaffung und Ausbildung (...) Angriffspotential mit relativ kurzer Vorwarnzeit und Invasionstfähigkeit erworben.“ (4) Der NATO-Oberbefehlshaber für den Atlantik General Guvin, meinte: „Wenn wir jedoch keinen dramatischen Abbau bis zur Erzielung echter Parität bekommen, dann lohnt es sich gar nicht zu beginnen.“ (5) Die 15-Forschungsgruppe der Rand Corporation legte eine Studie vor, wonach die Sowjetunion beim Abbau konventioneller Streitkräfte „eindeutige Vorteile“ erlangt. Für die NATO sei dies „eine katastrophale Situation.“ (6) Die NATO-Streitkräfte sind „in einem Verhältnis von 1 zu 1,5 zu 2,5 zu 3,5 zu 4,5 zu 5,5 zu 6,5 zu 7,5 zu 8,5 zu 9,5 zu 10,5 zu 11,5 zu 12,5 zu 13,5 zu 14,5 zu 15,5 zu 16,5 zu 17,5 zu 18,5 zu 19,5 zu 20,5 zu 21,5 zu 22,5 zu 23,5 zu 24,5 zu 25,5 zu 26,5 zu 27,5 zu 28,5 zu 29,5 zu 30,5 zu 31,5 zu 32,5 zu 33,5 zu 34,5 zu 35,5 zu 36,5 zu 37,5 zu 38,5 zu 39,5 zu 40,5 zu 41,5 zu 42,5 zu 43,5 zu 44,5 zu 45,5 zu 46,5 zu 47,5 zu 48,5 zu 49,5 zu 50,5 zu 51,5 zu 52,5 zu 53,5 zu 54,5 zu 55,5 zu 56,5 zu 57,5 zu 58,5 zu 59,5 zu 60,5 zu 61,5 zu 62,5 zu 63,5 zu 64,5 zu 65,5 zu 66,5 zu 67,5 zu 68,5 zu 69,5 zu 70,5 zu 71,5 zu 72,5 zu 73,5 zu 74,5 zu 75,5 zu 76,5 zu 77,5 zu 78,5 zu 79,5 zu 80,5 zu 81,5 zu 82,5 zu 83,5 zu 84,5 zu 85,5 zu 86,5 zu 87,5 zu 88,5 zu 89,5 zu 90,5 zu 91,5 zu 92,5 zu 93,5 zu 94,5 zu 95,5 zu 96,5 zu 97,5 zu 98,5 zu 99,5 zu 100,5 zu 101,5 zu 102,5 zu 103,5 zu 104,5 zu 105,5 zu 106,5 zu 107,5 zu 108,5 zu 109,5 zu 110,5 zu 111,5 zu 112,5 zu 113,5 zu 114,5 zu 115,5 zu 116,5 zu 117,5 zu 118,5 zu 119,5 zu 120,5 zu 121,5 zu 122,5 zu 123,5 zu 124,5 zu 125,5 zu 126,5 zu 127,5 zu 128,5 zu 129,5 zu 130,5 zu 131,5 zu 132,5 zu 133,5 zu 134,5 zu 135,5 zu 136,5 zu 137,5 zu 138,5 zu 139,5 zu 140,5 zu 141,5 zu 142,5 zu 143,5 zu 144,5 zu 145,5 zu 146,5 zu 147,5 zu 148,5 zu 149,5 zu 150,5 zu 151,5 zu 152,5 zu 153,5 zu 154,5 zu 155,5 zu 156,5 zu 157,5 zu 158,5 zu 159,5 zu 160,5 zu 161,5 zu 162,5 zu 163,5 zu 164,5 zu 165,5 zu 166,5 zu 167,5 zu 168,5 zu 169,5 zu 170,5 zu 171,5 zu 172,5 zu 173,5 zu 174,5 zu 175,5 zu 176,5 zu 177,5 zu 178,5 zu 179,5 zu 180,5 zu 181,5 zu 182,5 zu 183,5 zu 184,5 zu 185,5 zu 186,5 zu 187,5 zu 188,5 zu 189,5 zu 190,5 zu 191,5 zu 192,5 zu 193,5 zu 194,5 zu 195,5 zu 196,5 zu 197,5 zu 198,5 zu 199,5 zu 200,5 zu 201,5 zu 202,5 zu 203,5 zu 204,5 zu 205,5 zu 206,5 zu 207,5 zu 208,5 zu 209,5 zu 210,5 zu 211,5 zu 212,5 zu 213,5 zu 214,5 zu 215,5 zu 216,5 zu 217,5 zu 218,5 zu 219,5 zu 220,5 zu 221,5 zu 222,5 zu 223,5 zu 224,5 zu 225,5 zu 226,5 zu 227,5 zu 228,5 zu 229,5 zu 230,5 zu 231,5 zu 232,5 zu 233,5 zu 234,5 zu 235,5 zu 236,5 zu 237,5 zu 238,5 zu 239,5 zu 240,5 zu 241,5 zu 242,5 zu 243,5 zu 244,5 zu 245,5 zu 246,5 zu 247,5 zu 248,5 zu 249,5 zu 250,5 zu 251,5 zu 252,5 zu 253,5 zu 254,5 zu 255,5 zu 256,5 zu 257,5 zu 258,5 zu 259,5 zu 260,5 zu 261,5 zu 262,5 zu 263,5 zu 264,5 zu 265,5 zu 266,5 zu 267,5 zu 268,5 zu 269,5 zu 270,5 zu 271,5 zu 272,5 zu 273,5 zu 274,5 zu 275,5 zu 276,5 zu 277,5 zu 278,5 zu 279,5 zu 280,5 zu 281,5 zu 282,5 zu 283,5 zu 284,5 zu 285,5 zu 286,5 zu 287,5 zu 288,5 zu 289,5 zu 290,5 zu 291,5 zu 292,5 zu 293,5 zu 294,5 zu 295,5 zu 296,5 zu 297,5 zu 298,5 zu 299,5 zu 300,5 zu 301,5 zu 302,5 zu 303,5 zu 304,5 zu 305,5 zu 306,5 zu 307,5 zu 308,5 zu 309,5 zu 310,5 zu 311,5 zu 312,5 zu 313,5 zu 314,5 zu 315,5 zu 316,5 zu 317,5 zu 318,5 zu 319,5 zu 320,5 zu 321,5 zu 322,5 zu 323,5 zu 324,5 zu 325,5 zu 326,5 zu 327,5 zu 328,5 zu 329,5 zu 330,5 zu 331,5 zu 332,5 zu 333,5 zu 334,5 zu 335,5 zu 336,5 zu 337,5 zu 338,5 zu 339,5 zu 340,5 zu 341,5 zu 342,5 zu 343,5 zu 344,5 zu 345,5 zu 346,5 zu 347,5 zu 348,5 zu 349,5 zu 350,5 zu 351,5 zu 352,5 zu 353,5 zu 354,5 zu 355,5 zu 356,5 zu 357,5 zu 358,5 zu 359,5 zu 360,5 zu 361,5 zu 362,5 zu 363,5 zu 364,5 zu 365,5 zu 366,5 zu 367,5 zu 368,5 zu 369,5 zu 370,5 zu 371,5 zu 372,5 zu 373,5 zu 374,5 zu 375,5 zu 376,5 zu 377,5 zu 378,5 zu 379,5 zu 380,5 zu 381,5 zu 382,5 zu 383,5 zu 384,5 zu 385,5 zu 386,5 zu 387,5 zu 388,5 zu 389,5 zu 390,5 zu 391,5 zu 392,5 zu 393,5 zu 394,5 zu 395,5 zu 396,5 zu 397,5 zu 398,5 zu 399,5 zu 400,5 zu 401,5 zu 402,5 zu 403,5 zu 404,5 zu 405,5 zu 406,5 zu 407,5 zu 408,5 zu 409,5 zu 410,5 zu 411,5 zu 412,5 zu 413,5 zu 414,5 zu 415,5 zu 416,5 zu 417,5 zu 418,5 zu 419,5 zu 420,5 zu 421,5 zu 422,5 zu 423,5 zu 424,5 zu 425,5 zu 426,5 zu 427,5 zu 428,5 zu 429,5 zu 430,5 zu 431,5 zu 432,5 zu 433,5 zu 434,5 zu 435,5 zu 436,5 zu 437,5 zu 438,5 zu 439,5 zu 440,5 zu 441,5 zu 442,5 zu 443,5 zu 444,5 zu 445,5 zu 446,5 zu 447,5 zu 448,5 zu 449,5 zu 450,5 zu 451,5 zu 452,5 zu 453,5 zu 454,5 zu 455,5 zu 456,5 zu 457,5 zu 458,5 zu 459,5 zu 460,5 zu 461,5 zu 462,5 zu 463,5 zu 464,5 zu 465,5 zu 466,5 zu 467,5 zu 468,5 zu 469,5 zu 470,5 zu 471,5 zu 472,5 zu 473,5 zu 474,5 zu 475,5 zu 476,5 zu 477,5 zu 478,5 zu 479,5 zu 480,5 zu 481,5 zu 482,5 zu 483,5 zu 484,5 zu 485,5 zu 486,5 zu 487,5 zu 488,5 zu 489,5 zu 490,5 zu 491,5 zu 492,5 zu 493,5 zu 494,5 zu 495,5 zu 496,5 zu 497,5 zu 498,5 zu 499,5 zu 500,5 zu 501,5 zu 502,5 zu 503,5 zu 504,5 zu 505,5 zu 506,5 zu 507,5 zu 508,5 zu 509,5 zu 510,5 zu 511,5 zu 512,5 zu 513,5 zu 514,5 zu 515,5 zu 516,5 zu 517,5 zu 518,5 zu 519,5 zu 520,5 zu 521,5 zu 522,5 zu 523,5 zu 524,5 zu 525,5 zu 526,5 zu 527,5 zu 528,5 zu 529,5 zu 530,5 zu 531,5 zu 532,5 zu 533,5 zu 534,5 zu 535,5 zu 536,5 zu 537,5 zu 538,5 zu 539,5 zu 540,5 zu 541,5 zu 542,5 zu 543,5 zu 544,5 zu 545,5 zu 546,5 zu 547,5 zu 548,5 zu 549,5 zu 550,5 zu 551,5 zu 552,5 zu 553,5 zu 554,5 zu 555,5 zu 556,5 zu 557,5 zu 558,5 zu 559,5 zu 560,5 zu 561,5 zu 562,5 zu 563,5 zu 564,5 zu 565,5 zu 566,5 zu 567,5 zu 568,5 zu 569,5 zu 570,5 zu 571,5 zu 572,5 zu 573,5 zu 574,5 zu 575,5 zu 576,5 zu 577,5 zu 578,5 zu 579,5 zu 580,5 zu 581,5 zu 582,5 zu 583,5 zu 584,5 zu 585,5 zu 586,5 zu 587,5 zu 588,5 zu 589,5 zu 590,5 zu 591,5 zu 592,5 zu 593,5 zu 594,5 zu 595,5 zu 596,5 zu 597,5 zu 598,5 zu 599,5 zu 600,5 zu 601,5 zu 602,5 zu 603,5 zu 604,5 zu 605,5 zu 606,5 zu 607,5 zu 608,5 zu 609,5 zu 610,5 zu 611,5 zu 612,5 zu 613,5 zu 614,5 zu 615,5 zu 616,5 zu 617,5 zu 618,5 zu 619,5 zu 620,5 zu 621,5 zu 622,5 zu 623,5 zu 624,5 zu 625,5 zu 626,5 zu 627,5 zu 628,5 zu 629,5 zu 630,5 zu 631,5 zu 632,5 zu 633,5 zu 634,5 zu 635,5 zu 636,5 zu 637,5 zu 638,5 zu 639,5 zu 640,5 zu 641,5 zu 642,5 zu 643,5 zu 644,5 zu 645,5 zu 646,5 zu 647,5 zu 648,5 zu 649,5 zu 650,5 zu 651,5 zu 652,5 zu 653,5 zu 654,5 zu 655,5 zu 656,5 zu 657,5 zu 658,5 zu 659,5 zu 660,5 zu 661,5 zu 662,5 zu 663,5 zu 664,5 zu 665,5 zu 666,5 zu 667,5 zu 668,5 zu 669,5 zu 670,5 zu 671,5 zu 672,5 zu 673,5 zu 674,5 zu 675,5 zu 676,5 zu 677,5 zu 678,5 zu 679,5 zu 680,5 zu 681,5 zu 682,5 zu 683,5 zu 684,5 zu 685,5 zu 686,5 zu 687,5 zu 688,5 zu 689,5 zu 690,5 zu 691,5 zu 692,5 zu 693,5 zu 694,5 zu 695,5 zu 696,5 zu 697,5 zu 698,5 zu 699,5 zu 700,5 zu 701,5 zu 702,5 zu 703,5 zu 704,5 zu 705,5 zu 706,5 zu 707,5 zu 708,5 zu 709,5 zu 710,5 zu 711,5 zu 712,5 zu 713,5 zu 714,5 zu 715,5 zu 716,5 zu 717,5 zu 718,5 zu 719,5 zu 720,5 zu 721,5 zu 722,5 zu 723,5 zu 724,5 zu 725,5 zu 726,5 zu 727,5 zu 728,5 zu 729,5 zu 730,5 zu 731,5 zu 732,5 zu 733,5 zu 734,5 zu 735,5 zu 736,5 zu 737,5 zu 738,5 zu 739,5 zu 740,5 zu 741,5 zu 742,5 zu 743,5 zu 744,5 zu 745,5 zu 746,5 zu 747,5 zu 748,5 zu 749,5 zu 750,5 zu 751,5 zu 752,5 zu 753,5 zu 754,5 zu 755,5 zu 756,5 zu 757,5 zu 758,5 zu 759,5 zu 760,5 zu 761,5 zu 762,5 zu 763,5 zu 764,5 zu 765,5 zu 766,5 zu 767,5 zu 768,5 zu 769,5 zu 770,5 zu 771,5 zu 772,5 zu 773,5 zu 774,5 zu 775,5 zu 776,5 zu 777,5 zu 778,5 zu 779,5 zu 780,5 zu 781,5 zu 782,5 zu 783,5 zu 784,5 zu 785,5 zu 786,5 zu 787,5 zu 788,5 zu 789,5 zu 790,5 zu 791,5 zu 792,5 zu 793,5 zu 794,5 zu 795,5 zu 796,5 zu 797,5 zu 798,5 zu 799,5 zu 800,5 zu 801,5 zu 802,5 zu 803,5 zu 804,5 zu 805,5 zu 806,5 zu 807,5 zu 808,5 zu 809,5 zu 810,5 zu 811,5 zu 812,5 zu 813,5 zu 814,5 zu 815,5 zu 816,5 zu 817,5 zu 818,5 zu 819,5 zu 820,5 zu 821,5 zu 822,5 zu 823,5 zu 824,5 zu 825,5 zu 826,5 zu 827,5 zu 828,5 zu 829,5 zu 830,5 zu 831,5 zu 832,5 zu 833,5 zu 834,5 zu 835,5 zu 836,5 zu 837,5 zu 838,5 zu 839,5 zu 840,5 zu 841,5 zu 842,5 zu 843,5 zu 844,5 zu 845,5 zu 846,5 zu 847,5 zu 848,5 zu 849,5 zu 850,5 zu 851,5 zu 852,5 zu 853,5 zu 854,5 zu 855,5 zu 856,5 zu 857,5 zu 858,5 zu 859,5 zu 860,5 zu 861,5 zu 862,5 zu 863,5 zu 864,5 zu 865,5 zu 866,5 zu 867,5 zu 868,5 zu 869,5 zu 870,5 zu 871,5 zu 872,5 zu 873,5 zu 874,5 zu 875,5 zu 876,5 zu 877,5 zu 878,5 zu 879,5 zu 880,5 zu 881,5 zu 882,5 zu 883,5 zu 884,5 zu 885,5 zu 886,5 zu 887,5 zu 888,5 zu 889,5 zu 890,5 zu 891,5 zu 892,5 zu 893,5 zu 894,5 zu 895,5 zu 896,5 zu 897,5 zu 898,5 zu 899,5 zu 900,5 zu 901,5 zu 902,5 zu 903,5 zu 904,5 zu 905,5 zu 906,5 zu 907,5 zu 908,5 zu 909,5 zu 910,5 zu 911,5 zu 912,5 zu 913,5 zu 914,5 zu 915,5 zu 916,5 zu 917,5 zu 918,5 zu 919,5 zu 920,5 zu 921,5 zu 922,5 zu 923,5 zu 924,5 zu 925,5 zu 926,5 zu 927,5 zu 928,5 zu 929,5 zu 930,5 zu 931,5 zu 932,5 zu 933,5 zu 934,5 zu 935,5 zu 936,5 zu 937,5 zu 938,5 zu 939,5 zu 940,5 zu 941,5 zu 942,5 zu 943,5 zu 944,5 zu 945,5 zu 946,5 zu 947,5 zu 948,5 zu 949,5 zu 950,5 zu 951,5 zu 952,5 zu 953,5 zu 954,5 zu 955,5 zu 956,5 zu 957,5 zu 958,5 zu 959,5 zu 960,5 zu 961,5 zu 962,5 zu 963,5 zu 964,5 zu 965,5 zu 966,5 zu 967,5 zu 968,5 zu 969,5 zu 970,5 zu 971,5 zu 972,5 zu 973,5 zu 974,5 zu 975,5 zu 976,5 zu 977,5 zu 978,5 zu 979,5 zu 980,5 zu 981,5 zu 982,5 zu 983,5 zu 984,5 zu 985,5 zu 986,5 zu 987,5 zu 988,5 zu 989,5 zu 990,5 zu 991,5 zu 992,5 zu 993,5 zu 994,5 zu 995,5 zu 996,5 zu 997,5 zu 998,5 zu 999,5 zu 1000,5 zu 1001,5 zu 1002,5 zu 1003,5 zu 1004,5 zu 1005,5 zu 1006,5 zu 1007,5 zu 1008,5 zu 1009,5 zu 1010,5 zu 1011,5 zu 1012,5 zu 1013,5 zu 1014,5 zu 1015,5 zu 1016,5 zu 1017,5 zu 1018,5 zu 1019,5 zu 1020,5 zu 1021,5 zu 1022,5 zu 1023,5 zu 1024,5 zu 1025,5 zu 1026,5 zu 1027,5 zu 1028,5 zu 1029,5 zu 1030,5 zu 1031,5 zu 1032,5 zu 1033,5 zu 1034,5 zu 1035,5 zu 1036,5 zu 1037,5 zu 1038,5 zu 1039,5 zu 1040,5 zu 1041,5 zu 1042,5 zu 1043,5 zu 1044,5 zu 1045,5 zu 1046,5 zu 1047,5 zu 1048,5 zu 1049,5 zu 1050,5 zu 1051,5 zu 1052,5 zu 1053,5 zu 1054,5 zu 1055,5 zu 1056,5 zu 1057,5 zu 1058,5 zu 1059,5 zu 1060,5 zu 1061,5 zu 1062,5 zu 1063,5 zu 1064,5 zu 1065,5 zu 1066,5 zu 1067,5 zu 1068,5 zu 1069,5 zu 1070,5 zu 1071,5 zu 1072,5 zu 1073,5 zu 1074,5 zu 1075,5 zu 1076,5 zu 1077,5 zu 1078,5 zu 1079,5 zu 1080,5 zu 1081,5 zu 1082,5 zu 1083,5 zu 1084,5 zu 1085,5 zu 1086,5 zu 1087,5 zu 1088,5 zu 1089,5 zu 1090,5 zu 1091,5 zu 1092,5 zu 1093,5 zu 1094,5 zu 1095,5 zu 1096,5 zu 1097,5 zu 1098,5 zu 1099,5 zu 1100,5 zu 1101,5 zu 1102,5 zu 1103,5 zu 1104,5 zu 1105,5 zu 1106,5 zu 1107,5 zu 1108,5 zu 1109,5 zu 1110,5 zu 1111,5 zu 1112,5 zu 1113,5 zu 1114,5 zu 1115,5 zu 1116,5 zu 1117,5 zu 1118,5 zu 1119,5 zu 1120,5 zu 1121,5 zu 1122,5 zu 1123,5 zu 1124,5 zu 1125,5 zu 1126,5 zu 1127,5 zu 1128,5 zu 1129,5 zu 1130,5 zu 1131,5 zu 1132,5 zu 1133,5 zu 1134,5 zu 1135,5 zu 1136,5 zu 1137,5 zu 1138,5 zu 1139,5 zu 1140,5 zu 1141,5 zu 1142,5 zu 1143,5 zu 1144,5 zu 1145,5 zu 1146,5 zu 1147,5 zu 1148,5 zu 1149,5 zu 1150,5 zu 1151,5 zu 1152,5 zu 1153,5 zu 1154,5 zu 1155,5 zu 1156,5 zu 1157,5 zu 1158,5 zu 1159,5 zu 1160,5 zu 1161,5 zu 1162,5 zu 1163,5 zu 1164,5 zu 1165,5 zu 1166,5 zu 1167,5 zu 1168,5 zu 1169,5 zu 1170,5 zu 1171,5 zu 1172,5 zu 1173,5 zu 1174,5 zu 1175,5 zu 1176,5 zu 1177,5 zu 1178,5 zu 1179,5 zu 1180,5 zu 1181,5 zu 1182,5 zu 1183,5 zu 1184,5 zu 1185,5 zu 1186,5 zu 1187,5 zu 1188,5 zu 1189,5 zu 1190,5 zu 1191,5 zu 1192,5 zu 1193,5 zu 1194,5 zu 1195,5 zu 1196,5 zu 1197,5 zu 1198,5 zu 1199,5 zu 1200,5 zu 1201,5 zu 1202,5 zu 1203,5 zu 1204,5 zu 1205,5 zu 1206,5 zu 1207,5 zu 1208,5 zu 1209,5 zu 1210,5 zu 1211,5 zu 1212,5 zu 1213,5 zu 1214,5 zu 1215,5 zu 1216,5 zu 1217,5 zu 1218,5 zu 1219,5 zu 1220,5 zu 1221,5 zu 1222,5 zu 1223,5 zu 1224,5 zu 1225,5 zu 1226,5 zu 1227,5 zu 1228,5 zu 1229,5 zu 1230,5 zu 1231,5 zu 1232,5 zu 1233,5 zu 1234,5 zu 1235,5 zu 1236,5 zu 1237,5 zu 1238,5 zu 1239,5 zu 1240,5 zu 1241,5 zu 1242,5 zu 1243,5 zu 1244,5 zu 1245,5 zu 1246,5 zu 1247,5 zu 1248,5 zu 1249,5 zu 1250,5 zu 1251,5 zu 1252,5 zu 1253,5 zu 1254,5 zu 1255,5 zu 1256,5 zu 1257,5 zu 1258,5 zu 1259,5 zu 1260,5 zu 1261,5 zu 1262,5 zu 1263,5 zu 1264,5 zu 1265,5 zu 1266,5 zu 1267,5 zu 1268,5 zu 1269,5 zu 1270,5 zu 1271,5 zu 1272,5 zu 1273,5 zu 1274,5 zu 1275,5 zu 1276,5 zu 1277,5 zu 1278,5 zu 1279,5 zu 1280,5 zu 1281,5 zu 1282,5 zu 1283,5 zu 1284,5 zu 1285,5 zu 1286,5 zu 1287,5 zu 1288,5 zu 1289,5 zu 1290,5 zu 1291,5 zu 1292,5 zu 1293,5 zu 1294,5 zu 1295,5 zu 1296,5 zu 1297,5 zu 1298,5 zu 1299,5 zu 1300,5 zu 1301,5 zu 1302,5 zu 1303,5 zu 1304,5 zu 1305,5 zu 1306,5 zu 1307,5 zu 1308,5 zu 1309,5 zu 1310,5 zu 1311,5 zu 1312,5 zu 1313,5 zu 1314,5 zu 1315,5 zu 1316,5 zu 1317,5 zu 1318,5 zu 1319,5 zu 1320,5 zu 1321,5 zu 1322,5 zu 1323,5 zu 1324,5 zu 1325,5 zu 1326,5 zu 1327,5 zu 1328,5 zu 1329,5 zu 1330,5 zu 1331,5 zu 1332,5 zu 1333,5 zu 1334,5 zu 1335,5 zu 1336,5 zu 1337,5 zu 1338,5 zu 1339,5 zu 1340,5 zu 1341,5 zu 1342,5 zu 1343,5 zu 1344,5 zu 1345,5 zu 1346,5 zu 1347,5 zu 1348,5 zu 1349,5 zu 1350,5 zu 1351,5 zu 1352,5 zu 1353,5 zu 1354,5 zu 1355,5 zu 1356,5 zu 1357,5 zu 1358,5 zu 1359,5 zu 1360,5 zu 1361,5 zu 1362,5 zu 1363,5 zu 1364,5 zu 1365,5 zu 1366,5 zu 1367,5 zu 1368,5 zu 1369,5 zu 1370,5 zu 1371,5 zu 1372,5 zu 1373,5 zu 1374,5 zu 1375,5 zu 1376,5 zu 1377,5 zu 1378,5 zu 1379,5 zu 1380,5 zu 1381,5 zu 1382,5 zu 1383,5 zu 1384,5 zu 1385,5 zu 1386,5 zu 1387,5 zu 1388,5 zu 1389,5 zu 1390,5 zu 1391,5 zu 1392,5 zu 1393,5 zu 1394,5 zu 1395,5 zu 1396,5 zu 1397,5 zu 1398,5 zu 1399,5 zu 1400,5 zu 1401,5 zu 1402,5 zu 1403,5 zu 1404,5 zu 1405,5 zu 1406,5 zu 1407,5 zu 1408,5 zu 1409,5 zu 1410,5 zu 1411,5 zu 1412,5 zu 1413,5 zu 1414,5 zu 1415,5 zu 1416,5 zu 1417,5 zu 1418,5 zu 1419,5 zu 1420,5 zu 1421,5 zu 1422,5 zu 1423,5 zu 1424,5 zu 1425,5 zu 1426,5 zu 1427,5 zu 1428,5 zu 1429,5 zu 1430,5 zu 1431,5 zu 1432,5 zu 1433,5 zu 1434,5 zu 1435,5 zu 1436,5 zu 1437,5 zu 1438,5 zu 1439,5 zu 1440,5 zu 1441,5 zu 1442,5 zu 1443,5 zu 1444,5 zu 1445,5 zu 1446,5 zu 1447,5 zu 1448,5 zu 1449,5 zu 1450,5 zu 1451,5 zu 1452,5 zu 1453,5 zu 1454,5 zu 1455,5 zu 1456,5 zu 1457,5 zu 1458,5 zu 1459,5 zu 1460,5 zu 1461,5 zu 1462,5 zu 1463,5 zu 1464,5 zu 1465,5 zu 1466,5 zu 1467,5 zu 1468,5 zu 1469,5 zu 1470,5 zu 1471,5 zu 1472,5 zu 1473,5 zu 1474,5 zu 1475,5 zu 1476,5 zu 1477,5 zu 1478,5 zu 1479,5 zu 1480,5 zu 1481,5 zu 1482,5 zu 1483,5 zu 1484,5 zu 1485,5 zu 1486,5 zu 1487,5 zu 1488,5 zu 1489,5 zu 1490,5 zu 1491,5 zu 1492,5 zu 1493,5 zu 1494,5 zu 1495,5 zu 1496,5 zu 1497,5 zu 1498,5 zu 1499,5 zu 1500,5 zu 1501,5 zu 1502,5 zu 1503,5 zu 1504,5 zu 1505,5 zu 1506,5 zu 1507,5 zu 1508,5 zu 1509,5 zu 1510,5 zu 1511,5 zu 1512,5 zu 1513,5 zu 1514,5 zu 1515,5 zu 1516,5 zu 1517,5 zu 1518,5 zu 1519,5 zu 1520,5 zu 1521,5 zu 1522,5 zu 1523,5 zu 1524,5 zu 1525,5 zu 1526,5 zu 1527,5 zu 1528,5 zu 1529,5 zu 1530,5 zu 1531,5 zu 1532,5 zu 1533,5 zu 1534,5 zu 1535,5 zu 1536,5 zu 1537,5 zu 1538,5 zu 1539,5 zu 1540,5 zu 1541,5 zu 1542,5 zu 1543,5 zu 1544,5 zu 1545,5 zu 1546,5 zu 1547,5 zu 1548,5 zu 1549,5 zu 1550,5 zu 1551,5 zu 1552,5 zu 1553,5 zu 1554,5 zu 1555,5 zu 1556,5 zu 1557,5 zu 1558,5 zu 1559,5 zu 1560,5 zu 1561,5 zu 1562,5 zu 1563,5 zu 1564,5 zu 1565,5 zu 1566,5 zu 1567,5 zu 1568,5 zu 1569,5 zu 1570,5 zu 1571,5 zu 1572,5 zu 1573,5 zu 1574,5 zu 1575,5 zu 1576,5 zu 1577,5 zu 1578,5 zu 1579,5 zu 1580,5 zu 1581,5 zu 1582,5 zu 1583,5 zu 1584,5 zu 1585,5 zu 1586,5 zu 1587,5 zu 1588,5 zu 1589,5 zu 1590,5 zu 1591,5 zu 1592,5 zu 1593,5 zu 1594,5 zu 1595,5 zu 1596,5 zu 1597,5 zu 1598,5 zu 1599,5 zu 1600,5 zu 1601,5 zu 1602,5 zu 1603,5 zu 1604,5 zu 1605,5 zu 1606,5 zu 1607,5 zu 1608,5 zu 1609,5 zu

Fortsetzung von vorheriger Seite

Ein europäischer Kräftevergleich je derzeit einsatzbereiter Luft- und Landstreitkräfte, der Frankreich und die westliche UdSSR einschließt, kommt zu dem Ergebnis, daß 1.408.000 NATO-Soldaten 1.240.000 Soldaten des Warschauer Paktes gegenüber stehen. (5) Von einer östlichen Überlegenheit bei den Personalstärken der Streitkräfte kann somit nicht die Rede sein.

Die Truppenzahlen in Friedenszeiten

Das konventionelle Kräfteverhältnis in Europa verändert sich noch weiter zugunsten der NATO, wenn man den höchst unterschiedlichen Präsenzgrad der bittlichen Divisionen, d. h. nicht die Zahlen auf dem Papier (für den Mobilmachungsfall), sondern die realen Zahlen in Friedenszeiten betrachtet. Gienemhin werden die Warschauer Pakt Streitkräfte in drei Kategorien unterteilt. Zur Kategorie 1 zählen die Divisionen, die zu 75 bis 100% personell aufgefüllt und voll ausgerüstet sind. Das zitierte Weibuch nennt nicht nur diese Divisionen der Kategorie 1 sondern auch sämtliche anderen Divisionen in den geographischen Aufmarschräumen für den Kriegsfall „schnell verfügbar“, selbst wenn sie erst nach längerer Mobilmachung für den Kriegseinsatz tauglich wären.

Unter der Kategorie 2 werden die Divisionen zusammengefaßt, die zwar noch nahezu komplett mit Kampffahrzeugen etc. bestückt sind, aber nur 50% des Mannschaftsbestandes aufweisen (Andere Autoren — wie Jonathan Dean — sprechen gar von nur 15%). Man rechnet eine Woche bis maximal 10 Tage, bis diese voll einsatzbereit sein könnten.

Zur Kategorie 3 gehören Streitkräfte mit nur 10 bis maximal 25% Sollstärke und veralteter Ausrüstung. Hier würde eine Mobilmachungsfrist von vier Wochen bis zu 90 Tagen benötigt. (4)(5)

Laut Jonathan Dean, dem ehemaligen Leiter der amerikanischen MBR Delegation (7) in der UdSSR, sind 40 Divisionen der Kategorie 1, 30 Divisionen der Kategorie 2 und 30 Divisionen der Kategorie 3. Zusätzlich der westlichen UdSSR kommt hinzu auf 36 Divisionen dieser Klasse. Die CSSR und DDR unterhalten jeweils 6 und Polen 8 Verbände der 1. Kategorie. (8) Die Mehrheit der Divisionen ist also nicht schnell verfügbar.

Der Unterschied in der Grad der Einsatzbereitschaft läßt sich auch am Anteil der Kampfenenden und Berufssoldaten messen: In der NATO beträgt ihr Anteil 55% für den Warschauer Pakt wird ihr Anteil auf 35 bis 40% beziffert. (5)

Die rote Panzerwalze

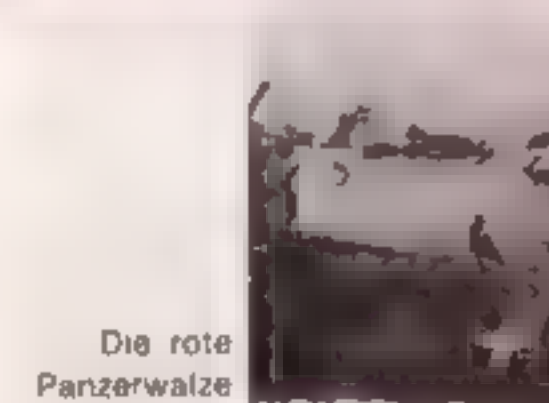
Die rote Panzerwalze

Die zahlenmäßige Überlegenheit des Warschauer Paktes bei der Panzerwalze wird ebenfalls als Beleg für östliche Überlegenheit und Aggressionsabsichten herangezogen. Das Weibbuch 1985 spricht diesbezüglich von 26.900 schnell verfügbaren Panzern des Warschauer Paktes, denen 13.470 der NATO gegenüberstehen. (2) Ausgemittelt bleiben hier 1.247 französische Panzer. Im Falle einer längeren Mobilmachung würde sich das Kräfteverhältnis angeblich sogar auf 46.230 zu 17.770 Panzer zugunsten des Warschauer Paktes belaufen. (2) Für eine schnelle oder längere Mobilisierung werden die gleichen geographischen Kriterien herangezogen wie bei den Truppen. Unterschlagen bleibt, daß ca. zwei Drittel der für den Einsatz gegen Westeuropa in Betracht kommenden Panzer ältere Divisionstypen des T-54/55 von über 30 Jahren sind. Nur ein Drittel besteht aus neueren T-64 und T-72 Panzern. (4) In deutlicher Abgrenzung um „politischen Mißbrauch übertriebener Kräftevergleiche“ der NATO erklärte jüngst der Verteidigungsausschuß der Versammlung der WEU zum Panzervergleich: „daß 34 Prozent der amerikanischen Panzer, nämlich 4.800, modernste Typen, M-1, seien, bei der Sowjetunion seien es bei dem vergleichbaren T-80 nur 2,5 Prozent oder 1.400 Stück. Bei den modernsten Panzern (M-1 und Leclerc) gehe es 8.142, im Osten (T-80 und T-72) 10.900, bei der etwas älteren Generation (Leclerc, M-48, A-1) gehe es 10.273, im Osten (T-62, T-64) 12.301. Nur bei den Panzern aus den fünfziger Jahren habe der Osten mit 23.000 T-54/55 die Überlegenheit gegenüber dem Westen mit 2.300 M-47/48. Die Hälfte des sowjetischen Panzerbestandes bestehe also aus den Typen der fünfziger Jahre.“ (24) Die ganze Panzerinvasionsgefahr besteht also in diesen alten Typen, die den Westen überrollen könnten.

Bei den Panzerabwehrwaffen ist die NATO quantitativ wie qualitativ deutlich überlegen. Die von Flugzeugen, Mehrfachraketenwerfern und Panzerabwehrhubschraubern verschossenen Waffen erreichen eine Trefferwahrscheinlichkeit von bis zu 97% (5) Panzerabwehrwaffen

können für die verschiedensten Reichweiten eingesetzt werden — bis tief in die Aufmarschräume des Gegners hinein, sodaß die Stoßkraft von vordrückenden Panzerverbänden schrittweise verringert werden kann. Die Entwicklung bei den Panzerabwehrwaffen stellt die Chancen des Panzers gegenüber Abwehrmitteln grundsätzlich in Frage. Bereits seit Jahren artikulieren sich in den USA militärische Denkschulen, die den Panzer als Waffe im elektronischen Zeitalter — mit seinen Zielerfassung- und Zielbekämpfungsmöglichkeiten bis in die Tiefe des gegnerischen Raumes — für ebenso überholt halten, wie es die Ritterrüstung nach der Erfindung des Schießgewehrs war.

Derzeit wollen einige NATO-Militärs und Propagandisten allerdings sowjetische Gegenmaßnahmen ausgemacht haben, die den technologischen Vorsprung des Westens ausgleichen und die vom Panzerarsenal ausgehende Bedrohung



Die rote Panzerwalze

verstärken. Geheimdienstanalysen kommen zu dem Ergebnis, daß ca. 6.000 der östlichen Panzer mit einer sogenannten „Aktivpanzerung“ ausgestattet worden seien, neben den neueren Modellen des T-64, T-72 und T-80-Panzers auch ältere T-55-Panzer. (2) Diese „Aktivpanzerung“ besteht aus einer Lage von Explosivstoffen, die in einem schalenförmigen, punktförmig wabenartig auf dem am meisten gefährdeten Stirnseite des Panzers und dem Turm angebracht wird. Wird eine dieser Waben von einer Panzerabwehrwaffe getroffen, so wird der Explosivstoff gezündet, explodiert ihr entgegen und schwächt die Wirkung gegen den Panzer ab.

Die neue Panzergeneration der NATO

Der NATO ist das System der „Aktivpanzerung“ seit langem bekannt. Anfang der 70er Jahre waren MBB-Ingenieure die ersten, die sich damit befaßten. Im Libanon-Krieg von 1982 waren die Israelis die ersten, die eine „Aktivpanzerung“ (mit dem Namen „Blazer“) einsetzten. Die NATO verfügt somit selbst über diese Technologie und könnte sie problemlos einführen. „Hätten wir die Nachrüstung mit Reaktivpanzerung als nötig angesehen? so hochleute des Pentagon, „hätten wir dies doch getan. Wir sind schließlich keine Narren.“ Und nur bei ihren ältesten Panzertypen, den M60 aus den 60er Jahren wollen die USA die „Aktivpanzerung“ für 20.000 Dollar pro Panzer einführen. (21)

Die neuen westlichen Panzer der Typen Leopard II (BRD), M-1 (USA) und Challenger (Großbritannien) sind bereits mit einem zusätzlichen Schutz gegen Hitze-Waffen ausgerüstet, der aus mehreren Lagen verschiedener Stähle besteht, in die Schichten von Keramik und Glasfaser eingebettet sind. Sie sollen an den am stärksten bedrohten Panzerpartien die Energie der Abwehrwaffen verzehren. Diese Panzerung soll ausgezeichnet wirken, denn „angeblich sei der Leopard II nicht in der Lage, einen anderen Leopard II frontal abzuschießen.“ (21)

Wie wenig Schutz die „Aktivpanzerung“ gegen moderne westliche Panzerabwehrwaffen verspricht, bewies der festfällige Libanon-Krieg. Gegen die Sager Panzerabwehrraketen sowjetischer

Herkunft bot die israelische Blazer „Aktivpanzerung“ noch Schutz. Der Einsatz von Milan- oder Hot-Projektilen aus deutsch-französischen Rüstungsschmelzen führte aber zu „starken Beschädigungen oder Ausfällen“ trotz Aktivpanzerung. (30) Die Zersörungskraft solcher Panzerabwehrwaffen ist auch noch längst nicht ausgereizt. MBB und die französische Firma Aerospatiale entwickeln derzeit sogenannte Tandem-Gefechtsköpfe, die im Ziel gleich zweimal explodieren. Die erste Ladung laßt die gegnerische „Aktivpanzerung“ quasi ins Leere verpuffen, die zweite stellt dann jenen Hohlraum dar, der durch die Panzerung ins Innere des Panzers gedrückt wird. Die „Aktivpanzerung“ wird somit an der Überlegenheit der Panzerabwehrwaffen nichts ändern.

Die Hauptfunktion der Diskussion über das angebliche oder tatsächliche Ausmaß östlicher „Aktivpanzerung“



beruht in der Legitimation eigener Aufstellungsbestrebungen, sowohl bei den Panzerabwehrwaffen als auch für neue Panzer.

Die neuen Hohlladungsgeschosse der NATO Anfang der 90er Jahre ein „Wundermittel“ als „Aktivpanzerung“

Die neuen Hohlladungsgeschosse der NATO Anfang der 90er Jahre ein „Wundermittel“ als „Aktivpanzerung“

Anderserseits braucht man neue Panzer, denn Abwehrwaffen konnten erst dann durch Infanterie und Kampfhubschrauber eingesetzt werden, wenn die Wucht eines ungreifenden Panzerverbandes schon mit anderen Mitteln gebrochen ist, wenn die eine Hälfte schon vernichtet und die andere Hälfte genügend zerstreut worden ist — vorausgesetzt, die in Deckung liegende Infanterie hat das dem Panzerangriff vorausgegangene Artilleriefeu überstanden. Die neuere Entwicklung bestätigt damit wiederum, daß die wirksamste Panzerabwehrwaffe ein anderer Kampfpanser ist. Die Spekulation von Überlegenheiten, man könne mit „aktiver Verteidigung“, mit „struktureller Nichtangriffsfähigkeit“ durch einseitigen Verzicht auf schwere Waffen verteidigen, erweist sich abermals als Wunschdenken. Strategische Defensive ist nicht unter voll ständigem Verzicht auf taktische Offensiv-Operationen („Gegenangriff“) und die entsprechenden beweglichen schweren Waffen möglich.“ (9)

Die modernen Panzer der NATO verschaffen aus ihren sogenannten Hohlladungsgeschossen pfeilhafte Wuchtgeschosse mit einem Längskern, der mit fünf facher Schallgeschwindigkeit eine solche Energie entwickelt, daß selbst ein mit „Aktivpanzerung“ versehenes Gefährt nicht die geringste Chance hätte.

Inzwischen haben die Amerikaner nun „irrtümlich“ eine wirklich revolutionäre Panzerung entwickelt, die aus „entzerrtem“ Uran besteht. (1) Dieses Metall mit einer zweieinhalbfachen Dichte als herkömmlicher Stahl ist von extremer Härte. Es bietet „Schutz nicht nur gegen alle gegenwärtigen, sondern auch gegen künftige zu erwartende Panzerabwehrwaffen der Sowjetunion.“ 2.399 Stück des neuen M1-A1 bezieht die US-Armee ab Oktober mit Verzug für die US-Truppen in der BRD. „Deutsche Panzerexperten

Zur NATO-Überlegenheit bei Flotte und Luftwaffe

Warum will die NATO nur über Land aber nicht über Luft- und Seestreitkräfte verhandeln? „Offenbar deshalb, weil bei der ersten Bedrohung der Osten, in den anderen beiden Bereichen über der Westen vorn liegt. Oder ist z. B. ein Panzer gefährlicher als ein Bomber oder ein Flugzeugträger?“ schrieb Wjatscheslaw Bonkow in der sowjetischen Zeitschrift „Neue Zeit“ (s. AK 292).

Zu einem vollständigen Kräftevergleich gehören Luft- und Seestreitkräfte hinzu, die in diesem Artikel weitgehend ausgeklammert sind. Auch dabei herrscht die NATO ihre Zahlenspiegeln, um die sowjetische Gefahr und Überlegenheit an die Wand zu malen. Aber real ist die NATO damit überlegen, daß wir hier stellvertretend Siegfried Thielbeer aus der „Frankfurter Allgemeinen“ (23) zu Wort kommen lassen können. Er ist nach wie vor unerschütterlich, die Lage zu „beschönigen“. Er schreibt in seiner Betrachtung zum neuesten Kräftevergleich, den die Bundesregierung veröffentlicht hat:

„Die maritime Überlegenheit des Westens ergibt sich deutlich aus allen Zahlen. Doch wird im dem Vergleich — zu Recht — darauf hingewiesen, daß die atlantische Allianz, von der ungehinderter Nutzung der Seewege abhängig, für die Verteidigung umfangreichere Kräfte benötigt als der Angreifer. Denn der Angreifer muß diese Wege nicht beherrschen, sondern nur unterbrechen. Ein numerischer Vergleich sei daher unvollständig und müsse an den Fähigkeiten der Westlichen Aufgaben gegen den Woz und für anderen Seite durchsetzen zu können, gemessen werden.“

Die Luftüberlegenheit des Westens ergibt sich indirekt. Hier müssen insbesondere Globalzahlen beachtet werden. Was ist die Luftstreitkräfte des Warschauer Paktes, so heißt es, immer 14.000 Kampfflugzeuge! Da die NATO 18.000 der NATO in Europa gegenüber, so wird behauptet, beträgt die Warschauer Pakt 7.465 Kampfflugzeuge bei Einsatzverbänden. (Freilich werden die Leser kaum wissen, daß im Warschauer Pakt auch jede dritte Staffel der Einsatzregimenter Schulflugzeuge hat.) Die „Nato-Luftstreitkräfte“ konnten demgegenüber weltweit 9.000 Kampfflugzeuge (ohne die offensichtlich ein Druckfehler in der fünften Seite II weit über 12.000 erwirbt, gemeint und Kampfflugzeuge) aufweisen. Wer nicht die analoge Formulierung erwartet, lassen stehen dem Warschauer Pakt in Europa gegenüber bemerkt erdumt.

und Kampfflugzeuge) aufweisen. Wer nicht die analoge Formulierung erwartet, lassen stehen dem Warschauer Pakt in Europa gegenüber bemerkt erdumt.

wurde 1984 im Nato-Vergleich das spanische (etwa 300) und vor allem das französische Potential (etwa 700) an Kampfflugzeugen weggelassen, die dem NATO-Überlegenheits-Lapetus (Saceur) nicht unterstehen. Ohne die Definition zu ändern, ist aber jetzt das ses Potential eingerechnet worden.

Die Vereinigten Staaten und Kanada, so heißt es jetzt, seien „in der Lage 1050 weitere Kampfflugzeuge vor Amerika nach Europa zu verlegen.“ Im Nato-Kräftevergleich 1984 war von 1.750 Flugzeugen die Rede. 1987 aber sprach der amerikanische Luftwaffenchef General Welch, um die Bedeutung dieser ständig geübten Verlegung nach Europa hervorzuheben, von mehr als 2.000 Kampfflugzeugen als Verstärkungskräften. In der Pentagonsstudie „Soviet Military Power“ von 1987 wird von den Amerikanern eine nationale Fortschreibung des Nato-Kräftevergleichs nach dessen Kriterien vorgelegt. Nach Verstärkung sähe das Kräfteverhältnis in Europa dann so aus: Jagdbomber 3.450 (Nato), 2.600 (Warschauer Pakt), Jagdflugzeug 1.170 2.800, Aufklärer 430 690, Bomber 75 460. Die Nato ist also bei 6.000, der Pakt bei 4.690. Der Vergleich der Luftverteidigung. Dabei wird hier, die Pentagonsstudie weist darauf hin, so wie im Natovergleich 1984, die 900 Flugzeuge Spaniens und Frankreichs nicht gerechnet.

Nur nach genauerem Lesen des Bonner Textes und im Vergleich mit den HSS Angaben kann der Leser auch bei diesen Zahlen eine „Ausgleichsrechnung“ ausgemacht werden. Die Tatsache verbirgt, daß die amerikanischen Trägerflugzeuge (etwa 1.000 Kampfflugzeuge allein bei den 13 aktiven Geschwadern) und die Kampfflugzeuge der Marineflottilie (etwa 400) nicht eingezeichnet wurden. Es ist also nicht die 1.750 Flugzeuge des Warschauer Pakt in der Lage sind und damit zu dem dort hohen Luftverteidigungsaufwand führen.

Undeutlich nur wird schließlich auf die „zusätzliche“ größere Reichweite höherer Wallentlast, bessere Elektronik — hingewiesen. Obwohl die Nato-Luftstreitkräfte 1.750 Kampfflugzeuge (ohne die 900 Marineflottilie) aufweisen, so wird behauptet, so wie im Natovergleich 1984, die 900 Flugzeuge Spaniens und Frankreichs nicht gerechnet.

ve Vorsprung beim Material zum meind geringer? Vielmehr wird hervor gehoben, daß auch die Sowjetunion jetzt modernste Flugzeuge habe. Degen

Ein Märchen mit Geschichte

Die heutigen Lügen der NATO über die zahlenmäßige sowjetische militärische Überlegenheit können sich auf eindeutige historische Vorläufer berufen. Je des deutsche Kind kann es noch heute hören, daß damals im zweiten Weltkrieg der „deutsche Landser“ heldenhaft mit einer zahlenmäßigen riesigen Überlegenheit der Roten Armee, vor allem bei den Panzern, anfangs Katz und Maus spielte, später aber aufgrund der vielen Feinde nicht standhalten konnte. Es soll hier deshalb noch einmal kurz wieder gegeben werden, was im AK da zu schon einmal gestanden hatte (in der Weltkronenserie, hier: AK 225, S. 18, Anm. 44).

„Mit über 3 Mio. Mann in 152 Divisionen trat am 22.6.41 die größte Armee die jemals für einen Feldzug konzentriert worden war, zum Angriff gegen die Sowjetunion auf der gesamten Breite der Grenze an. Hinzukamen 37 Divisionen (900.000 Mann) der Verbundarmeen.“ (1) Verglichen damit war die Rote Armee in der Abwehr zunächst sogar zahlenmäßig unterlegen zur Verfügung standen in den westlichen Militärbezirken lediglich 170 Divisionen mit 2,68 Mio. Mann. (Sowjetische Divisionen waren sehr viel kleiner als die deutschen.) Etwa 1,5 Mio. Mann mußten in Ostsibirien bereit gehalten werden um Japan von einer Aggression abzusichern. Die Zahl der sowjetischen Panzer und Flugzeuge übertraf die der Angreifer bei weitem, jedoch bestand bei den kriegsentscheidenden, modern-

sten Wallentypen, die es mit denen der Wehrmacht aufnehmen konnten, ein ungefähres zahlenmäßiges Gleichgewicht. Auf dieser Basis konnte sich das „know how“ der Wehrmacht, die vier Kriegskampagnen erfolgreich abgeschlossen hatte, in den ersten Kriegsmontaten voll entfalten. Hinzukam als wichtiger Faktor die unvergleichlich bessere Ausstattung der deutschen Truppen mit Kraftfahrzeugen. (1)

Die Sowjetunion hatte zum Zeitpunkt des Überfalls 24.000 Panzer (1). Da die Wehrmacht für den Angriff etwa 3.200 Panzer bereitgestellt hatte (1) ergibt sich eine scheinbare sowjetische Überlegenheit von 7:1. Nimmt man indessen nur die vergleichbaren mittleren und schweren Panzer heraus, so hat die Wehrmacht 1.404 Stück (1), während die Sowjetunion 1.475 (1) hatte. Das Gros der sowjetischen Panzer war veraltet und/oder den Panzern nicht gewachsen. Die meisten gingen in den ersten Kriegsmontaten verloren. Der sowjetische T-34 (1) gilt in der Summe seiner Eigenschaften als bester Panzer des 2. Weltkrieges. Es soll bei dieser Gelegenheit nicht unterschlagen werden, daß der T-34 eigentlich schon Anfang der 30er Jahre entwickelt worden war (1). Dieser Vorsprung wurde durch die Mitte der 30er Jahre einsetzenden „Säuberungen“, die auch die militärische Führung schwer trafen (1937/38), zunichte gemacht, die Panzerverbände wurden aufgelöst, die Massenproduktion des T-34 bis 1941 nicht weiter betrieben.“

Fortsetzung nächste Seite

Die Afrika-Spur:

AIDS-Legende mit zähem Leben

„In diesem Gebiet verbirgt sich irgendwo der Ursprung der ganzen Epidemie im tropischen Dunkel.“

Michael G. Koch, Gauweiler-Berater, in seinem Buch „AIDS. Vom Molekül zur Pandemie“

Nach gängiger Lesart wurden die ersten Fälle von AIDS 1981 in den USA bekannt. Als Auslöser der Krankheit wurde ein Virus (später HIV genannt) 1983 von Montagnier in Frankreich bzw. 1984 von Gallo in den USA gefunden. Die Forschung hat sich weltweit dem Bau und den Eigenschaften des Virus zugewandt und rasch detaillierte Kenntnisse erreicht. Hoffnungen auf eine Therapie oder einen Impfstoff gründen sich darauf.

Das Problem AIDS geht über die biologisch-medizinische Seite hinaus. Die sich genug hat Jonathan Mann, Direktor des AIDS-Programms der Weltgesundheitsorganisation WHO, auf der Londoner Weltkonferenz 1987 vorgeschlagen, von einer *dreifachen* Epidemie auszugehen. Er nennt *die HIV-Infektion, die Krankheit AIDS und die sozialen, kulturellen, politischen und ökonomischen Reaktionen und Antworten.* (1)

Die gesellschaftliche Reaktion auf AIDS — Manns „dritte Epidemie“ — wird von der WHO gerade deshalb betont, weil sich hier ein weites Spektrum an nicht nur falschen, sondern antidemokratischen und diskriminierenden Maßnahmen abzeichnet. Mann hat wiederholt von der Gefahr von Rassismus und Faschismus gesprochen (vgl. AK 292).

Eine Legende entsteht

Einzelne Elemente, die ideologischen Absicherungen solche Reaktionen fördern, sind seit einiger Zeit eingetragene. Offenbar ist es keine Erklärung der Massenmedien, deren Aufbereitung ihrer oft allerdings zur wirksamen Propaganda werden (2). Wie mehr hat sich als Produkt der Vermutungen, des Argwohns und wohl auch leicht der Vorurteile verschiedener Wissenschaftler die Ansicht entwickelt, AIDS sei eine „afrikanische Krankheit“. Mehrfach vertiert, läuft diese Spekulation im Kern derart hinaus: „Die AIDS-Spur führt nach Afrika.“ Solche Aussagen sind in Afrika heimisch: von dort habe es die Welt zu zie. Die möglichen Folgen solcher Thesen waren leicht vorzusehen und sind prompt eingetreten: eine Abwehrreaktion in Afrika, wo diese Art Schuldzuweisung durch Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit primär in den USA und Europa Informationsaustausch und die Einleitung von Hilfsmaßnahmen zunächst beforderten, in den USA und Europa (aber auch in asiatischen Staaten, z.B. in Indien) die Mobilisierung rassistischer Vorurteile gegen Afrikaner. Kein Wunder, daß Rechtsextremisten verschiedener Couleur sich bald die AIDS-Thematik mit einem rassistischen Stoff, mit einer abgegrenzten, zu Fackelrecht und zur BRD AK (3).

Zwar war das zu erwarten. Selbst prominente AIDS-Experten fühlten jedoch keinerlei Skrupel, ins Blaue hinein zu spekulieren und mit entsprechenden Theorien hausieren zu gehen. So geht die These, AIDS sei durch Übertragung von einem afrikanischen Affen entstanden, auf den US-Virologen Essex zurück, der sie 1985 verbreitete, ohne damit aber beanspruchen zu können, Vater der „Afrika-Spur“ zu sein. Der US-Experte Gallo, Mitentdecker des Virus, hat sich schon anhand des HTLV-I-Virus, den er zu nächst zum AIDS-Auslöser erklärte, „zu folgender Hypothese (veranlaßt gesehen): HTLV-I stammt ursprünglich aus Afrika, wo es viele dort lebende Primaten einschließt der Spezies Mensch infizierte, nach Amerika gelangte es dann mit dem Sklavenhandel.“ (3) Von Portugiesen — mit afrikanischen Sklaven und Affen im Anhang — sei HTLV-I im 16. Jahrhundert bis nach Japan verbreitet worden. (4)

Die Absonderlichkeit solcher Spekulationen blieben nicht unversprochen. Nicht allein in der US-Schwulbewegung kursierte frühzeitig die Version, AIDS sei künstlich geschaffen, von CIA und/oder MI-6 entwickelt — ohne daß über die Verdachtsstufe hinaus nähere Beweise vorgelegt werden konnten (siehe beispielhaft AK 292). Ebenfalls unbewiesen blieb die von der UdSSR zunächst verbreitete Behauptung, AIDS könne ein Produkt gentechnischer Manipulation sein, entwickelt im Auftrag von CIA/MI-



itär Erfahrungen mit dem Wissenschaftsbetrieb in Molekularbiologie und Gen-Forschung brachten zusätzliche Verdachtsmomente dafür zutage, daß AIDS seinen Ursprung in Virus-Manipulationen haben könnte (5).

Schnell entwickelte die DDR-Fachleute Jakob und E. H. Segal (Biophysiker Immunolog) im seit Mitte 1986 ihre Analyse, AIDS sei „man-made in USA“. Unter anderem behaupten sie auch eingehend mit der „Afrika-Spur“ (6). Die Segals meinten damals, die Legende endgültig entlarvt zu haben: „Es gibt also keinen wissenschaftlich fundierten Grund für die Annahme, daß AIDS sei in Afrika entstanden und habe sich von dort aus über die restliche Welt verbreitet.“ (7)

„Hieb- und stichfest“

„Hieb- und stichfest“

Seitdem ist die „Afrika-Spur“ jedoch keineswegs in der Versenkung verschwunden. In Wissenschaftlerkreisen werden Zweifel und Kritik souverän harsch geschoben und wenn sich einzelne Elemente als ultra unglaubwürdig erweisen — wie etwa die Affenstory —, dann wird halt eine neue Wendung der „Spur“ favorisiert. „African Forscher wie der Virologe Reinhard Kurth vom Frankfurter Paul Ehrlich Institut glauben trotzdem an die afrikanischen Wurzeln von Aids. Die Krankheit so meint Kurth, habe schon lange als village disease (Dorferkrankheit) in entlegenen und isoliert lebenden Stämmen existiert. Erst durch eine zunehmende Stadtfucht sei das HIV in die großen Städte gekommen und habe ideale Ausbreitungswege gefunden.“ (8)

Auch dies ist von Gallo abgesegnet. „Herr Gallo meint, daß Idi Amin an allem Schuld ist. In den 70er Jahren hat er die Landbevölkerung in den Städten konzentriert und damit einem Virus, der 1973 in Uganda auf dem Lande vorgekommen ist, Zugang zu Ballungsräumen und damit ungehinderte Ausbreitung verschafft.“

Mittlerweile gilt die „Afrika-Spur“ aber auch als realsozialistische These. UdSSR- und DDR-Forscher sind von den CIA- und Gentechnik-Thesen abgerückt, von den Segals ist keine Rede mehr. Nicht allein wird ausgeschlossen, „daß das Virus HIV von Menschenhand hergestellt worden sein könne“, so der Direktor des Instituts für Virologie der Humboldt-Universität (Berlin/DDR), Rosenthal, „Über die mutmaßliche Herkunft des HIV-Virus sagte Rosenthal: Sehr wahrscheinlich aus Zentralafrika. Aufgrund der Tatsache, daß in einigen zentralafrikanischen Ländern das Ausmaß der Durchsuchung sehr hoch ist, wird das geschlußfolgert.“ (10)

Ist die „Afrika-Spur“ auf diese Weise „nahezu zu einem erwiesenen Tatbestand avanciert“ (11), so ist es umso weniger verwunderlich, daß sie auf der Ebene des Massen-Buchmarktes und der Medien als cherne Wahrheit gehandelt wird. Afrikanische Affen, der Verbreitungsweg von Zentralafrika über Haiti nach USA, die Zwischenträger in Haiti als ehemalige „Negersklaven“ — alles wird vor dem Publikum ausgebreitet: „Wie der AIDS-Er-

reger wirklich von Afrika nach Amerika und Europa kam“, heißt es da beispielsweise: „Das Dunkel, das bislang über dem Weg des AIDS-Erregers von Afrika nach Europa und Amerika lag, ist inzwischen hieb- und stichfest nachweisbaren Beweisen gewichen.“ (12)

Drei-thesen-Theorie

Im wesentlichen berufen sich die Vertreter der „Afrika-Spur“ auf drei Thesen. Abzusehen ist dabei von der schlichten Feststellung, daß Afrika, genauer ein ganzes Land in Afrika, relativ hohe Infektions- und auch Erkrankungszahlen mit sich. Insgesamt gibt es kein ausreichendes und gesichertes Zahlenmaterial, wie überhaupt viele Informationen über afrikanische kulturelle soziale politische auch medizinische — Gegebenheiten überhaupt viele Informationen über afrikanische kulturelle, soziale, politische auch medizinische — Gegebenheiten eher aus US- bzw. europäischen Vorurteilen gezaubert werden, als auf realen Kenntnissen beruhen. Die bloße Tatsache der Verbreitung von AIDS besagt aber natürlich ohnehin nichts über die mögliche Herkunft. Gerade diese Überlegung bildet ja den Start aller Spekulationen in Richtung Afrika — sonst wären nämlich New York oder Kalifornien als AIDS-Ursprungsplätze längst allgemein anerkannt (13).

Die drei Thesen der „Afrika-Spur“ sind folgende:

1. Der ursprüngliche Verbreitungsweg des Virus bzw. der Krankheit läßt sich von den USA nach Haiti und von dort nach Zentralafrika zurückverfolgen.
2. AIDS war in Zentralafrika schon Jahr zehnte vor dem Auftauchen in den USA (bzw. anderen Weltregionen) vorhanden, möglicherweise schon immer.
3. AIDS ist durch Virusübertragung von afrikanischen Affen entstanden.

Export-Import

Nach der Entdeckung wurde AIDS zunächst als Schwulen-Krankheit, dann als Fixer- und schließlich als Einwandererkrankheit identifiziert. Sogleich begann die Spurensuche außerhalb der USA. „Die ersten AIDS-Erkrankungen in Haiti wurden etwa zur gleichen Zeit wie in New York beobachtet. Die ersten Opfer dort lebten jedoch fast ausschließlich in der Hauptstadt Port au Prince, bekanntlich ein beliebtes Ausflugsziel nordamerikanischer Touristen.“ (14)

In der Folge wurden Haitianer — wie Homosexuelle und Fixer — als besondere Risikogruppe indiziert. „Nachdem in den US-Medien zunächst Haiti als AIDS-Exporteur propagiert wurde, mußten schließlich selbst US-Wissenschaftler zugeben, daß die umgekehrte Richtung ebenso möglich wäre.“ (15) Also wurden sie nun offiziell von der Liste der sogenannten Risikogruppen gestrichen. AIDS gab es in den USA nämlich bereits 1978 unter Homosexuellen, erst ca. zwei Jahre später unter (wahrscheinlich nicht homosexuellen) US-Haitianern.“ (16)

Die Suche nach dem Ursprung außerhalb der USA mußte weitergehen. Nach

Haiti bzw. direkt in die USA sei AIDS durch Heimkehrer eingeführt worden, die in Afrika gearbeitet hätten, vor allem in Zaire, lautete die nächste Vermutung. Mit dieser verlängerten „Spur“ schienen alle Fakten vereinbar zu sein. Mit den vorhandenen Zahlen aus Afrika freilich mußte bemerkenswert lax umgegangen werden. Die dort registrierten AIDS-Fälle datieren erst ab 1982, mit starkem Anstieg in den folgenden Jahren. (17)

Dies gilt wie für Zaire auch für die benachbarten Länder, die bald als alternative Ursprungsregionen vorgeschlagen wurden, so Uganda, wo heute angeblich davon auszugehen ist, daß in der „Hauptstadt Kampala zehn Prozent der sexuell aktiven Bevölkerung HIV-positiv“ sind (was über die tatsächliche Erkrankungsrate noch nichts besagt); „1984 waren AIDS-Kranke noch eine Seltenheit“ in Kampala (18).

rate noch nichts besagt. 1984 waren AIDS-Kranke noch eine Seltenheit“ in Kampala (18).

Andere Indizien, die wie die zeitlichen Verhältnisse ein Eindringen des Virus von außerhalb Afrikas zumindest so denkbar erscheinen lassen wie den umgekehrten Weg, bleiben nahezu unberücksichtigt. Die Häufung von AIDS-Fällen bzw. hohe HIV-positiv-Stichproben entsprechen der durch Zentralafrika von Akkra bis Mogadischu und Monrovia laufenden Fernfahrer-Route. Sollte ein Verkehrsweg von Küste zu Küste HIV-Import nach Afrika nicht ebenso nahelegen wie Export? (19)

Die offensichtliche Dürftigkeit des Befundes an nachprüfbar Angaben wird üblicherweise versucht auf dreifachem Wege aufzubessern: Einmal indem andere Infektions- und Immunschwächekrankheiten, die teils AIDS-ähnlich, teils oft mit anderen AIDS-Folgen zusammen auftreten, zu Vorläufern bzw. „unerkannten AIDS“ erklärt werden, so etwa die Magerkrankheit („slim disease“), so das Kaposi Sarkom (ein Hautkrebs). Unter solchen Vorzeichen liegt Afrika dann freilich Jahre vor den USA.

Zweitens wird versucht, möglichst vor 1982 klingende, einzelne AIDS-Fälle in Afrika aufzuspüren, um dessen Einschleppung nach USA bzw. Europa (mit den dort frühestens etwa 1977 „rekonstruierten“ Fällen) glaubhaft zu machen. Von solchen frühen Fällen wird gelegentlich berichtet, so von dem einer dänischen Ärztin, die 1977 in Kinshasa gestorben ist — angeblich an AIDS. Fest steht jedoch nur, daß sie an zwei Infektionskrankheiten litt, die auch als AIDS-Symptome auftreten. (20)

Mit der gleichen Methode einer nachträglichen AIDS-Diagnose ist aber auch schon ein 1969 in Missouri gestorbener 15-jähriger US-Amerikaner als AIDS-Fall „entdeckt“ worden. (21)

Um bei Beweisführung nach solchem Muster nicht in krassste AIDS-Mythologie verfallen zu müssen, ist deshalb der scheinbar vielversprechendere Weg beschritten worden, ältere Blutseren auf HIV-Antikörper zu untersuchen, um AIDS endgültig in der afrikanischen Vergangenheit fixieren zu können.

Zunächst sei aber noch auf Überlegungen hingewiesen, die bei den Konstrukteuren der „Afrika-Spur“ wenig Beachtung

finden. Ausgerechnet den AIDS-Verbreitungsweg Zentralafrika — Haiti — New York/USA etc. anzunehmen, ist schon deshalb unbefriedigend, weil andere Wege genauso denkbar wären, wenn nicht näher lägen. Wie schon die Segals feststellten: „Keiner von denen, die die These unterstützen, daß AIDS seinen Ursprung in Afrika hat, behauptet sich jemals mit der Frage, warum diese Krankheit, wenn ihr Ursprung in Afrika liegt, ausschließlich nach New York City kam, denn es besteht kein Zweifel, daß sie sich von dort aus auf andere amerikanische Städte und dann nach Europa verbreitete. Während der Kolonialzeit waren britische, belgische, portugiesische und französische Truppen in Afrika stationiert, und Soldaten afrikanischer Herkunft waren in Europa. Da muß es auch Sexualkontakte gegeben haben, die vielen Kinder gemischter Rasse zeugen für diese Tatsache. Auch nach Erlangung der Unabhängigkeit waren die europäischen Kontakte durch Handelschiffe, Techniker, Ärzte und Lehrer noch zahlreicher als die neuen Kontakte mit den Vereinigten Staaten. So mußte AIDS Amerika auf dem Weg über Europa erreicht haben. Tatsächlich aber ging es den umgekehrten Weg.“ (22)

Denn wäre der zunehmende massenhafte Afrika-Tourismus aus Europa hinzuzufügen. (Im Jahr 1986 transportierte TL1 20.400 westdeutsche Touristen allein nach Kenia, der „African Safari Club“ noch einmal 25.000.) (23)

Ein tatsächlicher Verbreitungsweg, der mit der Rolle der USA als „Ursprungsland“ sehr viel zu tun hat, bis bei all dem außer acht. Unbestritten ist, daß ein Hauptmechanismus der weltweiten Anlagungsverbreitung von AIDS im Handel von Blut bzw. Blutpräparaten liegt/lag. (Der internationale Bluthandel) wird von vier Konzernen kontrolliert — von der „Behringwerke AG in Marburg, einer hundertprozentigen Tochtergesellschaft der Höchst AG, dem amerikanischen Pharmakonzern Baxter Travenol mit seinem deutschen Ableger Travenol, der österreichischen Serum-Firma Immuno AG und dem japanischen Unternehmen Green Cross“ (24). Unter kaum kontrollierten und kontrollierbaren Bedingungen wird Blut in Entwicklungsländern zu Billigpreisen aufgetauft und — als Mischung (von jeweils rund 200 Spendern) (25) — gehandelt, d.h. weltweit verkauft. Von den Konzernen sind Gesundheitskon-

kontrollen (25) — gehandelt, d.h. weltweit verkauft. Von den Konzernen sind Gesundheitskon-

rollen durchaus nicht zu erwarten. (26) So geht die Infizierung von bis zur Hälfte (ca. 3.000 Personen) der bis 1985 verorgenen Bluter in der BRD auf unkontrolliertes Blutplasma zurück. (27) Die Ware stammte zum überwiegenden Teil — 80% — aus den USA. (28) Weltweit ist deshalb die HIV-Infektion bzw. Erkrankung an AIDS, abgesehen von Auslandskontakten der Betroffenen nach USA bzw. Europa, auf die Verwendung von Blut(plasma) aus den USA zurückzuführen. Entsprechende Angaben liegen vor aus Jordanien und Saudi Arabien, Polen, der VR China, Japan, Großbritannien, Israel. (29) Die relativ niedrigen AIDS-Zahlen in Osteuropa, der UdSSR und der VR China lassen sich teilweise genau dadurch erklären: Sie waren/sind nicht in den US-Bluthandel einbezogen. (30)

Schlechtes Blut

AIDS Viren lassen sich nicht unmittelbar durch Bluttests feststellen, wohl aber Antikörper. Wenn also in jahre- und jahrzehntealten Blutproben Antikörper nachzuweisen wären, so die weitere Überlegung der Spurensucher, könnte der Beweis angetreten werden, daß damals schon AIDS vorhanden war (zumindest aber das Virus). Erste Untersuchungen an afrikanischen Blutproben aus den 50er bis 70er Jahren brachten auch in der Tat das gewünschte Ergebnis. Ab 1986 etwa folgte jedoch die Ernüchterung. Je älter nämlich Blutproben sind, um so unvermeidlicher ergibt sich eine Verfälschung des Untersuchungsmaterials, schon das bloße einmalige Einfrieren und Wiederauflösen einer Blutprobe reicht dazu nicht aus. (31) Dies gilt zumal bei den zuerst üblichen, ziemlich ungenauen Testmethoden. Sensationelle Befunde an afrikanischen Blutproben stellten sich bei späteren, genaueren Überprüfungen als entweder überhaupt nicht mehr positiv, d.h. HIV-anzigend, heraus oder als so schwach positiv, daß das Ergebnis zu keiner verlässlichen Aussage mehr taugt. Die ältesten Seren afrikanischen Ursprungs.

Fortsatzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

die auffindbar waren, gehen bis 1959 zurück, von 1.213 überprüften Proben aus dem Zeitraum 1959 bis 1980 fand sich schließlich nur eine einzige eindeutige positive. Die Herkunft gerade dieses Serums ließ sich aber nicht feststellen. Bei der Nach-Überprüfung von weiteren Seren aus dem Zeitraum 1964 bis '75 erwies sich nicht eine als positiv. (32) Dies gilt auch für die oft genannten Seren aus Uganda (ugandische Kinder) von 1972, deren Test typische HIV-Nachweise vermissen ließ. (33)

Außerdem ist grundsätzlich nicht auszuschließen, daß die vorhandenen Tests gar nicht exakt HIV-Antikörper nachweisen, sondern ebenso auch solche, die HIV-ähnliche Viren anzeigen, ohne daß diese mit AIDS etwas zu tun hätten. (Im übrigen zeichnen sich Retroviren (wie HIV) dadurch aus, daß sie sich recht schnell verändern – und ihr Verhalten gilt diese Möglichkeit allemal.) Anders ausgedrückt: „Da die Menschen im tropischen Afrika mit allen denkbaren Krankheitserregern in Kontakt kommen“ werden „bei den üblichen Blutuntersuchungen fälschlicherweise HIV-Antikörper festgestellt“ (34). Möglich ist es zu mindest – und die Stichhaltigkeit der Bluttests ist damit gleich null.

Nichtsdestoweniger wird immer wie-
der behauptet die „Afrika-Spur“ sei be-
wiesen. Ohne Abstrusitäten der denkwür-
digsten Art geht's dabei nicht. So folgte
dem wissenschaftlichen Staatsgaul vor
die Jüde nach dem afrikanischen Er-
sprung von AIDS zwar bald die ebenso
wissenschaftliche Widerlegung, im glei-
chen Atemzug (d.h. im gleichen Aufsatz
des Wissenschaftsblattes „Lancet“) wur-
de jedoch der afrikanische Ursprung für
un „plausibelsten“ erklärt (35).

Argument was soll offensichtlich daran sein? Wie anders sollte sich erklären, daß der AIDS-Experte des Bundesgesundheitsamt, Professor Meinrad Koch noch 1986 in einem Aufsatz meint, „erste klinische und serologische gezielte AIDS Fälle“ 1977 in Zaire feststellen zu können, obwohl doch die Autoren um Koch sich bereits ausdrücklich gegen dies behaupten: „Wir kennen (1.) keine Ursachen der Zentralfrika (2.) falls Ursprung der Krankheit anzweist (3.) Es war nicht möglich den Beginn von AIDS in Kongoza zeitlich fest zu legen“ (36).

Kach blieb bei seiner Behauptung: die ältesten Viren mit Antikörpern gegen HIV stammen aus den sechziger und dem Anfang der siebziger Jahre aus Afrika" (37), auch nachdem er durch die Untersuchung der Serals auf neuere Ergebnisse hingewiesen worden war.

Die Absurditäten, die sich mittels der Hutless-Argumentation erzeugen lassen, werden schließlich durch einen Hinweis verdeutlicht: den wieder die Segals gegeben haben. Im Blut von US-Bürgern aus den Jahren 1974 und vorher wurde HIV-Infektionsraten von 44% bzw. 50% gefunden. Die männliche US-Bevölkerung seit den 50er Jahren ganzheitlich oder zu 100% mit HIV-Infektion befallen, wie auch dieses in einem Polarisat dokumentiert machte keine Schlussfolgerungen ableitbar war es allzu puristisch wissenschaftlich betrachtet) und wollte im übrigen allzu wenig zu der in Konstruktion befindlichen „Afriku-Spur“ passen.

DIE SPUR

Von Affen und Menschen

Recht willkommen muß da die Idee erscheinen sein, AIDS wenn schon nicht so sehr nach geographischen dann biogeographischen Gesichtspunkten zu untersuchen und nicht wiederum zur „Afrikanischen Krankheit“ werden zu lassen: Als Virussträger fanden sich Tiere vor allem in Zentralafrika häufig verpaart und wie sie auf den Märkten im Kongobecken überliefert wurden“ — so wird populär fabuliert, wie die ersten Menschen (African Great Monkeys, cercopithecoideaethen) „Durch Kratz- und Bißwunden“ mit der z. B. in den Monkeys unter der „Krankheit“ (18) von welchem Virus ist aber die Rede? In diesen Affen wurde von einem US-Team (Essex u.a.), ohne daß die Tiere krank waren, bestimmt die Reize, angedankt, die gewisse Ähnlichkeiten mit den von AIDS-Forscher Gallo schon früher entdeckten Leukämie-viren HIV

und HTLV-II hatten, aber auch mit dem AIDS-Virus HIV, das Gallo damals noch HTLV-III nannte. Das Affen-Virus wurde nun als STLV III bezeichnet – statt „HT“ (für Human; Mensch) stand lediglich „S“ (für Simian; Affe). Dieses Affen-Virus sei auf den Menschen übertragen worden (Tatsächlich haben ca. 90% gesunder Afrikaner und 53% HIV-infizierter US-Amerikaner das Affen-Virus im Blut.) (39) Zwei keineswegs belanglose Virus-setzungen waren hiermit stillschweigend verbunden, um daraus eine plausible These zu schmieden: Das Virus, welches die Meerkatzen nicht krank macht (40), muß-

le sich nach der Übertragung auf den Menschen *erstens* in das menschliche AIDS-Virus verwandelt haben und das *zweitens* dergestalt, daß es — als HIV krankheitsverursachend wirkte.

Schon bei Auftauchen dieser Geschichte, 1985, stand aber fest, STLV III und HIV sind einander nur entfernt ähnlich (daß das Affen-Virus als Vorläufer des HIV nicht infragekommt (umgekehrt auch nicht), wie schließlich auch Essex einräumte (41).

Die Vorstellung, daß sich aus dem A1 len-Retrovirus das HIV entwickelt haben könnte, widerspricht, wie zumeist gesagt

wird, überhaupt allen bisherigen Vorstellungen über Retroviren. (42)

Allerdings scheint hier das letzte Wort noch nicht gesprochen. Unter Laborbedingungen ist die Übertragung von Viren des Makaken-Affen (einer Rhesus-Affenart, die ursprünglich aus Asien stammt), die bei den Tieren AIDS-ähnliche Krankheiten auslösen, auf menschliche Zellen gelungen, die infiziert wurden (43). Über natürliche Lebensbedingungen sagen Labortests nichts, allerdings nicht notwendigerweise etwas aus.

Bei den Makaken-Affen, deren AIDS-Virus dem HIV stark ähnelt, handelt es

sich auch nicht um Tiere aus dem Urwald wie die Esser'schen Merkatzen sondern es sind Primaten aus USA Forschungszentren AIDS-ähnliche Epidemien traten in zwei Primatenzentren (in Kalifornien und Massachusetts) 1969, 1976/78 und 1980 auf. Die Affen waren seit mindestens 1975 Objekte von Krebs-Experimenten gewesen (44) Daß so – über Affenexperimente in den USA – im Kontext von Krebsviren-Forschung auch in mitläufigen Zusammenhängen (seit den 60er und 70er Jahren) – eine Übertragung auf den Menschen denkbar wäre, ist bereits frühzeitig, 1981, in den USA selbst erwogen worden – die Faktoren zu AIDS waren nur allzu offensichtlich. (45)

Erkenntnis und Interesse

Fürde die AIDS-Diskussion als publikumsferner, rein theoretischer Wissenschaftsstreit statt, hätte – bei gegebener Sachlage – eine „Afrika-Spur“ schwerlich das Monopol auf Plausibilität. Da mit AIDS jedoch Politik und Geschäft gemacht wird, hat es schon Sinn, auf einer aus Unbewiesenen, Zweifeln und undurchgelegtem bestehenden Wahrheit zu bestehen und ihr den Anspruch der Wissenschaftlichkeit zu verleihen. Da braucht es schon eines höchstesten Dünkens in den etablierten Wissenschaften, um die „Afrika-Spur“ zu bezweifeln. *„Leidlich macht auch die dauerhafte Wiederholung Annahmen und klischenhaften Hypothesen nicht zu Ursachen.“* (46)



Dabei steht nun nur von diesem zu reden in der westlichen Wissenschaft hoch politisch im Mittelpunkt in ideologischer Absicht gemessen an unabhängiger internationaler Standards. Die vorerwähnte Studie des unabhängigen britischen „Panos-Instituts“ über „AIDS und die Dritte Welt“ (Ende 1986) kommt beispielsweise zu dem Schluss: „Aufgrund nachlässig zusammengestellter Beispielsätze zu dem 'Schluss': 'Aufgrund nachlässig zusammengestellter Zahlen haben westliche Wissenschaftler in der Vergangenheit behauptet, in Afrika habe es bereits vor mehr als zehn Jahren eine hohe AIDS-Konzentration gegeben'. Diese Forschungsergebnisse von vor ein paar Jahren sind längst widerlegt.“ (47).

Genau ist nicht es ein Weibeschadheit
eingetragen WHO, Jonathan Mann hat
es mehrfach deutlich geäußert: „Man
wisse (.) nicht, wie die Krankheit her-
komme. Wir ein paar Jähren hätten einige
Forscher vorliegend Vermutungen ver-
fälscht: wannach der Herd in Mittelafri-
ka liege, doch hätten sie vieles von dem
nicht wissen unterlassen. Viel frühere
Texte berichten für allgemeine Aussagen
nicht aus und hätten ein falsches Bild er-
geben. Man wisse nicht einmal wie alt
AIDS eigentlich sei.“ (48) Was sich sagen
lasse, sei, „daß es keinerlei seriöse For-
schungsergebnisse gebe, wannach diese
Krankheit ihren Ursprung in Afrika
habe.“ (49)

Wenn die Afrik Spur dennoch weiterhin als AIDS-Wahrheit verknüpft wird, lassen sich Maßnahmen, die die damit verbundenen Interessen nicht erfaßt, wegwischen: Die „Afrika Spur“ lenkt ab von der These, AIDS könne e

Fortsetzung nächste Seite



Die 3. bundesweite Aktionskonferenz zur IWF/Verschuldungs-Kampagne einigte sich am 23./24.4.88 in Westberlin auf einen gemeinsamen Aufruf zu einer Aktionswoche anlässlich der Jahreshauptversammlungen des Internationalen Währungs-fonds (IWF) und der Weltbank in Westberlin.

Im Zentrum ist zunächst ein Gegenkongress unter Beteiligung eines breiten Spektrums westdeutscher Kritiker und Vertreter aus Ländern der „3. Welt“ für den 23./24.9.88 geplant, auf dem sowohl Ursachen und Folgen der internationalen Schuldenkrise und der damit zusammenhängenden Ausbeutungsmechanismen zwischen Imperialismus und „3. Welt“ beleuchtet als auch mögliche Lösungsstrategien diskutiert werden sollen.

Für den Sonntagvormittag (25.9.88) ruft die Aktionskonferenz dann zu einer bundesweiten Großdemonstration auf, nachdem es um den Zeitpunkt der Demonstration eine lange Kontroverse zwischen der Westberliner Anti-IWF-Koordination und vor allem Vertretern des Bundeskongresses entwickelt. Politischer Gruppen (Buko) gehen hatte. Die Westberliner Konzeption, vorgebracht im wesentlichen von der AL, der SFV und den Jusos, wollte ursprünglich erst am Sonntag nachmittag, am Abschied des Gegenkongresses, demonstrieren, während der Buko für den Samstag plädierte, um bundesweit mobilisieren zu können. Im nun

IWF/Weltbank-Tagung in Westberlin:

Die Kongresse tanzen

mehr ausgehandelten Kompromiss zwischen dem Buko und den Westberlinern wird eine Kürzung des Gegenkongresses in Kauf genommen, um den westdeutschen Teilnehmern eine Beteiligung an der Demonstration zu ermöglichen. Außerdem gestand die Westberliner Koordination den „Bundesdeutschen“ eine direkte Beteiligung an den Vorbereitungen für die Demonstration zu.

Auf Einladung des Anti-IWF/Weltbank Bündnisses führt die italienische Leinwand-Stiftung vom 26. bis 29. September ein internationales Tribunal zur „Verteidigung der Rechte der Völker“ durch, die lateinamerikanischen Juristenvereinigung hat bereits eine druckfertige Anklageschrift gegen den IWF verfaßt. „Zeugen“ aus den betroffenen Ländern der „3. Welt“ sollen angehört werden und zum Abschluß wird eine internationale Jury aus VIPs ein Urteil verkünden. Dieses internationale Tribunal ist also konzeptionell an die Russell Tribunal angelegt, die u.a. über die Menschen-

rechtsverletzungen in der BRD stattgefunden haben.

Zeitlich parallel zu den offiziellen Jahrestagungen (27. bis 29. September) ruft die Aktionskonferenz außerdem zu „zentralen Aktionen“ auf.

Dieser Einigung auf eine gemeinsame Aktionswoche gegen die IWF/Weltbank Tagungen, an denen 7000 Bankiers, ihre 3.000 Mitarbeiter, die Notenbankchefs und Finanzminister aus 151 Ländern teilnehmen werden, gingen politische Kontroversen, Querelen und Machtangelegenheiten voraus, die die theoretische Uneinigkeit und Differenzen über die praktischen Zielsetzungen dieser Kampagne blutigten.

Seit Ort und Zeitpunkt der IWF-Weltbank Tagungen feststanden, brach ein wahrer Sturm aus. In allen Orten und Regionen veranstalteten „3. Welt“-Solidaritätsgruppen, Kirchenkreise und Grün-Alternative Seminare, Veranstaltungen und Kongresse, um sich über die Zusammenhänge, Ursachen und Folgen der internationalen Schuldenkrise zu informieren. Dabei überwiegen in den Diskussionen die rein akademischen Auseinandersetzungen mit dem Thema Schuldenkrise und abstrakte Debatten über globale Lösungsstrategien, während die Möglichkeiten praktisch-politischer Solidarität mit den unterdrückten Völkern der „3. Welt“ und Handlungsperspektiven gegen den „eigenen“ Imperialismus kaum im Blickfeld waren.

Während über die Ursachen der internationalen Schuldenkrise und die Rolle von IWF/Weltbank noch halbwegs Einigkeit herrscht, gehen die Meinungen über die Frage nach Lösungsmöglichkeiten je nach politischem Standort weit auseinander. Das Spektrum reicht von der Möglichkeit der Ummöglichkeits der „Retourierung“ des IWF über Fragen nach partiellen oder generellen Schuldenreduzierungen mit oder ohne Auflagen, mit oder ohne Revolutionen bis hin zu grundsätzlichen Alternativen an einer „Neuen Weltwirtschaftsordnung“. Ein Teil der Autonomen grub die abstrakten Theorien von Delf Hartmann aus der Zeitschrift „Autonomie“ wieder aus, entdeckte einen „neuen Internationalismus“ jenseits von „Autonomie“ wieder aus „entdeckte“ einen „neuen Internationalismus“ jenseits von traditioneller Arbeiterbewegung und revolutionären Befreiungsbewegungen in der „3. Welt“, aber davor der Hungerrevolten, der „IWF-rot“ in der „3. Welt“ bis hin zu den „Leuten aus der Hafenstraße“ und den „Anwerber-rot“.

Der alienierten ausgebrochene Bodungshunger über die neo-kolonialen und imperialen Ausbeutungsmechanismen und deren Überwindung kumuliert in gewisser Weise in den Gegenkongress und zum Teil in das internationale Tribunal, deren Wert zweifellos darin besteht, eine breite auch internationale Genossenschaft gegen das offizielle Finanzspektakel zu schaffen.

Auf der anderen Seite darf jedoch schon jetzt befürchtet werden, daß nach der Aktionswoche der Hunger gestillt ist und sich die „Bewegungskontinuität“ wieder anderen Themen widmen wird, weil eben kaum über konkrete Handlungsmöglichkeiten und -perspektiven diskutiert wird.

Kontrovers bleibt nach wie vor auch die Frage der Intentionen der Anti-IWF/Weltbank-Kampagne: das reformistische Spektrum von den Jusos, DKP-nahen Kräften wie der Frankfurter ASK, Grün-Alternative und Kirchenorganisationen insistiert auf einer möglichst breiten Gegenöffentlichkeit über die Medien Gegenkongress und Tribunal, während in anderen Extrem der Buko und das autonome Spektrum auf öffentliche Proteste von der Störung bis zur „Verhinderung“ der offiziellen Tagung orientieren. Dabei haben die Autonomen definitiv erklärt sich an der Aktionswoche des „Reformspektrums“ gegen die IWF-Tagung nicht zu beteiligen, sondern auf „dezentrale Aktionsformen“ während und am Schluß der Tagung zu setzen, womit sie sich in eine gefährliche Selbstisolation begeben. Während den Autonomen Antitropis der Aktionswoche zu „reformistisch“ ist, wenngleich sie diese tolerieren wollen, ist sie anderen Kräften schon viel zu „links“.

Teile der „Lagesetzung“ („Jaz“) führen bereits Ende Dezember letzten Jahres Gespräche mit dem Europaspreecher der Weltbank um für den 8./9. Mai 1988 ein Symposium in Westberlin durchzuführen. Ziel war es, IWF- bzw. Weltbank Vertreter und deren Kritiker zu einem öffentlichen Dialog zusammenzuführen, um sich direkt und „argumentativ“ mit den Weltbank-Vertretern auseinanderzusetzen. Vom Westberliner Senat sollen dafür Gelder beantragt, aber nicht genehmigt worden sein. Aus Kreuzberg kam per

Griffity prompt die Antwort: „Verhindern den IWF- und taz-Kongress!“ Und die Anti-IWF-Gruppe der AL warf der „Jaz“-Sektion vor, daß die Zeitung sich nie am Anti-IWF-Bündnis beteiligt habe. Schließlich hieß die „Jaz“ das Dialog-Unternehmen von sich aus ab, zumal das „Jaz“-Konzept auch innerhalb der Redaktion heftig umstritten war.

Kaum hatte sich das Problem von selbst erledigt, sprangen Teile der nicht immer auf der Höhe der Zeit stehenden Abgeordnetenhaus-Fraktionäre der AL-Westberlin in die Bresche und propagierten ihrerseits den öffentlichen Dialog zwischen IWF-Weltbank und seinen Kritikern. Die von Dialog, den die Parlamentarier lieber als „argumentative Konfrontation“ verstanden wissen wollen, begründeten sie u.a. damit, von „einfachen Feindbildern“ Abstand zu nehmen und sich eine „differenzierte“ Sichtweise zu eigen zu machen. Dazu gehört dann offenbar auch sich in gleichem Atemzug von den Millionen abzusetzen, für die im Anti-IWF-Bündnis „kein Platz“ sei.

Abgesehen davon, daß die Autonomen Antitropis von sich aus erklärten, gar kein Bestandteil in diesem Bündnis sein zu wollen, besteht die eigentliche Kontroverse letztlich darin, ob IWF und Weltbank als Diskussionspartner hoffähig gemacht oder aber ob die beiden internationalen Finanzinstrumentarien der führenden imperialistischen Staaten öffentlich an den Pranger gestellt gehören, weil sie die am Schuldentropf hängenden Länder der „3. Welt“ mit „Auflagen- oder „Strukturanpassungsdarlehen“ zum nahezu vollständigen Aderlaß zwingen. Nachdem die „Jaz“ schon anlässlich des Westberliner Besuchs Ronald Reagars im vergangenen Jahr diesen als friedlichen Menschen einordnete und gegen die damalige Demonstration polemisierte, wird von Kräften als der „Jaz“ und der AL nun diese Linie der Anpassung an und Unterordnung unter die herrschenden Verhältnisse fortgesetzt, statt Protest und Anklage lieber postmoderne „Diskurse“ mit den Repräsentanten dieser imperialistischen Instrumentarien.

biati, in dem die Aufgaben von IWF und Weltbank in den resigsten Farben ausgemalt werden.

Das Hauptaugenmerk für diese Tagungen gilt jedoch den „Sicherheits“-Aspekten: amerikanische Bankier fragten den Westberliner Senator Rexrodt bei dessen USA-Besuch bereits sorgfältig nach der Sicherheit, weil nicht nur sie noch die Randalen während des letztjährigen Reagan-Besuchs in Westberlin am 12. Juni vor Augen hatten.

Nach zu ermitteln gehen die Linken und Grün-Alternativen davon aus, daß die Polizei staatlichen Maßnahmen des Senats und der Bundesregierung für eine reibungslose Durchführung der Jahrestagungen die einschlägigen Maßnahmen wie die Abriegelung des Stadteisenkreuzbergs, die massiven Polizeieinsatz, den Kessel auf dem Kaduam und zahlreiche Verhaftungen, noch in den Schatten stellen werden.

Schließlich geht es nicht nur um den Schutz eines Präsidenten, sondern um 10000 Bankiers, Finanzminister plus Notenbankchefs. Die Fahrtrouten der Bankiers von ihren Hotels zum Internationalen Congress-Centrum (ICC) müssen ebenso gesichert werden wie die Verkehrswege von der Hauptstadt der DDR aus, deren Luxushotels ebenfalls herbes ausgebuht sind. Die DDR will den Bankiers 40 Luxuslimousinen, zum Teil schallsicher, für den Transfer zur Verfügung stellen. Da einige Bankiers in der BRD zu wohnen wünschen, muß auch die Strecke des Flughafens Tegel zu dem ICC ständig polizeilich gesichert werden.

Schon allein aus den Transportproblemen ließe sich eine sehr weitreichende Abriegelung von Bezirken oder sogar von der gesamten Stadt annehmen. Das „Frankfurter Allgemeine“ meldet das „Frankfurter Allgemeine“ am 23. April: „Die Sicherheit der Jahrestagungen ist ein zentrales Thema der Westberliner Politik.“ Schon allein aus den Transportproblemen ließe sich eine sehr weitreichende Abriegelung von Bezirken oder sogar von der gesamten Stadt annehmen. Das „Frankfurter Allgemeine“ meldet das „Frankfurter Allgemeine“ am 23. April: „Die Sicherheit der Jahrestagungen ist ein zentrales Thema der Westberliner Politik.“

Und um nichts anderes als um eine gezielte Provokation handelt es sich, wenn sich ausgerechnet Franz-Josef Strauß für den 9. September in Westberlin ankündigt, um vor den Weltbankern zu spre-

Fortsetzung von vorheriger Seite



Panne der Gen-Technologie anzulassen sein (50); sie lenkt natürlich ebenso von der eher kontroversen Vermutung ab, daß die klonierten Verräuterung ab. AIDS sei in CIA-Massakern entstanden. Die Suche nach einem natürlichen/biologischen Ursprung — möglichst weit in der Vergangenheit — verdeckt aber auch ganz andere Problemkomplexe, die sich aus der Frage ergeben, weshalb AIDS gerade seit Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre auftritt. Und Vielzahl kontroverser gesellschaftlicher, politischer, psychologischer und medizinischer Faktoren wäre nachzugehen — gleich ob auf die USA, auf Afrika oder sonstwo bezogen —, um zu vernünftigen Erkenntnissen zu gelangen. Dem insgeheimen — oder auch ganz offenen — Rassismus, den die „Afrika-Spur“ impliziert, wäre dies natürlich auch abzuwehren.

R. Antifa-kommision, Hamburg

Anmerkungen

1. FR 23.11.88
2. Vgl. zur Medien-Aufbereitung allgemein Frank Rühmann: „AIDS. Eine Krankheit und ihre Folgen“ Frankfurt 1985.
3. Robert G. Gallo: „HTLV-III: das erste menschliche Retrovirus“ Spektrum der Wissenschaft 2/87.
4. Solche Geschichten gehören in den Bereich der Medien-Legenden, wie sie sich beispielhaft um die Pest ranken, mit der AIDS ja gern verglichen wird. Eine Story weiß, mit genauer Orts- und Jahresangabe, von Pestversuchen Keda vern zu berichten, die Mongolen als Kriegstaktik über die Mauern einer belagerten Stadt am Schwarzen Meer warfen. Fluchtlinge brachten die Pest dann nach Europa. Nach anderer Version haben halbgenese asiatische Pesthändler Pestversuche Mummienherstellung in Asien ausvertrieben, was die Pest dann nach Europa brachte. Weder über Herkunft, Verbreitung, Art- und Abschwächen der Epidemien, noch über das (relative) Verschwinden aus Europa besteht Klarheit. — Siehe Linda Ballard: „Die neuen Leben der Wäfen“ (Anm. 5) und Colin McEvedy: „Die Pest“ Spektrum der Wissenschaft 4/88.
5. Siehe vor allem Booby Hatzel: „AIDS. Unfall, Zufall oder unzulässig?“ Westberliner Zeitung 23/Nov. 84 und ders.: „AIDS. Eine Alibi der Forschung?“ Westberliner Zeitung 27/Nov. 85, sowie verschiedene Zuschriften zu diesen Artikeln. Der zweite Aufsatz jetzt auch in: Kuno Kruse (Hrsg.): „AIDS. Erreger aus dem Genlabor?“ Westberlin 86/7.
6. Die Analyse wurde (H. Woz 27.2.87) zuerst im Mai 86 an der Universität Tübingen vorgelesen. Im Februar 87 veröffentlichte die taz ein Interview zwischen Stefan Heym und Jakob Segal, jetzt abgedruckt in Kruse (Anm. 5). Dort ist auch die ausgearbeitete Fassung der Analyse nachzulesen. Jakob und Lili Segal: „AIDS. Natur und Ursprung“ S. 79-127. Eine Darstellung der damaligen Diskussion in AK 280 9.16/71 S. 116 (Anm. 6).
7. Die Zeit 5.12.86.
8. Reiner Lammert in Westberliner Zeitung 28. Aug. 85. Vgl. auch die Stellungnahme des Vizepräsidenten für die Biowissenschaften der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Prof. Thauer (Westberliner Zeitung 31/Nov. 85).
9. FR 19.9.87.

11. Regine Kolk: „Das Unentbehrliche denken. Die Entstehungsgeschichte von AIDS“ Westberliner Zeitung 16/Febr. 88.
12. Friedrich Hoffmann-Valentin: „AIDS. Fragen und Antworten“ Westberliner Zeitung 16/Febr. 1986 S. 21. — Ein Basler-Liebe-Faschenbuch.
13. Eine afrikanische „Initiative der AIDS-Erkrankten in Afrika“ nehmen die „Spektrum der Zeit“ in Material über die Zusammenstellung der Londoner „Panos Institute“ „AIDS and the Third World“ Nov. 86; davon eine Zusammenfassung in der taz 26.11.86. Anfang März 87 te WHO-Direktor Mann zur Frage genauer Zahlenangaben, man wisse „eigentlich gar nichts“ taz 6.18.
14. Booby Hatzel in Westberliner Zeitung 23/Nov. 84 (Anm. 5).
15. ebd.
16. ders. in Westberliner Zeitung 27/Nov. 85.
17. Segal u. Segal, S. 108 (Anm. 6).
18. Basler Zeitung, 31.12.87.
19. Der „Jaz“ (23.4.87): „Mombassa ist die größte Hafenstadt an der afrikanischen Ostküste. Hier gab es Prostitution bereits lange bevor sich Touristen für ein sexuelles Abenteuer einließen. Wenn Flottenverbände anlegen vor allem wenn die Flugzeugträger der US-Marine sammt Begleitschiffen bis zu 12000 Matrosen auspacken.“ Vorher ostafrikanische Zeitungen schon lange vorher von ihrem Besuch. Frau an aus dem 500 Kilometer entfernten Nairobi.
20. Bericht über die US-Nachrichtensmagazin „Newsweek“ 11. Basler Zeitung, 17.11.87.
21. S. 106 (Anm. 6).
22. S. 106 (Anm. 6).
23. S. 106 (Anm. 6).
24. Karl Krichler: „AIDS — Mythos und Wirklichkeit“ Das Geschäft mit einer neuen Krankheit. Eine Alternative (Ostberlin) 11.7/8.
25. Spiegel 11/87.
26. Krichler (Anm. 24).
27. S. 106 (Anm. 6).
28. FR 5.2.87.
29. FAZ 21.12.87 SZ 28.2.87 FR 23.12.86 Spiegel 11/87 Segal u. Segal, S. 90 (Anm. 6).
30. Neuerdings wird erwidert, ob, unter der Annahme, das AIDS-Virus sei in harmloser Form bereits verbreitet gewesen, Pockenschutzimpfungen die Krankheit ausgelöst haben könnten wie sie von der WHO weltweit — und besonders in Zentralafrika und Brasilien — betrieben wurden. Denkbar wäre auch, daß der Pockenvirus selbst das HIV-Virus verbreitet haben könnte. Zeitlich böse diese Überlegung, weil eine Erklärung für das Ausbreiten von AIDS an, wieso aber z.B. in USA zunächst nur bestimmte (männliche) Bevölkerungsteile betroffen waren, bleibt dann rätselhaft. — Siehe The Times, London 11.5.87 R. Kolk (Anm. 11).
31. Segal u. Segal, S. 52 (Anm. 6).
32. ebd. S. 112.
33. Booby Hatzel in: Westberliner Zeitung 28/Febr. 88 (Anm. 5).
34. Die Zeit, 5.12.86.
35. Siehe Segal u. Segal in Westberliner Zeitung 23/Nov. 84 (Anm. 5).
36. ebd.
37. Interview mit Kuno Kruse (Genftechnologie, eine Nachzahlung der Natur) zuerst in der taz, jetzt in Kruse (Anm. 5) S. 31.
38. S. im Basler-Liebe-Faschenbuch S. 30/31 (Anm. 12).
39. Siehe die Analyse der Segals, S. 100 ff. (Anm. 6).
40. Bei der Übertragung auf Mäuse zeigten diese AIDS-ähnliche Erkrankungen (R. John Collins, siehe Regine Kolk u. a. (Hrsg.): „Die ungeklärten Gefahrenpotentiale der Gentechnologie“ Dtsch. Fachsymp. 1. März 86 in Heidelberg München 1986 S. 90).
41. Vgl. Segal u. Segal S. 103 (Anm. 6).
42. S. Kolk u. a. in „Gefahrenpotentiale“ (Anm. 40) ebenso Prof. Graf und Prof. zur Hausen in Westberliner Zeitung 26/Nov. 85.
43. Booby Hatzel in Westberliner Zeitung 23/Nov. 84 (Anm. 5).
44. ders. Westberliner Zeitung 27/Nov. 85.
45. Setzevits (Anm. 35).
46. Kolk (Anm. 11).
47. Regine Kolk arbeitet bis 84 am Heinrich-Pette-Institut für Virologie Hamburg, jetzt u. a. für die „Gruppen an der Enquete-Kommission „Chancen und Risiken der Gentechnologie“.
48. taz 28.12.86 (Anm. 13).
49. FAZ 16.12.87.
50. FR 13.12.87.
51. Vgl. Anm. 5 und Anm. 35, jetzt auch Jörg Albrecht: „AIDS-Mäuse und Schimmereis. Die Genforschung ist zu riskant geworden“ und Christine G. e. e. Ein Gen-Gala in Paris? Rassistische Topesfälle am Institut Pasteur. Die Zeit 14.8.88.



Berlin mit Aufgaben

Willkommen vernunft werden solche Dialogstrategien dann, wenn mensch die in neopolitischen Dimensionen des Finanzspektakels miteinbezieht.

Bundesregierung, Deutsche Bundesbank und Westberliner Senat lassen sich die Jahreshauptversammlungen rund 30 Millionen DM kosten, rund 120.000 DM kommen für offizielle Regierungspropaganda noch hinzu.

Im ideologischen Bereich hatten das Entwicklungshilfeministerium und der Westberliner Senat schon frühzeitig Druck auf die Kirchen ausgeübt, ihre Aktivitäten aus Anlaß der offiziellen Tagungen nicht im September durchzuführen.

Und tatsächlich planen die Kirchen nun für den 21. bis 24. August ein „ökumenisches Hearing“ mit Mitgliedern des Zentralschusses des Weltkirchenrates und weiteren 20 kirchlichen Gruppen aus der BRD und Westberlin. Geiragen wird dieses Hearing, auf dem Betroffene aus der „3. Welt“ ebenso zu Wort kommen sollen wie die Verantwortlichen aus den Metropolen, unter anderem von Aktion Suhr, neozelen, der evangelischen Jugend, Ohne Rüstung leben und Pax Christi.

Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung wird für die IWF/Weltbank-Tagungen mit einem bunten Falt-

chen. Offensichtlich will die Polizei die Szene schon vorabgehend kriminalisieren um Ende September für Ruhe zu sorgen. In der Linken wird daher allgemein davon ausgegangen, daß in den Tagen der Jahreshauptversammlungen faktisch der Ausnahmezustand herrscht. Die meisten Treffen werden verboten, selbst kleinste öffentliche Regungen von der Polizei- und Staatsschutzkräften im Keim unterbunden. Würden während des letztjährigen Reagan-Besuchs schon über 1.000 Polizisten aus der BRD nach Westberlin beordert, dürfen es dieses Mal noch erheblich mehr sein.

Angesichts eines so erwartenden politisch-polizeilichen Ausnahmezustands gemäß den „Sicherheits“-Auflagen des IWF sind — mit Ausnahme des internationalen Tribunals — alle Protestaktionen gegen die Jahrestagungen gefährdet. Die Universitäten verweigern die Raumvergabe für den Gegenkongress, so daß auf private Veranstaltungssäle zurückgegriffen werden müßte, die Großdemonstration könnte ebenso verboten werden, weil die G-7-Staaten sich bereits vor der offiziellen Tagung einfinden, und während des Finanzspektakels soll ohnehin Friede herrschen.

Vielleicht werden es diese speziellen IWF-Auflagen sein, die die kommenden Diskussionen beherrschen.

D. Westberlin

„Die Zukunft gehört dem Bolschewismus“* Freiheit der Andersdenkenden — Sozialismus und Demokratie

Wurde man Rosa Luxemburg so zitieren, wie in der Überschrift, man hätte ihre politische Position in etwa so prägnant getroffen, wie im allseits bekannten Zitat „Freiheit ist immer Freiheit der Andersdenkenden“. Beide Zitate stammen aus ihrem weniger bekannten Text „Zur russischen Revolution“ den sie im Herbst 1918 — als Gegnerin des deutschen Krieges — im Gefängnis geschrieben hat. Sie sind nicht falsch, geben dennoch ihre Position nicht authentisch wieder, wie das Verkürzen so an sich haben. Die Methode, Rosa Luxemburg so zu zitieren, ist so alt wie Rosa Luxemburg nicht mehr am Leben ist. Die DDR-Opposition, die dem Freiheit Spruch wieder zu neuer Popularität verhalf, verfolgt nur zu einem kleinen Teil mit dem Tragen der Luxemburg-Parole das Anliegen der Urheberin des Zitats. Die Verwirklichung von Demokratie im Sozialismus. Ihr Anliegen wird von all je nen verdrängt, die sich des wohlklingenden Freiheitszitats bedienen, um ihr Glick nicht in der sozialistischen Demokratie, sondern im kapitalistischen Westen zu suchen.

Die wenigsten, die hierzuende die Freiheit der Andersdenkenden zitieren kennen von den politischen Positionen der radikalen Sozialistin Rosa Luxemburg mehr als diesen Satz. So ist es für Sozialisten und Kommunisten immer wieder ärgerlich, seit dem Jahre 1980 W. Lipakate der Grünen mit just diesem Zitat und wehenden Fahnen — grünen Fahnen — zu erblicken, obwohl diese Partei den Sozialismus maximal als (un- ausgegrenzte) ökosozialistische Minderheitsposition duldet. Auch hier liegt der Zweck des Plakates nicht in der Verherrlichung und Aktualisierung der Revolutionärs Rosa Luxemburg, sondern in demonstrativem Verstoß gegen die DDR-Politik.

Die Verwirklichung der Revolution in Rosa Luxemburg, sondern in demonstrativer Abgrenzung von der DKP, um richtigen Vorbehalten, die Grünen können eine Linkspartei Moskauer Zuschnitt sein (das Plakat wurde vor Gorbatschow kreiert) schon im Vorfeld zu begegnen.

— so die normale Sicht der IG Bergbau — erteile die „freundliche Genehmigung“ zum Nachdruck eines „Jaz“-Kommentars von Scharer (2. ZR) (4) in der „Einheit“ (für die Scharer im übrigen in Fragen der Geschichte der Arbeiterbewegung des Offenen schreibt). Die DDR Rosa Luxemburg und die Freiheit der Andersdenkenden das Thema „Die Forderung an die „ganze“ Rosa Luxemburg, welche die SED-Graßhüter auch diesmal nicht zulassen“ empörte sich das nach eigenem Verständnis — antikonstituente Kampfblut der bundesdeutschen Gewerkschaften. (5) Was so besorgt um Rosas Nachlaß daherkommt, hat nur den Zweck, gegen die DDR zu hetzen. Zwar ist der Historiker Scharer bemüht, der DDR Rosas Freiheit um die Ohren zu hauen und den DDR-Historikern Fälschung ihres Andenkens vorzuwerfen (6). Doch fälscht er selbst die Geschichte, um den „größeren Teil“ von Rosa Luxemburg posthum mit der SPD von Weimar oder gar der von Schmidt, Vogel, ... Linie zu versöhnen. Andererseits er scheint ihm Rosas volle Vereinnahmung wohl doch zu happig. Dabei schreiet er nicht nur für den programmatischen Bruch an der Demokratiefrage verantwortlich, sondern dichtet ihr in den Auseinandersetzungen um die Novemberrevolution und den Januaraufstand 1919 (im Berliner Zeitungswort) „Stärke und Beharrlichkeit“ an. (7) Scharer über die „ganze“ Rosa Luxemburg: „Es fällt mir nicht leicht, Rosa Luxemburg das Prädikat demokratisch zu verleihen, die SPD nimmt sie nicht grundlos in ihre Ahnenreihe auf.“ (7)

DDR-Interpretation

DDR-Interpretation

Das stimmt traditionsgeschichtlich nicht. Trotzdem hat Rosa Luxemburg es nicht verdient, daß eine Aktion wie die der Opposition am 17. Januar auf der Lebknecht-Luxemburg-Demonstration von DDR-Funktionären als „verwerflich wie eine Gegenleistung“ angegriffen wird. Es ist schlichte Verdummung (mit langer Tradition) wenn in der Diskussion um den Januaraufstand 1919 (im Berliner Zeitungswort) „Stärke und Beharrlichkeit“ an. (7) Scharer über die „ganze“ Rosa Luxemburg: „Es fällt mir nicht leicht, Rosa Luxemburg das Prädikat demokratisch zu verleihen, die SPD nimmt sie nicht grundlos in ihre Ahnenreihe auf.“ (7)

Man findet in den Werken Rosa Luxemburgs, Äußerungen, die zur Zementierung bestehender Zustände benutzt werden, wie es die DDR-Historikerin und Luxemburg-Biographin (9) Annelies Laschütz macht. „Es ging in der proletarischen Revolution 1917 nicht mehr um die Sicherung der bürgerlichen Demokratie, sondern um die Diktatur des Proletariats, um die Verwirklichung des Sozialismus und das war für Rosa Luxemburg identisch mit sozialistischer Demokratie.“ (10) Rosa Luxemburg hat diese Identität von sozialistischer Demokratie mit der Diktatur des Proletariats allerdings in Abgrenzung zu den Bolschewiki entwickelt (siehe weiter unten). Laschütz bewegt sich mit solcherart Verkürzung haarscharf an Rosas Anliegen vorbei. Da reicht auch die nachgeschobene Definition nicht aus, daß die Demokratie unter der Diktatur des Proletariats nur so weit zu entwickeln sei, „wie es die konkrete Klassenkraftsituation erlaubt“, und wie weit demokratische Rechte „nicht durch die Konterrevolution mißbraucht, funktionslos werden können.“

Rosa Luxemburg hat die Frage der Demokratie im Sozialismus aus Anlaß der russischen Revolution viel grundsätzlicher aufgeworfen. Sie hat ihre Position im Verlaufe ihrer Auseinandersetzung Januär und unter dem Eindruck der November- und Januarereignisse in Deutschland 1918/19 konkretisiert. Sie entwickelte dabei ein anderes Verständnis für die konkrete Situation des Klassenkampfes in

Rußland und für die Schwierigkeiten beim sozialistischen Aufbau. Doch es blieb eine politische Differenz zu den Bolschewiki.

Man muß ihr daher reichlich Gewalt antun, wenn man — wie es bei der DDR Geschichtsschreibung der Fall ist — vor allem bemüht ist, die Identität ihrer Anschauungen mit denen Lenins herauszustellen und die Widersprüche bis zur Vernachlässigung zu verniedlichen. Die Auffassung von Rosa Luxemburg und W. I. Lenin über den Sozialismus war im Wesentlichen (1) Rosa Luxemburg nahm an, so keine autonome, außerhalb der Tradition des Marxismus-Leninismus stehende Bewegung innerhalb der internationalen Arbeiterbewegung ein. (2) Es ist ex cathedra im Vorwort des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED zu den Gesammelten Werken Rosa Luxemburgs (11) Gemeint, was 1917 und 1918 in Rußland richtig war, das war 1918 in Deutschland genauso richtig und ist es 1988 in der DDR immer noch. Es ist diese dogmatische Erstarrung, die die real existierende DDR so weit entfernt vom le-

hsten Themas nicht über wanden wurde“ (13). Auch wenn das Buch aus dem Verkehr gezogen ist, dürfte 1988 DDR-Professor Kamnitzer von Oellners Meinung der „Freiheit der Andersdenkenden“ als „gefährliches Wort“ inspiriert worden sein, das — so Oellner — „Freiheit für die Konterrevolution“ bedeutet (14). Dieser „Luxemburgismus“, der nichts anderes als eine Abart des Sozialdemokratismus darstellt (15), stand „lange Zeit dem Eindringen des Leninismus in die deutsche Arbeiterbewegung im Wege“ (16).

Oellners Biographie von Rosa Luxemburg steht in der Tradition einer seit Anfang der dreißiger Jahre allzu gewordene Luxemburg-Verwertung in der KPD. Sie geht zurück auf einen Brief Stalins an die Zeitschrift „Proletarskaja Rewoluzija“ („Proletarische Revolution“) „Über einige Fragen der Geschichte des Bolschewismus“ aus dem Jahre 1931, in dem er u.a. das von Rosa Luxemburg (und anderen) ersonnene „Luxemburg- und Lenin-Schema“, das der permanenten Revolution sein Zerrbild des

reimte Zitat als kleingedruckte Fußnote mit dem Hinweis versehen: „Bemerkung am linken Rand ohne Einordnungshinweis“ (20), ein Verfahren, das (den Scharer schauamen (21) in dem Text dem Fragment Charakter des Manuskripts entsprechend, mehrfach angewandt wurde. Allerdings hat sich die Diskussionsmethode nur insoweit gewandelt, daß bei der Bewertung von „Abweichungen“ die Differenzen eher verniedlicht und die Gemeinsamkeiten höher bewertet werden. „Die Erkenntnis, daß die sich in dem Manuskript „Die russische Revolution“ zeigt, ist ein aus historischen Bedingungen erwachsener subjektiver Mangel an theoretischem Erkennen grundlegender Gesetzmäßigkeiten der Abwicklung der alten kapitalistischen durch die neue, sozialistische Gesellschaft“, lautet die neue Erklärung (21).

Kleiner Exkurs.
Erfurter Programm der SPD

In anderem Kapitel ist die sozialdemokratische Luxemburg-Rezeption in deren Tradition „Jaz“- und Einheit. Scharer den rechten Flügel bildet. Nach seiner Version sind Rosa Luxemburg und der Spartakusbund schuld an der Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung damit in der Folge auch am Sieg des Faschismus. In ihrer Schrift „Zur russischen Revolution“ hatte Rosa Luxemburg noch die Auflösung der Konstituante durch die Bolschewiki im Januar 1918 kritisiert und „Sowjet plus Konstituante“ gefordert. Nach der erzwungenen Abdankung des Kaisers und der spontanen Bewegung der Soldaten und Arbeiter im November, die Räte gebildet hatten,

wegung der Soldaten und Arbeiter im November die Räte gebildet hatten, sah Spartakus in der Forderung nach schnellstmöglicher Wahl einer Nationalversammlung ein sozialdemokratisches Manöver zur Regulierung der Aufstände und Errichtung einer bürgerlichen Parlamentsherrschaft ohne die revolutionären Teile der Arbeiterklasse. Mit Sicherheit strahlte das Beispiel der russischen Oktoberrevolution auf die Polenek gegen die Nationalversammlung (22) und die Forderung nach Räteformulierung auf Deutschland ebenso aus, wie die Forderung über den Verfall der SPD an der revolutionären Zielsetzung der marxistischen Arbeiterbewegung.

Scharer sieht in der Forderung „Alle Macht den Arbeiter- und Soldatenräten!“ den Bruch mit gemeinsam in der SPD getragenen Prinzipien. Rosa Luxemburg habe sich von den republikanischen Grundsatzen des Erfurter Programms der SPD aus dem Jahre 1891 getrennt. Der von ihm gemeinte Kernsatz gegen die Diktatur des Proletariats lautet dort: „Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst, und für gleiche Rechte und Pflichten aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Von der Arbeiter-Anschauung ausgehend bekämpft sie in der heutigen Gesellschaft nicht bloß die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, nicht sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder Rasse.“ (23)

Der letzte Satz, der Schutz jeder Klasse, ist den sozialdemokratischen Nachfolgern Beleg für die programmatische Abkehr der noch marxistischen Sozialdemokratie für die Diktatur des Proletariats, die die Unterdrückung der herrschenden Klasse zur Voraussetzung hat. Nur falls zwar auf, daß in dem Programm die Forderungen auf die „heutige Gesellschaft“ bezogen sind, doch bleibt es nach mehreren Seiten hin interpretierbar, weil die Frage der Erringung der Herrschaft des Proletariats gar nicht diskutiert worden ist (und in der Folge in der SPD mehrheitlich auf dem Wege parlamentarischer Mehrheiten erwartet wurde). Friedrich Engels hat in einer Kritik dieses Programms darauf hingewiesen, daß die Forderungen des Erfurter Programms geeignet sein können, die „Hauptsache“ durchzusetzen, die Herrschaft des Proletariats. Daß sein Fehler allerdings sei, von der „Hauptsache“ gar nicht zu reden. Sicher sei das damals unter den Bedingungen gerade errungener Legalität „gefährlich“ gewesen, da die Sozialdemokratie unter der Drohung der Erneuerung der bismarckischen Sozialengesetze gestanden habe. Doch dürfte der Opportunismus nicht so weit gehen zu versprechen, man könne auf der Grundlage der Reichsverfassung, die keine republikanische war, „auf friedlichem Wege“ seine weitgehenden Forderungen durchsetzen. Engels kritisierte das Fehlen der Forderung nach einer demokratischen Republik. Die SPD

Fortsetzung nächste Seite



Clara Zetkin und Rosa Luxemburg beim SPD-Parteitag 1910

hendigen Geist eines Lenin oder einer Rosa Luxemburg erscheinen läßt, und der DDR solche Probleme im Umgang mit der Freiheit der Andersdenkenden bzw. den Differenzen in der kommunistischen Bewegung bereitet.

„Halbmenschewistischer Luxemburgismus“

Bis zum 20. Parteitag in der UdSSR („Entstalinisierung“ unter Chruschtschow 1956) galt als offizielle Luxemburg-Biografie in der DDR und für die Nachkriegs-KPD „Eine kritische biographische Skizze“ von Fred Oellner (12), die noch stark von der Linie der Warnung vor dem „Luxemburgismus“ beeinflusst war (nach dem 20. Parteitag verschwand das Buch in der Versenkung). Bei aller Verehrung für Rosa Luxemburg, schrieb Oellner in der Einleitung, dürfe nicht vergessen werden, daß „auch ihre Irrtümer und Fehler, die die deutsche Arbeiterklasse auf falsche Bahnen lenkten, groß waren. Wir dürfen vor allem die Augen vor der Tatsache nicht verschließen, daß es sich nicht um einzelne Fehler handelt, sondern um ein ganzes System falscher Auffassungen (den „Luxemburgismus“). Diese Auffassungen waren eine der entscheidenden Ursachen für die Niederlagen der KPD nach ihrer Gründung für die Verfallung der Rolle der Partei durch die Braunherrschaft, für die Unterdrückung der nationalen Frage und der Bauernfrage, die trotz der Bemühungen

Marxistischen Revolutionsschemata“ verurteilte, das „im weiteren von Trübsal (teilweise von Martens) aufgegriffen und zu einer Waffe des Kampfes gegen den Leninismus“ gemacht wurde (17). Der Vorwurf der Nähe zum Trozismus war der schärfste Bannfluch gegen eine politische Position in der inneren Auseinandersetzung der KPD.

KPD-Vorsitzender Ernst Thälmann griff am 19. Februar 1932 in einer Rede „die wegweisende Bedeutung des Briefes des Genossen Stalin an die Zeitschrift „Proletarskaja Revolution“, auf, die er als „eine außerordentlich entscheidende und wegweisende Direktive“ in die Parteifunktion einführt. (18) Der „schärfste Kampf gegen die Überreste des Luxemburgismus“ wurde zur Parteaufgabe, da „jeder Überrest des Luxemburgismus niemals eine Brücke zum Marxismus-Leninismus bilden“ könne, „sondern stets einen Übergang zum Sozialfaschismus zur Ideologie der Braunherrschaft, wie wir es am besten bei den Braunherrschaften sehen“ (19).

Erst fünfzehn Jahre nach dem 20. Parteitag der KPDUS erschien in der DDR eine neue Luxemburg-Biographie. Die Autoren Radczun/Laschütz üben bei der Darstellung der Differenzen zwischen Rosa Luxemburg und Lenin eine wesentlich modernere Kritik. Der „Luxemburgismus als System“ fehlt, die „Freiheit der Andersdenkenden“ wird nur einmal als in der Novemberrevolution geplatzte „Illusion“ erwähnt (19). In der Textwiedergabe der Gesammelten Werke ist das be-

* Rosa Luxemburg

Fortsetzung von vorheriger Seite

könne, so Engels, nur unter der Form der Republik zur Herrschaft kommen, um die „Diktatur des Proletariats“ zu errichten. (24) Auf jeden Fall war das SPD-Programm von 1891 keine allgemeine Beschreibung des Weges zur Macht, sondern stark von Rücksichten auf die legale Weiterexistenz der Partei geprägt. Der Parlaments- und Massenpartei Sozialdemokratie fehlte es nahezu an jeglicher Strategie. Engels unternahm mit seiner Kritik den Versuch, den Kampf um die demokratische Republik mit dem strategischen Ziel des Sozialismus zu verbinden.

Rosa L.: Krieg und Bruch mit der SPD. Die Junius-Broschüre

Jenseits gläubiger Programm-LeserInnen wie Scharrer sie nahe legt, wenn er Rosa Luxemburg den Bruch mit sozialdemokratischen Prinzipien vorwirft, ist die Haltung der Sozialdemokratie im Weltkrieg für Luxemburg, Liebknecht u.a. entscheidend für ihren Bruch mit der SPD gewesen. Die Zustimmung zu den Kriegskrediten, deren national-chauvinistische Begründung, der Zusammenbruch der II. Internationale, deren einzelne nationale Sekundäre die Proletarier jeweils in den Krieg ihres „Vaterlands“ verabschiedeten, sind für Rosa Luxemburg genauso traumatische Erfahrungen gewesen. Heute kann man analysieren, daß diese Entwicklung der Partei nicht plötzlich kam, sondern sich lange vorher angekündigt hat — wovon Engels bereits in seiner Schrift zum Erfurter Programm, noch vor der großen Revisionismus-Debatte in der SPD, gewarnt hatte. (25) Für eine Sozialdemokratin und Internationalistin

Sozialdemokratie“, der ersten programmatischen Erklärung der „Gruppe Internationale“ (27) Junius ist Rosa Luxemburg, die diese Schrift bereits im April 1915 im Gefängnis fertiggestellt hatte. Die Schrift war eine neue Programmatik für die enttäuschte SPD-Linke und ihre Abrechnung mit der Mehrheitssozialdemokratie. Die deutsche Sozialdemokratie, auf die die sozialistische Welt „mit schrankenloser, beinahe kritikloser Bewunderung aufblickte“ — diese imponierende Kombination aus Organisation und Masseneinfluß — versagte, „als die historische Probe kam. Den tiefsten Fall den gewaltigsten Zusammenbruch. Nirgend ist die Organisation des Proletariats so gänzlich in den Diensten des Imperialismus gesunken, nirgend wird der Belagerungs Zustand so widerstandlos ertragen, nirgend die Presse so verkehrt, der öffentliche Meinung so erzwungen, der wirtschaftliche und politische Klassenkampf der Arbeiterklasse so einseitig preisgegeben wie in Deutschland.“ (28) Vergessen war die Antikriegsposition der II. Internationale und ihr Beschluß, im Falle des Krieges für dessen schnellste Beendigung einzutreten und die durch den Krieg verursachte Krise „zur Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen“ (29) in Frankreich, England und Deutschland stimmte die Sozialdemokratie für die Verteidigung des jeweiligen Vaterlands, die Sozialistische Internationale war zusammengebrochen. Am 4. August 1914 geschah „das Unerhörte, das Beispiellose“ (30). Die Reichstagsdebatte der SPD stimmte für die Bewilligung von Kriegskrediten.

„Nicht für oder gegen den Krieg haben wir heute zu entscheiden, sondern über die Frage der für die Verteidigung des Landes erforderlichen Mittel.“ Für unser Volk und seine freiheitliche Zukunft steht bei einem Sieg des russischen

und Wilden“, Neger, Sikhs, Mosier in den Krieg geherzt wurden. Nun, diese Völker spielen im Krieg ungefähr dieselbe Rolle wie die sozialistischen Proletarier der europäischen Staaten. (...) Ein großer Unterschied besteht freilich bei alledem: Die Mosier trieben noch vor einer Generation Menschenfresserei und nicht marxistische Theorie.“ (33) Während die Mehrheits-Sozialdemokratie bemüht war, den Einberufungscharakter des Krieges umzuheben, resümierte Junius kurz und prägnant: „Die Dividenden steigen und die Proletarier fallen.“ (34)

Die Mär von Rosas Testament — Von Hühnern und Adlern

Um die Haltung Rosa Luxemburgs zur russischen Revolution und zur Diktatur des Proletariats sowie die Relevanz ihres Textes wird zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten bis heute ein heftiger Glaubensstreit ausgetragen. Vor allem ihre Kritik an den Bolschewiki gilt Sozialdemokraten als ihr „eigentliches Werk“, manche nennen den Text gar ihr „Testament“ oder loben „ihre prophetische Kritik an den Bolschewiki“ (Scharrer). Die sozialdemokratischen Interpreten sind bemüht, die Differenzen zwischen Lenin und Luxemburg zu Antagonismen aufzuwerfen, die Revolutionäre und Kriegesgegnerin hingegen zu verharmlosen und zu harmonisieren. Solche Wertungen sind durchsichtig unrichtig. Der Text ist fragmentarisch, es ist nicht zu bestreiten (wie Sozialdemokraten dies tun), daß Rosa Luxemburg durch ihre Haft vom Juli bis zum Oktober 1918 von vielerlei Informationen und Diskussionen abgeschnitten war. (36) Viele der Überlegungen sind vor dem Hintergrund einer theoretischen, sehr prinzipiellen Herangehensweise formuliert, nicht aber darauf hin, ob sie auf die russische Wirklichkeit anwendbar sind.

Da, aus diesem Widerspruch zwischen Prinzipien und praktischen Anforderungen im Klassenkampf erklärt sich — was den Scharrer so empört — die Übernahme des Räteprinzips und die Ablehnung der Nationalversammlung in der konkreten, für Rosa Luxemburg und Spartakus plötzlichen und überraschenden Situation im November 1918/Januar 1919, die sie für revolutionär hielten und für die sie über die sozialdemokratischen Halbbreiten hinauszuweisen.

Der Widerspruch zwischen diesen „Leiden“ Rosas wird mit ihrer Rolle als Opfer der Radikalisierung zu erklären versucht. So wird immer wieder als Beispiel strapaziert, daß Rosa Luxemburg auf dem Gründungspartei der KPD im Dezember 1918 gegen den Namen KPD und für SAP war, sie wurde überstimmt. Sie war nach dem Scheitern der Räterepublik im November wie die meisten Führer der neuen KPD für die Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung, die sie im Ansehen der Massen nicht als „letztendlich“ betrachtete und wurde überstimmt. Es entsprach der Radikalität innerhalb der jungen Partei und der gewollten Abgrenzung zur Parlamentarierpartei Mehrheits-SPD, aber auch zur USPD, daß für taktische Fragen wenig Raum war. Erstmalig stellten sich einer deutschen revolutionären Partei weitreichende Fragen von Strategie und Taktik im revolutionären Klassenkampf jenseits der relativen Geborgenheit einer parlamentarischen und gewerkschaftlichen Massenpartei SPD. Die Differenzen hatten sehr viel mit dem plötzlichen Ausbruch der Novemberrevolution und der praktischen Unerfahrenheit und Überforderung von Spartakus/KPD zu tun. Rosa Luxemburg beispielsweise wurde erst am 9. November 1918, einem Tag nach Ausbruch der Novemberrevolution, nach über zweijähriger Haft entlassen und stand die nächsten Wochen bis zu ihrer Ermordung am 15. Januar 1919 mitten im Geschehen zwischen Versammlungen, Kundgebungen und Zeitungsredaktionen pendelnd.

Schließlich war Spartakus/KPD nicht die Kampforganisation, zu deren Fehlen Lenin in seiner Kritik an Rosa Luxemburgs illegaler Junius-Broschüre bemerkt hatte: „Der größte Mangel des gesamten revolutionären Marxismus in Deutschland ist das Fehlen einer festgelegten illegalen Organisation.“ (...) In der Junius-Broschüre spürt man den allein Dastehenden, der keine Genossen in einer illegalen Organisation hat die gewohnt wäre, revolutionäre Lösungen bis zu Ende zu durchdenken und die Masse systematisch in diesem Geiste zu erziehen.“ (37) Gerade in der Organisationsfrage lagen Lenin und Rosa Luxemburg seit 1904 über Kreuz. (38)

Auf der anderen Seite zeigen die Texte die Rosa Luxemburg seit der russischen Februarrevolution 1917 veröffentlicht hat, wie intensiv sie die Entwicklung zu verfolgen bemüht war. Mit dem Friedensdiktat der Deutschen von Brest Litowsk im März 1918 und seiner Annahme durch die Bolschewiki (nach heftigen internen Auseinandersetzungen), verstärkte sich ihre kritische Bewertung der russischen



Rosa Luxemburg mit ihrem Anwalt Paul Levi 1914



Rosa Luxemburg mit ihrem Anwalt Paul Levi 1914

Entwicklung. In ihrem Artikel „Die russische Tragödie“ (39) vom September 1918 polemisierte sie gegen eine „Sozialistische Revolution auf deutschen Bajonetten sitzend“. Diesen Artikel hatte der Redakteur der „Spartakusblätter“, Ernst Meyer mit einer distanzierenden Fußnote versehen, die betonte, daß die in Luxemburgs Aufsatz geäußerten „Belustigungen“ „aus der objektiven Lage der Bolschewiki nicht aus ihrem subjektiven Verhalten entspringen“. (40) Ein weiterer Grund, noch scharfer formulierten Aufsatz, lehnte die Redaktion der Zeitschrift ab. Paul Levi fuhr nach Breslau ins Gefängnis, um Rosa davon zu überzeugen, daß eine Veröffentlichung „unzweckmäßig“ sei, da sie den Gegnern der russischen Revolution nutzen könnte. Rosa Luxemburg soll nach widersprechend eingewilligt haben. (41) Just dieser Paul Levi, der er die KPD-Vorsitzende nach Rosa Luxemburgs Tod, veröffentlichte Ende 1921 das umstrittene, zu ihren Lebzeiten nie veröffentlichte Manuskript „Zur russischen Revolution“ mit einem eigenen Vorwort. Levi legte nahe, daß Luxemburgs Text unterdrückt worden sei — woran er ja zu mindest beteiligt gewesen wäre.

Clara Zetkin („die es mit der Wahrheit häufig nicht so genau nahm, besonders wenn sie glaubte, damit einer guten Sache dienen zu können“, so der sachliche Hinweis des Historikers Scharrer in der „Jaz“ vom 26.2.88) berichtet in ihrem Aufsatz „Um Rosa Luxemburgs Stellung zur russischen Revolution“ (41) aus ihrer Sicht die Bedeutung des Textes. Levi hat sie behauptet, daß von „gewisser Seite“ der Broschüre „der Flammenloß zugeacht“ war. (42) Diese „gewisse Seite“ sei Rosas früherer Freund und Vertrauter Leo Jogiches gewesen, der nach der Ermordung Rosa Luxemburgs Clara Zetkin gegenüber gesagt hätte, der Text sei Rosa zu „fragmentarisch“ gewesen, sie hätte mittlerweile ihre Position revidiert. Die Broschüre sollte nach ihrem Willen nicht veröffentlicht werden. Clara Zetkin sollte ihn verbrennen. Wie auch immer dieser unerquickliche, bis heute immer wieder aufgewärmte Streit, war u.a. deswegen nicht klarbar, weil Rosa Luxemburg und Leo Jogiches ermordet worden sind. (43)

Die Brisanz bekam die Veröffentlichung vor dem Hintergrund der Differenzen in der KPD und zwischen KPD-Führern und der Kommunistischen Internationale. Levi sowie vier weitere KPD-Führer (darunter Clara Zetkin) waren im Februar 1921 aus Protest gegen die Komintern-Interventionen in westeuropäischen Parteien und nach einer Abstimmungsniederlage im KPD-ZK außer der Parteiführung zurückgetreten. Im März 1921 wurde ein von der KPD unterstützter bewaffneter Arbeiteraufstand in Mitteldeutschland blutig unterdrückt. Im April 1921 verschärfte sich die innerparteilichen Gegensätze. Levi wurde aus der

Partei ausgeschlossen, nachdem er seine Kritik am Märzauflauf, am „Anarchismus“ der KPD, in einer Broschüre „Unser Weg. Wider den Putschismus“ veröffentlicht hatte. Mit der Veröffentlichung des Luxemburg-Textes wollte er jetzt auch die Auseinandersetzung mit der Politik der Bolschewiki aufnehmen und sich einbringen in die SPD vorbereiten. Der Zeitpunkt scheint ein Vorwort zum Kampf gegen die Verdrängung mehr sein, da die Herrschaft der Bolschewiki in Rußland heute

Philologisches?

Paul Levi hatte in der ersten Veröffentlichung von Rosa Luxemburgs Text den Freiheitssatz so geschrieben: „Freiheit ist immer die Freiheit des anders Denkenden.“

In der DDR-Fassung der Gesammelten Werke heißt es: Freiheit ist immer Freiheit der Andersdenkenden.“

In der BRD-Fassung, von Ossip K. Flechtheim in den sechziger Jahren herausgegeben, heißt es: „Freiheit ist immer nur Freiheit des anders Denkenden.“

gesicherter ist denn je und so sicher als sie überhaupt sein kann, solange nicht das westliche Proletariat Rußland aus seiner Isolierung befreit.“ (44) Die SPD scheute sich denn auch nicht, den Text der Rosa Luxemburg, gegen die sie besonders in der Novemberrevolution gehetzt hatte, gegen die Bolschewiki und die KPD als Kronzeugen zu vereinnahmen. (45)

Lenin polemisierte in seinen „Notizen eines Publizisten“ Ende Februar 1922 gegen Levis Versuch, „sich jetzt bei der Bourgeoisie und folglich bei der II. und zweitenhaften Internationale, ihren Agenten“ dadurch besonders beliebt zu machen, daß er gerade das von Rosa Luxemburg veröffentlichte, wo sie „unrecht hatte“. „Wohl traf's sich, daß des Adlers Flug ihn niedriger, als Hühner fliegen, doch fliegen Hühner nie auf Adlershöhe.“ Rosa Luxemburg irrte in der Frage der Unabhängigkeit Polens, sie irrte 1903 in der Beurteilung des Menschewismus, sie irrte in der Theorie der Akkumulation, sie irrte, als sie im Juli 1914 neben Plechanow, Vandervelde, Kautsky u.a. für die Vereinigung der Bolschewiki mit den Menschewiki eintrat, sie irrte in ihren Gefängnischriften von 1918 (wobei sie selbst nach der Entlassung aus dem Gefängnis Ende 1918 und Anfang 1919 ihre Fehler zum großen Teil korrigierte). Aber trotz all dieser Fehler war sie und bleibt sie ein Adler (...). Die deutsche Sozialdemokratie ist nach dem 4. August 1914 ein stinkender Leichnam — mit diesem Aus

Fortsetzung nächste Seite

Die Krise der

Die Krise der Sozialdemokratie

Von

Junius

Anhang:

Leitsätze über die Aufgaben der internationalen Sozialdemokratie

1916

Druck und Verlag: Verlagsdruckerei Union, Zürich

wie Rosa Luxemburg brach eine Welt zusammen. Trotzdem hat sie sich und anderen den Abschied von der SPD schwer gemacht. Austrittsüberlegungen nach Kriegsausbruch hatte sie entgegengehalten: „Willst du vielleicht aus der Menschheit austreten?“ (26) Noch Anfang 1917 war sie der Meinung, auf keinen Fall die SPD verlassen zu können. Dennoch trieb sie die fraktionelle Organisation der Linken in der SPD voran. Ende 1915 gründete sie mit anderen die „Gruppe Internationale“ in der SPD, die die „Spartakusbriefe“ herausgab. Im April 1917 schloß sich Spartakus als selbständige Gruppierung der USPD an (die kurz darauf aus der SPD ausgeschlossen wird), der wachsenden, gemäßigten Opposition in der SPD, die mittlerweile gegen Kriegskredite, für „Verständigungsfrieden“ und gegen den Burgfrieden agierte. Im Dezember 1918 wird aus dem Spartakusbund als Kern die KPD gegründet.

Anfang 1916 erscheint von Junius (Der Jüngere) die Broschüre „Die Krise der Sozialdemokratie“ mit den „Leitsätzen über die Aufgaben der internationalen

Despotismus (...). Viel, wenn nicht alles auf dem Spiel (...). Wir lassen in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich. Wir fühlen uns dabei im Einklang mit der Internationale, die das Recht jedes Volkes auf nationale Selbstständigkeit und Selbstverteidigung anerkannt hat (...).“

Junius kommentierte: „Alles andere ergab sich daraus als einfache Folge: Die Haltung der Parteipresse und der Gewerkschaftspresse, der patriotische Tumult der Massen, der Burgfrieden, die plötzliche Auflösung der Internationale.“ (31) Beeindruckend in dem Text die Dokumentation der Burgfriedenspolitik, die das Kriegführen ermöglichte (die Sozialdemokratie übernahm... „die Rolle des Gendarmen der Arbeiterklasse“) (32), sowie die Belege für den tagtäglichen Chauvinismus der sozialdemokratischen Presse („In der Pflicht der Landesverteidigung gegen das Blutränken lassen wir uns nicht zu Bürgern zweiter Klasse machen.“) „Ein großer Teil unserer Parteipresse war zutiefst entrüstet, daß von den Gegnern Deutschlands die ‚Farbigen

Fortsetzung von vorheriger Seite

sprach Rosa Luxemburgs wird ihr Name in die Geschichte der Arbeiterbewegung, der ganzen Welt eingeht. Auf dem Hintergrund der Arbeiterbewegung aber zwischen den Mithrasen, werden Hühner vom Schlage Paul Levis. Scheidemanns Kamiskes und dieser ganzen Sippschaft selbstverständlich über die Fehler der linken Kommunisten in ganz Europa verurteilt werden. Jedem das Seine" (46).

Rosa Luxemburg „Zur russischen Revolution“

Rosa Luxemburg war neben ihrer Bedeutung für die revolutionäre Bewegung im Rußland vor Beginn des Krieges, aber die Erfolgsaussichten der Revolution, stürzte sich nicht die internationale Proletariat erhoben hat. Bereits in der „Janus Bruchur“ hatte sie die Ausichtslosigkeit für die Arbeiterklasse in der Kriegstrage beklagt. Wäre sie „für die eine oder andere Seite im heiligen Kriege Partei ergreifen“, wäre sie „die Weltpolitik und ihre weiteren Perspektiven im ganzen genommen, zwischen der Sozial und Chardels eingeschlossen und die Frage Sieg oder Niederlage kommt unter diesen Umständen für die europäische Arbeiterklasse in politischer Hinsicht wie in ökonomischer Beziehung auf die hoffnungslose Wühl zwischen der Freiheit und der Unterwerfung“ (47). „Ausgenommen den einen Fall, wenn das internationale Proletariat durch seine revolutionäre Intervention einen direkten Streich durch jene Rechnung macht.“ (47) Im April 1917 befürchtete sie, daß „sobald je doch in Rußland das Proletariat den Bürgerkrieg“ durch offene Revolution aufgesagt hat, fällt ihm das deutsche Proletariat, indem es die Kriegssituation ruhig weiter annehmen, in die Hände. „Der Rückzug“ (47). „Das Proletariat eines einzelnen Landes vermag auch mit dem größten Heroismus diese Schlinge nicht zu lösen“, schrieb sie einen Monat später und äußerte die Hoffnung, daß „die russische Revolution von selbst zu einem internationalen Problem werden“ (48). Noch vor der Oktoberrevolution hatte sie gewarnt, daß die Diktatur des Proletariats (49). Im Rußland - falls eine internationale proletarische Revolution nicht rechtzeitig Rückendeckung schafft - zu einer bedrohlichen Niederlage verurteilt (50). „Gegen die das Schicksal der Pariser Kommune ein Kinderspiel gewesen sein dürfte“ (50). Mit dieser allgemeinen Interpretation bewegte sich Rosa Luxemburg im Rahmen der Einschätzung der meisten anderen russischen Revolutionäre, die die Revolution vor allem in den Ländern der kriegsführenden imperialistischen

welt katastrophisch auf sich hinweisen wollten, daß Bolschewiki ihre Berechtigung hatten und nicht Hingabe von Leuten, die in Deutschland im Knast saßen. In ihrem Aufsatz „Brennende Zeitfragen“ hatte Rosa Luxemburg aus der Ausweglosigkeit Rußlands in der Kriegssituation gefolgert. Setzt es den Krieg unter dem Namen „Lassensverleumdung“ fort, nutzt dies dem Enten-typen (Lassens) (Frankreich, Großbritannien und Italien). „Nicht es passiv, bezieht dies keine Beendigung des Krieges, sondern „unschätzbaren Nutzen“ für den deutschen Imperialismus, der im Osten den Rücken freibekam für seine Kriegsziele im Westen. Den Sonderfrieden Rußlands mit Deutschland kritisierte sie daher als „unschätzbaren Hülfsdienst an den deutschen Imperialismus, damit an den armen Feind des deutschen Proletariats ein das stärkste Bollwerk der Reaktion in Europa“ (54).

Im Friedensschluß vom März 1918 sah Rosa Luxemburg die entscheidende Fehlentwicklung der Revolution. Zwischen Sozial und Chardels hat sie sich offensichtlich für letztere und gegen das sozialistische Deutschland entschieden. „Andererseits“ (55) „geschrieben kritisierte sie die Bolschewiki, weil diese den Krieg gegen Deutschland nicht weiter führen wollten (aus der Einschätzung Lenin u.a., daß die Kraft zur vorübergehenden geforderten Umwandlung des Krieges in den „revolutionären Bürgerkrieg“ gegen den Imperialismus) fehlte, weil sie angesichts des Scheiterns der Revolution in anderen Ländern für Rußland eine Atempause suchten. Rosa Luxemburg sah - bei allen Übeln, die sie prognostizierte - in der deutschen Niederlage das geringste (55) und fürchtete daher eine Stärkung des deutschen Imperialismus. Will Schrecken sah sie die Bolschewiki auf ein Bündnis mit Deutschland“ (56).

Mit Brest Litowsk mußte das sozialistische Rußland eine herbe Niederlage und enorme Verluste akzeptieren (57). Für Rosa Luxemburg lagen die von ihr kritisierten Schwierigkeiten mit dem „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ sowie die Einsicht in die Demokratie und der „Friede“ in der Bresler Fehlschritt angelegt. Inwieweit durch falsche Standpunkte unaufrichtiglich da hin führen. Während die Mehrheit der Bolschewiki die offene Kapitulation von Brest Litowsk als notwendigen Rückschritt betrachtete (dessen wichtigste Ergebnisse in den folgenden Jahren tatsächlich rückgängig gemacht werden konnten), betonen nach dem Krieg beispielsweise ihre sozialdemokratischen Gegner, daß wir Ausland die selber immer für

Aus Rosas Haltung zum Sonderfrieden resultierte auch zu einem nicht geringen Teil ihre demokratische Kritik an den Bolschewiki. Der Hauptgrund war die sich verschärfende Situation im Rußland im Jahre 1918. Die Versorenstade entwickelte sich katastrophal. Zwangsrequisitionen von Lebensmitteln begründeten die „Ernährungsdiktatur“ mit der Frieden gab es keine Ruhe, sondern in Prozenten litten sich Konterrevolutionäre verschiedener Lager im Schutze der wenigen imperialistischen Mächte ermutigt. Der Bürgerkrieg mit deutscher und britischer Unterstützung verschärfte sich. Die linken Sozialrevolutionäre waren aus Protest gegen den Friedensschluß aus der Regierung ausgestiegen. Die Bolschewiki standen auf einmal unter dem Druck von rechts und links. Im Juli 1918 verübten linke Sozialrevolutionäre erfolgreich Attentate auf den deutschen Bolschewiker von Misch und auf den deutschen Beichtshaber in der Ukraine in der Hoffnung, dadurch den Bresler Frieden zu zerstören und den Krieg in Deutschland zu provozieren. Der „Friede“ wurde von den Bolschewiki als „Friede“ und linken (5) von ihren himmlischen Schicksalen mit ihrer Mehrheit (58). Sozialrevolutionäre von Sowjetkondam aus. Sie verschärften die Pressur im Ende August wurde der Zusatzvertrag von Brest Litowsk geschlossen, der weitere Belastungen bedeutete (59). Drei Tage später wurde Lenin bei einem Attentat durch eine Sozialrevolutionäre schwer verletzt, daß er sich bis zu seinem Tode (etwa ein Jahr später) nicht wieder davon erholte. Am 1. September wurde der Petrograder Tscheka-Chel (Kommission zur Bekämpfung von Konterrevolution und Sabotage) ernannt. Die Bolschewiki reagierten auf die Destabilisierungsversuche mit dem „roten Terror“ zur Erhaltung ihrer Macht und begründeten diesen ausdrücklich als notwendig. Demgegenüber hatte Rosa Luxemburg die Attentate auf die deutschen Repräsentanten als „eine begriffliche Antwort auf die Schreckensherrschaft des deutschen Imperialismus in Rußland“ (60) gewertet.

Kritik am Selbstbestimmungsrecht und der Agrarpolitik

Sie polemisierte heftig gegen die „Phrase vom Selbstbestimmungsrecht der Völker“. Die Bolschewiki sollten zu ihrem und der Revolution größeren Schaden durch überheißt werden, daß es eben unter der Herrschaft des Kapitalismus keine

sich in der Folge nicht immer an das Selbstbestimmungsrecht hielten. Von dieser Phrasenlogik zum Bresler Frieden, zum Zusatzvertrag - „aus dieser Lage ergaben sich der Terror und die Erdrückung der Demokratie“ (62) ist Rosa Luxemburg überzeugt gewesen.

Auch in ihrer Kritik an der Agrarpolitik der Bolschewiki ging sie weniger von der Mehrheit der Politik auf dem Lande in Rußland aus. Sie kritisierte das sowjetische Dekret über den Grund und Boden, durch das zwar das Privateigentum daran aufgehoben und die Grundbesitzer entschädigungslos enteignet wurden, nicht aber die Sozialisierung des Bodens, Kollektivierung und landwirtschaftliche Großproduktion eingeleitet wurde. Stattdessen wurde der Boden an die Bauern zu vorläufig selbstbestimmt

nerstet lobte sie - mit Blick auf die deutsche Sozialdemokratie - daß „die Bolschewiki die berühmte Frage nach der Mehrheit des Volkes gelöst haben“. Gegen den „parlamentarischen Kretinismus“, der für die Durchsetzung eines Zels immer erst die Parlamentsmehrheit suchte, hatten sie die „wirkliche Dialektik der Revolutionen“ gestellt. „Nicht durch Mehrheit zur revolutionären Politik, sondern durch revolutionäre Politik zur Mehrheit geht der Weg“ (64). Andererseits kritisierte sie die Auflösung der mit revolutionären Wahlzettel nach der Revolution gewählten konstituierenden Versammlung im Januar 1918 (die Sozialrevolutionäre hatten über 50% der Stimmen, die Bolschewiki nur 26% erhalten). Auf jeden Fall hatten die Bolschewiki neu wählen lassen müssen. Widerspruch



Karl Liebknecht (Mitte) und Rosa Luxemburg beim SPD-Parteitag 1909

te Nutzung seit 11. Dies entspricht nicht dem sozialistischen Programm der Bolschewiki, sondern ihrer Einschätzung, was die derzeitigen Mächte der Bauern (5) Unterstützung der Revolution waren. Rosa Luxemburg sah darin „nicht nur keine sozialistische Maßnahme, sondern vielmehr auf den Weg zu einer solchen als „sozialistische Maßnahme“. „nicht gesellschaftliches Eigentum, sondern neues Privateigentum“ auf einem technischen Niveau „aus der Zeit der Phantome“. Zu recht befürchtete sie, daß zukünftig deren Widerstand gegen eine sozialistische Landwirtschaft einbüßen sein könnte, „viel gefährlicher und zäher, als derjenige der alten Großgrundbesitzer war.“ Die weitere Entwicklung der Agrarpolitik war

ist ihre Begründung, daß das Parlament lebendiger Ausdruck der Volksmeinung sein konnte. (65) Ihre Kritik an den Bolschewiki brachte sie auf die Formel „Sowjet Sowjets als Rückgrat wie Konstante und allgemeines Völkerecht“ (66). Ihre Position hat sie in der Novemberrevolution (Novemberrevolution) als sie auf die Räte- und Sowjet- und am Parlament (67) auf einen Markt (68) (69) der Räte- und integrationsistische Seite kritisiert hat.

Sie setzte sich grundsätzlich mit dem Demokratieverständnis der Bolschewiki auseinander. Dabei entwickelte sie ihre Vorstellung von Massenmitbestimmung (70) Demokratie als Erziehungsprozess und Selbstverwirklichung von Massenmitbestimmung. Demokratie als Erziehungsprozess und Schulung der Massen Voraussetzung dafür seien die „unbeschränkten politischen Freiheiten“. Ihr berühmtes Zitat steht im Kontext einer sozialistischen und nicht einer allgemeinen oder bürgerlichen Demokratie. „Freiheit nur für die Anhänger der Regierung, nur für Mitglieder einer Partei - mögen sie noch so zahlreich sein - ist keine Freiheit. Freiheit ist immer Freiheit der Anderdenkenden. Nicht wegen des Fanatismus der Gerechtigkeit, sondern weil all das Lebende, Heißende und Remigende der politischen Freiheit an diesem Weg hängt und seine Wirkung verliert, wenn die Freiheit zum Privilegium wird“ (67). Im weiteren problematisierte sie, daß ansonsten die Diktatur des Proletariats den „Sozialismus vom grünen Tisch eines Dutzends in intellektueller Dekretiert (aktiviert)“. Sie sah die Gefahr, daß „mit dem Erdrücken des politischen Lebens im ganzen Lande“ (71) auch das Leben in den Sowjets immer mehr erlahmen“ muß. All das ist übrigens kaum zu bestreiten. Die Festschreibung im offenen Leben wurde (72) charakteristisch für die spätere Sowjetunion. Je doch muß man bei allem Wohlklang in Luxemburgs Text auch berücksichtigen, daß Sätze wie „Idealismus und soziale Aktivität der Massen, unbeschränkte politische Freiheit“ als „Gegensatz“ gegen Erstarrung und Widerstände gegen sozialistische Aufbaumaßnahmen in einer demnach auseinanderdivergierenden Gesellschaft, bei dem Unterschied zwischen Stadt und Land wie im damaligen Rußland angesichts der Mähsal die Krieg Revolution und Bürgerkrieg für die Menschen bedeutet haben, wenig über die konkrete Lösung dieser Probleme aussagt.

Schließlich versuchte Rosa Luxemburg „Sozialistische Demokratie“ zu definieren. „Wir unterscheiden stets den sozialen Kern von der politischen Form der bürgerlichen Demokratie, wir enthalten stets den herben Kern der sozialen Ungleichheit und Unfreiheit unter der süßen Schale der formalen Gleichheit und Freiheit, nicht um diese zu verwerfen, sondern um die Arbeiterklasse dazu anzustrengen, sich nicht mit der Schale zu begnügen, vielmehr die politische Macht zu erobern, um sie mit neuem sozialen Inhalt zu füllen. (...) Sozialistische Demo



Das Büro der II. Internationale 1907 mit Rosa Luxemburg. Rechts Bebel, sechster von rechts — fast verdeckt

der kriegsführenden imperialistischen Hauptmächte als Erlösung für das gescheiterte Rußland herbeischien. Rosa Luxemburg sah ohne internationale Erlösung des Proletariats, daß „jede sozialistische Partei, die heute in Rußland zur Macht gelangt, eine falsche Politik befolgen muß.“ (51) Im November 1917 kurz nach der Revolution schrieb sie ihre Zweifel in einem Brief an Luise Kautsky. „Ernst Du Dich über die Russen? Natürlich werden sie sich in diesem Heeresabzug nicht halten können - nicht weil die Statistik eine zu rückständige Ökonomie in Entwicklung in Rußland aufweist wie Dein gescheiter Gatte (Anm. Karl Kautsky) ausgerechnet hat, sondern weil der Sozialdemokratie in dem hochentwickelten Westen aus handschimmernden Freigehören besteht, die ruhig zusehend die Russen sich verbluten lassen. Aber ein solcher Untergang ist besser als Leben freilich für das Vaterland“, es ist eine weltgeschichtliche Tat, deren Spur in Armen nicht untergehen wird.“ (52).

Knackpunkt: Der Frieden von Brest-Litowsk

Fantastisch hätte sie mit solcherlei skeptischer Bemerkungen die russische Revolution bereits aufgegeben. Von diesem Standpunkt aus hätte sie neben inhaltlichen Differenzen vor allem die Sorge, daß im Angesicht der unausweichlichen Niederlage (etwa auch von der russischen linken revolutionären Prinzipien zugunsten aktischer Erwägungen preisgegeben würden. Was unseren Historiker Scharer zu der Bewertung veranlaßt, daß Rosa „eine Realpolitik ablehnte, die auf Kosten der moralischen Grundsätze gehen“ (73). „Nicht jedes Mittel heilige für sie den guten Zweck. In diesem einseitigen bestimmten Verhältnis von Moral und Politik liegt wahrscheinlich der schärfste Gegensatz zu Lenin. Dieser war bereit, für die praktische Sicherung der Revolution auch mit den entscheidendsten Feinden der Revolution tatsächliche Bündnisse einzugehen, auch wenn dadurch die moralischen Prinzipien aus dem Fenster geworfen wurden und so ganz nebenbei die Revolution gerettet (war der Schürer vermutlich nicht interessiert). (53) Beweisen will er seine Wertung der Differenz Luxemburg/Lenin auch im revolutionären Rußland und im Frieden von Brest Litowsk

die „Vaterlandsverteidigung“ einsetzen waren, auf einmal gegen das „russische deutsche Kriegsbündnis“ (74). „Historiker Manfred Scharer hat politische Verträge, die er Historiker die den Bresler Frieden als „mittelbaren Erfolg der deutschen Reichsleitung“ wertet (was als ein kurzfristiger Effekt gar nicht bestritten werden will). Sein ganzer Haß auf Lenin kommt in der ungenügenden Bemerkung zum Ausdruck. „Lenin gewann das faktische Spiel mit dem deutschen Imperialismus schließlich. Dies war jedoch nicht nur sein Verdienst, sondern hinein im wesentlichen damit zusammen, daß die deutsche Kriegsführung die Verstärkung der Sonderfriede gebracht hatte, nicht voll nutzen konnte. Für ihre maßlosen Eroberungsziele benötigte sie auch nach dem Sonderfrieden noch mehr als eine Million Soldaten im Osten.“ (58) Als ob dieser Krieg vom deutschen Imperialismus je „maßvoll“ geführt worden wäre.

Selbstbestimmung der Nation gibt, daß sich in einer Kriegsgesellschaft jede Klasse der Nation anders selbstbestimmen strebt.“ Statt die „Zusammenarbeit der Proletariat aller Nationen“ (75) als oberstes Gebot der Politik allen nationalistischen Sonderbestrebungen entgegenzustellen (76) haben die Bolschewiki durch diese Forderung des Nationalismus den Zerfall Rußlands selbst herbeigeführt“ (76).

Diese Passage ist nicht untypisch für Rosa Luxemburg. Sie klagt ein abstraktes internationalistisches Prinzip ein und negiert die konkreten Bedingungen, unter denen die Bolschewiki das Selbstbestimmungsrecht der Völker in der Sowjetunion für so wesentlich erachteten. Die Erfahrungen der russischen Völker mit dem genbrüderlichen Chauvinismus unter dem Zarismus. Die weitere Entwicklung spricht für die Politik der Bolschewiki, die so die Unterstützung verschiedener Völker erreichten (wenngleich sie selber

tere sowjetische Entwicklung sollte dies durchaus bewahren. Unter Stalin löste die KAISS das Problem durch die un-nachrichtigste, verlustreiche Zwangs-kollektivierung. Die Alternative zu der Kritik von Rosa Luxemburg wäre allerdings im Jahre 1917/18 der Bürgerkrieg gegen die Bauern, die Mehrheit der russischen Bevölkerung (fast 80% wohnten auf dem Lande) gewesen, die in der Masse nicht den Sozialismus, sondern Boden wollten. Lenin propagierte stattdessen die Akzeptanz der Revolution durch die Bauern und die Einführung eines Erziehungs- und Veränderungsprozesses (was die Bolschewiki durchaus nicht immer durchhielten).

Konstituierende Versammlung und Diktatur des Proletariats

Die Kritik am mangelnden Demokratieverständnis der Bolschewiki ist bei Rosa Luxemburg nicht widerspruchsfrei. Ei

(ausgeschlossenes Parteivorstandsmitglied der DKP)

Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von vorheriger Seite

arbeitung des Stalinismus, damit wir wieder zu Marx und Lenin zurückfinden können. Und zum dritten: Es gibt die vielen neuen Prozesse, die wir zu verurteilen haben. Schöpferischer Marxismus ist gefordert. Keine Schriftauslegung. Fertige Antworten gibt es zur Zeit aber nicht.

Früherde Fragestellungen möchte ich benennen: Das deutsche Wechselverhältnis von Reform und Revolution ist genauer zu bestimmen und dabei ist der Stellenwert von Reformen und der Kampf darum höher zu veranschlagen. Wir dürfen den Klassenkampf in der Praxis nicht gleichsetzen mit sozialökonomischer Interessenvertretung. Gleichzeitig müssen wir den Friedenskampf in der Mittelstufe der Politik rücken und solche Fragen wie die Ökologie und andere globale Probleme, die Frauenfrage und die Demokratie ernst nehmen. Der Bundespolitik und den Bündnispartnern ist theoretisch und praktisch eine andere Rolle zuzufügen. Wir können sie nicht länger als zeitweilige Begleiter betrachten, die sich früher oder später mit einer untergeordneten Rolle abfinden hatten. Unser Land muß auf der Basis sozialistischer Eigentumsverhältnisse eine sozialistisch-punkistische Bundesrepublik sein. Das ergibt sich aus den Kräftekonstellationen in diesem Land wie auch aus der Verarbeitung unserer stalinistischen Vergangenheit.

Es geht um ein neues Verhältnis zu den sozialistischen Ländern. Ihre Politik deckt sich nicht automatisch mit den Interessen der internationalen Arbeiterklasse. Der unsere Landes und der Auflösung der Kommunisten der Bundesrepublik. Außerdem wurden wir von den Bruderparteien oft nicht richtig informiert. Es gibt also eine eigene Position bei der Beurteilung des realen Sozialismus zu beziehen und diese öffentlich zu formulieren.

Zum Schluß noch ein paar Worte zu einer Meinung: Wie sieht ihr denn jetzt die Aufgabe einer Zeitung „Aufbruch“, einer Gruppe in Bezug auf die DKP?

Die meisten dieser in Erfahrung ausgeschlossenen werden mit der neuen Linie dieser Auseinandersetzungen umgehen und wollen die politisch Selbstverständnisse nicht aufgeben. Wir gehen davon aus, daß der wissenschaftliche Sozialismus, wie er von Marx, Engels und Lenin begründet wurde, richtig ist und es unvorteilhaft ist, mit einer kommunistischen Partei für die Veränderung der Bundesrepublik zu kämpfen. Aber Fakt ist auch: *„Aufbruch“* wird weiter existieren und kämpfen. Aber Fakt ist auch, daß wir rausgedrängt werden sind. Wir werden hier nur Ort mit gesetzmäßig kommunistischen Selbstverständnis in das politische Geschehen eingreifen und wissen natürlich, daß unsere Zukunft nicht unweiblich davon abhängt, weil wir uns nicht die DKP entwickelt. *„Aufbruch“* entweder wir können morgen wieder in die DKP einsteigen, weil sie sich verändert hat, was ich nur als eine theoretische Möglichkeit ansehe, oder es wird möglicherweise eine größere Gruppe aus der DKP herausgedrängt werden. Da wird man weitersehen müssen. Es wird möglicherweise wie in vielen anderen Ländern auch eine zweite kommunistische Partei entstehen. Abgesehen davon, daß es auch Kommunisten außerhalb der DKP gibt.

Das jetzt zu der Gruppe, die hier in Erfahrung existiert. Was die Zeitschrift betrifft. Dem Charakter nach soll sie Diskussionen, die es in der DKP gibt, widerspiegeln. Genauso ist die Lösung demzufolge ist das auch keine Fraktionszeitung und auch kein Organ, um von draußen auf die DKP einzuwirken. Das geht so nicht, das weiß ich aufgrund eigener Erfahrungen nur zu gut. Ich verstehe mich da auch nur als eine Art Schaltstelle. So was braucht halt eine Adresse. Und dieser „Dienst“ wird von DKP Mitgliedern angenommen werden oder aber auch nicht. Dann wird das Ding wieder eingestellt. Der Begriff Zeitschrift ist übrigens überflüssig. Schließlich geht es nur um eine Sammlung kopierter Diskussionsbeiträge.

Nochmal zu Glasnost. Diesen Grundsatz zu praktizieren, ist gar nicht so einfach. Schließlich wird Glasnost auch benutzt, um die dahinterstehende Politik zu bekämpfen. Aber letztlich darf nicht vergessen werden, daß ursächlich die Fehler selbst schuldig sind, nicht deren Bekanntmachung. Und schließlich ist das Wissen um die Fehler die einzige Möglichkeit, sie zu verhindern. Deshalb darf den Mitgliedern nichts verheimlicht werden. Und warum sollen dem sozialen Hauptadressaten der Arbeiterklasse — die Debatte in „ihre“ Partei vorenthalten werden? Aber ich gestehe gerne ein, daß auch ich noch Schwierigkeiten mit Glasnost habe und immer wieder schwanken zwischen Glasnost und der Loyalität gegenüber meinen ehemaligen Genossinnen.

Kontakt
Volker Einhorn, Hindenburgstr. 64
8520 Erlangen, 09131/26405

Nichts, absolut nichts hat sich im Diskussionsstil der DKP geändert, sofern Leute es wagen, Dogmen der Partei infrage zu stellen. Die Erlanger Ausgeschlossenen bzw. Ausgetretenen, die wir im letzten AK vorgestellt haben, sind die aktuell vom Bannstrahl der Partei Betroffenen. Sie sind des Anstößes ist der von Volker Einhorn herausgegebene „Aufbruch: Dokumente und Materialien“ (Tiefenstudie, „Leben — Mehr Licht!“ Die Partei soll alles wissen, der sich als parteikritische Meinungsbildung der DKP wendet. In der ersten Nummer ist ein Aufsatz Einhorn über „Erfahrungen mit dem demokratischen Zentralismus in der DKP. Erste Lehren“ abgedruckt, in dem es an einer Stelle heißt: „Somit kann festgestellt werden, daß in der DKP die Parteibasis keinen wesentlichen Einfluß hat und eine Veränderung von unten (!) nicht möglich ist.“ Die Geschichte der kommunistischen Partei seit Stalin/Thälmann beweist dies, der auch praktisch. Es gibt in der Partei praktisch weder das eigene Statut, geschweige denn Lenins Verständnis von Demokratie und Zentralismus.

Dadurch sei nicht Stalin über Thälmann beleidigt worden, und das in einer Zeit, wo die DKP und demokratische Öffentlichkeit um die Bestrafung seines Mordes kämpfen, greift die Partei in die UZ den Keizer an „Selbstenthüllung des Abtrünnigen“ ist ihre Abrechnung mit Volker Einhorn überschrieben (siehe obenstehende Dokumentation). Nach diesem Versuch, heilige Kühe zu mobilisieren und den Bruch von DKP Tabus anzuprangern (in einer Zeit, wo alle Kräfte der Partei) auf dieses oder jenes Ziel ausgerichtet werden mußten, wurde diese Linie nicht durchgesetzt. Die russische Demokratiebewegung, die schwerste Geschichte, die wir nicht für die DKP ist im ersten gegen sie, zweitens kein Kommunist und drittens — bezahlt oder unbezahlt — Agent des Verfassungsschutzes, dieses Schema ist uns Nicht-DKPlern hinlänglich aus den sechziger Jahren bekannt. Die Ver-

bannung der Erlanger „Anti-Kommunisten“ ist auch eine Warnung an alle in der DKP zukünftig jeden Kontakt zu ihnen zu meiden.

Die Methode „Verfassungsschutz-agent“ ist die widerwärtigste, die die DKP-Führung in Auseinandersetzungen mit Kritikern zu bieten hat. Nachdem die Debatte um die „Hamburger Linie“ im August/September 1987 öffentlich wurde, hat der Parteivorstand die Grenzen absteckt. Das Hamburger DKP Bezirksstandsmitglied Andreas Müller-Goldenstedt („Mugo“) ist für sein „taz“-Interview vom 6.10.87 nur verwahrt worden (diese „Nachricht“ scheint jetzt wieder) Bereits Anfang September letzten Jahres — als der „Spiegel“ mit Veröffentlichungen über die glasnostischen Widersprüche in der DKP herauskam, reagierte Mies Stellvertreterin Ellen Weber: „unübersehbar die Handschrift des Verfassungsschutzes“ (UZ, 11.9.87). In diesem Rahmen reihe sich der „primitive Antikommunismus“ der „taz“ ein, so Ulrich Sander in der UZ vom 10.10.88.

„Die WELT, die TAZ und das AMT“

Unmittelbar hat Fritz Noll, Sekretär beim Parteivorstand, nachgekauft: „Die Welt, die taz und das Amt“ schreibt er seine „Gedanken zu einem Anti-DKP-Kampagne“ (UZ, 17.10.88) die erste offizielle Reaktion auf die Veröffentlichung der Erlanger Aussagen und das Fokussieren auf Thälmann. Ein kleiner Blick auf die Methoden der Auseinandersetzung. Zunächst wird Spinnerei Welt und ihre Verflechtung zur DKP gebührend (Die Abrechnung der Welt und des Verfassungsschutzes) und durchgehend: „Mit will in die DKP Verwertung hineintragen, will spalten und Mithrasen in Politik und Führung der DKP sein.“ So weit so dem DKP Mitglied bekannt. In der Partei wer-

de diskutiert — „gewiß nicht unkompliziert und keineswegs problemfrei“, aber „freimütig“, so Noll. „Daß auf diesem Wege auch einige Verluste eintraten, haben wir weder verschmerzen noch beschönigt.“ „Natürlich hinken sich in einen solchen Klärungsprozeß Kräfte außerhalb der DKP ein.“ „Ist eine Chance sehen den nunmehr 20-jährigen Kampf gegen die Kommunisten mit anzuheben.“ Diese Ehre wird hier der „taz“ angedient. Doch gemacht, „jedenfalls Erregung über Antikommunismus ist fehl am Platz“, erregt sich Noll, bei einer Partei die 75 Jahre in der Illegalität, 12 Jahre im antifaschistischen Widerstand, 12 Jahre unter Aussenverban verban war. „eine solche Partei hat Erfahrungen, wie der reaktionäre Staatsapparat mit ihr umgeht.“ Sind Größe und Bedeutung der von außen kommenden Angriffe nicht klar, wo doch „ganze Ställe des Verfassungsschutzes mit der alleinigen Aufgabe befaßt sind, gegen die DKP zu arbeiten.“ Und „aus aller vor dem Hintergrund sich verändernder Auseinandersetzungen im Lande“ „Freimütig“ ja, aber so wie Peter Strauß „von jedem Kommunisten der KPD höchste Anforderungen an Begeisterung, an Einbeziehung des Prinzipals des demokratischen Zentralismus, an kommunistischer Einsatzbereitschaft und Moral“ erfordere, so gelte hierzulande: „Vor so und nicht anders sind die Aufgaben, die das Leben der DKP stellt.“ Wer traut sich da noch anders Kritik zu üben, als es diese Partiefunktionäre gewohnt sind?

Es gehörte sicher nicht zu den besten Zeiten von Volker Einhorn, ausgerechnet die „taz“ als erstes Forum für den Versuch einer Auseinandersetzung um die DKP-Krise zu nutzen. Nicht weil die „taz“ ein so gutes Forum ist, sondern, weil sie in der Regel die „taz“ nicht das geringste Interesse hat, eine ernsthafte Diskussion in die Probleme kommunistischer Politik und Organisation zu führen, sondern

aus Sensationelle in der Krise linker Politik sucht. Da fällt man schon mal tüme gerade sein „Mugo“, aus der Vergangenheit bekannter beinhardt Handcrispentiger der DKP, wird von der „taz“ (7.3.88) kurzzeitig in den Rang eines „bekannten Quendenkers“ erhoben. Einhorn wurde in das Interview mit der „taz“ (15.3.88) der Satz reingewaschen: „Diese Partei wird es immer geben. Selbst wenn am Ende 15 Menschen übrigbleiben, werden ihr sich DKP nennen“ den „schwarze Vogel habe“ wie er im Lesertitel in die „taz“ am 24.3. schreibt.

Solche Korrekturen tun „hier nichts zur Sache“, damit muß offenbar leben, weil der „taz“ ein Interview zum Thema DKP gibt“, holt UZ Autor Feiwelbel am 23.4.88. Noll macht klar, daß in der DKP alles beim Alten bleiben soll. Wer anders, was als in den Organen der Partei diskutiert, erziehe „Führung und Selbstverleugung“, „nicht Aktion und Handlungsfähigkeit“. Nichts ist ihnen mehr Gerecht als die Vorstellung, daß die einstigen Gewilligten nicht mehr gültig sein könnten. Da wird denn auch das „neue Denken“ flugs in alte Schema integriert. Auf dieser Ebene nichts Neues bei der DKP.

ht

Lesehinweise

Artikel zur DKP-Debatte im AK
— Dokumente zur Hamburger DKP-Debatte
— UZ Artikel von Ellen Weber vom 11.9.87
in AK 286, S. 28/19
— Der Fall „Mugo“, das „taz“-Interview so wie neue Hamburger Debattebeiträge
in AK 287, S. 37/48

Interview mit dem Schriftleiter E. Martin Schöler, AK 288, S. 41

Interview mit Thomas Trautmann (Düsseldorfer Debatte), AK 289, S. 40

Nachdruck des Artikels „Die Antikommunisten aus Mannheim“, UZ, AK 289, S. 11

Artikel zur Jahrestagung des Parteivorstands (Mies) und Will Oetters zur „Organisationsfrage“, AK 291, S. 41

Die Erlanger Ausschlüsse und die Erklärung der Ausgeschlossenen, AK 293, S. 34/35

Selbstdarstellung Alten Denkers

Über die Selbstenthüllungen eines Abtrünnigen

Dokument aus der „taz“

Der nachfolgende Artikel ist aus der UZ vom 25. April 1988. Wir haben ihn um ein Viertel gekürzt.

In diesen Tagen wurde Mitgliedern der DKP — unbekannt — das Erscheinen eines Blättchens mit dem Titel „Aufbruch“ und der Untertitel „Dokumente und Materialien“ angekündigt und eine erste Ausgabe dieser Schrift verbreitet. Herausgeber: Volker Einhorn. (.)

Volker Einhorn war bis Mitte des vergangenen Jahres hauptamtlicher Mitarbeiter des DKP-Parteivorstandes. Er wurde zu diesem Zeitpunkt von dieser Tätigkeit entbunden, weil er den damit verbundenen Aufgaben und der Verantwortung nicht gerecht geworden war. Nach dem Ausscheiden aus der hauptamtlichen Tätigkeit entwickelte er als Vorsitzender der Ortsgruppe Erlangen der DKP eine ausgesprochen destruktive Tätigkeit. Er mißachtete Beschlüsse des Kreis- und Bezirksvorstandes und organisierte in der Grundorganisation „Gegenbeschlüsse“. Dabei suchte und fand er Personen, die gemeinsam mit ihm in gleicher und ähnlicher Weise agierten. Sophie Wunsch und Manfred A. Heinrichs. Die Folge dieser destruktiven Tätigkeit war die fortschreitende Zerrissenheit der Kreisorganisation, ihre politische Lähmung. Auf politische Erscheinungen wurde kaum noch reagiert. Die Öffentlichkeitsarbeit kam fast ganz zum Erliegen. Betriebs- und Ortszeitungen erschienen nicht mehr. Es entstand schwerer Schaden für die Partei.

Die von Einhorn und seinen Freunden herbeigeführten Schwierigkeiten beeinträchtigten die wirksame Tätigkeit der Partei in Erlangen in einer Zeit, in der im ganzen Bezirk Nordbayern der Kampf um den Erhalt der Arbeitsplätze in der Maxhütte auf der Tagesordnung stand und die Bezirksorganisation der DKP alle Kräfte mobilisierte, diesen Kampf für die Interessen der Arbeiter solidarisch zu unterstützen. (.)

Die drei Betroffenen haben sich selbst in einer „Erklärung zu unserem Ausschuß“ die sie an Mitglieder der DKP im ganzen Bundesgebiet verschickten, zu kritischen Gestirnen ernannt, die aus der Partei „ausgedrängt“ würden. Einhorn hat in einem Interview mit der „taz“ für sich und seine Freunde reklamiert: „Querdenker“ zu sein (daß Einhorn in einem nachfolgenden Leserbrief Schwierigkeiten mit der veröffentlichten Interviewfassung bekundete, ist hier nichts zu sehen, dann muß offenbar leben, weil der „taz“ zum Thema DKP ein Interview gibt.)

Dazu muß man anmerken: Die kritischen Gestirne sind in der DKP organisiert. In der DKP kann leute und quer gedacht und leidenschaftlich um den besten Weg gestritten werden. Gerade auch die breit veröffentlichten Diskussionen unterstreichen das. Aber aus den Diskussionen entsteht Politik, entstehen auf aktives Handeln orientierende Beschlüsse. Und da wird sich auch mancher der Diskutanten in der Minderheit befinden. Die Mehrheit hat anders beschlossen. (.)

Was das Prinzip der Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit der Anerkennung der Verbindlichkeit von demokratisch gefaßten Beschlüssen für alle Mitglieder unserer Kampforganisationen mitgetragen kann (so etwas kann es ja geben und braucht auch nicht in jedem Fall ehrenrührig zu sein), muß ehrlicherweise die kommunistische Partei verlassen. Aber ebenso ehrlicherweise sollte er dann den Anspruch aufgeben, sich als Kommunist bezeichnen zu können.

Wir wollen als Kommunisten — nun außerhalb der DKP — mit darüber nachdenken, wie kommunistische Politik heute aussehen muß, und in unserer politischen Praxis zeigen, wie kommunistische Politik erfolgreich sein kann, schreiben die drei Ausgeschlossenen und sie kündigen ihre „organisierte kommunistische Tätigkeit“ außerhalb der DKP an.

Im klassischen Sprachgebrauch der revolutionären kommunistischen Bewegung nennt man das den Versuch, von

außen Fraktionspolitik und Spaltung in die kommunistische Partei hineinzutragen.

Da sind wir dann wieder beim „Aufbruch“ und unseren Fragen: Wer soll da aufbrechen? Und wohn? Oder Wer will da aufbrechen? Und wen oder was? Es handelt sich wohl eher um den Versuch, anderswo einzubrechen.

Zunächst darf angenommen werden, daß das Blättchen an Mitglieder der DKP geschickt werden soll, deren Adressen Volker Einhorn in seiner hauptamtlichen Tätigkeit für die Partei kennengelernt hat. In der Ankündigung steht, daß „Diskussionsbeiträge, Materialien und Informationen“ veröffentlicht werden sollen, „die zur Zeit in anderen Presseorganen nicht berücksichtigt werden“. Reden, Beschlüsse und Diskussionsbeiträge von Parteivorstandslagen und anderen Parteiprogrammen einschließlich wissenschaftlicher Konferenzen etc. können da wohl nicht gemeint sein. Die werden ja in anderen Presseorganen, nämlich in der UZ, den DKP-Informationen und anderen Publikationen veröffentlicht.

Weiter heißt es, es „sollen interessante Artikel aus der Presse nachgedruckt werden“. Solche aus der UZ wohl kaum — die kann jedes DKP-Mitglied selbst lesen. Was aber ist für Einhorn „interessant“? Etwa Artikel über die DKP wie sie in jüngerer Zeit in bürgerlichen Zeitungen wie „taz“, „Frankfurter Rundschau“, „Welt“ und „Spiegel“ fabriziert wurden? Deren Macht und Zweck wurden von Ellen Weber und Fritz Noll in der UZ charakterisiert. Will Einhorn die bürgerliche Pressenkampagne, ihre Verleumdungen der DKP gezielt an Mitglieder der DKP herantragen und mit dem Anspruch „Kritik von links“ weitergeben oder glaubwürdig zu machen versuchen?

In der jetzt verbreiteten ersten Nummer des sogenannten „Aufbruch“ wird die politische Grundsatzlosigkeit des Herausgebers erkennbar. Neben einem Nachdruck aus einer alten Ausgabe des „Spiegel“ erscheint der Nachdruck einer Diskussion

von Funktionären der internationalen kommunistischen Bewegung aus der Zeit sozialistischer Friedens und des Sozialismus, die dort im März 88 veröffentlicht wurde. Dieser Mangel an Originalität wird kaschiert mit einem Artikel von Lenin, wobei Volker Einhorn nicht zur Kenntnis nehmen will, daß gerade Lenin für Abtrünnige vom Schlage Einhorns nur Verachtung übrig hatte. (.)

In einer Zeit, in der die DKP und die demokratische Öffentlichkeit darum kämpfen, daß einer der Mörder Ernst Thälmanns, der in Düsseldorf vor Gericht steht, seine Strafe findet, bringt es Einhorn sogar fertig, die Persönlichkeit Thälmanns als Vorsitzender der KPD und als Antifaschist zu verleumdern, indem er Thälmann in der Frage der Organisationsprinzipien in Widerspruch zu Lenin stellt.

„Eine Chance hat „Aufbruch“ nur wenn auch Du interessante Sachen liest!“ heißt es bei Einhorn. Und weiter: „Es können nur wichtige Sachen veröffentlicht werden.“ Was wichtig ist, entscheidet Einhorn offenbar allein — ganz im Gegensatz zu den basisdemokratischen Prinzipien, die er der revolutionären Partei der Arbeiterklasse aufdrängen möchte.

Aber davon abgesehen: Mit den „Einsendungen“, auf die Einhorn spekuliert, könnte er leicht ein sogenanntes „Stimmungsbild“ aus der Partei zeichnen, ein Zerrbild, das sicher Futter für die bürgerlichen Meinungsmacher und andere Stellen wäre.

Wir haben Volker Einhorn keine Ratschläge mehr zu geben. Er ist nicht mehr Mitglied der DKP, er ist ausgeschlossen worden. Aber natürlich weiß er, wem mit seinem Blättchen Schützenhilfe geleistet wird. Wir wissen aus einer ganzen Reihe von Anwesenheitsversuchen der letzten Zeit, denen Mitglieder der DKP durch Agenten des Verfassungsschutzes ausgesetzt waren, daß der Verfassungsschutz großen Wert auf „Stimmungsbilder“ aus der DKP legt — und wir wissen auch, wieviel sie ihm wert sind. Es könnte sein, daß Einhorn sie kostenlos liefert.

Masse — Partei — Klasse

Die DKP diskutiert die Organisationsfrage

Wer die UZ aufschlägt, stellt fest: Unverändert, immer gleich sprühend vor Langeweile, das zentrale Organ der DKP. Wer die seit Tschernobyl laufenden Ausgrenzungen von Partei-Kritikern in dieser Zeitung verfolgt, wie jüngst wieder die gradlinige Schlussfolgerung vom Verfassungsschutz über die bürgerliche Presse zu den Erlanger Kritikern, der muß zu dem Ergebnis kommen: unverwechselbar DKP. Wer die kurze Sekretariatserklärung zum Ausgang der Landtagswahl in Baden-Württemberg (DKP 0,2) liest, wenn bekannt wird, daß die DKP erfolglos „um die Einheit der Kräfte links von der CDU gerungen“ habe, dann „SPD, FDP und Grüne lehnten teilweise aus parteipolitischen Gründen Gemeinsamkeiten ab“, der wird sie wiedererkennen, die DKP, Massenpartei der Arbeiterklasse.

Doch läuft, gut gedeckelt, in der Partei erheblich mehr an Debatte und Überlegungen der Zukunftsspektiven, als das Zentralorgan erkennen läßt. Nicht daß in der UZ nicht debattiert wird. Monatlang füllen diverse Einzel- und Grundeinheitenbeiträge nach der Bundestagswahl 1987 Beilagen der UZ, bis der Parteivorstand diese weitgehend nicht aufeinander bezogene Diskussion per Vorstandssitzung und Resolution beendete. Kandidaturen der DKP seien anzustreben, wo möglich sollten Bündnisse gemacht werden, alles müsse konkret nach Ort, Zeit und Bedingungen entschieden werden. Nichts geklärt, für alle etwas. Spannender allerdings sind die Debatten in der krisengeschüttelten Partei, wie sie sich heute in den „Marxistischen Blättern“ (MB) widerspiegeln, eine Art Theoriestrang der DKP. Neben der „Umbruchdiskussion“ vor allem des IMSF (1) und der Diskussion des Vorrangs von „Überlebensfragen“ („Frieden ist das Wichtigste“) der Menschheit vor Klassenfragen (mit Auswirkungen auf die Imperialismustheorie die Dritte Welt den Befreiungskampf), ist vor allem die Organisationsdiskussion interessant. Sie wird von verschiedenen Leuten auf verschiedenen Ebenen geführt. Der Marburger Ansatz der Ausgeschlossenen um Volker Eimhorn ist dabei zunächst mal

keine Erfahrung könne begründen, daß die Relativierung der von „Lenin entwickelten Konzeption der Partei neuen Typs“ einen Vorteil bringe. „Im Gegenteil“ sei deren „schöpfertische“ Anwendung auf die heutigen Kampfbedingungen notwendig, denn je „darum muß es uns gehen, wenn wir darüber nachdenken, wie unsere innerparteiliche Demokratie weiterentwickelt werden kann.“

In einem Leserbrief (MB 4/88) schreibt Heinz Jung, daß seine Parteienerneuerung „verschiedene öffentliche Diskussionen, Anfragen und Interpretationen“ ausgelöst hätten, die ihn zu einer Klärung veranlaßt haben. Innere Verfassung und Kampfziele der Partei müßten ständig untersucht werden, der demokratische Zentralismus als Prinzip stünde nicht zur Disposition. „Gleichwohl realisierte es sich in unterschiedlichen Perioden und stellte sich in unterschiedlichen konkreten Formen dar“. Phantastisch verweist Jung auf „Perioden, in denen das unumstrittene Prinzip nur dazu diente, Realitäten zu legitimieren, die mit dem demokratischen Zentralismus nichts zu tun hatten (z.B. die Periode des Personenkultus unter Stalin)“, und wirft damit implizit die Frage auf, ob es in der Tradition der DKP so etwas nicht auch gegeben haben könnte. Auf jeden Fall verfaßt Jung in den üblichen Parteistil, wenn er seine Überlegung der Flexibilisierung der Organisationsprinzipien dadurch weniger angreifbar zu machen versucht, daß es ein völlig nutzloses Allerweltsatz von Herbert Mies über die Notwendigkeit der Veränderung und Konkretisierung von

Auch auf der 9. Parteivorstandssitzung der DKP am 30./31. Januar warf Lehnhardt nur Fragen auf.

So viel Fragererei mag DKP-Präsident umsmittelt Willi Gents nicht. Die Partei könne die Herausforderungen der Zukunft nicht meistern, „wenn nur alles in Frage gestellt wird, wenn nur lauter Fragen aufgeworfen werden, wenn nicht der Versuch unternommen wird, Antworten (...) zu erarbeiten“, um sodann darauf zu verweisen, daß die Partei „ein solides Fundament“ habe. „Und ich füge hinzu, wir haben auch die erste Etage dieses Gebäudes, das weiter ausgebaut werden muß und in dem sicherlich auch von Zeit zu Zeit das eine oder andere Zimmer renoviert werden muß.“ Auch Mies-Stellvertreterin Ellen Weber sah darin eigentlich nur den Effekt, daß die Fragersteller „schnelles Kopfnicken“ ertönen und die Bemerkung: „hinter solchen Fragen steckt ein kluger Kopf“, um das neue Zukunftsgelb der Partei am Beispiel Rheinhausen zu beschwören. Dort war „die Glaubwürdigkeit der Partei noch nie so groß wie gerade jetzt“, wird der Gentsche Lehnhardt zurechtgewiesen. (Die Beiträge von Weber und Gents aus DKP-Informationen Nr. 9, Feb. 88.)

Revolutionäre Kaderpartei?

Wesentlich profiliert und substantieller in den Konsequenzen für die Partei allerdings auch weitreichender, ist der Diskussionsbeitrag des Marburger Hochschullehrers Georg Fulberth („Das Ende

le, dem entgegen der Autor: „Nicht das Wahre, Schöne, Gute kann Kriterium für die Beurteilung einer kommunistischen Partei sein, sondern ob es ihr gelingt, aus einer gegebenen, worst nicht veränderbaren Situation für rational nach wie vor begründete Positionen das herauszuholen, was ohne Verzicht auf diese Prinzipien erreichbar ist.“

Abschied vom „System der Bedürfnisse“

Fulberth nennt zwei Situationen, in denen kommunistische Parteien als Massenorganisationen denkbar sind. Unmittelbar vorrevolutionäre, revolutionäre und nachrevolutionäre Zeiten (wie in Deutschland 1918-1933). Und „Gesellschaft, in denen prekapitalistisch oder sozialdemokratische Parteien Reformulieren offenlassen“, in die die Kommunisten schlüpfen. Dies allerdings bekommen ihnen „auf Dauer nicht gut“. Ihre Reformfunktion wird entweder von anderen übernommen und/oder sie werden selbst zu reformistischen Parteien. Dies sei in Frankreich und Italien von 1943-1987 der Fall gewesen. Dies könne auch ein Masseneinfluß sein, der „sich zuweilen nur auf Teilgebiete erstreckt“, wie im KP E. flußt auf die US-Gewerkschaften in den dreißiger Jahren, oder aber, wie manche meinen, im Einfluß auf die BRD-Studienbewegung in den sechziger Jahren. „Außerhalb solcher Perioden können kommunistische Parteien niemals Massenorganisationen sein, sondern nur aktive Zirkel.“

Unter Rückgriff auf Engels Ausführungen über England in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entwickelt Fulberth seine Sicht wesentlicher Veränderungen im Kapitalismus, damit aber auch die Notwendigkeit neuer Bewertungen. Für die entwickelten imperialistischen Gesellschaften gelte das traditionelle marxistische „System der Bedürfnisse“ nicht mehr in alter Weise. Die Ernährungsfrage sei zumindest vorläufig reguliert. Die Problematik gelte allerdings noch global, diese Probleme hätten sich in die „kapitalistischen Entwicklungsländer“ verlagert. „Dieses gehört zum Preis für die Herrschaft des Kapitalismus in den Zentren.“ Das „Bedürfnis-System“ als Grundlage für den Masseneinfluß kommunistischer Parteien wie dies in Deutschland bis 1933 noch der Fall war, gelte in Ländern wie der BRD nicht mehr. Die Regulierung der Bedürfnisse der Arbeiterklasse erfolge in Form pa über Formen kapitalistischer Vergesellschaftung — staatliche Institutionen wie

kapitalistischen Ländern sei nichtrevolutionär. Die gesellschaftliche Dynamik die Entwicklung der Produktivkräfte, die Veränderung der Klassen bewirke, daß „jede tatsächliche oppositionelle Bewegung in diesem Prozeß offensichtlich vorläufig, auf Übergang angelegt ist“, dann erhoffte operative Orientierungen sind aktuell nahezu unmöglich.“ Wo bleiben da die gewohnten Gewissheiten? Die Aufgaben für Kommunisten seien reduziert: „als Massenorganisationen gäben sie sich derzeit in der Substanz auf keine militante und geschulte Kaderpartei bei der Aufgabe der derzeitigen Etappe.“ In einem hochvergesellschafteten Kapitalismus wendeten sich immer Leute und Bewegungen finden, die geschulte Vorschläge für immanente Reparaturen machen, so daß den Kommunisten die Versuchung sich selbst zu halten zu machen, da fremder sein müßte als anders. „Noch mehr als Eingemachte (der Friedensbewegung?) geht's. Zugleich sollte die „Lohnarbeit in außerparlamentarischen Bewegungen“ qualitativ präzise definiert werden. Nachvollzug eines Massenkonzepts reicht wohl nicht aus.“ Kommt man von der „entschiedensten Feind der Arbeiterparteien aller Länder“, zitiert er das kommunistische Manifest. Die revolutionäre Perspektive sei nicht aufzugeben. Der Kapitalismus nicht endlich die Kritik der politischen Ökonomie gelte auch für das jetzige Stadium. „Eine neue revolutionäre Situation wird nicht zu einer massenhaften Wiederbelebung aller Politikformen führen. Dann werden die Kommunisten des klassischen Typs wohl mehr mit einer unpassenden revolutionären Bewegung sein, in welcher sich andere Organisationen transformieren, teils um sich neu bilden.“

Massenpartei oder Sekte?

Neu ist die Veröffentlichung solcher Beiträge in der DKP sicher nicht, aber nicht als Diskussionsbeitrag für Intellektuelle der Partei sind nämlich Beiträge die ernsthaftes Ringen um eine andere Politik und Organisation bedeuten. Darf hervorhoben werden Fulberth hat in den „Marxistischen Blättern“ zum ersten Mal bekommen um vom Parteivorstand und dem Parteivorstand Partei Vorstand. Thomas Hanns bestreitet den „Identifizierung durch Reformpolitik“ und unterstützt Fulberth die „Logik der Atomisierung“ die Entwicklung zur „Sekte“. Die Sekte beschließt auch den Herausgeber der „Blätter“, Josef Scheiblmayr. „Zum Schluss aber werden (...) um kleinen Parteien auch unter den günstigsten objektiven (...) Bedingungen keine Massenparteien



aus UZ vom 12.3.88

aus UZ vom 12.3.88

Kampf- und Organisationsformen mit peinlich genauer Quellenangabe aufschreibt.

Wie kommen wir in die erste Reihe?

In MB 11/87 thematisieren Steffen Lehnhardt und Robert Seigerwald in einem gemeinsamen Artikel die „grundsätzlichen Probleme“ der DKP. Sie registrieren die Verlagerung der Interessen von Parteimitgliedern („höherer Lebensstandard“, Familie, Freizeit) sowie die Entwicklung von Beziehungen in anderen sozialen Zusammenhängen (Bürgerinitiativen) als denen der Partei. Damit würden aber auch Leute in die Partei kommen, die „andere Organisationsformen, andere Meinungsfindungsformen kennen gelernt haben“. Zunehmende „Individualisierung“ nennen sie den Prozeß der Abwendung von der DKP und des Nachlassens „grundsätzlicher Bindungen“. Viele Forderungen, die die DKP früher ausgeprochen hätten, seien heute gesellschaftliches Allgemeinut. Als „Identität“ beschwören die beiden Besonderheiten, die die DKP von anderen Kräften unterscheiden: Die Orientierung auf die Arbeiterklasse, das Festhalten am Sozialismus als Ziel, die Anziehung der marxistischen Weltanschauung sowie den proletarischen Internationalismus. Als Zukunftsaufgabe formulieren sie, daß die Partei „Vorkämpfer für das Überleben der Menschheit“ sein müsse. „Vorkämpfer“ sein heißt mehr, als nur „angehen“. Es muß heute bedeuten: „Gemeinsam mit anderen in der ersten Reihe gehen. Da wird es besonders spannend: Wie kommt man in die erste Reihe?“ Was das heißt und wie das beantwortet werden soll bleibt bei Lehnhardt/Seigerwald offen.

als Chance“ MB 12/87. Fulberth analysiert weltweit vor allem aber in den imperialistischen Staaten Wendeimpulse, einen „gegen Null tendierenden Masseneinfluß“ der kommunistischen Parteien bzw. unterstellt er diesen Nullteflus bereits als gegeben. Ohne die DKP zu erwähnen zählt er auf Niedergang der KP in Frankreich, Verlust der Parlamentsitze in Belgien, Niederlande, Norwegen, Dänemark, Niedergang und Spaltungen in Spanien und Finnland. Demgegenüber zwar eine einflussreiche italienische KP ähnlich die Kommunisten in Schweden jedoch so Fulberth seien diese vom eigenen Verständnis eher „linkswärts“ und der Sozialdemokratie zuzurechnen. Er sieht die Notwendigkeit eines „vorläufigen Abschieds von der Massenpartei“. Seine These: In der überschaubaren Zukunft müßten sich die Kommunisten als „kleine theoretisch qualifizierte Organisation mit für längere Zeit eher außerparlamentarischen praktischen Ansatzpunkten, zumindest was die zentrale Ebene angeht“, organisieren.

Fulberth grenzt sich von jenen Parteikritikern ab, die die Ursachen der krisenhaften Probleme vor allem im „im Bunkerdenken ihrer Führung“ suchen. Auch die „fröhliche innerparteiliche Diskussion“, wie sie bei den KPs in Großbritannien, der Schweiz und den Niederlanden herrsche, „schützt keineswegs vor Minimierung“. Demgegenüber wären den KPs in Portugal, Griechenland und auf Zypern ihre engen SU-Bindungen weder peinlich noch hinderlich. Den Grund dafür sieht er darin, daß „die vergleichsweise starken“ KPs heute „schon wieder zur ökonomischen Peripherie gehören“, ihre Bindungen daher auch auf die Zentren übertragen werden könnten. Wer sich vor dem Charakter einer Sekte fürcht

„Antimonopolistische Demokratie“ gescheitert

Fulberth grenzt sich von einer Position ab, daß die Erkapitulation des Sozialismus nur „mit je einer einzigen historischen Form kommunistischer Parteien“ verbunden werden könne. Wer heute beispielsweise meint, am Masseneinfluß der Weimarer KP anknüpfen zu können, habe einen Parteityp mit „allenfalls folkloristischer Bedeutung, sein Revival würde lediglich zur Aufstellung einer Traktatengruppe führen.“ Seit dem 2. Weltkrieg hätten „alle Revolutionen ihre internationalen Voraussetzungen, zu der die Stellung der UdSSR gehört“. Gescheitert sei auch das Ziel der „Antimonopolistischen Demokratie“, das in der Offensive der Linken Ende der sechziger Jahre entwickelt worden ist. Sowohl die französische Ausformung, die im gemeinsamen Programm von KPF und PS kulminierte „durch Ausschaltung des Monopolkapitals und Besetzung der ökonomischen und politischen Machtpositionen“, als auch der italienische Weg der Durchsetzung der Institutionen hatten nicht zum Erfolg geführt sondern zum Verlust an Substanz der Kommunisten. Unter viel schlechteren Bedingungen hätte dies auch die 1968 neugegründete DKP versucht, ein „aus nichts loses“ Unterfangen.

Fulberths Perspektiven könnte man auch als Zentralangriff auf die Politik und Praxis der DKP werten.

Die Situation in den dominierenden ka-

en auch unter den günstigsten objektiven (...) Bedingungen keine Massenparteien (...), wenn sie sich mehr oder weniger der schlechten pragmatisch-reformerischen, kleinkariert-opportunistischen heutigen sozialen Wirklichkeit fernhalten und sich den heiligen, reinen sozialistischen Grundsätzen widmen (oder weihen). Das wäre die schlimmste Abart des Sektenritums.“ (Harris und Schleifstein in MB 2/88).

Die DKP-Verurteilung von Rheinhausen als Auslenkung der Arbeiterbewegung allein Stils dürfte gegen Fulberth und anderer Überzeugungen ebenso stehen wie die Notwendigkeit immer wieder neu den „kleinkariert-opportunistischen“ Massenkampf für die eigenen Mager (oder?) organisieren zu müssen. Als „zwei Kinder Elternheit“ und Betriebsratsvorsitzender und Gewerkschaftsfunktionär“ übte sich Lehnhardt in der Maschke aus Brunnenschweig besonders von Fulberth betreten (MB 4/88). Er habe sich an seinen Arbeitsplatz einen Ausschnitt aus seiner Gewerkschaftszeitung gehängt, daß in der Bundesrepublik fast 10 Millionen Arbeiter leben. Immer wenn das Geld mal wieder nicht reiche, er merke er sich daran, daß er in Schicksal mit anderen 10 Millionen anderen teile. „Unabhängig von den sich vollziehenden Veränderungen will mir nicht einleuchten, daß es nicht möglich sein soll, von diesen 10 Millionen, die versicherungstechnisch Arbeiter sind, 1 Prozent für die DKP zu gewinnen.“ Womit wieder alles beim Alten wäre.

br.

Anmerkung

1) Mit „Umbruch“ wird die „elektronische Etappe der wissenschaftlichen Revolution“ bezeichnet. Das MSF ist ein Forschungsinstitut der DKP.

Neue Organisationsprinzipien?

In einem Artikel „Imperialismustheorie und Umbruchprozesse“ hat der Leiter des IMSF Heinz Jung, sich vorsichtig an ein DKP-Tabu herangetastet, wenn er die Frage aufwirft, wie weit veränderte Umbruchprozesse eine veränderte revolutionäre Partei erfordern (in „MB 10/87“). Die DKP versteht sich in der Tradition von Lenins „revolutionärer Partei neuen Typs“.

Die DKP verstand sich als Partei „neuen Typs“ und kultiviert bzw. bürokratisiert alle Elemente der bolschewistischen Kader- und Kampfpartei der Illegalität bzw. der Zuspitzung des Klassenkampfes auf das revolutionäre Ziel hin, ohne daß die Partei vergleichsweise revolutionär arbeitete bzw. wirkte. Die „Umbruchperiode“ so Heinz Jung, schaffe um ein Vielfaches größere Eingriffsmöglichkeiten, als dies in normalen Zeiten der Fall sei. In ihrer Form wie auch das „revolutionäre Subjekt“. „Die Konzeption der bolschewistischen Partei neuen Typs, die in jener harten revolutionären Kampf- und Umbruchperiode geboren werden mußte, kann nicht übernommen für die gegenwärtige Umbruchperiode übernommen werden“, grenzt er mit offenkundiger Betonung auf hart und Kampf für die Vergangenheit die Diskussion um die Partei ein. „Dies zeigen die praktischen Verhältnisse völlig eindeutig — etwa in der Frage der konkreten Gestaltung des demokratischen Zentralismus, der Verbindlichkeit von Organisationsprinzipien und Mitgliedschaft usw.“ Aber, schiebt Jung nach, entscheidend sei natürlich als Lehre aus Lenin „das Verständnis der Partei als kollektives revolutionäres, d.h. auf die Revolution orientiertes Subjekt“.

Die DKP von uns häufig als Friede-, Freude- und Parteilichkeitspartei verspottet mehr mit Koeletts und DDR-Kartoffeln auf Sympathiewerbung, als revolutionäre Kampfpartei, häufig genug ordnungstreu gegenüber der radikalen Linken und militanten Aktionen, diese DKP könne „gerade in Zeiten des Umbruchs“ keine „Abstriche am marxistischen, am revolutionären Charakter unserer Organisationspolitik und unserer Organisationsprinzipien“ verantworten, konnten Parteivorstand Herbert Mies auf der Parteivorstandssitzung im November 1987 („Zu einigen strittigen Fragen“, MB 12/87). Keine nationale wie internationale

Alexander Langer, ehemaliger Mitarbeiter von „Lotta Continua“, seit Jahren Abgeordneter der „Alternativen Liste für ein anderes Süd-rol“ und Förderer des nationalen Einigungsprozesses der italienischen Grünen, hatte Grund zur Klage. Die international renommierten, erfolgreichen und wohlhabenden bundesdeutschen Grünen ließen ihres im Juni 1987 erstmals zur Abgeordnetenkammer kandidierenden italienischen Schwesterorganisation so gut wie keine Wahlkampfkostenzusage angedeihen. Langer leicht verstimmt über die erfolgreichste grüne Partei der Welt: „Eher sympathisiert man hier mit der alt neu linken „democrazia proletaria“ (DP), die in ihrer politischen Linie etwas dem kommunistischen Rand Hamburg ähnelt.“ (1)

Wie groß die behauptete Ähnlichkeit tatsächlich ist, soll dieser Artikel a. h. herausfinden helfen. Daß er kurz nach dem 10. Geburtstag der DP erscheint, ist einerseits Zufall, andererseits Anlaß für etwas verspätete Glückwünsche. tanti auguri, compagne e compagni!

„Democrazia proletaria“ — Proletarische Demokratie — unter diesem Namen hatte 1975 erstmals ein Wahlbündnis aus „Avanguardia operaia“ (AO) und „Partito di unità proletaria per il comunismo“ (PUP) — den kommunistischen Kandidaten — die „Democrazia proletaria“, die sich zu den Wahlen zur Abgeordneten-Kammer trat, bezog eine weitere schlagkräftige und militärisch starke Organisation für autonomen Linken mit ein: „Lotta continua“. Das Wahlergebnis war jedoch enttäuschend: nur 1,5% und sechs Parlamentssitze.

Die Idee, das Wahlbündnis in eine gemeinsame Organisation umzuwandeln, war dadurch zwar nicht widerlegt. Begeisterungsurge konnte sie allerdings nicht hervorrufen. „Lotta continua“ verabschiedete sich im November 1976 mit einem chaotischen und tranenreichen Kongreß weitgehend aus der Debatte. Die neue Studentenbewegung des Jahres 1977, die von „Autonomie“ und „Autonomia“ (Studentenmacht) — den „autonomi“ und die weite „freie ML“ — (zusammen mit KB mit großer Sympathie) (bezeichnet wurde), bemühte sich in „autonome“ Aktion und hatte nichts übrig für „demokratische“ (2)

Die Kandidatur der „Democrazia proletaria“ (DP) als Partei, bestehend aus „Partito di unità proletaria“ (PUP) und „Lotta continua“, fand am 16. April 1978 doch noch zustande. Der Gründungstag war der 32. Tag der März-Einführung, weitere 24 Tage später war Monat. Die Repressionswelle gegen die revolutionäre Linke, die Jagd auf „Sympathisanten“ und die Disziplinierungswillens um Klina, das einer neugegründeten linksradikalen Partei nicht gerade zuträglich war.

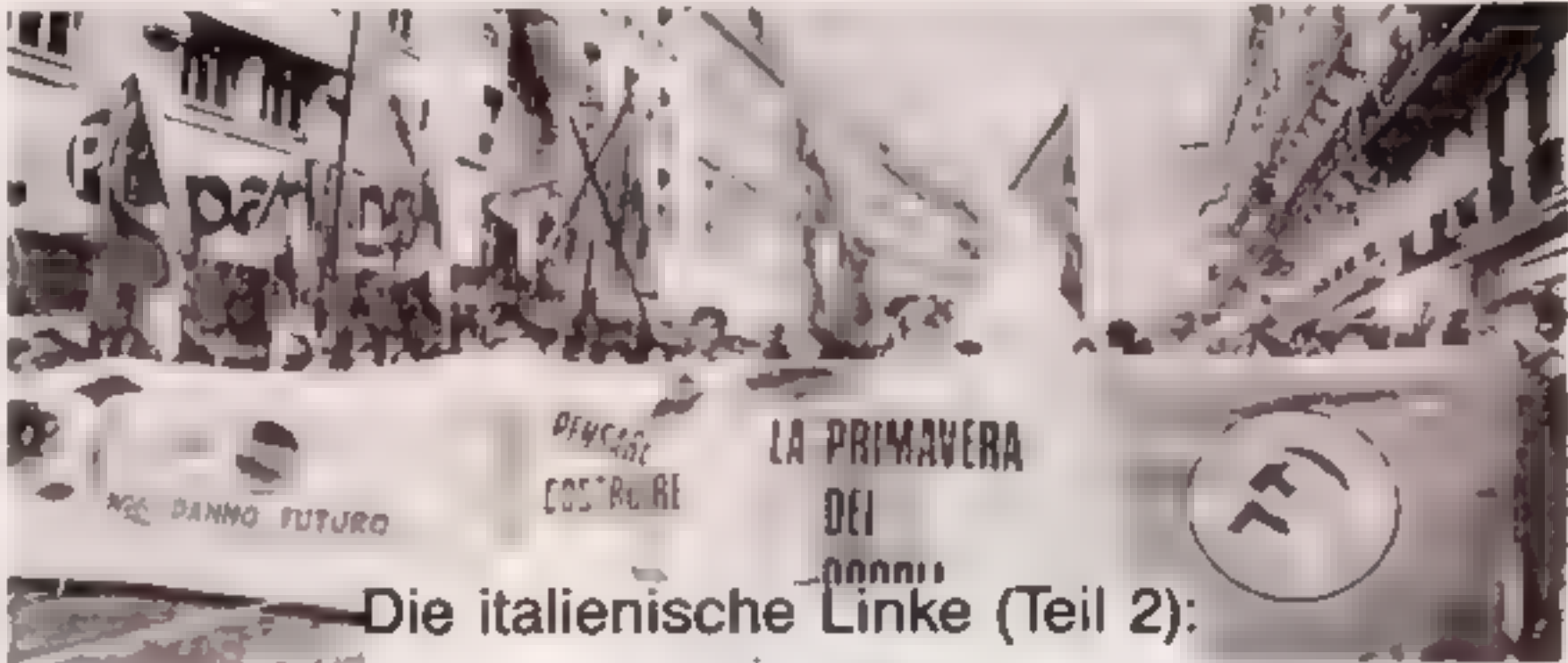
Die Wahlmiederlage im Juni 1979 (0,8% kein Sitz) kam dennoch überraschend. Zwei bis drei Prozent waren zu erwarten. Die Wahlmiederlage (3)

Die Wahlmiederlage im Juni 1979 (0,8% kein Sitz) kam dennoch überraschend. Zwei bis drei Prozent waren zu erwarten. Die Wahlmiederlage (4)

Proletarische Krisen-debatte

Capanna war es auch, der auf dem zweiten Kongreß der DP (im Februar 1980) die vorhersehende Summierung unter den Debatte. Die Wahlmiederlage (5)

Selten genug hatten die Wirkungen solcher Beschwörungen, die Versammlungen in spontane Begeisterung versetzten, lange vor. In diesem Fall muß es sich um mehr als bloße Rhetorik gehandelt haben. „Democrazia proletaria“ hat sich stabilisiert. Bei den Parlamentswahlen 1983 und 1987 wurden jeweils 1,5% (7 Sitze) erreicht — ein beachtlicher, aber dauerhafter Erfolg einer Partei, die — im Unterschied etwa zu den bundesdeutschen Grünen — Wahlbeteiligung und Parla-



Democrazia Proletaria

mentarbeit nicht als höchste Stufe politischer Tätigkeit begreift

„Palermo“ — ein Fixpunkt

Der 6. Nationale Kongreß der DP, der Anfang Mai stattfinden soll, wird aller Voraussicht nach keine radikalen Brüche bringen. Parteisekretär Russo Spina schlägt vor, den 5. Kongreß in Palermo (22. — 27. 4. 86) „als Fixpunkt zu nehmen. Nicht um etwas zu mythologisieren, aber wir haben zwei Jahre an einem Projekt gearbeitet, das wir uns nur teilweise als kollektive Einheit in seiner ganzen Fruchtbarkeit angeeignet haben, dieses Projekt muß seine ganze Leistungsfähigkeit noch zum Ausdruck bringen. Jetzt wird es nur auf Stand gebracht, verdeutlicht, präzisiert, bereichert durch Politik und Intervention der Massen.“ (3)

Wesentlicher Bestandteil des „fruchtbaren und leistungsfähigen Projekts“ von Palermo ist die dort verabschiedete nicht als 100 Seiten starke politische Thesen (4) sondern als 100 Seiten starke politische Thesen (5)

I. „Die Gegenwart und Zukunft der Menschheit steht auf dem Spiel“ (mit den Unterabschnitten „Widersprüche des gegenwärtigen Kapitalismus“ und „Reaganismus“)

II. „Die Situation in Italien“.

III. „Die Alternative der Linken und die Rolle der DP“.

IV. „Das Programm der Alternative: Die Gesellschaft und der Staat der Rechte“.

Das Bemühen, kein Thema auszulasen, von der Analyse der Widersprüche im Weltmaßstab zur Umwelt. Freie (6)

Das Bemühen, kein Thema auszulasen, von der Analyse der Widersprüche im Weltmaßstab zur Umwelt. Freie (7)

Capanna war es auch, der auf dem zweiten Kongreß der DP (im Februar 1980) die vorhersehende Summierung unter den Debatte. Die Wahlmiederlage (8)

Selten genug hatten die Wirkungen solcher Beschwörungen, die Versammlungen in spontane Begeisterung versetzten, lange vor. In diesem Fall muß es sich um mehr als bloße Rhetorik gehandelt haben. „Democrazia proletaria“ hat sich stabilisiert. Bei den Parlamentswahlen 1983 und 1987 wurden jeweils 1,5% (7 Sitze) erreicht — ein beachtlicher, aber dauerhafter Erfolg einer Partei, die — im Unterschied etwa zu den bundesdeutschen Grünen — Wahlbeteiligung und Parla-

Kampf der „Supermächte“?

Die Gefahr eines neuen Weltkriegs erwächst für die DP aus dem Konflikt der „Supermächte“ USA und UdSSR. „Der Konflikt drückt sich heute vor allem aus in der Tendenz, beider Supermächte zur Kontrolle der großen Seewege, des Mittelmeeres, der die strategisch wichtigen Rohstoff-

je produzierenden Länder und in einer Anzahl von Stellvertreterkriegen in der Dritten Welt und in innerstaatlichen Dringungen und Aggressionen gegen unabhängige Länder schließlich in der Balkanisierung des Nahen Ostens. Kurz gesagt, hat heute der Ost-West-Konflikt die Dritte Welt zum grundlegenden Gegenstand des Streits und verschärft so den Nord-Süd-Gegensatz.“ Welches Land nach Ansicht der DP „stellvertreternd“ für welche „Supermacht“ Krieg führt, wird nicht gesagt.

Im vierten Kapitel ihrer Plattform, in dem die DP ihre „Ablehnung des bürokratischen Modells des Ostens“ erklären wird erneut das sowjetische Weltbild schärfend behandelt. „Die Außenpolitik der UdSSR wird dominiert von imperialen Perspektiven weltweiter Hegemonie, sie ist militäristisch und aufrüstend wie die der USA und bewirkt ähnliche Gefahren für den Weltfrieden.“ Gottdiener Abrüstungsvorschläge werden zwar lobend erwähnt — um imperialistischen Charakter auch der sowjetischen „Supermacht“ ändern sie aus Sicht der DP nichts.

Bündnispolitisch wirkt sich der Anti-sowjetismus ziemlich hinderlich aus. Die radikalen Teile der PCI Basis, die den sozialpartnerschaftlichen und staatsbürgerlichen Kurs ihrer Partei kritisieren und damit ein für die DP interessantes Bündnispotential darstellen, vertreten mit ihrer in der Regel sowjetfreundlichen Haltung — für die DP — „nicht nur falsche, sondern extrem gefährliche Ansichten über den Osten und den Sozialismus.“

Raus aus der NATO!

Die Massenagitation der DP leidet allem Anschein nach nicht unter dieser die USA (9)

Raus aus der NATO!

Die Massenagitation der DP leidet allem Anschein nach nicht unter dieser die USA und die UdSSR auf eine Stufe stellenden Ausgewogenheit. Sie ist vielmehr erscheinend „einseitig“ gegen die NATO gerichtet. Die DP fordert den NATO-Austritt Italiens — auch südlich der Alpen eine Außenseiterposition: die PCI-Führung hat erst jüngst bei einem Moskau-Besuch gegenüber Gorbatschow die NATO-Treue der Partei und ihre „Unterstützung der westeuropäischen Integration auf wirtschaftlichem und auch auf militärischem Gebiet“ (5) bekräftigt.

Wochenlang agitierte die DP gegen die Entsendung italienischer Kriegsschiffe in den Persischen Golf. Anlässlich des NATO-Gipfels in Venedig im Juni 1987 machten die „demoproletari“ ihrerseits die Leinen los und konfrontierten die abgeschirmten NATO-Strategen öffentlichkeitswirksam vom Meer aus mit ihrem Protest gegen Aufrüstung und Kriegspolitik.

In einer auch ins Englische übersetzten Broschüre, deren Adressaten vor allem die im Europaparlament vertretenen linken Parteien sein dürften, propagiert die DP einseitige Abrüstung als wesentlichen Schritt aus dem „Circulus vitiosus“ des Weltzustands (6).

Partei neuen Typs?

„Democrazia proletaria“ ist eine Mitgliederpartei. Jahr für Jahr setzt sie genaue Plandaten für die Gewinnung neuer Mitglieder fest. Der Plan für das Jahr 1987 wurde zu 91% erfüllt. 9.146 Mitglieder zählte die Partei im Dezember 1987. Die diesjährige Kampagne („Jeseramen-ti ‘88“) soll mit besonderem Nachdruck geführt werden. „1988 wird die DP 10 Jahre alt. 20 Jahre nach 1968 und nach dem Tode Ernesto Che Guevaras“ (7). Die Mitgliederwerbung („scriviti a Dp — Titi in die DP ein“) sieht unter dem Motto: „Aus den Idealen von 68 ein Entwurf für die Gesellschaft des Jahres 2000.“

Die DP ist stolz, keine Studentenpartei zu sein (zur sozialen Zusammensetzung siehe Kapitel). 73,4% der Genossinnen sind Mitglieder einer Gewerkschaft, vorzugsweise der PCI/PSI-dominierten CGIL, in der Friedens- und Umweltschutzbewegung und in kulturellen Ver-

einigungen betätigen sich 43,3% der DP-Mitglieder.

Nach der Niederlage der FIAT-Arbeiterinnen im Kampf gegen die „Gesund-schrumpfung“ des Konzerns im Jahre 1980 haben die italienischen Arbeiterkämpfe noch nicht ihre frühere, von der westdeutschen Linken bewunderte Härte und Entschlossenheit wiedergefunden. Die Streiks im Verkehrswesen, vielfach an den Gewerkschaften vorbei von lokalen „Basiskomitees“ organisiert und von der DP unterstützt, haben wesentlich Abwehrcharakter. Im Dienstleistungssektor, vor allem bei Post und Eisenbahn, sollen 100.000 Arbeitsplätze abgebaut werden. Die offizielle Arbeitslosenrate beträgt schon jetzt 12,4% (gegenüber 11,9% Anfang 1987).

Die Aufgabe, Arbeiterbewegung und neue soziale Bewegungen zusammenzuführen, ist für die DP „im Prinzip“ klar. „Integration der Themen Umweltschutz, neuer Pazifismus und Frauenbefreiung in die Arbeiterkämpfe“ — ebenso wie „Anleitung des Klassenkampfes durch Teile der neuen Bewegungen.“ In der Praxis macht das erfahrungsgemäß erhebliche Schwierigkeiten. Während die „movimenti“ die AKW-Bauvielle in Monalini di Casio blockieren, demonstrieren die Bauarbeiter für den Weiterbau. Der von der Regierung finanzierte „Bauwupp bei vollem Lohnausgleich“ (8) dürfte sich als Dauerlösung kaum durchsetzen lassen. Andererseits haben viele der sozialen Kämpfe, denen die DP verstärkte Aufmerksamkeit schenken will — die der arbeitenden Jugendlichen, der Komitees gegen die Mafia u.a. — spontanen Charakter. Bleibt die Rekrutierung der Aktivistinnen für die Partei.

„Il partito è sempre ‘a scuola“

gen die Mafia u.a. — spontanen Charakter. Bleibt die Rekrutierung der Aktivistinnen für die Partei.

„Il partito è sempre ‘a scuola“

„Democrazia proletaria“ gibt sich alle Mühe, ihre Offenheit, Diskussionsbereitschaft und Lernfähigkeit herauszustellen. „Il partito è sempre ‘a scuola.“ Die Partei ist stets „in der Schule.“ (9) fordert die Plattform von Palermo, lernen soll sie nicht allein von den Massenkämpfen, sondern auch von allen demokratischen Strömungen in Kultur, Wissenschaft, Philosophie und — Religion. Scharf verurteilt wird die „traditionalistische und mittelalterliche“ Politik des Vatikans — dem „fortgeschrittenen Teil der katholischen Welt“ dagegen bescheinigt die DP ohne Einschränkung eine positive Rolle in der Friedensbewegung.

Daß es hier um mehr geht als um ein reines Zweckbündnis, belegt die mehrfache Bezugnahme auf den Sandinismus und die nicaraguanische Revolution — für die DP das Modell einer fruchtbaren „Begegnung von Marxismus und revolutionärem Christentum“, dem nahegelegt werden soll. Das klingt — bezogen auf Italien und seine katholische Kirche, in der die „Befreiungstheologen“ nicht gerade den Ton angeben — schon etwas befremdlich, zumal für westdeutsche Linksradikale, Italiens-deutsche Mentalitätsunterschiede? Sen Don Camillo und Peppone wissen wir, daß in Italien sogar stalinistische Sektierer ihre Kinder taufen lassen. Tatsächlich können sich die „demoproletari“ noch auf eine seriösere Quelle berufen — auf Lenin. Das war zwar um scharfe Worte gegen die Pfaffen nie verlegen und bezeichnete u.a. Religion als „geistigen Fusel“, hielt aber gleichwohl kluge Zurückhaltung im Umgang mit den gläubigen Fuseltrinkern für notwendig: „Die Erniedrigung (des) revolutionären Kampfes der unterdrückten Klasse für ein Paradies auf Erden ist unwichtiger als die Einheit der Meinungen der Proletariat über das Paradies im Himmel“ (9).

Reibereien um die Gewaltfrage scheinen es mit den friedensbewegten Christen nicht zu geben — die DP bekennt sich selbst zur Gewaltfreiheit: „Unsere Entscheidung für eine soziale Umgestaltung ist erklärungslos eine gewaltfreie Entscheidung für eine gewaltfreie Gesellschaft.“ Ein Notwehrrecht für die Unter-

drückten schließt das ebensowenig aus wie eine Sonderregelung im Falle von nationalem Befreiungskampf und Revolution: „Gewaltfreie Kampfmethoden können also nicht als die immer und überall allein gültigen theoretisiert werden.“ Etwas dieses Prinzip ist für die DP nicht nur der „größtmögliche Schutz des Individuums und seiner Rechte“, sondern auch „das Recht der sozialen Kräfte und der unterdrückten Völker, kollektiv mit den zu ihrer Befreiung notwendigen Mitteln zu handeln.“

Träumen vom „friedlichen Übergang zum Sozialismus“ widerspricht das Programm nicht ausdrücklich. Daß die Genossinnen der DP sie selbst träumen, kann wohl kaum unterstellt werden: „Italien ist seit jeher das europäische Land mit den meisten Pfaffen bzw. Ordenskräften pro Einwohner“ (10), allein in den vergangenen zwei Jahrzehnten starben mindestens 150 Menschen durch faschistische Anschläge, auch Politiker von Regierungsparteien und Geheimdienstler waren in Putschvorbereitungen verwickelt. Nur mit den von der DP in der Friedens- und Anti-AKW-Bewegung propagierten „catene umane e blocchi“ (11) (Menschenkette und Blockaden) wird dagegen wenig auszurichten sein.

(Sehr vorläufiges) Resümee

Nun ist ja die Machfrage auf abschbare Zeit auch in Italien nicht gestellt. Das für die DP mittelfristig drängendste Problem dürfte die bevorstehende Wahlrechtsreform sein, die u.a. von der Sozialistischen Partei (PSI) betriebene Einführung einer 5% Klausel (oder sonstige Hindernisse für die kleinen Parteien) würden Wahlbündnisse unumgänglich machen. Nachdem die Radikale Partei, jahrelang bewährter Bündnispartner der DP, ins Schleppende des PSI geraten ist (12), können dafür vor allem die Grünen in Frage. Auch die werden von den Sozialisten umworben. Außerdem bestehen sie — mehr nach als ihre westdeutsche Schwesterpartei — darauf, nicht links, sondern anders zu sein. Ihr Wahlerfolg „aus dem Stand“ im Juni 87 (2,5%) scheint ihnen recht zu geben. Eigentlich Anlaß genug für die DP in ihrer Presse verstärkt die Auseinandersetzung mit der neuen Modeströmung zu führen. Im „Notiziario DP“, Wochenzeitung mit 50000 Auflage, sucht man nach Grünen-keinen Grundsatzer-artikeln vergeblich. Die Zeitung wird weitgehend in den Dienst der jeweils laufenden Kampagne gestellt. Die von der DP reklamierte Diskussionsbereitschaft (für das neudeutsche Wort „Streitkultur“) gibt es in W noch keine Entsprechung im italienischen findet im „Notiziario“ kaum Niederschlag (im monatlich erscheinenden theoretischen Organ „Democrazia proletaria“ mit vermutlich erheblich geringerer Auflage schon eher).

Gesprächsangebote der DP wurden vor allem im November 1987 (13) kaum Niederschlag (im monatlich erscheinenden theoretischen Organ „Democrazia proletaria“ mit vermutlich erheblich geringerer Auflage schon eher).

Gesprächsangebote der DP wurden von den Grünen zumal bei monatlicher verschleppt — weder die Parlamentarisation noch die „Federazione delle Liste Verdi“ wollten „zuständig“ sein. Für die DP hängt am Wahlerfolg nicht zu letzt eine Menge Geld, inklusive Wahlkampfkosten-erstattung wurden 1987 3,9 Mio. DM staatlicher Unterstützung kassiert. Daß das Defizit der Partei schon jetzt mehr als 1 Mill. DM (13) beträgt, sehen die Genossinnen bislang gelassen. Hoffentlich stimmt ihre Kalkulation.

Dem 6. nationalen Kongreß der DP Weisheit und gutes Gelingen!

Js./Hamburg

- Anmerkungen
- 1) „Kommune“ 7/87
 - 2) zitiert nach AK 173, 10.1.80
 - 3) „Notiziario DP“ 15.12.87
 - 4) Alle nicht anders gekennzeichneten Zitate sind dieser Plattform entnommen
 - 5) „Frankfurter Rundschau“ 31.3.88
 - 6) „Propositi per un’unilateral disarmament“
 - 7) Presseliteratur in Rom 16.12.87
 - 8) „Jaz“ 30.3.88
 - 9) W. I. Lenin: „Sozialismus und Religion“, Werke Band 10
 - 10) Werner Rath: „In höherem Auftrag. Der italienische Mord an Aldo Moro“ Westberlin: Wagenbach 1984
 - 11) „Notiziario DP“ 23.10.87
 - 12) vgl. AK 293, S. 36
 - 13) Angaben nach „La Repubblica“ 1.4.88

Democrazia Proletaria in Zahlen

Mitgliederzahl, Stand 12/87 9.146
Zuwachs gegenüber 1986 8,1%
(zum Vergleich: Stand 12/83 4.235)

Frauenanteil 20,8%

Abhängig Beschäftigte 57,2%
davon Arbeiter 35,1%
Angestellte 36,3%
Lehrer 12,7%

Regionale Verteilung der Mitglieder

Norditalien	4.848 (53,4%)
Mittelitalien	1.686 (18,6%)
Süditalien	1.582 (17,4%)
Sizilien	762 (8,4%)
Sardinien	200 (2,2%)

(Quelle: Tesseramento 1987 — Ausstellung von Parteibüchern 1987 herausgegeben vom Nationalen Sekretariat der DP)

Schopenhauer, Nietzsche, Heidegger:

Es wird wieder interpretiert ...

Teil 2

Schopenhauer, Nietzsche, Heidegger, Frankreich, DDR, BRD. Es wird wieder philosophiert, interpretiert, spekuliert. Krise des Marxismus, Fortschrittskritik, Apokalypse, Neues Denken heißen die Stichworte. Neue Leitbilder werden gesucht. Alte neu diskutiert.

Über den Streit um das Nietzsche-Erbe in der DDR, über philosophische Perestroika in der UdSSR berichteten wir im letzten AK. Diesmal berichten und polemisieren wir ausführlich zu Heideggers Entnazifizierung, die aus Frankreich herüberschwappt, sowie zur kommenden Mode von Morgen: der apokalyptischen Schopenhauererei. Sein 200. Geburtstag wird z. Zt. in der BRD, nicht zuletzt von Linken, zum Anlaß genommen, seine Aktualität zu entdecken. So auf einem großen Schopenhauer-Kongreß Anfang Mai in Hamburg.

Was mit Nietzsche noch obszön, mit Heidegger äde ist, scheint vielen mit Schopenhauer offenbar wieder möglich: Die Renaissance bürgerlicher Philosophie, Motto. Von der sozialistischen Utopie zur Wiederbelebung bürgerlicher Untergangsmysterien. Vom Postmarxismus zur Postspiritualität. Oder auch eine Nummer kleiner: Von der Apo zur Apokalypse.

Ich hoffe auf, nicht nur eine streitbare Polemik!

Heidegger Wesen oder Unwesen?

Von der anderen Seite der Grenze, aus Frankreich, sind erste unerfreuliche Spritzer einer erst letzten Auseinandersetzung um die Nazi-Vergangenheit des 1976 verstorbenen Martin Heidegger, einer der einflußreichsten Denker der Moderne (6), in unsere an sich doch längst gesäuberte Republik geschwappt.

„Existenziale“ der in seinem Hauptwerk „Sein und Zeit“ (1927) entwickelten Ontologie (Seinslehre) wie die „Geworfenheit des Menschen in die Zeit“, das „Hinaus-Sich-Entwickeln des Menschen ins Nichts, die Interpretation der Geschichte als „Verlust der Eigentlichkeit“ und wachsende „Seinsvergessenheit“, die Kritik der „Modernen“ als Abgewandten in die Ert, Fremdung durch die Technik, ins „man“ der demokratischen Massenzerstörung seine quasi-religiöse Aufforderung, sich aus „Sorge um das Sein“ vom „Platzhalter des Nichts“ zum „Hüter und H. des Seins“ bereitzumachen. Heilen ihn zum Hauptinterpreten bürgerlichen Selbstverständnisses nach dem Ersten Weltkrieg werden. Nach dem Zweiten Weltkrieg avancierte er zum Stützpfeiler des sich in Frankreich entwickelnden Existenzialismus, insbesondere in der von Sartre und Camus begründeten französischen Schule, obwohl er sich später von Sartre distanzierte. Leute wie Günther Anders, wie Ludwig Marcuse sind Heidegger-Schüler.

Jetzt veröffentlichte, weil er in der BRD keinen Verleger fand, der Chilene Viktor Farias, ebenfalls ehemaliger Heideggerschüler, der heute an der Universität West-Berlin Philosophie und Literatur Lateinamerikas lehrt, ein Einblütungs-dossier über Heideggers Verhältnis zum Nazi-Faschismus, das in Frankreich für ziemlichen Wirbel sorgte. Als Ergebnis über zehnjähriger Recherche weist Farias nach, daß sein Lehrer weit länger und weit engagierter dem Nationalsozialismus verbunden war und blieb, als er es je zuzugeben bereit war. Entgegen den Behauptungen Heideggers, die er in einer ersten Erklärung direkt nach 45 (7) abgab und später in einem schon 1966 aufgenommenen, nach seinem Tode 1976 im „Spiegel“ veröffentlichten Interview noch einmal festmauern konnte (8) er habe 1934 nach seinem Rücktritt vom Rektorat der Freiburger Universität als „politisch unzuverlässig“ gegolten, sei „totgeschwiegen“ worden und Schikanen ausgesetzt gewesen, weist Farias nach, daß Heidegger bis 1945 pünktlich seine Beiträge an die Nazi-Partei bezahlt hat. (9) Er



Martin Heidegger (1889 - 1976)

Martin Heidegger (1889 - 1976)

was wie Farias Punkt für Punkt mit Dokumenten belegt, keineswegs Disziplinarnormen ausgesetzt, sondern nach im August 44 an der Gründung der „Hochschule des Deutschen Reiches“ beteiligt auf Einladung von Reichsjustizkommissar Hans Frank (in Nürnberg später als Kriegsverbrecher zum Tode verurteilt) Teilnehmer der „Akademie für Deutsches Recht“ gewesen, habe zusammen mit Hess, Göring, Goebbels und Rosenberg Vorträge an der „Deutschen Hochschule für Politik“ in Berlin gehalten. 1935 sei er vom Erziehungsministerium, also von der Nazi-Bürokratie, als Dekan der Uni Freiburg vorgeschlagen worden, und zwar gegen den Willen des Rektors und der anderen Dekane. Und nicht nur daß er sich zu a. nachzulesen in seiner berühmten Rektoratsrede von 1933 (7) von Hitlers Machtergreifung eine „herrliche Zukunft“ versprach – noch 1937 erschien eine dritte Auflage dieser total in NS Geist gehaltenen Rede im „Spiegel“ behauptete Heidegger dann, daß sie nach 1934 „auf Veranlassung der Partei aus dem Handel zurückgezogen“ worden sei. Weitere Details best mensch am besten bei Farias selbst nach – wie vom Fischer Verlag angekündigt – das Buch im Sommer in der BRD auch auf deutsch erscheint. Einen zweiten Teil seines Dossiers hat Farias angekündigt.

Es eine besondere Pikanterie, so Eva Groepner in „konkret“ (1/88) liege in Farias Schilderung, wie aus seiner Bewunderung Bestürzung wurde. In den sechziger Jahren habe ihm Heidegger eine Neuübersetzung seines Hauptwerkes „Sein und Zeit“ ins Spanische vorgeschlagen. Verlegen habe er, Farias, geantwortet, wenn er Plato verstehen wolle, müsse er erst Griechisch lernen, wolle er Heidegger verstehen, erst Deutsch. „Der Meister lächelte, zufrieden über die Tiefe dieser Antwort: Ja, die romanischen Sprachen seien nicht in der Lage, in das Wesen der Dinge vorzudringen. Wenn dem so ist, dachte Farias, dann sind diejenigen, die nicht die Sprache der Dichter und Denker“, der Hölderlins und Heideggers, be-

herrschen. Menschen zweiter Klasse die nicht zu den wirklich sprichwörtlich Auserwählten gehören.“ Exakt! Das trifft den wählenden, sich um Heimat „sorgenden“, im deutschen Wesen „wurzelnden“ Sprachmystizismus, mit dem Heidegger die „Rettung des Abendlands“ vor dem Nihilismus der heutigen Welt, Amerikanismus wie Sozialismus gleichermaßen, fördert. Wiedergewinnung der „Eigentlichkeit“ durch „Selbstbehauptung „germanisch-griechisch-her Geistigkeit“. Es trifft den Mystizismus im Kern und in seiner politischen Konsequenz. Am deutschen Wesen soll auch bei Heidegger die Welt genesen.

Durch die neue Dokumentation, noch dazu aus der Hand eines seiner Schüler ist Heidegger endgültig des ohnehin löcherigen Mäntelchens entkleidet worden, er habe mit seinem Rektoratsantritt nur das Schlimmere verhüten wollen und sei danach ein „Mann der inneren Emigration“, wenn nicht gar des heimlichen Widerstands gewesen.

Verblüffend ist nun allerdings nicht Heideggers Nazi-Vergangenheit. Seine Rektoratsrede samt ihrer Rechtfertigung nach 45 konnte allseits bekannt sein. Wie sie es nicht ist, sollte mensch sich bescheiden Gemüte führen: Zu „Arbeitsdienst“ und „Wehrdienst“, die dem „deutschen Wesen gleichsprunglich“ seien, wollte Heidegger als dringende „Bindung“, den „Wissensdienst“ stellen. Der sollte „Führer und Hüter“ zur Erfüllung des „geistlichen Auftrags“ des deutschen Volkes sein, „wenn die geistige Kraft des Abendlands versagt und dieses in seinen Fugen kracht, wenn die abgelebte Schreckkultur in sich zusammenstürzt und alle Kräfte in die Verwirrung reißt und im Wahnsinn erstickt läßt.“ (1) Die Herrlichkeit aber und die Größe dieses Auftrags verstehen wir dann erst ganz, wenn wir in uns jene tiefe und weite Besonnenheit tragen, aus der die alte griechische Weisheit das Wort gesprochen: „Alles Große steht im Sturm.“

Als Führer des „Wissensdienstes“ sah Heidegger sich selbst, wie Nicolas Tertulian (10) an Hand einer Analyse von Heideggers

Vorlesungen aus der Zeit vor 45 nachweist. Heideggers relative Gegnerschaft zur Nazi-Administration nach seinem Rücktritt vom Rektorat 1934 einschließlich des Rücktritts selbst erkannte sich nach denselben Quellen aus der Tatsache, daß die Nazis andere Entscheidungen trafen, u.a. auch weil Chefideologe Rosenberg Heideggers Konkurrenz fürchtete. Eine prinzipielle Ablehnung der „Bewegung“ habe das für Heidegger aber keineswegs bedeutet.

So 1933/1945 dann die Erklärung: „Ich sah damals in der zur Macht gekommenen Bewegung die Möglichkeit zu einer inneren Sammlung und Erneuerung des Volkes und einen Weg, zu seiner geistlich-abendlandischen Bestimmung zu finden. Ich glaubte, die sich selbst erneuernde Universität könnte mit betrauen sein, bei der inneren Sammlung des Volkes maßgebend mitzuwirken.“ (2) Darum sah ich im Rektorat eine Möglichkeit, alle vermögenden Kräfte – abgesehen von Parteizugehörigkeit und Parteikarrieren – dem Wirken der Besinnung und Erneuerung zuzuführen und den Einfluß dieser Kräfte zu stärken und zu sichern.“ (3)

Auf diese Weise hoffte ich, dem Vordringen ungeeigneter Personen und der drohenden Vermacht des Parteipapalismus und der Parteimystik entgegen zu wirken.“ (4)

Mit der Übernahme des Rektorats hatte ich den Versuch gemacht, das Positive zu retten und zu klären und zu festigen.“ Es folgt eine Heidegger-Variation der bekannten Frage, was gewesen wäre, wenn Hitler den Krieg gewonnen hätte: nämlich: „Aber die Frage darf doch gestellt werden: Was wäre geschehen und was wäre verhütet worden, wenn um 1933 alle vermögenden Kräfte (schon wieder diese Hölse – d.V.) sich aufgemacht hätten, um langsam in geheimem Zusammenhalt die an der Macht gekommene Bewegung zu klären und zu mildern?“

Kritiken, die nicht nur Heideggers Kontakte Verbindungen zu den Nazis sondern über seine öden Theologien wie „wesentliches Wesen“, auch auf sein Sein verstehendes Dasein“ und die drohende Leere seiner Entschlossenheit, die „nicht weiß, wozu sie entschlossen ist“ den „intuitiven“ Gehalt seiner Sprachmystik nachweisen, gab es sowohl im In- wie im Ausland seit 1945 durchaus reichlich. Es wäre durchaus lohnenswert, das genauer zu beleuchten. (11)

Die Kontinuität seines Denkens präsentiere sich als unauflösliches Verhängnis. Es wäre durchaus lohnenswert, das genauer zu beleuchten. (11)

Die Kontinuität seines Denkens präsentiere Heidegger eindeutig genug in dem „Spiegel“-Interview aus dem Jahre 1976, wo noch aus der Alters-Resignation heraus die entsäuschte Hoffnung auf den „Aufbruch“ hervorblitzte. Ungeachtet seines pompösen verbreiteten Urteils über Nietzsche als „letzten Mystiker“ steigerte Heidegger sich in dem Gespräch selbst zur apokalyptischen Jenseits-Pose, die zu gleich sein Verhältnis mit „Nur noch ein Gott kann uns retten. Uns bleibt die einzige Möglichkeit, im Denken und im Dichten eine Bereitschaft vorzubereiten für die Erscheinung des Gottes oder für die Abwesenheit des Gottes im Untergang, daß wir im Angesicht des abwesenden Gottes untergehen.“ Wenn überhaupt auf etwas, dann könnte es heute vor allem andern darauf an, ein zureichendes Verhältnis zur Technik zu finden, die der Mensch nicht beherrscht. Dieser Mahnung folgt, kaum zu glauben, aber nachzulesen im eben diesem Interview, als Fazit dieses Philosophenlebens: „Der Nationalsozialismus ist zwar in die Richtung gegangen, diese Leute aber waren viel zu unbedarft im Denken, um ein wirklich explosives Verhältnis zu dem zu gewinnen, was heute geschieht und seit drei Jahrhunderten unterwegs ist.“ Bitte! Die Nazis waren nicht auf dem falschen Weg, sie waren nur nicht konsequent genug.

Über die Franzosen hatte Heidegger der Nachwelt noch mitzuteilen: „Wenn sie zu denken anfangen, sprechen sie deutsch, sie verschauern, sie können mit ihrer Sprache nicht durch.“ Große Wirkung auf französische Denker habe er gehabt, „weil sie sehen, daß sie mit ihrer ganzen großen Rationalität nicht mehr durchkommen in der heutigen Welt, wenn es sich darum handelt, diese in der Herkunft ihres Wesens zu verstehen.“

Mensch sieht: Den Sprach-Chauvinismus Heideggers brauchte nicht erst Farias zu enthüllen. Das hat Heidegger, wie seine Ablehnung der von Frankreich ausgegangenen Aufklärung, seinen Irrationalismus, seinen heimatfädelnden Provinzialismus, seine philosophische Rechtfertigung des Faschismus selbst zur Genüge

Was also verblüffen muß, ist nicht Heideggers Nazi-Vergangenheit, sondern die ignorante Verblüffung, die sich allortortort breitmacht, wenn es darum geht, faschistisches Denken faschistisch zu nennen und einen Denker auch mit den politischen Konsequenzen seines Denkens zu konfrontieren und zu identifizieren. Die ses Verdienst hat Farias Erneut einen Stein in das Glashaus geworfen zu haben unter dessen Dach Heideggers schwülstige Untergangs- und Bereitschafts-Mystik sich trotz der bekannten Tatsachen bis heute warmhalten könnte.

So erweist sich dieser Streit nun keineswegs, wie Robert Steigerwald es in einem Artikel über Nietzsche und Heidegger in der „U2“ (37.2.88) schreibt, als „ein Versuch, den antifaschistischen Konsens zu brechen.“ Diese Interpretation ent springt wohl eher der verunglückten Absicht, die staatstragende Linie, die Manfred Buhr für die Nietzsche-Debatte der DDR vorgelegt hat, irgendwie auf die Wende-Legende der DKP anzuwenden. Konkreter Ursprung des aktuellen Streits ist eine Offensive von links, nicht von rechts. Sie wird auch so geführt: von links Angriff, von rechts Verteidigung – wenn auch im Ganzen der berüchtigte Zeitgeist, der uns alle so plagt, eher den Mystifikationen von Heidegger und seinen Apologeten publiziert. Er äußert sich aber in Sachen Heidegger nicht in dem Versuch, einen antifaschistischen Konsens zu „brechen“, sondern umgekehrt darin, ein Aufbrechen des Schweigens über die Komplizenschaft von deutscher Philosophie und deutschem Faschismus durch weiteres Schweigen zu unterlaufen. Alle mal Grund genug, die französische Aufregung zu nutzen, um die Heideggererei als braunen Bodensatz deutschen Wesens ins grelle Licht zu stellen, aber kein Grund für vordergründige Wendejammererei.

Schopis Unschuld

Hat der Mensch Nietzsches Verführung zur Antheik des Herrenmenschentums widerstanden, sich durch Heideggers provinzial-romantische Landschaften weiserer Wesenheiten quellend gequält, dann öffnet sich Schopenhauers 1819 erstmals veröffentlichte „Welt als Wille und Vorstellung“ wie ein therapeutischer Paradiestrip – vor dem Sündenfall allerdings, eindeutig und diesseitig im Ansatz, künstlerisch im Vortrag, trüb-

Wille und Vorstellung“ wie ein therapeutischer Paradiestrip – vor dem Sündenfall allerdings, eindeutig und diesseitig im Ansatz, künstlerisch im Vortrag, trüb-

Die Welt wird radikal aus der Sicht des Subjekts erklärt. Sie ist das Produkt subjektiver Vorstellung und des im Subjekt verkörperten Willens. Dabei beinhaltet „Vorstellung“ die aufsteigende Reihe von sinnlicher Wahrnehmung über das Denken bis zur Meditation und letztlich Erleuchtung. „Wille“ ist Spontaneität, Lebenstrieb, Egoismus, der im Subjekt verkörpert ist und im Widerstreit mit der Vorstellung das Handeln des Menschen bestimmt. Mit fälschlich z. T. dem Buddhismus, z. T. dem Hinduismus entlehnter Begrifflichkeit wird die Welt als „Maya“, als Illusion, als „Dazwischenkunft des Lebens“ zwischen vergangener und zukünftiger Unendlichkeit verstanden. Zweck des Lebens ist allein sein Wiedereingehen in diese Unendlichkeit des Nirwana, indem der Lebenswille die ungehinderte Spontaneität durch die Disziplinierung der Vorstellung, durch Kontemplation und Meditation überwunden wird. Geschichte gibt es für Schopenhauer nicht. Geschichte heißt bei ihm: „Das selbe aber anders.“ Schon bei Schopenhauer ist der Mensch in die Zeit „geworfen“. Es gibt für ihn nur die Gegenwart. Charaktere verändern sich, soweit wie das Zusammenleben der Menschen. Dieses beschreibt Schopenhauer als „homo hominem lupus“, der Mensch ist dem Menschen ein Wolf wie das Tier dem Tier. Nur ein starker Staal kann die Ordnung aufrechterhalten.

Das sind Denkfiguren, die sich in Nietzsches „Wiederkehr des Immer Gleichen“ zur Beliebigkeit, in Heideggers „Existenzieller Geworfenheit in die Zeit“ zur Sinnlosigkeit von Geschichte und Unmöglichkeit jeglichen Fortschritts steigern.

Mit seiner Leugnung geschichtlicher Entwicklung bildet Schopenhauer den Gegenpol zur fortschrittsbetonten Geschichts-dialektik Hegels, der die bürgerliche Gesellschaft, insonderheit sein eigenes dialektisches System als höchstes Pro-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

dukt der geschichtlichen Entwicklung des Weltgeistes betrachte.

Kein Wunder, daß Hegel und Schopenhauer als Antipoden bürgerlichen Denkens in intellektueller Feindschaft verbunden waren. Bemerkenswert auch: Hegel erlebte die Blüte seiner Anerkennung vor 1848, Schopenhauer danach, der eine also noch im Nach-Schwung der französischen Revolution, der andere, obwohl er zu gleicher Zeit publizierte, erst in der Zeit der Restauration nach der niedergeschlagenen Revolution von 1848, als es für das Bürgertum nicht mehr um Weiterentwicklung, sondern um Eingrenzung der revolutionären Entwicklung gegen die andrängenden sozialistischen Theorien und Bewegungen ging. Schopenhauer formulierte sein „System“ noch im Stunde der Unschuld der soeben als Klasse siegreichen Bourgeoisie, Nietzsche seinen Mythos des Übermenschen bereits als Gegenentwurf gegen die aufkommenden sozialistischen Ideen, als Vorgriff auf die zum Imperialismus drängende bürgerliche Gesellschaft. Aus Heidegger spricht der Zusammenbruch bürgerliche Utopien nach der Katastrophe des Ersten Weltkriegs.

Schopenhauer hielt das Leben für einen leidensvollen Irrtum des Kosmos, „von welchem zurückzukommen Erlösung“ sei. Dies sei „die wichtigste aller Wahrheiten, die heute ausgesprochen werden muß, auch wenn sie der heutigen europäischen Denkweise widerspreche“. Dies ist der Inhalt seines vielzitierten Pessimismus und Nihilismus. Er predigte jedoch weder den Weltuntergang, noch zog er aus seiner Sicht der Welt als Wollswelt den Schluß, Unterdrückung des Menschen durch den Menschen ausdrücklich zu propagieren wie später sein Schüler Nietzsche, nachdem dieser sich in seiner zweiten Phase vom „Pessimismus“ sozusagen frühen Vorbilds zu seiner Art „Optimismus“ der Aufzucht einer neuen Rasse des Übermenschen aufgeschwungen hatte.

Schopenhauer zog aus seiner Sicht der Welt den genau gegenteiligen Schluß der Entwicklung einer Mitleidsethik, wie aus den eingangs vorgestellten Zitate von Harich und Marx schon hervorgeht. Mord sowenig wie Selbstmord waren für Schopenhauer ein Weg zur Überwindung dessen, was er den Willen, den Irrtum des Lebens, den Lebenstrieb nannte, sondern ein Umgehen des zur Überwindung des Lebens notwendigen Erkenntnisweges, somit nur ein Umweg zu neuem Leben, d.h. zur Verlängerung des Leidens. Denn der Tod, so Schopenhauer, mache wohl dem Leben, nicht aber dem Dasein des Menschen ein Ende: „Wie durch den Eintritt der Nacht die Welt verschwindet, dabei jedoch keinen Augenblick zu sein aufhört; ebenso scheint der Mensch und Tier durch den Tod, und ebenso ungestört besteht dabei ihr wahres Wesen fort. Nun denke man sich jenen Wechsel von Tod und Geburt in unendlich schnellen Vibrationen, und man hat die beherrschende Objektivität des Willens, die bleibenden Ideen der Wesen vor sich, fest stehend, wie der Regenbogen auf dem Wasserfall. Dies ist die zeitliche Unsterblichkeit“ (12). „Here and now“, hätte Schopenhauers Leitspruch heißen können, wenn er es nicht anders formuliert hätte: „Die Gegenwart allein ist wahr und tückisch“ (12). „Here and now“, hätte Schopenhauers Leitspruch heißen können, wenn er es nicht anders formuliert hätte: „Die Gegenwart allein ist wahr und tückisch. Sie ist die real erfüllte Zeit, und ausschließlich in ihr liegt unser Dasein. Daher sollten wir sie stets einer heitern Aufnahme würdigen, folglich jede erratische und von unmittelbaren Widerwärtigkeiten oder Schmerzen freie Stunde mit Bewußtsein als solche genießen, d.h. sie nicht trüben durch verdrießliche Gesichter über verfehlte Hoffnungen in der Vergangenheit oder Besorgnisse für die Zukunft“ (12).

In seiner Auffassung von der Philosophie als „Befreiung vom Willensdrang“ durch „Erkennen als Selbstzweck“, das seine höchste Vollendung in der Kunst, der Dichtung, vor allem aber in der Musik finde, setzte Schopenhauer dieses Lebensgefühl um. Seine Lebensverhältnisse gestatteten es ihm: Er lebte Zeit seines Lebens von den Renten eines erblichen Vermögens. Summa summarum: Ein moralisierender Bon vivant, keineswegs ein Asket, dem das Leben ein Überdruß und die Politik, ausdrücklich und mit bissigem Hohn oft formuliert, gleichgültig ist. Es ist gewissermaßen die harmlose Seite der Bourgeoisie. Mensch fühlt sich an Bhagwan erinnert. Eine Philosophie für die, die es sich leisten können. Lukács fand dafür die weniger freundliche Bezeichnung der „Rentner-Philosophie“ der cupon-schneidenden Bourgeois (13).

In der Tat allerdings, Bourgeois! Als die Besitzordnung, die sein Vermögen sicherte, durch die Revolution von 1848 in Gefahr geriet, stand Schopenhauer auf der Seite der Füsiliere. Sein Testament machte er zugunsten der Opfer der gegen die Aufständischen von 1848 eingesetzten Soldateska. Wo die immer gleichen Vermögensverhältnisse in Frage gestellt schienen, da erwies sich Schopenhauers Mitleidsethik keineswegs als allgemein

menschlich, sondern als besonders interessegebunden, sein philosophischer Egoismus als ein äußerst konkreter, kurz: der persönliche Heilsweg nur möglich auf der Basis des Unheils für andere, seine Philosophie zugleich Produkt und Rechtfertigung der bestehenden Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse. „So erhebt sich“, schloß Lukács seinerzeit seine unstrittige Kritik Schopenhauers mit einem Bild, „das — formell architektonisch gesteuert und übersichtlich aufgebaut — System Schopenhauers wie ein schönes, mit allem Komfort ausgestattetes modernes Hotel am Rande des Abgrundes, des Nichts, der Sinnlosigkeit. Und der tägliche Anblick des Abgrundes, zwischen behaglich genossenen Mahlzeiten oder Kunstproduktionen, kann die Freude an diesem raffinierten Komfort nur erhöhen“ (13). Dennoch: Gemessen an Nietzsches Mythos des Herrenmenschen, gemessen an Heideggers drohender Bereitschaft zum Untergang ist die Ideologie der Bourgeoisie bei Schopenhauer trotz allem noch im Stande der Unschuld.

Apokalyptischer Mißbrauch

Kein Wunder also, daß die durch die „Krise des Marxismus“ geistlich verlassene kritische Intelligenz, einschließlich weiterer Kreise der Linken sich auf Schopenhauer stützt — allerdings nicht, um seine Mitleidsethik zu vertiefen, sondern um ihn für ihre schwerste Erkrankung zu instrumentalisieren: die massiv grassierende Katastrophilie und ach so drückende Apokalypse.

Nehmen wir nur zwei aus der Fülle möglicher Beispiele: Im Februar 88 verkündete der Schriftsteller Ulrich Horstmann im „Spiegel“, „Schopenhauer gelang der weltanschauliche Vorgriff auf die Realität des späten 20. Jahrhunderts“. Klar: Die heutige „Machbarkeit der Apokalypse“. Das richtige Motto sei heute nicht „postmodern“, sondern „präapokalyptisch“. „Die Schöpfung“, so lasse sich Schopenhauers „wichtigste aller Wahrheiten“ in ihrer polemischen Stoßrichtung auch formulieren, „muß nicht verbessert, vervollkommen werden, vielmehr ist sie rückgängig zu machen“. Das geschehe aber nicht automatisch, wie Schopenhauer noch angenommen habe. Vielmehr müßten wir heute „um der inneren Stimmigkeit der Lehre willen — und wenn wir ihr überhaupt Hervorbringungswahrscheinlichkeit wollen — Buddha durch die Ballistik und das nukleare Nirwana ersetzen“. Schopenhauer sei kein nihilistischer, er sei ein annihilationistischer Denker gewesen, „das heißt ein Vernichtungsphilosoph, der jederzeit für die effektivste Methode der Rückkehr zum Nichts votiert hätte. Es war ihm bitter ernst mit dem Weltuntergang, und nur deshalb konnte er das Sterben zum „moralischen Hauptzweck des Lebens“ erheben“. — Armer Herr Horstmann! Es muß finster sein in diesem metaphysischen Abseits, in das selbst Schopenhauer sich nicht verirrt!

In der „Jaz“ vom 20.2.88 fand sich ein Interview mit dem allseits beliebten polnischen Science-Fiktion-Autor Stanislaw Lem, der dort zu Schopenhauer befragt wird. Es überrascht nicht, daß der durch die realsozialistischen Fortschritte gestählte Lem sich als Schopenhauer-Fan erweist. Daß er aber seine apokalyptischen Fantasien ausgerechnet und völlig unkritisch mit den AIDS-Hochrechnungen begründet, zeigt, wie die Zerstörung der Vernunft auch im hochentwickelten Bewußtsein, über das Lem zweifellos verfügt, rasend voranschreiten kann. Vom „Jaz“-Interviewer ganz zu schweigen.

Eine Reihe von Veröffentlichungen mit ähnlichem Tenor sind in letzter Zeit erschienen. Weitere sind angekündigt. (14) In einer „Jaz-extra zum 200sten Geburtstag von Arthur Schopenhauer“ vom 22.2.88 wird mit heifiger Werbung für den „Untergangspropheten“, den „größten Mystiker des 19. Jahrhunderts“ und „Querdenker“ ein dreitägiger „Internationaler Schopenhauerkongreß“ unter dem Motto „Schopenhauer in unserer Zeit“ für Ende Mai in Hamburg angekündigt. Ein Angebot von über 30 Seminaren und Veranstaltungen stellt Kongresse ähnlicher Art zu marxistischen Theoretikern, mindestens für die Gegenwart, weit in den Schatten. Man rechnet offenbar mit Interesse.

Erwas unvermittelt vielleicht — viele Fragen sind ja noch offen, manche noch gar nicht gestellt — möchte ich dennoch hier mit einem Zitat von Ernst Bloch schließen: „Auch Marxisten kennen Pessimismus und ehren ihn, aber nicht als deprimierenden und grundsätzlichen. Sie ehren ihn als Element der Vorsicht, der männlichen (naja — d.V.) Besorgtheit und sogar der Weisheit: Marx kennt durchaus die Kategorie der Gefahr. Er lehrt, daß der Kapitalismus genauso gut in Barbarei wie in Sozialismus umschlagen kann; daß auch das Proletariat die zukunftsreiche Klasse, in die Barbarei hineingerissen werden kann; daß die Dialektik der Geschichte ohne immer wieder spontankri-

ves Klassenbewußtsein möglicherweise in ein Umsonst ausgeht. Aber Marx lehrt auch den subjektiven Faktor als die Kraft, die diesen Untergang verhindert, er lehrt die Wahrscheinlichkeitsrechnung des aktiven Optimismus und die Gewißheit des immer wieder revolutionären. Marx ist weder Fatalist des Guten noch des Schlechten; er ist, auch wo er Übles erwartet, nicht wie Cassandra, die das Übel als unabwendbar ankündigt, sondern wie die alten Propheten, die es vom Verhalten des Volkes abhängig machten, ob die Katastrophe hereinbricht. Das ist marxistischer Pessimismus, ein außerordentlich ernsthafter und realer, der sein Amt durchaus noch nicht ausgespielt hat, eben deshalb aber ein solcher, der aus sich zu handeln versteht und keine Statik macht“ (14). Mensch muß keinen statischen Begriff von Proletariat haben, um diesen Satz nach wie vor für bedenkenswert zu halten.

Lexikalisches zu Heidegger

Martin Heidegger wurde am 26.9.1889 in Meßkirch (Baden) als Sohn einer alten schwäbischen Bauernfamilie geboren. Nach Besuch des Gymnasiums in Konstanz und Freiburg (Breisgau) studierte er 1909 bis 1913 in Freiburg Theologie, Mathematik und Philosophie. 1916 habilitierte er sich. 1923 erhielt er eine außerordentliche Professur in Marburg. 1928 trat er in Freiburg die Nachfolge seines Lehrers Husserl an.

In seinem Durchbruchwerk „Sein und Zeit“ (1927) entwickelte Heidegger in ausdrücklicher Kritik aller bisherigen Philosophie seine „Fundamentalontologie“, seine Analyse des „sich auf sein Sein verstehenden Daseins“ der menschlichen Existenz. Er verkündete das Ende der Metaphysik, bezeichnete Nietzsche als den letzten Metaphysiker. Die bisherige Philosophie habe letztlich immer nach dem höchsten Sein, nach Gott gefragt, aber nie danach, wodurch das Seiende erst ein Seiendes sei: nach dem Sein ... usw. Reines Sein sei reines Nichts, das Wesen des Daseins daher die „Transzendenz in das Nichts“. Mit dieser Ontologie wurde Heidegger auch Stichwortgeber der Existenzphilosophie (u.a. Sartre), von der er sich allerdings später als Mißverständnis, distanzierte.

Statt des angekündigten, aber nie erschienenen 2. Bandes von „Sein und Zeit“ folgten im Lauf der Jahre nach 1927 eine Reihe kleinerer Schriften: „Was ist Metaphysik?“ (erstmalig 1929, 1953 Nachdruck), „Was Wesen der Wahrheit“ (Vortrag von 1930, 1943 gedruckt), „Brief über den Humanismus“, „Erläuterungen zu Hölderlins Dichtung“ (1944). Nach dem Krieg erschienen unter dem Titel „Holzwege“ (1950) und

Nach dem Krieg erschienen unter dem Titel „Holzwege“ (1950) und

Anmerkungen

- (6) Hans Joachim Störig: „Kleine Weltgeschichte der Philosophie“, Fischer 1987.
- (7) Martin Heidegger: „Die Selbstbehauptung der deutschen Universität“ mit einem Nachwort von 1945. „Das Rektorat 1933/34“, Vittorio Klostermann, Frankfurt 1983.
- (8) „Spiegel“, 23/78 vom 31.5.78.
- (9) Siehe dazu auch „Dreizehn Facts für Jacques Derrida“, eine Antwort von Farias auf Derridas Anwürfe, seine Enthüllungen seien nur Schnee von gestern in „Jaz“, 13.2.88.
- (10) Ein ausgezeichnete Aufsatz von Nicolas Tertulian fand sich in der „FR“, 29.1.88. Tertulian ist Prof. an der „Ecoles des hautes Etudes“ in Paris.
- (11) Für die, die sich mit dem Thema detaillierter befassen wollen, hier eine knappe Übersicht der wichtigsten solcher Kritiken (nach „konkret“, 1988): — Paul Hühnerfeld: „In Sachen Heidegger“, 1980. — Karl Löwith: „Denker in dürrer Zeit“, 1980.

- Guido Schmeberger: „Nachlass zu Heidegger“, 1982.
- Theodor W. Adorno: „Jargon der Eigentlichkeit“, 1964.
- Jean-Pierre Faye: „Langages Totalitaires“, 1972.
- Pierre Bourdieu: „Politische Ontologie Martin Heideggers“, 1975.
- (12) Arthur Schopenhauer: „Welt und Mensch“, Reclam, Universal.
- (13) Lukács: „Zerstörung der Vernunft“, Bd. I, S. 218.
- (14) So u.a. eine Sammlung von 17 Aufsätzen in „Der Rabe — Magazin für jede Art von Literatur — Nr. 19“, 2/88, in der „Jaz“ vom 16.3.88 leuchtfröhlich unter der Überschrift „Die Welt als Zwille und Vollzählung“ angesprochen.
- (15) Ernst Bloch: „Das Unrecht des Pessimismus“, aus: „Schopenhauer und Marx. Philosophie des Elends — Elend der Philosophie?“, herausgegeben von Hans Ebeling und Ludger Lütkehaus, EVA, 1985.

„Vorträge und Aufsätze“ (1954), 1961 dann eine umfangreiche Arbeit über Nietzsche. In den späteren Arbeiten versucht Heidegger über eine Kritik des traditionellen Wahrheits- und Geschichtsbegriffs das „Sein selbst“ zur Sprache zu bringen, wobei er eine von aller bisherigen Metaphysik, auch der Nietzsches, unterschiedene Dimension des Denkens für sich in Anspruch nimmt. Eine Auseinandersetzung mit dem historischen dialektischen Materialismus, muß dazu angemerkt werden, findet bei Heidegger wie schon bei Nietzsche bezeichnenderweise nicht direkt, sondern durch Auslassung statt.

Für Heidegger ist die Sprache das Medium, „in dem das Sein, sich lichternd, zur Sprache kommt“. Die Metaphysik des sich selbst verstehenden Seins findet sich folgerichtig in sich selbst erklärenden Begriffen: mit Seins-Be-Deutung aufgelassenen All-Tags-Wörtern, vergewaltigenden Ein-Deutungen, von Fremd- und Lehnworten uam. Dichten und Denken, d.h. für Heidegger: „nahe wohnen auf getrennten Bergen“. Hölderlin gilt ihm als der „Dichter der Dichtung“.

Im Alter wandelt sich Heideggers Interpretation des Menschen als „Platzhalter des Nichts“ zum „Hüter und Hirten des Seins“, neigt sich seine Sorge um das Sein wieder der Sorge um Gott zu, in dessen Erwartung allein die Rettung vor dem Untergang gefunden werden könne.

Heideggers Eintreten für die Nazis bei Ernennung zum Rektor der Freiburger Universität im Jahr 1933 war kein Ausrutscher. Zwar legte er das Rektorat bereits 1934 nieder, doch schon die Suche nach den „wahren“ Werten für eine neue Selbstbestätigung des deutschen Gei-

stes gegen den Kosmopolitismus der modernen Welt in „Sein und Zeit“ deutet auf spätere Berührungen mit dem Nationalsozialismus hin. Seine Betonung des Verwurzelten, der Freiheit im Tod, der Blut- und Bodenmystik, sein Leugnen von Entscheidungsfreiheit und geschichtlichem Fortschritt, seine abfällige Beurteilung urbanen Intellektualismus und der „akademischen Freiheit“ fügen sich in die Denkmuster der NS-Ideologie. Dies findet seinen Ausdruck im übrigen nicht nur 1933 und 1944, sondern noch 1935 in Vorlesungen (1953 in der Nachauflage der „Einführung in die Metaphysik“ abgedruckt), in denen Heidegger von der inhärenten Wahrheit der NS-Bewegung in ihrem Verhältnis des Menschen zur Technik spricht etc.

1947 wurde Heidegger von den Alliierten wegen seiner Tätigkeit als NS-Rektor die Arbeitslaubnis entzogen. Das Verbot wurde 1950 aufgehoben. Ab 1951 konnte er seine Lehrtätigkeit in Freiburg wieder aufnehmen. Bis 1967 hielt er dort Seminare ab und war auch sonst publizistisch tätig. Über die historische Rolle des Faschismus und über seine eigene während der NS-Zeit bewahrte er, abgesehen von dem Rechtfertigungsschreiben zur Freiburger Rektoratsrede von 1945, bis zu seinem Tod Schweigen. Für das nach seinem Tod veröffentlichte „Spiegel“-Interview stilisierte er sich als getäuschten Malleuter, der versucht habe, das Schlimmste zu verhindern. Heidegger starb am 26.6.76 in der bauerlichen Provinzialität von Meßkirch, wohin er sich aus Überzeugung und „Sorge um Heimat“ zurückgezogen hatte.

er sich aus Überzeugung und „Sorge um Heimat“ zurückgezogen hatte.

„wahren“ Werten für eine neue Selbstbestätigung des deutschen Gei-

Lexikalisches zu Schopenhauer

Schopenhauer wurde am 22.2.1788 als Sohn einer Danziger Großkaufmannsfamilie geboren. Er wuchs nach Übersiedlung der Familie in Hamburg auf, verbrachte als Kind zwei Jahre (9 — 11) in Le Havre bei einem Geschäftsfreund seines Vaters, später ein halbes Jahr in England. Als 16jähriger begann er auf Wunsch seines Vaters eine kaufmännische Lehre in Hamburg.

Nach dem Tod seines Vaters siedelte die 20 Jahre jüngere, später als Roman Schriftstellerin bekannte Johanna Schopenhauer nach Weimar über. Schopenhauer nahm das Studium der Philosophie und Philologie auf, 1813 promovierte er mit der Arbeit „Über die vierfache Wurzel des Satzes vom zureichenden Grunde“.

Die Mutter betrieb in Weimar einen literarischen Salon, in dem u.a. auch Goethe verkehrte, der den jungen Schopenhauer entscheidend prägte. Goethe blieb für Schopenhauer bis ins späte Alter Maßstab eigener Leistung. Er führte ihn in seine Farbenlehre ein. In Goethes Umkreis wurde Schopenhauer über einen Orientalisten erstmals vertraut mit indischem Altertum.

Seit dem Tode des Vaters lebte Schopenhauer — wie seine Mutter — von seinem erblichen Vermögen. Da er ihre freie Lebensführung nicht akzeptierte, kam es zu grundlegenden Zerwürfissen zwischen Mutter und Sohn. Schopenhauer verließ Weimar, ließ sich für vier Jahre in Dres-

den nieder. Hier entstanden die Schriften: „Über das Sehen und die Farben“ (1816), sowie sein Hauptwerk: „Die Welt als Wille und Vorstellung“ (1819). Es folgten zwei Reisen nach Italien. Nicht aus Existenzgründen, sondern um des Lehreinflusses willen versuchte Schopenhauer dann, Professor zu werden. Er habilitierte sich 1820 in Berlin, setzte dann gezielt Konkurrenzvorlesungen — zu seinem philosophischen Konkurrenten Hegel an. Schon in „Die Welt...“ hatte Schopenhauer sich in schroffe Gegnerschaft zu der „geistesverderblichen und verdummenden Hegelschen Afterphilosophie und ihrem Bestreben, die Weltgeschichte als ein planmäßiges Ganzes zu schaffen“ gesetzt. Aber seine Hoffnung, daß ihm die Studenten zulaufen würden, wurde enttäuscht. Es geschah das Gegenteil. Nach dem ersten Semester zog Schopenhauer sich verärgert zurück. Zehn Jahre verbrachte er daraufhin wechselweise in Italien, Dresden, Berlin. Als 1831 die Cholera in Berlin ausbrach — der Hegel erlag — flüchtete Schopenhauer nach Frankfurt. Dort blieb er bis zu seinem Tode am 21.9.1860.

Schopenhauers Gesamtwerk ist quantitativ schmal: „Über den Willen in der Natur“ (1836), „Die beiden Grundprobleme der Ethik“ (1841), darin die beiden Abhandlungen „Über die Freiheit des Willens“ und „Über das Fundament der Mo-

ral“, schließlich die beiden Bände „Parerga und Paralipomena“, sowie „Nebenwerke und Ergänzungen“ (1851). Schopenhauer selbst war der Meinung, daß alle seine späteren Werke nichts Neues brägen, sondern den einen einmal gefaßten Grundgedanken aus „Die Welt...“ wiederholen, variieren, ergänzen, wie das in aller guten Philosophie sei.

Schopenhauer verstand sich als Schüler Kants, dessen transzendentaler Vernunftlehre er in seiner Willensmetaphysik als einer der ersten bürgerlichen Denker mit dem der östlichen Kosmologie vom Nirwana zu einem System zusammenzubringen versuchte. Das Christentum lehnte er als unphilosophisch ab. Als höchstes Ziel der Philosophie erschien ihm die Aufhebung des Wollens in einem „interesselosen Anschauen“ der Kunst.

Schopenhauers Werk blieb lange unbeachtet. Sechzehn Jahre nach Erscheinen von „Die Welt...“ teilte ihm sein Verleger mit, daß die Erstauflage nun als Altpapier verkauft würde. Trotzdem publizierte Schopenhauer eine zweite, ergänzte Neuauflage im Selbstverlag. Erst nach der gescheiterten Revolution von 1848, als Hegels Stern zu sinken begann, stieg Schopenhauers auf. Seine Schriften beeinflussten u.a. Richard Wagner und später Nietzsche. Mit seiner Willens- und Trieblehre gilt Schopenhauer als Urvater der Psychoanalyse.

Seit Wochen beschäftigt der Aufstand in den von Israel besetzten Gebieten die Medien, fast täglich werden Bilder der Auseinandersetzungen via Fernsehen frei Haus geliefert. Doch die alltäglichen Ängste und Hoffnungen der betroffenen Menschen sind eher Randerscheinungen dieser Berichterstattung — für ein tieferes Verständnis der Situation braucht man mehr Zeit zum Hinschauen und Nachdenken.

Georg Steins Fotoband über „Die Palästinenser“ erlaubt es, in Ruhe hinzusehen, in den Gesichtern zu lesen, Posen von ungestellten Haltungen zu unterscheiden und unbequeme Fragen zuzulassen, die nicht einfach beantwortet werden können. Der Bauer aus Ramallah (Westbank), der wie betäubt am Stamm seines abgesägten Olivenbaumes lehnt, die Frau im Lager Ein el Hilweh (Südlibanon), aufgenommen vor den Trümmern des Hauses ihrer Familie und die Ausweiskontrolle zweier Palästinenser durch eine israelische Militärstreife im Gazastreifen sind eindrucksvolle Beispiele einer Fotografie, die ohne Sensationslust scharf beobachtet.

Fast 140 Farbaufnahmen enthält dieser Band, abgesetzt auf schwarzem Grund, viersprachig kommentiert, selten werden „Unterdrückung und Widerstand eines entrechteten Volkes“ so ästhetisch anspruchsvoll präsentiert.

Der Blick auf das Geschehen wird nicht durch technische Mängel verstellt, jedoch bewußt gelenkt. Ganze Bevölkerungsteile und -schichten des palästinensischen Volkes kommen gar nicht vor: jene Palästinenser, die Haifa und Jaffa nie verlassen haben und seitdem in Israel leben, die wohlhabenden Familien auf der Westbank und im Gazastreifen (die keineswegs in Flüchtlingslagern ausharren müssen, sondern als betonerte Antworten auf die jüdischen Siedlungen in den besetzten Gebieten zahlreiche große Häuser auf ihre Grundstücke gesetzt haben), die Studentinnen von Bir Zeit und Nablus oder die palästinensischen Abgeordneten im jordanischen und israelischen Parlament.

Muß ihre Existenz peinlich verschwiegen werden, weil ihre Lebensumstände nicht in unser Bild von den unterdrückten Massen passen? Warum ist es nötig, eine so vielschichtige Gesellschaft wie die der PalästinenserInnen so reduziert zu betrachten, daß ausschließlich die gedemütigten Opfer ins Blickfeld geraten? Haben die Geschlagenen unsere Solidarität nur dann verdient, wenn es allen schlecht geht?

Entsprechend gleichen einige Bildkommentare eher Rückzügen ins geschlossene

Massen passen? Warum ist es nötig, eine so vielschichtige Gesellschaft wie die der PalästinenserInnen so reduziert zu betrachten, daß ausschließlich die gedemütigten Opfer ins Blickfeld geraten? Haben die Geschlagenen unsere Solidarität nur dann verdient, wenn es allen schlecht geht?

Entsprechend gleichen einige Bildkommentare eher Rückzügen ins geschlossene Weltbild als differenzierenden Ergänzungen: Es ist unredlich, den ehemaligen Bürgermeister von Nablus (Bassam Shaka) korrekt als Opfer jüdischer Extremisten darzustellen, aber dann drei Seiten

Nachbarn in einem ermüdeten Land

Zwei Fotobände aus Palästina/Israel



Mit Wirtschaftssanktionen und Häuserzerstörungen praktiziert Israel völkerrechtlich geächtete Kollektivbestrafungen. Diesen palästinensischen Bauern aus Ramallah (Westbank) wurden seine Olivenbäume abgesägt. (Foto: Georg Stein)



Mit Wirtschaftssanktionen und Häuserzerstörungen praktiziert Israel völkerrechtlich geächtete Kollektivbestrafungen. Diesen palästinensischen Bauern aus Ramallah (Westbank) wurden seine Olivenbäume abgesägt. (Foto: Georg Stein)

vorher das Begräbnis seines Nachfolgers al Masri als „Massendemonstration in Nablus“ zu bezeichnen, ohne zu erwähnen, daß dieser Mann, als Kollaborateur

denunziert, von Palästinensern ermordet wurde — solche bitteren Wahrheiten sollten der Leserschaft ritzig sein.

Verkürzt fällt auch die Darstellung der Israelis aus, die es nur in Form von Soldaten zu geben scheint. Daß nicht nur Palästinenser wie der in dem Buch erwähnte Tayssir Barakat Bilder für die Plakatserie „Down with the Occupation“ zur Verfügung gestellt haben, sondern genauso jüdische Israelis wie der Bildhauer Tommarkin, wäre ebenfalls eine Erwähnung wert gewesen. Solche Informationen hätten sehr viel eher die sensible Sicht der Fotografien unterstützen können als der zwangsläufig kurze historische Abriss über Palästina und den Zionismus im Textteil. Erich Fried schreibt dazu in seinem Vorwort: „Es handelt sich hier nicht um Einzelheiten der Formulierungen im Text, der diese Bilder begleitet. In der Geschichte des Zionismus gab es natürlich auch gutgläubige Juden, die keine Verfolgung und Vertreibung der Palästinenser wollten. Man denke an Martin Buber, Beer Borochov, Arthur Ruppin und viele andere.“

Bleibt zu hoffen, daß die Widmung des Bandes „Den palästinensischen und israelischen Kindern. Für eine Zukunft in Frieden“ von den LeserInnen ernst genommen wird: Es hilft keinem, wenn wieder einmal Leid als billiges Argument im politischen Schlagabtausch mißbraucht wird und im Aufrechnen von Greuelthaten endet. Die vielfältigen Beziehungen zwischen Israelis und PalästinenserInnen lassen sich nicht allein mit dem Opfer-Täter-Schema darstellen, gerade dann nicht, wenn man zur Überwindung der Konfrontation auf Grundlage der Menschenrechte neue Ansätze finden will. Und es gibt sie: So leben in Neve Shalom/Wahat al Salam („Oase des Friedens“) seit Jahren jüdische und palästinensische Familien zusammen und sind dabei, die Widmung „Für eine Zukunft in Frieden“ bereits in Realität zu verwandeln. Insgesamt ein lohnendes Buch, trotz der Kritik am Text.

Einen anderen Dialog von Bild und Text führt ein zweiter Fotoband, der vor einiger Zeit erschien und Aufnahmen aus dem Palästina der 30er und 40er Jahre enthält.

Walter Zadek, Autor des Fotobandes „Kein Utopia“, geboren 1900, arbeitet nach dem 1. Weltkrieg in Berlin als Journalist; bereits im März '33 wird er von den Nazis festgenommen und flieht kurz darauf über die Niederlande nach Palästina. Dort arbeitet er als Publizist, Buchhändler und Pressefotograf; bis 1948 entstehen über 8.000 Aufnahmen. Die hier ausgewählten Fotos geben einen Einblick in das Alltagsleben und die anhaltenden Spannungen zwischen Palästinensern, Juden und Briten; Widersprüche tauchen nicht nur in den Bildern auf, sondern auch im Text. So schreibt der Herausgeber Hanno Loewy: „Bei der Wache im Steichbruch oder der chassidischen Hochzeiten auf einem Dachgarten, bei Protestdemonstrationen gegen die Mandatsmacht, bei Verhaftungen, Kontrollen, militärischen Übungen oder der täglichen Arbeit auf dem Feld. Zadek fotografierte wie besessen. Der Journalist, dem man sein Medium, die deutsche Sprache, geraubt hat, findet in der internationalen Sprache des Bildjournalismus eine Zuflucht, und die Neugier, die ihn treibt, ist sicherlich nicht frei von einem Schutzbedürfnis. Hinter der Kamera und durch sie hindurch fällt ihm der Zugang zu einer, zunächst als feindlich empfundenen, orientalischen Welt sicherlich leichter.“ Darauf antwortet ihm Zadek in seinem Nachwort:

„(Loewy) denkt über die frühere Zeit in den Maßstäben von heute. Seiner Vorstellung vom Wesen der dreißiger Jahre sind Grenzen gesetzt. So irt er in der Annahme, wir hätten die orientalische Welt als „feindlich“ empfunden. Oder ein „Schutzbedürfnis“ verspürt. Nichts hielt mich davon zurück, neben meiner Fotografie über die damaligen Streitfragen in der hebräischen Tagespresse oder den deutschsprachigen Blättern zu schreiben. Hatte er Einblick darin gehabt, würde er vielleicht auch, heutigen Ansichten zutrotz, meinen Aufnahmen von arabisch-jüdischen Gemeinsamkeiten stärker Rechnung getragen haben.“

Mit, neben- oder gegeneinander leben — die Bilder schildern im Einzelfall Personen

die damalige Komplexität des Konflikts, der in seinen Grundmustern bis heute nicht gelöst ist.

David Shipler, ein schreibender Kollege von Zadek und Stein von der „New York Times“, schreibt in der Einleitung zu seinem fast 600seitigen Resümé von 5 Jahren Arbeit in der Region: „Was immer in Krieg und Diplomatie passiert, was immer für Territorium gewonnen oder verloren wird, was immer für Annäherungen oder Kompromisse schließlich erreicht werden, die Zukunft garantiert, daß Araber und Juden nahe Nachbarn in einem ermüdeten Land bleiben werden, verwickelt in ihre gegenseitigen Ängste. Sie werden einander nicht entkommen. Sie werden keinen Frieden finden in Abkommen oder in Siegen. Wenn überhaupt, werden sie ihn nur finden, wenn sie sich gegenseitig in die Augen schauen können.“ (1)

Die hier vorgestellten Fotobände könnten durch ihre unterschiedlichen historischen und politischen Perspektiven dabei eine Hilfe sein.

Dietrich Gaede

(1) David K. Shipler: Arab and Jew — Wounded spirits in a promised Land. New York, Toronto, 1986 ISBN 0-8129-1273-X, S. 151

Walter Zadek: Kein Utopia ... Araber, Juden, Engländer in Palästina, Fotografien aus den Jahren 1935-1941 Hrsg.: Hanno Loewy, Nishen, Verlag in Kreuzberg, 1986 ISBN 3-88940-608-4 Preis: 24,- DM

Georg Stein: Die Palästinenser Unterdrückung und Widerstand eines entrechteten Volkes Mit einem Vorwort von Erich Fried Fahl-Rugenstein, Köln 1988, Ein Bildband mit 140 Farbfotos Begleitet in Deutsch, Englisch, Französisch und Spanisch ISBN 3-7609-3065-3 Preis: 48,- DM

„Stranger than Paradise“

Jim Jarmush, ein Regisseur, der die USA einmal anders zeigt

„Permanent Vacation“, der erste Film des New Yorker Regisseurs Jim Jarmush, ist nun mit achtjähriger Verspätung in den

das Instrument „Was soll ich spielen?“ fragt John. „Irgendwas. Etwas Verrücktes“, antwortet Allie in seiner coolen Art.

„Stranger than Paradise“

Jim Jarmush, ein Regisseur, der die USA einmal anders zeigt

„Permanent Vacation“, der erste Film des New Yorker Regisseurs Jim Jarmush, ist nun mit achtjähriger Verspätung in den bundesdeutschen Kinos angeland. Der Grund, weshalb der Film überhaupt gezeigt wird, liegt sicherlich am Erfolg der danach entstandenen „Stranger than Paradise“ (1984) und „Down by Law“ (1985). „Permanent Vacation“ verfolgt den 16-jährigen Allie, der ziellos durch New York streunt. Die paar Leute, die er kennenlernt, sind Außenseiter, Einzelgänger, Verrückte. Jim Jarmush zeigt New York von seiner kaputten Seite. Die Menschen sind psychisch verelendet, sie haben sich nichts zu sagen und wenn, dann ohne gegenseitigen Bezug. Es kommt nie ein wirklicher Kontakt zustande. Die Dreier — Wohnung, Häuser, Straßen, Hinterhöfe — sind total verkommen.

Das ist eine der Ähnlichkeiten, die „Permanent Vacation“ mit Jarmushs zweitem Film „Stranger than Paradise“ hat. Auch dort sieht man die USA nur von der häßlichen Seite. Die beiden Freunde und die Cousine aus Ungarn sitzen die meiste Zeit im Auto und fahren an trostlosen Industrielandschaften vorbei. Die Figuren sind mauffaul, cool; sie wirken oft wie unter Narkose, es gibt mehr Pausen als Dialoge.

Überhaupt hat Jarmush eine Vorliebe für lange, starre Einstellungen. Er sagt selbst dazu: „Ich zeige einfach Dinge in ihrer Real-Zeit, in der Art, wie sie in der Realität ablaufen, im gleichen Tempo, und nicht in einer Kino-Zeit, wo in anderthalb Stunden manchmal fünfzig Jahre vergehen, oder mehr. Dadurch wirkt das Ganze auf den Zuschauer aber nicht realistisch, sondern — im Gegenteil — surrealer. Weil er dramatische Momente erwartet, einen Film eben. Wenn er das nicht kriegt, wird's ihm zu abstrakt. Oder er akzeptiert es als Poesie. Obwohl diese Art des Timings viel dichter an der Wirklichkeit liegt.“ (tip, 24/84)

Ein weiteres wichtiges Mittel neben den langen und oft sehr nahen Kamerasteuerungen ist die Musik in Jarmushs Filmen. John Lurie, zugleich einer der Hauptdarsteller in „Stranger than Paradise“ und „Down by Law“, hat alle Soundtracks gemacht. Er ist eigentlich Musiker und spielt bei einer inzwischen bekanntgewordenen New Yorker Jazzgruppe, den „Lounge Lizards“, mit.

Auch in „Permanent Vacation“ hat er eine Rolle. Er steht in einer verfallenen Nebenstraße und packt sein Saxophon aus. Allie kommt dazu und bewundert

das Instrument. „Was soll ich spielen?“ fragt John. „Irgendwas. Etwas Verrücktes“, antwortet Allie in seiner coolen Art. John bläst dann ein verrücktes Solo, zwischen all dem Schutt und Müll, während Allie nach kurzer Zeit einfach weitergeht. Im dritten Film „Down by Law“ spielt noch ein anderer bekannter Musiker mit: Tom Waits. Von ihm sind einige Songs in diesem Road Movie, in dem wieder ein Trio unterwegs ins Nichts ist. Neben Waits und Lurie spielt der Italiener Roberto Benigni die Rolle des unfreiwilligen Komikers. Auch in diesem Film gibt es keinen konventionellen Aufbau, keine dramatischen Steigerungen, keine Konflikte. Nichts, was die stilisierte Melancholie stören könnte.

Mit „Down by Law“ ist Jarmush auf dem Weg zum großen Publikum. Es ist der bislang unterhaltsamste Streifen. Eine besondere Art von Humor macht die Personen trotz ihrer Kaputttheit sympathisch. Das ist auch in „Stranger than Paradise“ so.

Darin unterscheiden sie sich stark vom ersten. „Permanent Vacation“ wirkt ziemlich depressiv. Auf der anderen Seite zeigt er mit dem herumziehenden Allie eine Person, die nicht im Elend versinkt, sondern eine trotzige Selbstbehauptung aufweist. Allie ist offen für das, was um ihn herum geschieht. Er ergreift jedoch nie die Initiative. Bei Jarmush entscheiden die Dinge für die Personen und nicht umgekehrt. Chris Parker, der Allie spielt, stellt eigentlich sich selbst dar. Chris hat keine Schauspielerausbildung und wirkt im normalen Leben genauso wie im Film. Das trifft auch auf alle anderen Darsteller in Jarmushs Filmen zu und macht sie so überzeugend. Jarmush sagt selbst, daß er erst die Personen hat und danach die Handlung entwirft, oft gemeinsam mit den Spielern.

Alle drei Filme laufen im Originalton mit deutschen Untertiteln. Dadurch bleibt die Atmosphäre erhalten. Und der Humor, der oft nicht übersetzbar ist. Da ja eh nicht viel geredet wird, geht von den Bildern nichts verloren, wenn man mitliest.

Was mir am meisten an Jarmushs Filmen imponiert, ist das ganz andere Amerika, das sie uns zeigen. Sie sind ein überzeugender Gegensatz zum Wunderland Amerika, wie es in den sonstigen Produktionen dargestellt wird.



Ehemaliger Stuttgarter Landgerichtsrat als Schuster in Jerusalem, 1937

(Foto: Walter Zadek)

Katholiken

Betr.: AK-outfit (AK 293)

Ich kann weder Verständnis geschweige denn Sympathien für die Titeländerung des Arbeiterkampfes empfinden. Es ist doch wohl das wenigste, daß eine kommunistische Organisation im Titel ihrer Zeitung benennt, auf welcher Seite sie steht. Der Satz über die „schwierige Faust“ ist ja wohl echt Gedöhrse — eine Faust bedeutet Widerstand — das Zeichen ist somit voll korrekt. Ich mache seit zwei Jahren den Handverkauf in Kreuzberg. Es ist mir peinlich, mit einer Zeitung rumzulaufen, deren Kürzel auch für „Autonome Katholiken“ stehen könnte. Macht die Änderung rückgängig!

Ulli, Westberlin

Post-moderne Zeiten

Da habe ich mich nun gerade, besonders wegen des B&G-Teils im ARBEITER-KAMPF, entschlossen, ihn zu abonnieren. Da dachte ich gerade, naja, statt aller Um-, Neu- und Weg-Definitionen der Klassen und Begriffe, da gibt es noch eine Zeitung, die nennt sich nicht schamhaft SOZ., und auch nicht Willy Brandt-sozialistisch, sondern kommunistisch, da macht auch ihr in post-modern!

Natürlich fängt's mit Form und Namen an, und schlägt nicht sofort auf der ganzen Linie durch, wie man glücklicherweise an der deutlichen Kritik an Bernsteins und Eberts Enkel, Oskar, merkt. Aber wie in den Leserbriefen vom 5.4. hervorgerufen, könnt ihr doch niemandem erzählen, daß hinter dem Abschied vom Kommunismus und ARBEITERkampf nach mehr als 18 Jahren etwas anderes als TAZ-Opportunismus steckt!! Bitte schickt mir den AK 292 oder wenigstens den Artikel „Abschied vom Symbol“, bevor auch ich Abschied nehme von einer Zeitung auf dem Weg zur „neuen Zeit“.

Mit rückständig kommunistischem Gruß!
Ein neuer Abonnent des ARBEITER-KAMPF aus der ex-GIM
Gerold, Berlin

Hundertprozentig

Ich gehöre zu denjenigen, die das neue Outfit des AK 100%ig begrüßen. Das plüti-Phänomen des „Realen Sozialismus“ (aufgehende Sonne, schwierige Faust,...) hebt ihr ja nie vertreten, was Euch aber andererseits nicht gehindert hat, inhaltlich klar Stellung zu beziehen und präzise Infos zu liefern. Man kann natürlich Sprüche klopfend über Euer neues Outfit herziehen, was mir allerdings angesichts Eures Bemühens, gerade auch in die Rheinhausen-Debatte einzusteigen, mehr als pseudorevolutionäre Selbstdarstellung denn als inhaltliche Kritik vorkommt! Ziehen, was mir allerdings angesichts Eures Bemühens, gerade auch in die Rheinhausen-Debatte einzusteigen, mehr als pseudorevolutionäre Selbstdarstellung denn als inhaltliche Kritik vorkommt!

Andreas, Würzburg

Flucht

Betr.: „Abschied vom Symbol“

Es war ein Schock für mich, den neuen ak aus dem Briefkasten zu nehmen!! — So etwas absolut Häßliches und Abweisendes habe ich bisher nur bei „Zirkel-Blättern“ gesehen. Die neue Titelzeile ist unaufrichtig, reizt zum Übersehen, wirkt provisorisch und geht hart an die Grenze des Erträglichen!!

Meine Bitte an Euch: auch wenn die Sonne mit der Faust Euch nicht mehr gefällt, — sie war ein bekanntes MARKENZEICHEN und hatte WIEDERERKENNUNGSWERT, schade, daß ihr ins Unbekannte flüchtet.

Frank, Hamburg

Falsche Leser verdient

Wenn Ihr euch die Leserbriefseite von AK 293 anschaut, wißt ihr endlich, was Ihr seid. Renegaten, Zionisten, Kollaborateure, stets mit der Nase im Wind, nie Kommunist gewesen!

Da beklagt der BWK in Bezug auf den Abschied vom Symbol den Abschied vom Proletariat, kann er doch stolz auf den proletarischen Namen der eigenen Zeitung — „Politische Berichte“ — ver-

weisen. Der Kollege Ludwig aus Restberlin, der der schwierigen Faust lieber „ne Karte reinstecken will, strapaziert Lenins „Mut zum Träumen“ ähnlich wie Krawczyk Luxemburgs „Freiheit der Andersdenkenden“, um im gleichen Atemzug allen Renegaten zur Schärfung des politischen Bewußtseins zu empfehlen, einen Joint zu rauchen und die alten Scherben zu hören.

Barbara kann man/raus zu ihrer Abo-Kündigung, die eigentlich seit 10 Jahren fällig ist, nur gratulieren. Und um sämtliche Zweifel zu beseitigen: Wir können die Frontlinie ausmachen! Es ist kein Zufall, daß wir uns im gegnerischen Lager wiederfinden! Natürlich machen wir planmäßig bei den Zionisten und Imperialisten mit!

Liebe AK-Redaktion! Würde es stimmen, daß jede Zeitung die Leser hat, die sie verdient, müßte Ihr Euch fragen, ob ihr nicht irgendwas falsch gemacht habt.

Ernst Bloch schrieb einmal, als habe er einige spezielle AK-Leser gekannt: „Der Dumme merkt nie, daß alles zwei Seiten hat. Er arbeitet mit hölzernen Vorstellungen, mit einfachen, einförmigen, bei denen er verschlafen kann, und in denen nichts geschieht. Dachte er aber einen Gedanken zu Ende, so würde er merken, daß in dem Denken ein Streik angeht, daß sich Einwände erheben, die es bereichern und inhaltlich verschieben.“

Dem möchte ich eigentlich nichts hinzufügen.

dim, Freiburg

Waffenexperte

Betr.: Eine, zwei, viele Kaurren (AK 293)

Ich habe soeben obigen Artikel gelesen und einen sehr wichtigen Fehler gefunden.

In den beiden Zitaten aus der „Frankfurter Rundschau“ vom 9.2.88 und 12.2.88 ist jedes Mal von einer „Walther-Pistole vom Kaliber 9mm“ (Zitat) die Rede, die schließlich daraus auf eine „Walther PPK“. Das ist falsch: die PPK gab's nur im Kaliber 7,65 mm. Die einzige Walther-Pistole vom Kaliber 9 mm war die P38, die bis zur Ablösung durch die SIG-SAUER Standardwaffe der Bereitschaftskullien war.

Damit wird die ganze Geschichte noch viel interessanter. Denn die P 38 ist eine Waffe mit feststehendem und freiem Lauf. Sie ist damit eine Waffe, die sich hervorragend für den Gebrauch eines Schalldämpfers bzw. eines Schalldämpfers eignet (dabei wird der Schußknall bei Verwendung einer Patrone unter Schallgeschwindigkeit — ca. 330 m/s — vollständig absorbiert; zu „hören“ ist nur das Klicken des Schlagbolzens und der Aufschlag der Patrone beim Treffer). Hinzu kommt, daß durch das „Design“ der P 38 für die Anbringung eines entsprechend konstruierten Schalldämpfers keine Veränderungen an der Waffe selbst vorgenommen werden müssen. Was z.B. auch bedeutet, daß nach der Entfernung des Schalldämpfers dessen Gebrauch an der Waffe nicht nachzuweisen ist. Sollte die „Tatwaffe“ also tatsächlich eine Walther und damit eine P 38 gewesen sein, ergeben sich ganz andere Aspekte bezüglich des „Tatbetrugs“: es könnte dann bei Benutzung eines Schalldämpfers/abschalters aus ganz kurzer Distanz (z.B. Gebüsch) geschossen worden sein, ohne daß die Bullen das gemerkt hätten. Dafür würden nicht nur die präzisen Treffer sprechen, sondern auch die Angaben des Bullen, der neben dem erschossenen Hundertschaftsführer Eichdörfer stand. Der gab doch der Presse gegenüber an, nur ein Zischen (das herantollende Geschöß), ein Klatschen (den Treffer) und ein Aufschöhnen von Eichdörfer gehört zu haben.

Die Patronenhülsen können auch erst später am „Fundort“ abgelegt worden sein; merkwürdig genug, daß sie trotz großangelegter Suchaktion erst Tage später gefunden wurden. Außerdem besagt die von der BAW behauptete „Echtheit“ der Hülsen ja nur, daß sie überhaupt aus besagter Waffe verschossen wurden, nicht aber wann, noch ob sie die tödlichen Patronen enthielten.

P.S.: Siehe auch: H.J. Stammel, Mii gebremster Gewalt, 1974

N.N., Frankfurt

Entwaffnung zwingend

Betr.: Sig Sauer

Angesichts der Hetze, die mit der Konstruktion Hanau-Demo — entworfene Waffe — Startbahnmonde gegen die Hanau-Demonstration vom 8.11.86 im nach-

hinein entwickelt wird, ist es vielleicht mal ganz angebracht, den tatsächlichen Vorfälle der Waffen-Entwendung darzustellen.

Dabei handelt es sich nicht etwa um einen offensiven Akt von Demonstranten nach außen, sondern um eine defensive Maßnahme zur Sicherung der Demonstration, nämlich der Entfernung eines Polizei-Agenten in Zivil aus dem schwarzen Block. Dieser wurde dadurch erkannt, daß seine sich leicht öffnende schwarze Lederjacke einen Blick auf eine im Hosensack steckende Waffe freigab. Der Mann wurde daraufhin sofort entwaffnet und ohne Mißhandlungen aus der Demonstration entfernt. Und zwar auf die Weise, daß er kontrolliert am Zug entlang in Marschrichtung geführt und bei der ersten sich bietenden Gelegenheit in Richtung einer uniformierten Motorradstreife entlassen wurde. Diese wurde dann noch mit einem Hagel Boobies eingedeckt.

Aus meiner Sicht haben hier die Akteure im wesentlichen richtig gehandelt. Im Rahmen der sogenannten „Beweissicherungskonzepte“ geben die eingeschlossenen Agenten Tipps an die Greiftrupps und ihre Wahrnehmungen sind die Grundlage für Verurteilungen festgenommener „Störer“. Daß derartige Konzepte Platz für politische Provokationen und Desinformation aller Art lassen, liegt auf der Hand. Erkannte Polizei-Agenten können also auf keinen Fall in der Demonstration geduldet werden.

Wenn diese Agenten mit Schusswaffen bewaffnet sind, ist dies aber ein durchaus heikles Problem. Denn sie führen die Schusswaffen ohne Zweifel mit sich, um sich gerade im Fall einer Entarmung damit zu sichern. Die Gefahr, daß ein Agent in so einem Fall abdrückt, weil er sich von Demonstranten bedroht fühlt, ist nicht nur gegeben, sondern relativ groß. M.E. ist daher auch die Entwaffnung eines entarmten Agenten zwingend.

Ich bin allerdings der Meinung, daß einkassierte Waffen unauffällig in die Hände der Demo-Leitung gelangen sollten, damit diese dann öffentlich damit arbeiten kann. Das hat zwei Vorteile:

— Nachträgliche polizeiliche Desinformationsstrategien, die auf individuellen Entwürfen von Polizeiwaffen beruhen, sind fast immer „gläubwürdig“, wie man im Fall der Startbahnmonde sehen kann. Dem muß von vornherein der Boden entzogen werden.

— Im vorliegenden Fall hätte die Demo-Leitung, die eine Polizei-Pistole auf den Tisch legen kann, vorzüglich Aufklärungsarbeit, z.B. zu den Beweissicherungskonzepten, machen können. Das hätte in aller Interesse gelegen.

Michael

Antizionisten

„Wo sind die antizionistischen Kräfte?“

Antizionisten

„Wo sind die antizionistischen Kräfte?“ fragt das „Palästina-Komitee“ in seiner Stellungnahme (AK 292) und bezieht sich dabei auf meinen Artikel im AK 291. In diesem Artikel habe ich aber weder die antizionistischen Kräfte in Israel kritisiert noch überhaupt erwähnt, nicht weil sie nicht existieren, sondern weil nicht sie das Thema des Artikels waren. Die Kritik war vielmehr an das sog. „Links-zionistische“ Spektrum gerichtet, das hier bekannter ist und in manchen Linken in Europa Illusionen weckt.

In der Tat gibt es in Israel antizionistische Kreise und Organisationen, die zwar klein sind und allein nur sehr wenige jüdische Israelis mobilisieren können, deren Einfluß innerhalb eines radikaleren Spektrums von Bündnissen — so z.B. in Solidaritätsinitiativen mit palästinensischen Unis, Protestgruppen gegen die Libanon-Invasion, Gruppen von Wehrdienstverweigerern und jetzt in Solidaritätsgruppen mit dem Aufstand — jedoch vor allem in den letzten Monaten zugenommen hat. Diese arbeiten auch mit palästinensischen Gruppen im „Inneren“ — innerhalb des „Kernstaates“ Israel — sowie in der Westbank und Gaza eng zusammen, geben zweisprachige Publikationen heraus und sind an Projekten wie dem Alternativen Informationszentrum in Jerusalem maßgeblich beteiligt.

In diesen Kreisen ist die historische Kritik des Zionismus sowie die Kritik an der jüdisch-zionistischen Staatsform des israelischen Staates Konsens. Sie definieren sich jedoch — ob es Karam Khella oder der Autonomen Nahostgruppe paßt oder nicht — als Juden und Israelis, propagieren die Errichtung einer säkular-demokratischen Staatsform in Palästina, in der beide Volksgruppen, die jüdischen Israelis und die arabischen Palästinenser, als gleichberechtigte Partner leben können.

Yaron Matras



Mehr Dampf im Arbeiterkampf!

Leserbriefe

Schreibt uns; je kürzer und treffender desto besser, ansonsten müssen wir uns Kürzungen vorbehalten

Uneingeschränkt empfehlenswert?

Betr.: „Armenien 1915“

Etwas verblüfft war ich, daß T. im letzten AK „Armenien 1915“ von Heinrich Vierbücher (Donat u. Temmen Verlag, 1987, Reprint, die Schrift datiert von 1930) ohne weitere Kommentierung als „sehr empfehlenswert“ definiert.

Allein der Untertitel ist irritierend genug: „Die Abschachtung eines Kulturvolkes“ was, bitte, ist ein „Kulturvolk“, und ist die Abschachtung eines, was immer das sein mag, „Nicht-Kulturvolkes“ weniger schlimm? Das erinnert fatal an die häufige Rede: wie bedauernd sei der Verlust von anerkannten jüdischen Kapazitäten für die deutsche Kultur sei — und die „Dummen“ oder „Häßlichen“ oder schlicht nur Unbekannten? Wie zurecht die Formel ist: „Ein Rassismus kann einen weiteren verbergen“, demonstriert Vierbüchers Schrift — und in dem Nachwort von Verleger Helmut Donat findet sich dazu auch kein Kommentar.

Heinrich Vierbücher war ein deutscher Pazifist, sein Engagement gegen den Mord an dem armenischen Volk ist selbstverständlich zu würdigen. Beides ändert nichts daran, daß er selbst rassistisch argumentiert und sich auf das Jahrhundert alte, bis zu Luther zurückgehende anti-türkische Klischee des (Krumm-) Säbel schwingenden Barbaren stützt.

„Das türkische Volk ist kein Kulturvolk im großen Sinne des Wortes. Seine Sprache steht auf der Stufe eines Negerdialekts, aber es ist die unvergleichliche Sprache für den Rekrutendil. Von einer Literatur kann kaum die Rede sein... Die Wissenschaft hat auf türkischem Boden keine Stätte. Der Türke kann nachahmen und auch das nur in oberflächlichster Weise, jedoch auf keinem geistigen Gebiet wahrhaft schöpferisch tätig sein“ (S. 31) ... „Die kaufmännische Ausnutzung der türkischen Dummheit und Faulheit ist

... jedoch die wahre geistige Arbeit wahrhaft schöpferisch tätig sein“ (S. 31) ... „Die kaufmännische Ausnutzung der türkischen Dummheit und Faulheit ist

Meingottwalter

welch' revolutionärer Elan, Welch' Schwung der Zunge, Schwall der Worte! Genosse wal, vom Bund Weisdeutscher Kommunisten brandmarkt die Namensänderung dieser Zeitung als Abschied vom proletarischen Klassenstandpunkt und marxistischen Grundsätzen, als Dokument der „überhasteten Flucht“ von Leuten, die es mit dem Titel ARBEITER-KAMPF nicht länger als mickrige 16 Jahre aushielten (siehe ak 293). Was's freundlicher Gruß — „Marx's gut“ — verbunden mit dem schulterklöpfenden Rat, der KB möge die werktätige Intelligenz „in eine gewisse Konfrontationsstellung zur Bourgeoisie“ bringen, erfrischt, weil er einen ungeahnten Wiedererkennungswert besitzt: Es gibt ihn also doch noch, den guten alten KB'ler, dessen Pantoffelrevolution wir so schmerzlich vermissen.

Wal, sollte sich noch unschwer an die Vielfalt erinnern können, die sein jeweiliges Leib- und Magenblatt nacheinander kommentare (Kräutchen), Forum (Neues Rotes), Volkszeitung (Kommunistische) und schließlich Berichte (Politische) taufte — Titel, die wir heute leicht als intellektualistisch, liberalistisch, großwahnstinnig und fast identifizieren können. Titel also, die in ihrer zeitlichen Folge sehr schön den Kreislauf veranschaulichen, den man mit Goethe wohlwollend — „himmelhoch jauchzend, zu Tode betrübt“ — und mit Lenin grob — „verrückte Kleinbürger“ — charakterisieren kann. Da schmerzt einer mit Kieselsteinen und merkt nicht, wie der Vorwurf des mangelnden Klassenstandpunkts zentnerschwer auf ihn zurückfällt.

den Armeniern immer zum Vorwurf gemacht worden. Sollten die Armenier sich denn bemühen, ebenso faul und unwissend zu sein wie die Türken?“ (S. 34) ... „Das türkische Volk? — Ein armer, gequälter, stumpfer Bauernschlag, des Lebens und Schreibens unkundig... wo konnten da für ein hochintelligentes Volk die Berührungspunkte liegen?“ (S. 33) Und weiterunten: „Gewalt, Gewalt und nochmals Gewalt, das ist das Zeichen der türkischen Geschichte“ (S. 26) und: „Es ist eine Schande für Deutschland, daß es der Bundesgenosse einer Bande von europäisch frisierten Verbrechern wurde“ (S. 31).

Vierbücher scheint wenig über die Geschichte des Abendlandes oder die Geschichte der islamischen Welt gewußt zu haben: Hier waren Verfolgung, Vertreibung, kurzum Gewalt gegen Minderheiten, d.h. Juden und Christen, atypisch — allen aktuellen fundamentalistischen Wünschen zutroze — und vor allem ganz im Gegensatz zur Wiege der Zivilisation. Und wozu auch ein authentisches (also Nachkommen von Hunnen, Mongolen etc.pp.) europäisches Kulturvolk in der Lage ist, konnte Vierbücher, der 1939 starb, leider noch selbst erleben.

Das alles am eisersten zu sagen: Schloß mit dem chauvinistisch-bornierten Gequatsche Kulturvolk und Co., und andererseits: Das Wesen eines Rassismus, a fortiori eines Völkermordes, ist, daß es jeden trifft, den die Täter zur Kategorie der Opfer „rassistisch“ hinzuzählen; ob „hochintelligent“, „faul und dumm“, „reich“ oder „arm“. Was für die Täter unerheblich ist, sollte es auch für Freunde und Verteidiger der Opfer sein.

Und schließlich: In einer Zeitung, die u.a. den Begriff von „kollektive Schuld“, was deutsche Geschichte angeht, ablehnt, sollte es auch, was andere Völker betrifft, unterlassen bleiben.

Das macht den Mond an dem armenischen Volk nicht beliebiger und seine Täter nicht besser.

In aller Kürze,

E., Ffm

In aller Kürze,

E., Ffm

Der BWK wird es gemein finden, mit seinen und seiner Vorgänger alten Narreteien konfrontiert zu werden. Und doch hat er, trotz aller Selbstkritik an der KBW-Vergangenheit, die wichtigste und einfachste Lektion offenbar noch immer nicht geheckt. Daß man mit Verratsvorwürfen, seien sie auch zurückhaltender formuliert als früher, gegen andere Linke Kämpf geben muß, wenn man selbst einem Schmierer, einem Kretschmann, einem Koenen oder wie die Ökotreiber alle heißen, die Karriereleiter gehalten hat. Es ist viel zu spät und viel zu früh, lieber wal, proletarische Noten zu verteilen. Die Ratschläge, die unsereins vom BWK anzunehmen bereit ist, werden sich generell auf weniger grundsätzliche Fragen beziehen, um es höflich auszudrücken.

Bei aller KB- und ak-typischen „Bescheidenheit“, mit der wir jeden Avantgarde- oder Führungsanspruch von Anfang an gemieden und uns traditionell mit dem stabilen Platz vier in der K-Gruppen-Hierarchie des Bundesamts für Verfassungsschutz begnügt haben, sei bei dieser Gelegenheit nebenbei angemerkt: Wer ist es denn überhaupt, der es uns strengt machen wollte, die politische Zeitung der Kommunisten in der BRD schlechthin zu sein? Wer außer uns bringt — für Kommunisten — diese Qualität und Quantität an Information und Diskussion?

Das mag beschissen wenig sein, ist aber doch so viel, daß wir wal, und anderen weiterhin viel Erfolg bei der Herausgabe ihrer jeweiligen öffentlich verteilbaren Organisationsrundbriefe wünschen können.

de.

Satirische Zustände

Thomas Bernhards „Dramolette“ als Taschenbuch



Lachen in Deutschland: Szenen aus „Freispruch“, Aufführung Bochum 1981

1. Eine deutsche (westdeutsche) Familie hält sich am italienischen Strand auf (bringt ihren Urlaub zu). Ein hiertrinkender (unerotischer) Vater, eine kreuzworträtselnde (unerotische) Mutter, ein überfressenes (unerotisches) Kind, männlich. Der italienische Espresso ist ihnen zu klein, das Radioprogramm stuft aus Deutschland (West) stammen, das Familienauto muß permanent vor italienischen Langfingern bewacht werden. Dazwischen schieben sich Tugtrüme gleichen Kalibers. So und immer so weiter verliert der Satiriker Gerhard Polts. Die Langeweile, die er produziert, entsteht daraus, daß Realität abgebildet wird, wie sie ist; was kritisch sein soll. Naturalismus reinsten Wassers also, sozusagen Realisatire, die etwa so satirisch ist, wie Realsozialismus sozialistisch.

2. Am deutschen Mittagstisch, am westdeutschen, ist sie versammelt, die zahlreiche Familie (achtundneunzig Personen). Ganz unproblematisch geht es zu, der Tisch ist aus Eiche, es gibt Nudelsuppe. Der Vater („aufbrausend“) gibt Essensanweisungen: „Ihr müßt euch Zeit nehmen“, die Mutter will wissen: „Ist die Suppe nicht gut?“ Und alle nicken.

So geht's zu am deutschen Mittagstisch oder auf dem deutschen Kirchplatz: „I moan es kommt a Regn/ moanan S nei/ ob gem S zu air weis, nei/ obmagschisch“ oder auf dem deutschen Kirchplatz: „I moan es kommt a Regn/ moanan S nei/ daß a Regn kummt“, sagt die eine oberbayrische Nachbarin zur andern und erwidert: „Ja! (...) Dat nei schadt/ Ois vai z trocken/ Abu da Hergott macht scho alls wieda richtig“.

Soweit die Realisatire bei Thomas Bernhard. Doch unweigerlich kommt dann ein Punkt, wo die Atmosphäre gestört wird. Die Frau des Gerichtspräsidenten zu der des stellvertretenden: „Ach nehmen Sie doch/ von der Torte/ meinem Mann habe ich sie sogar in Buchenwald gebacken/ Du war das doch schwierig“. Oder etwa die Polizistenfrau im Monolog (weil ihr Fußball-fernsehender Mann nicht zuhört), seine Jacke flickend: „In Krug hast zriksn/ ganz zriksn/ I hab n zu-agnakt/ aba wia/ a so a Riß/ habts wida grafi/ (...) A so a Riß/ da habts wida grafi/ mit dō jungen Leut/ mit dō Studentn/ a so a Gsindl/ (...) a so a Gsindl/ a so eine Verkommenheit/ dō wax heut herrscht/ mit dene wafuhrad/ i ganz anders/ aba dō seids ja feig/ da schiaßat i glet nei/ in dōs Gsindl“.

Von da an geht es rasant dem Schlußpunkt zu.

3. Ein Wort wie Sexual-Ambra, das Spieler sich gern hinter's Ohr tropfen würden, wären sie nur tapfer genug; ein Wort wie freudianisches Schenkelklopfen (man erinnert sich: Oedipus, Schöndiopus, hauptsächlich Dein Mutter hat dich lieb); „Oedipus“. Der ödipale, ältere deutsche Geschäftsmann macht sich auf, gegen das Mutter zu locken, welches ihn bekoht, bewacht und bekleidet, indem er sich, der lebhaftig aufgestandene Stupstick-Schüssel, einer Therapeutin zuwendet, um — in Italien — zu reüssieren. Wie kommt es, daß vielen ein standlaufender Hund als komische Szene erinnerlich bleibt? Lorient, der die kleine Geste, die verführerische Sprache beherrscht, wie kein anderer seines Genres dertzen, macht aus knappen Szenen hohen bürgerlicher Alltags-Absurdität einen Spielfilm. Was von Knappheit lebt, läßt sich aber nicht ohne weiteres auf Länge trimmen. Es sei denn, da wäre etwas, wofür es sich lohnt, in die Länge zu geben. Das Unglück läßt Lorient aber ein Stück für Spieler verfilmen, die Spieler belachen. Das hat Realität, zeichnet ins Typisch-Symptomatische, hat Witz. Aber es überrascht nicht und es verletzt auch nicht. Der beste Erfolg ist garantiert: „Der komischste Film des Jahres“ (Bild), „Komik und wahnwitzige Zwerchfell-Erschütterung“ (Welt) „Die Welt müßte voller Lorient sein!“ (Bild am Sonntag).

wahnwitzige Zwerchfell-Erschütterung (Welt) „Die Welt müßte voller Lorient sein!“ (Bild am Sonntag).



4. „Was du für a Ma bist“, beendet die Polizistenfrau ihren Monolog. „I schiaßat eine/ eine schiaßat i/ nei“. Der Freispruch des NS-Massenmörders und Gerichtspräsidenten Sütterlin endet im vertrauten Kreis, indem allgemein „Die Fahne hoch“ gesungen wird (zum Sekt). Der Nudelsuppen-Familie enthüllt sich, wo wir sie da sitzen. „Es ist immer das gleiche/ kaum sitzen wir bei Tisch/ an der Eichel/ findet einer einen Nazi in der Suppe“, so der Vater; aber schlimmer noch, die Mutter gesteht: „Mein lieber Mann/ hör mich an/ wir bekommen in ganz Deutschland/ keine Nudeln mehr/ nur noch Nazis/ ganz gleich wo wir Nudeln einkaufen/ es sind immer nur Nazis“, und als sie dann keine Ruhe gibt davon — „Schließlich habt ihr ja alle/ den Nationalsozialismus mit/ dem Löffel gegessen“ — klagt das Ende: „Alle stürzen sich auf Frau Bernhard und erwürgen sie“.

Absurd-komisch geht es schon zu in diesen Kürzest-Stücken („Dramolette“), nie aber gibt es Versöhnlichkeit. Bundespräsident, Bundeskanzler und Außenminister weiterern — unterschiedlos — nach Kommando eines Moderators in der Bühnenshow „Alles oder nichts“, kriechen schließlich auch durch ein Jauchefäß (eine Wahlstimme als Belohnung), bis sie, als Höhepunkt, die Schlußaufgabe bewältigen.

„Ein Trommelwirbel setzt ein und verstärkt sich/ Achtung! Die Frage lautet/ Sind Sie im Herzen/ (...) Nationalsozialist“. Worauf „alle drei Politiker antworten wie aus der Pistole geschossen/ Ja/ Das Publikum lacht, die Musik tobt“.

Im Umkehrschluß genauso: Die beiden Ministerpräsidenten (plus Gattinnen), Kriegserinnerungen und Lob der Härte — „Wir müssen hart sein/ verstehen Sie Herr Kollege/ hart nichts als hart/ wir dürfen uns/ nichts mehr gefallen lassen/ wozu haben wir die beste Polizei der Welt/ Bis jetzt hat sie zugeschaut/ aber jetzt ist Schluß/ jetzt wird geschossen“ — wird kurzerhand beendet durch den eisverkaufenden Turken am Nordseestrand: „Eisverkäufer geht jetzt plötzlich nach auf die Strandkörbe zu, zieht plötzlich eine Pistole aus seinem Diskant und schießt nach einander alle in den Strandkörben nieder.“

Er sieht, daß alle tot sind, dreht sich um und reißt
Es
Es
Es
und läuft davon“.

5. Thomas Bernhard hat seine „Dramolette“ zwischen 1978 und 1981 aus österreichischer Distanz geschrieben, als es hierzulande schon unzeitgemäß wurde, in westdeutschen Zuständen großdeutsches Vergangenes zu erkennen. Heute, bei andauernder gesellschaftlicher Stagnation ist ihr Nachdruck im Taschenbuch vollends unzeitgemäß. Satire präsentiert sich als geballte Faust, die in der Tasche steckt, Komik als Ausdruck Neuer Unverbindlichkeit. Die Realität selbst macht Satire: Ministerpräsidenten legen sich in Badewannen, zum Totlachen.

6. Gerhard Polts Film „Man spricht deutsch“ läuft — in Hamburg — derzeit in der Ki. Woche. Lorient, „Oedipus“ hält sich seit 7 Wochen. Thomas Bernhards Dramolette sind erschienen als: „Der deutsche Mittagstisch“, edition suhrkamp, Neue Folge Bd. 480, Frankfurt (12 Mark).

R., Hamburg

Inhalt

aktuell	
Vermittler oder Verräter? — Wo bleibt Raus Ehrenwort?	5
Vom Königssturz zur sowjetischen Intervention	7
Le Pens Aufstieg	
Das andere Frankreich	1
Lohnverzichtsdiskussion	4
„FR“ erregt Heiterkeit	2
„Demokratie im Notstand“	2

AIDS	
Die Afrika-Spur: AIDS-Legende mit zähem Leben	29
UdSSR-Zeitung „Sobellodnik“	
OTRAG produzierte AIDS-Viren in Zaire	30

Atomanlagen	
Topfiers Gesamtkunstwerk: Alte Zöpfe neu geflochten	3
Betr.: Atomwaffenverzicht	3

Diskussion	
Schopenhauer, Nietzsche, Heidegger:	
Es wird wieder interpretiert	40

Geschichte	
„Die Zukunft gehört dem Bolschewismus“	
Freiheit der Andersdenkenden — Sozialismus und Demokratie	32

Imperialismus	
Despotie oder Kooperation?	
Zur sogenannten „Hegemoniekrise“ des US-Imperialismus	16

Kultur	
Satirische Zustände:	
Thomas Bernhards „Dramolette“ als Taschenbuch	44
Nachbarn in einem ermüdeten Land:	
Zwei Fotobände aus Palästina/Israel	42
„Stranger than Paradise“: Jim Jarmush,	
ein Regisseur, der die USA einmal anders zeigt	42

Latinamerika	
„Die Gefahr geht von der CIA aus“	
Interview mit dem Ex-Contra-Führer Chamorro	21
Honduras: Arias-Friedensplan, US-Manöver und Massenproteste	20

Afrika	
Rede des FREMILO-Vertreters vor dem Mosambik-Hearing	19

Asien	
Afghanistan: Historischer Vertrag	
oder „Rückzug von verbrannter Erde“?	4

Militarismus	
Jetzt rüsten wir die Sowjetunion ab	26

Militarismus	
Jetzt rüsten wir die Sowjetunion ab	26
Das konventionelle Kräfteverhältnis in Europa	26

Nahost	
Der „heimliche“ Völkermord im Schatten des Golfkrieges	15
40 Jahre Israel:	
Mit aller Gewalt für die Erhaltung des Status quo	12
Israelische Opposition und Aufstand	14
Shultz-Plan: Alter Kack im neuen Frack	11
NEIN zur Besatzung	
Die Entwicklung des Volksaufstandes in Palästina	13

Parteien	
Wahl in Schleswig-Holstein: Anstand siegt	24
Barschel-Ermittlungen steckengeblieben	24

Realer Sozialismus	
Markt statt Demokratie oder noch etwas über Windbeutel	8
Neues Denken mit alten Methoden	8

Linke	
Die italienische Linke (Teil 2): Democrazia Proletaria	39
Selbstdarstellung Alten Denkens — Ausschlüsse aus der DKP	37
Kostenlos für den Verfassungsschutz? —	
Wie die DKP sich mit ihren Kritikern auseinandersetzt	37
Masse — Partei — Klasse	
Die DKP diskutiert die Organisationsfrage	38
IWF/Weltbank-Tagung in Westberlin: Die Kongresse tanzen	31
„Gorbatschow hat uns wachgeküßt...“	
Interview mit Volker Einhorn, ausgeschlossenes DKP-Mitglied	36

Rechte	
Köln: Schüsse in der Uni	23
Neuaufgabe: M.O. Bruker — Ernährungspapst am rechten Rand	23

Staat	
„Tour de Terror“	22
In Sachen Ulla Penselin/Ingrid Strobl: Dürftige Beweisführung	25

ohne	
Leserbriefe	43

Arbeiterkampf

Absender: An die
Hamburger Satz-
und Verlagskooperative
Lindenallee 4

..... 2000 Hamburg 20

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich die Hamburger Satz- und Verlagskooperative, Hamburg, den von mir zu entrichtenden Abonnementpreis für die Zeitung Arbeiterkampf bei Fälligkeit zu Lasten meines Girokontos.

Kto. Nr.
bei der BLZ
mittels Lastschrift einzuziehen

..... den
(Unterschrift)

Ort, Datum
Unterschrift

Ich will den ARBEITERKAMPF im Abonnement

- beziehen.
- ☐ Halbjahresabo DM 33,— ☐ Förderabo DM 50,—
- ☐ Jahresabo DM 60,— ☐ Förderabo DM 100,—
- ☐ Ich überweise das Geld auf das Konto der
Hamburger Satz- und Verlagskooperative
Postgloamt Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto 27 175-203
- ☐ Ich will das Geld abbuchen lassen
(Einzugsermächtigung)

Das Abonnement ist jederzeit schriftlich kündbar. Ich weiß, daß ich diese Bestellung binnen 14 Tagen (Poststempel) bei der Hamburger Satz- und Verlagskooperative widerrufen kann.